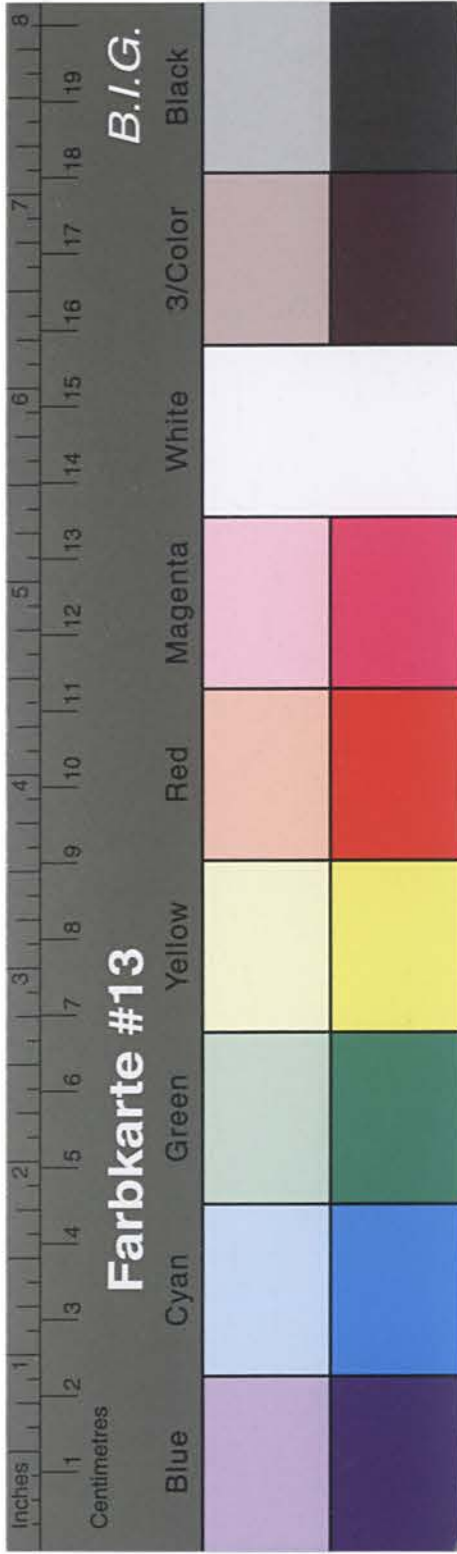


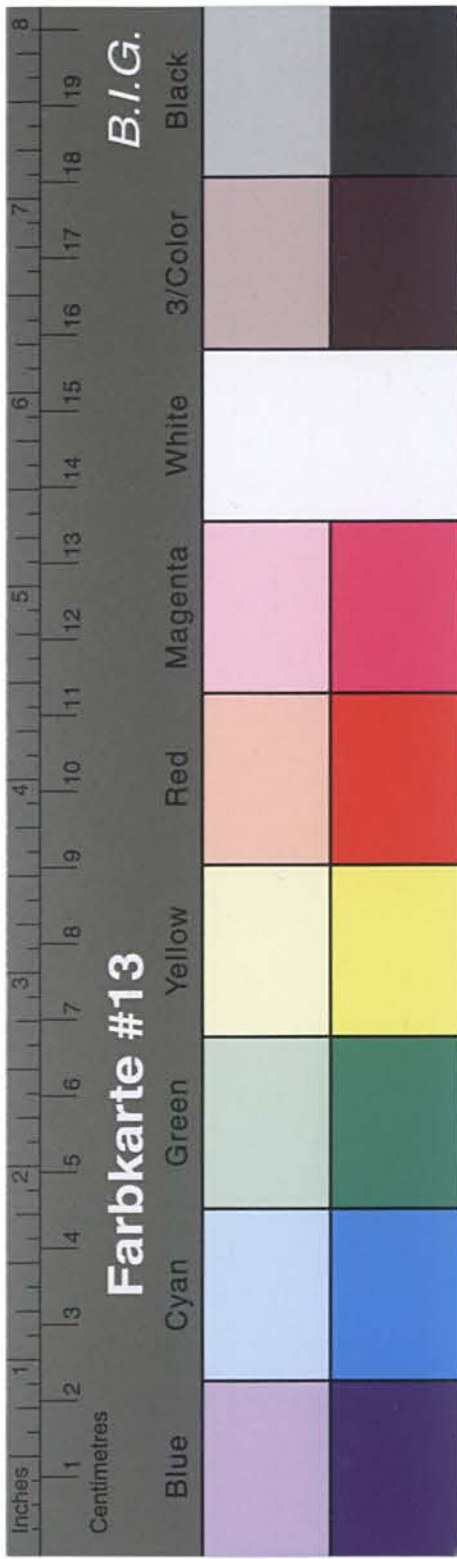


Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

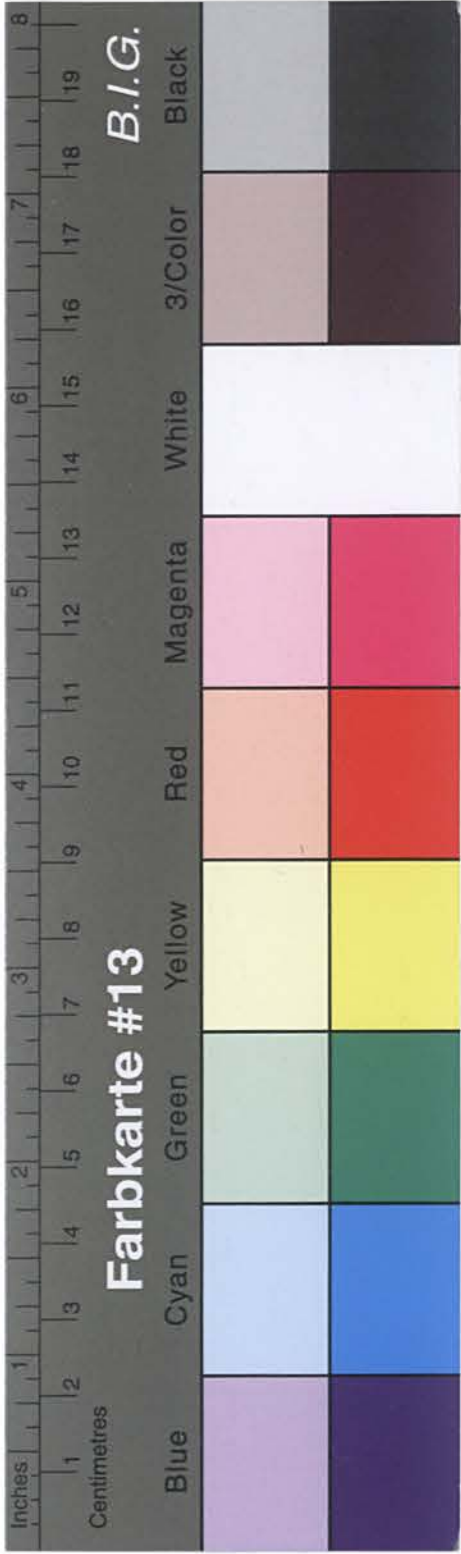
Bestand B2

945



Kreisarchiv Stormarn B2

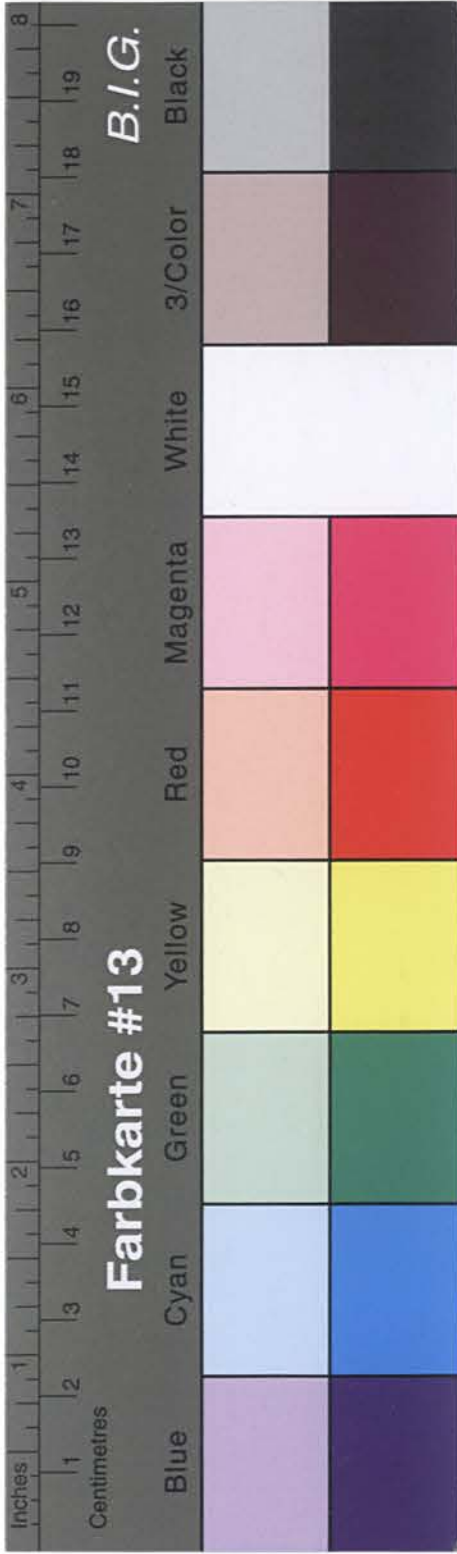




Kreisarchiv Stormarn B2



Ausgehändigt durch den Sonderhilfsausschuß des Stadt - Landkreises (Issued by Special Assistance Committees of Stadt - Landkreis)			Nr. (No.)		
Diese Karte muß persönlich vorgezeigt werden (This card must be presented personally be the person. in whose favour it is issued)			politisch, rassisch und religiös Verfolgte (Persecutees on political, racial and religious grounds)		
Landesdruckerei, Kiel, 766/10000. 7. 48.			Sonderausweis (Special Identity Card) für (for)		
			Serie (Serial)		
			Einzelheiten (Detail)		
			Stempel d. V. (Committee Stp.)		



Kreisarchiv Stormarn B2

Lichtbild
(Photo)

Unterschrift
(Signature)

Hedwig Weng

Vor- und Zuname:
(Christian name Family name)

Hedwig Weng

Wohnort:
(permanent)

Straße:
(address)

Der Obengenannte ist zur Sonderhilfe berechtigt vom Sonderhilfsausschuß
(The above mentioned is entitled to special benefits on the authority of Special Assistance Committees)

Datum:
(Date)

31. Mai 1949.

Vorstand
(Chairman)

Siege

Mitglieder
(Members)

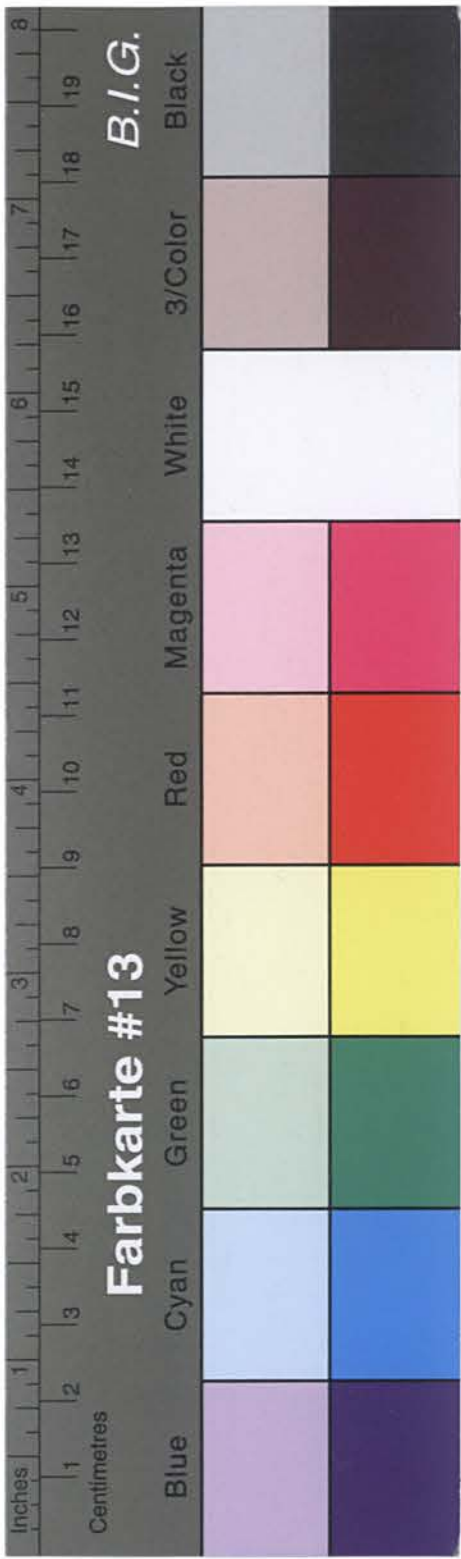
Siege

Kennkarte Nr.: AY 661 771 TYP

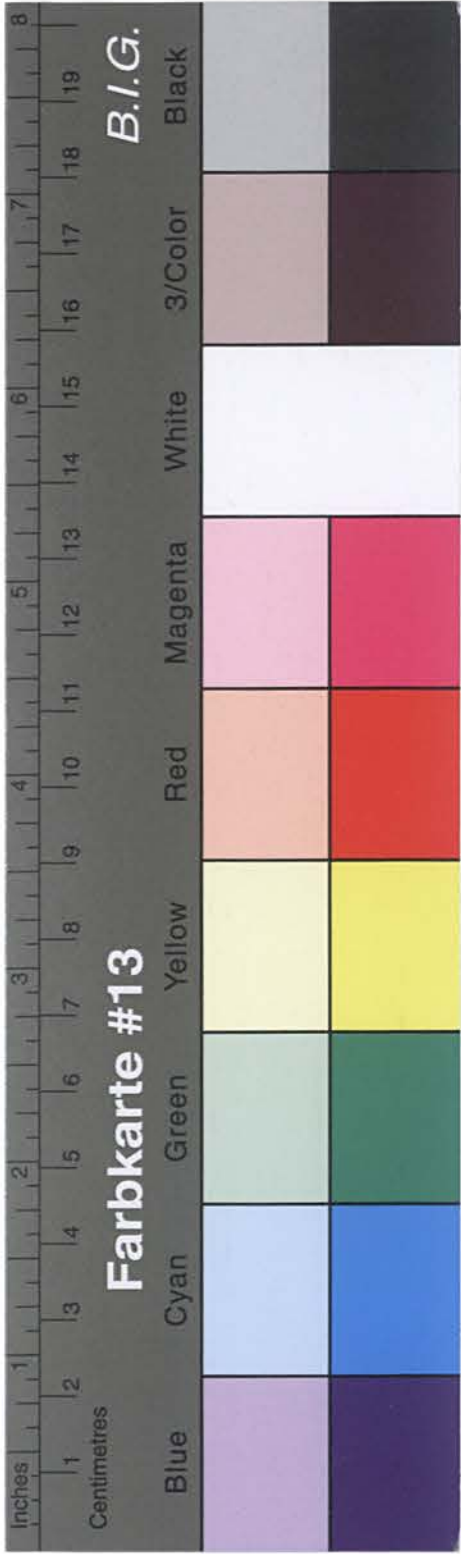
Registrierschein Nr.:

Serie (Serial)	Einzelheiten (Detail)	Stempel d. V. (Committee Stp.)
1 Betr.: Kreisernährungsamt (Apply to Kreis-Food Office)	Mittelschwere Arbeiter (Medium Heavy Workers) Rationen (Ration Cards) von bis (from) (to)	
2 Betr.: Kreis-Wohnungsamt (Apply to Kreis-Wohnungsamt)	Wohnungsvorrecht (Housing Priority) für Personen (for)	
3 Betr.: Kreis-Arbeitsamt (Apply to Arbeitsamt)	Anstellungsvorrecht (Priority Employment)	
4 Betr.: Kreis-Wohlfahrtsamt (Apply to Kreis-Wohlfahrtsamt)	Besondere öffentliche Unterstützung (Special Public Assistance) a) für Wochen (for) (weeks) b) erneuert für Wochen (renewed) (for) (weeks) c) dauernd (permanent)	

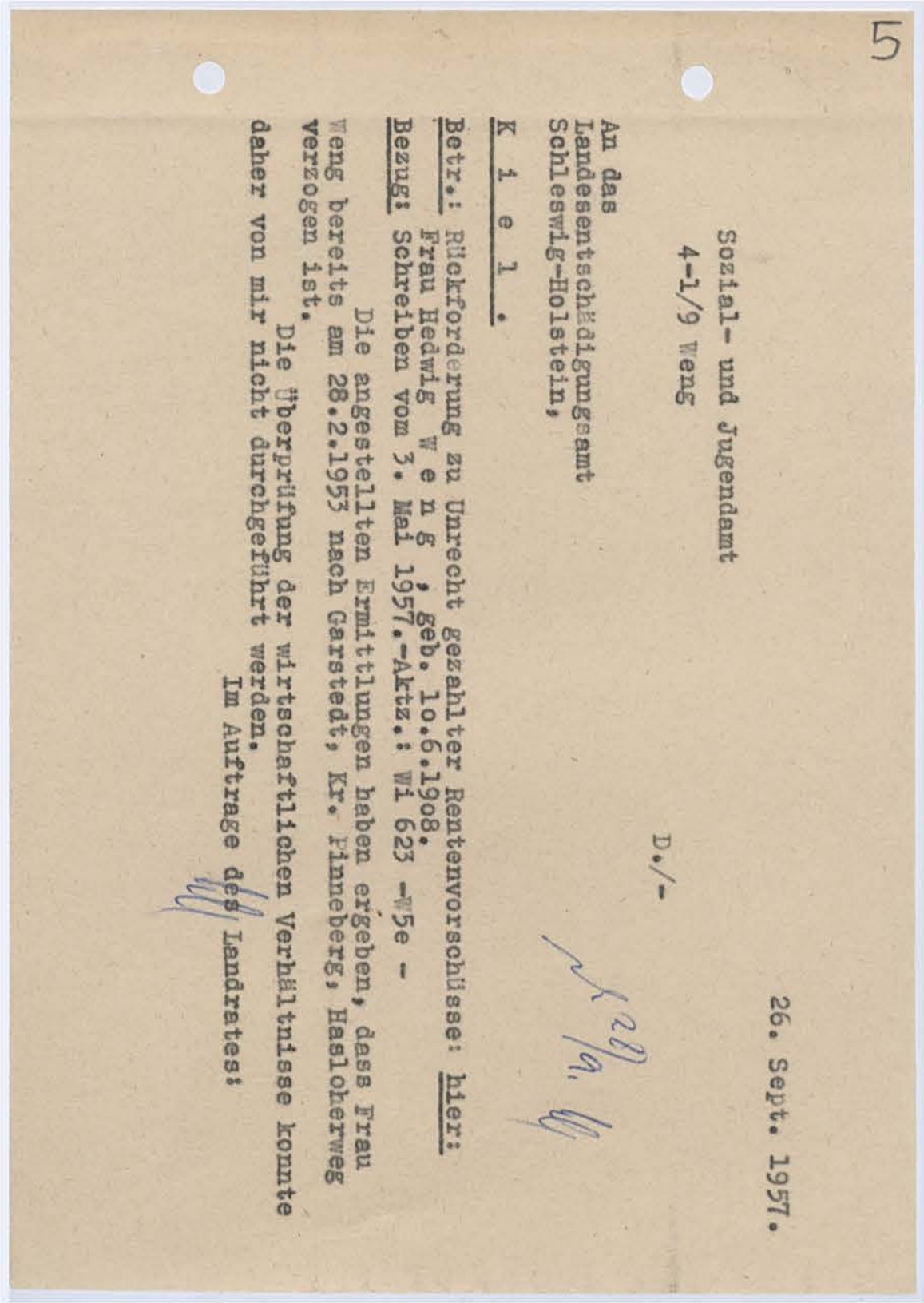
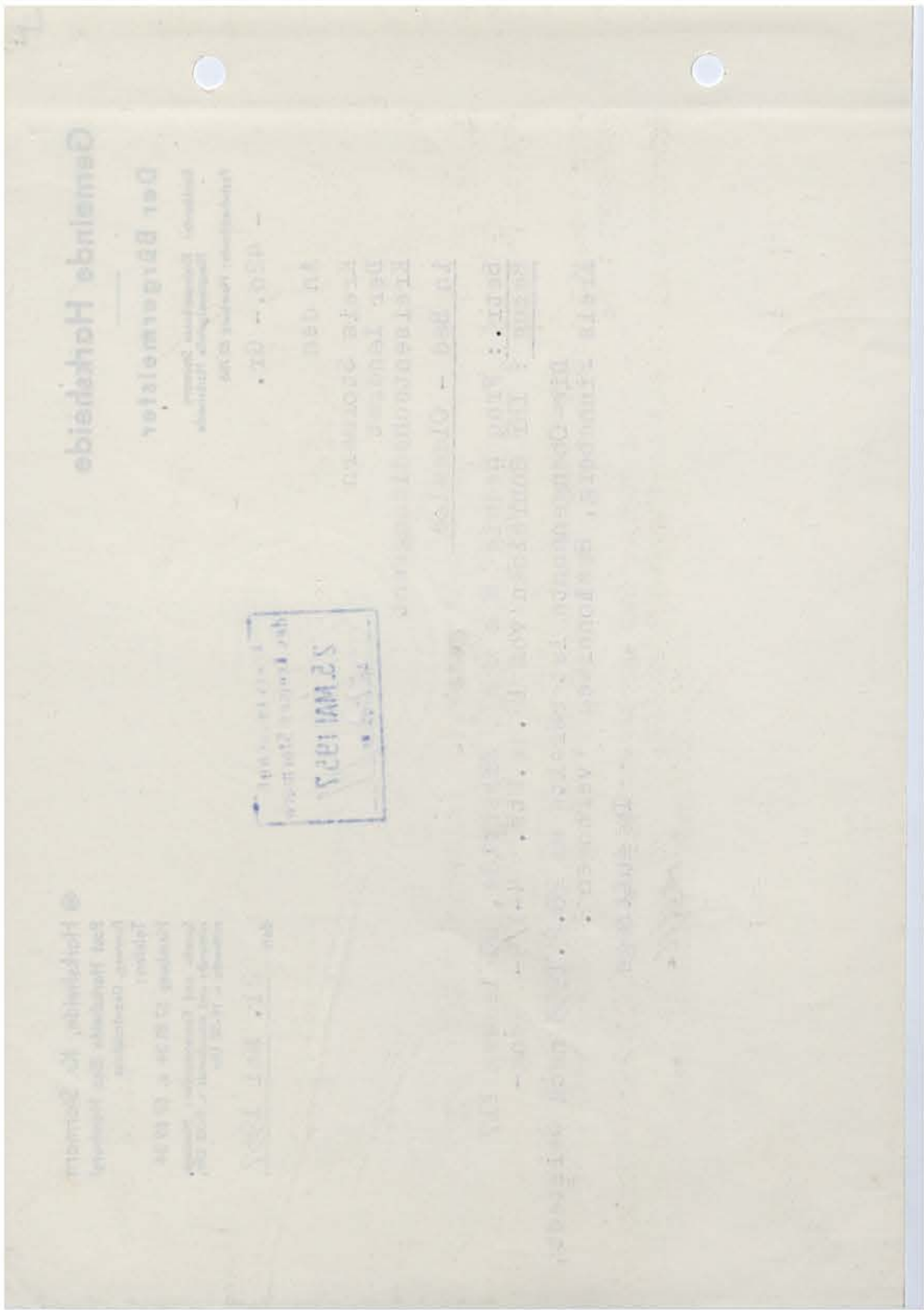
31. Mai 1949. Dr. Henner
Vorstand
(Chairman)
Mitglieder
(Members)
Sieg
Hedwig Weng, geb.
geb. 10.6.1908 in
Sperding, Wismar
Hedwig: Dampf-Station
Tschirnitz, P.
Hedwig: Dampf-Station
Tschirnitz, P.

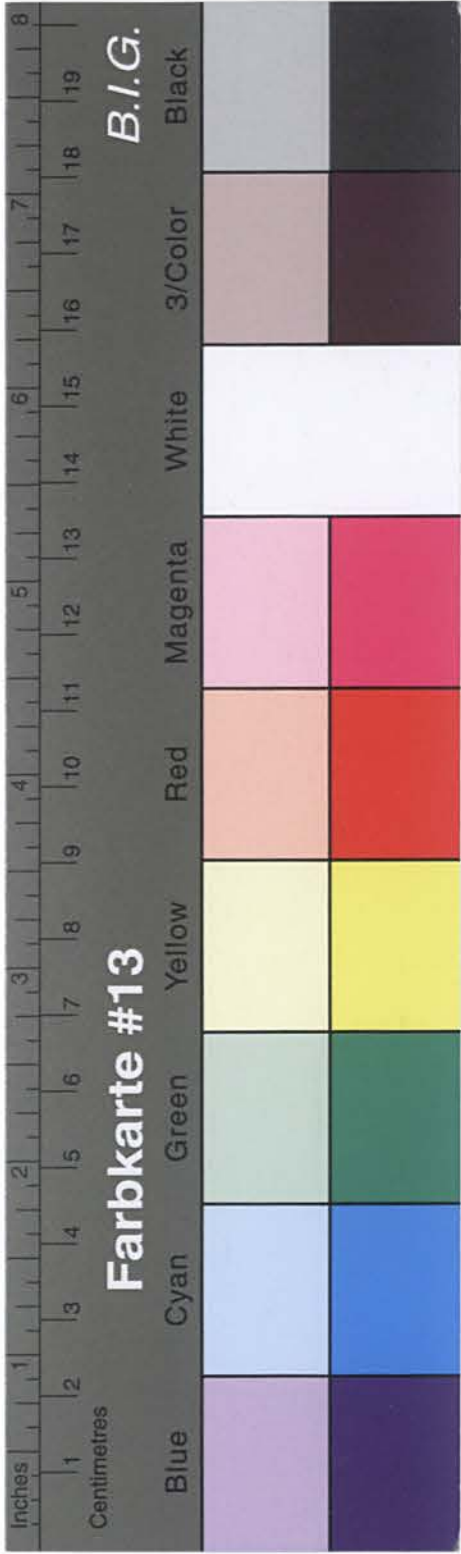


Kreisarchiv Stormarn B2

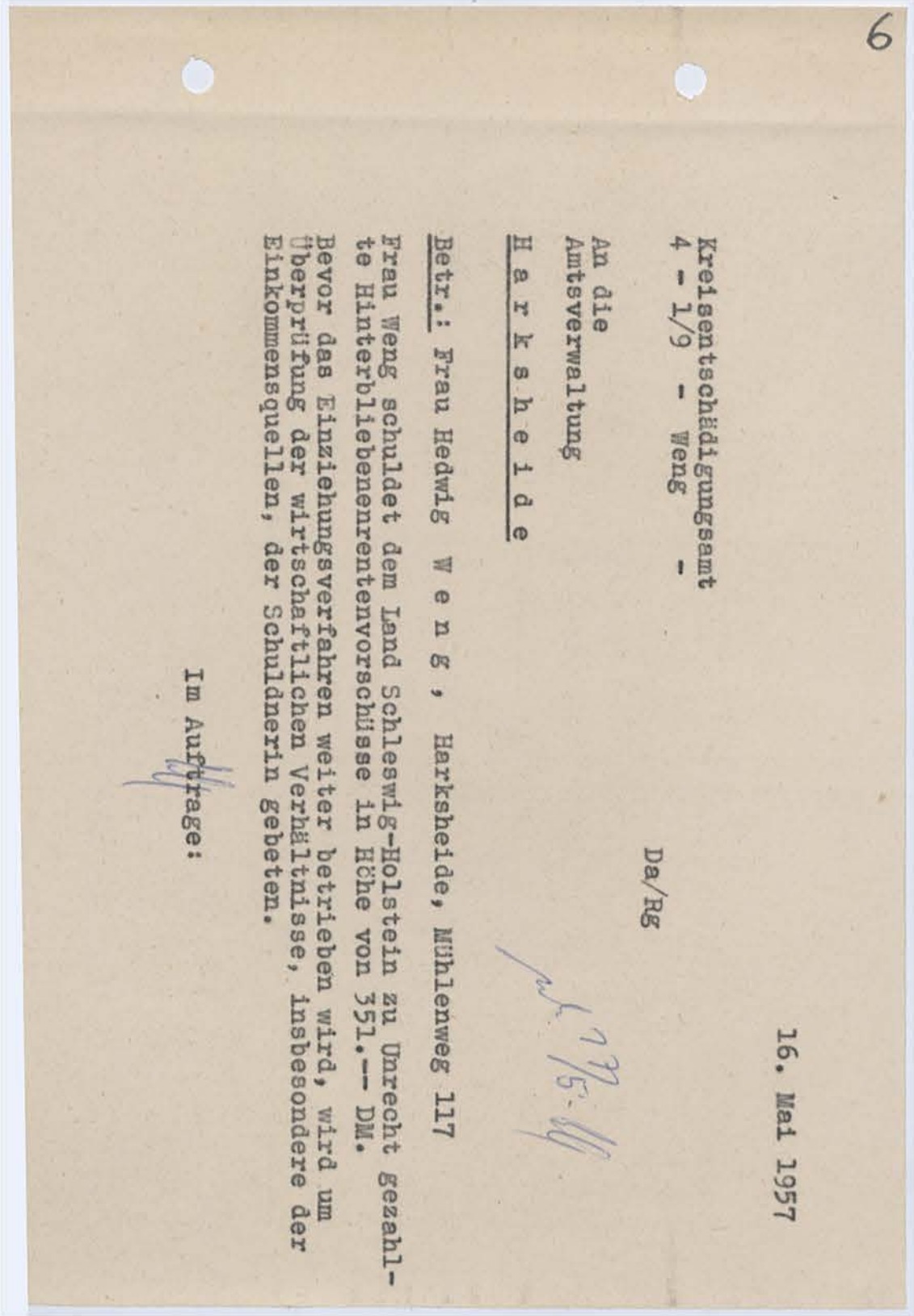
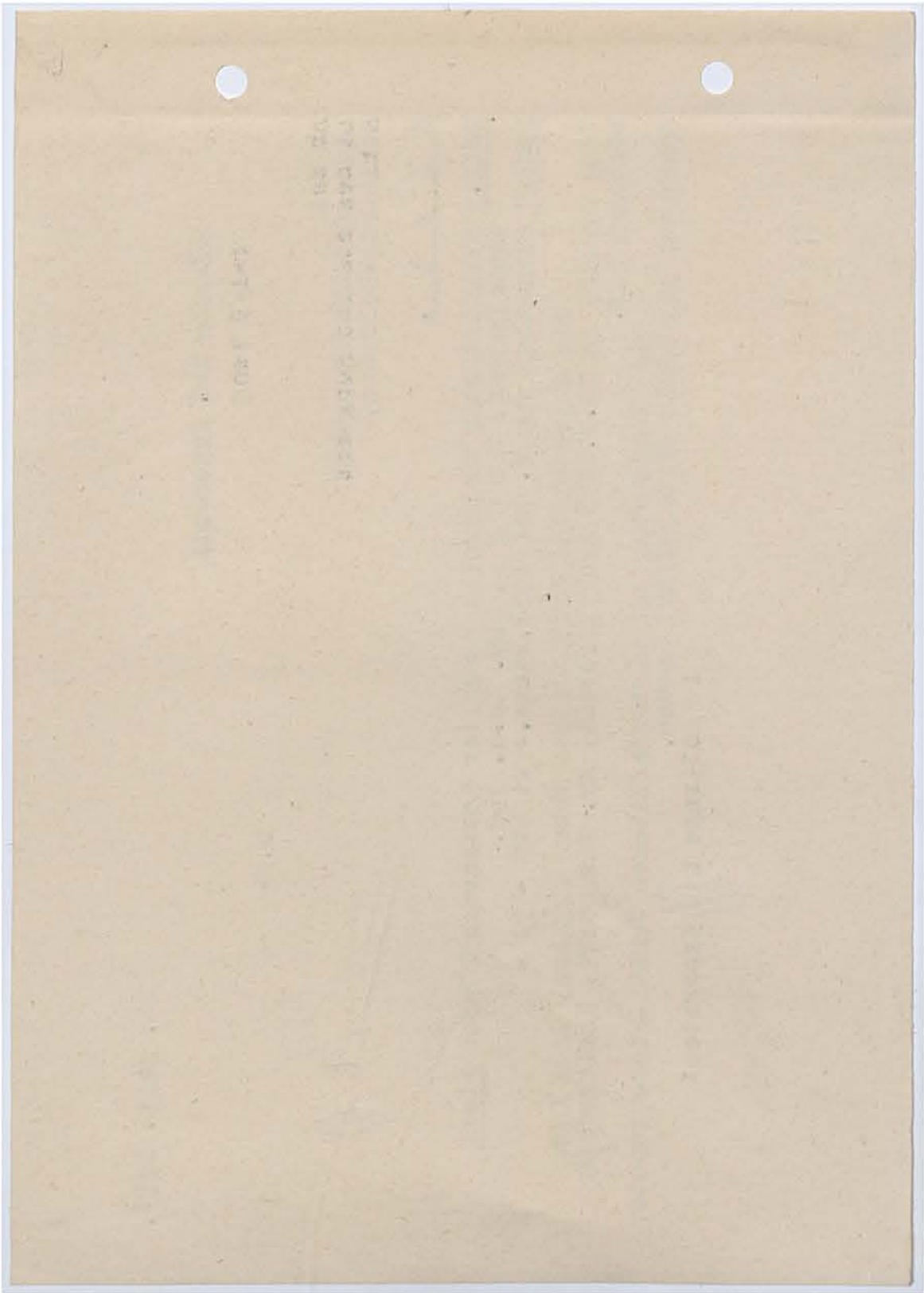


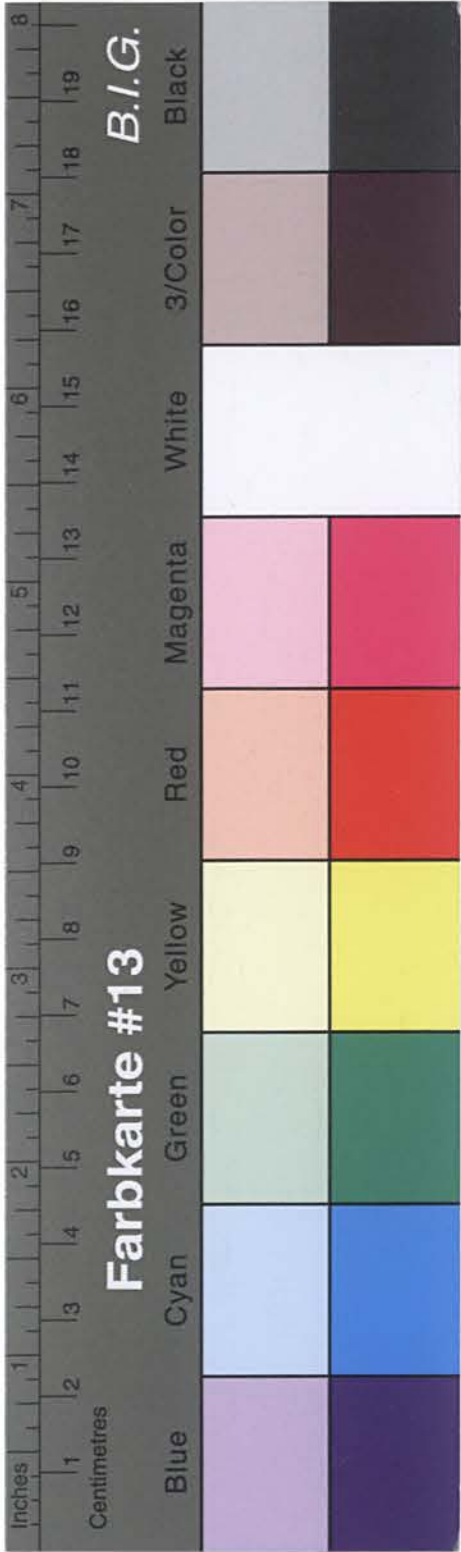
Kreisarchiv Stormarn B2



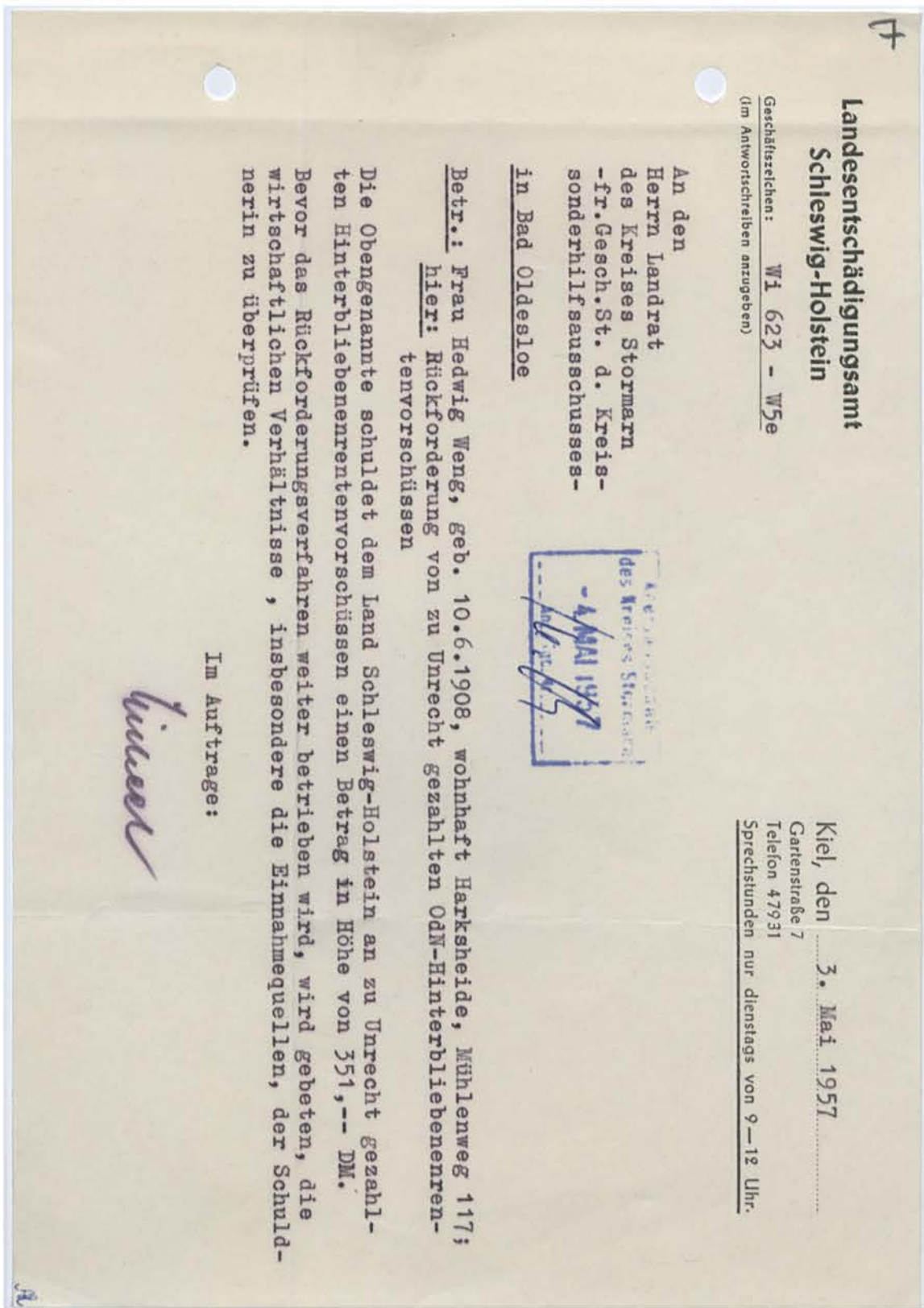
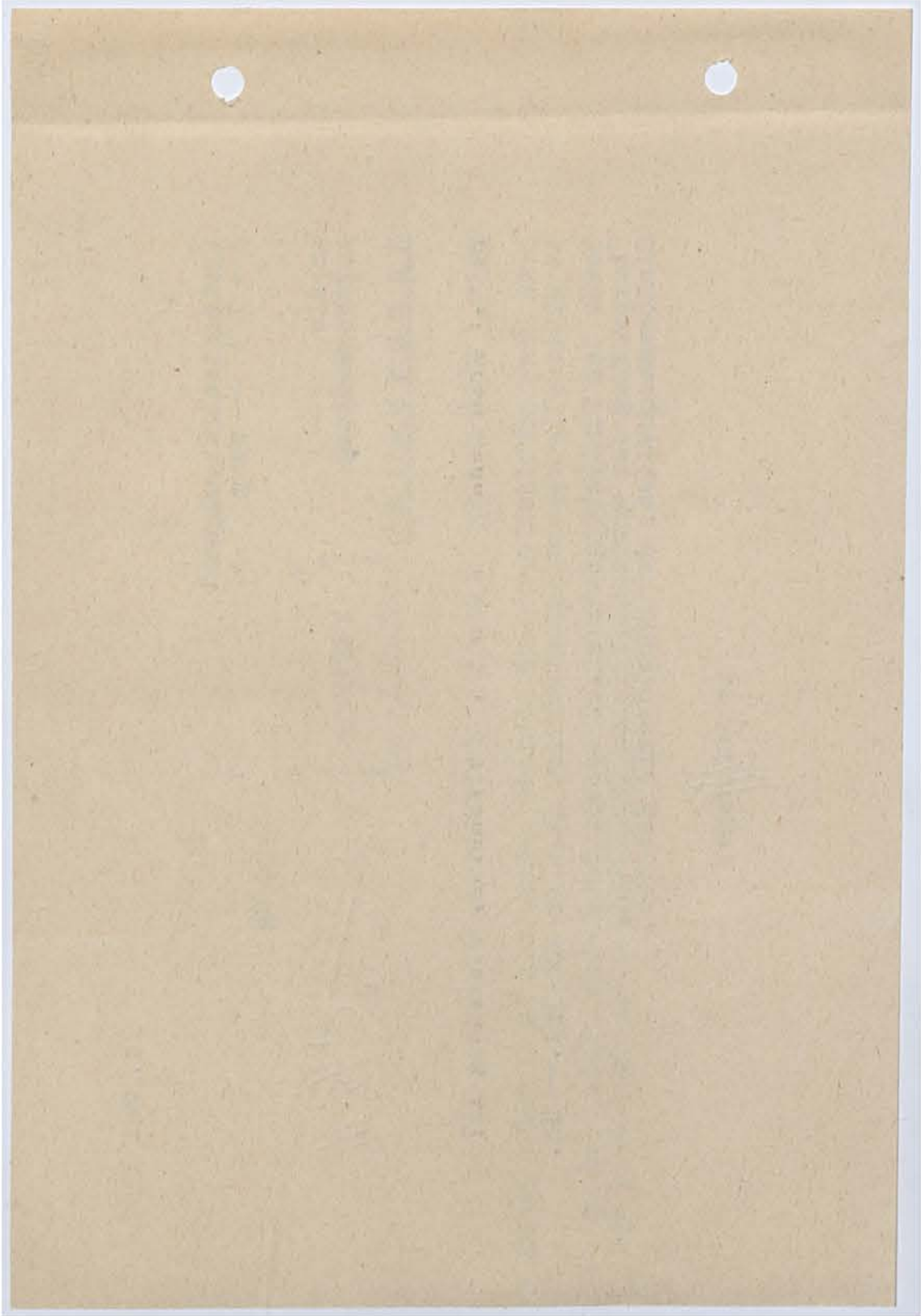


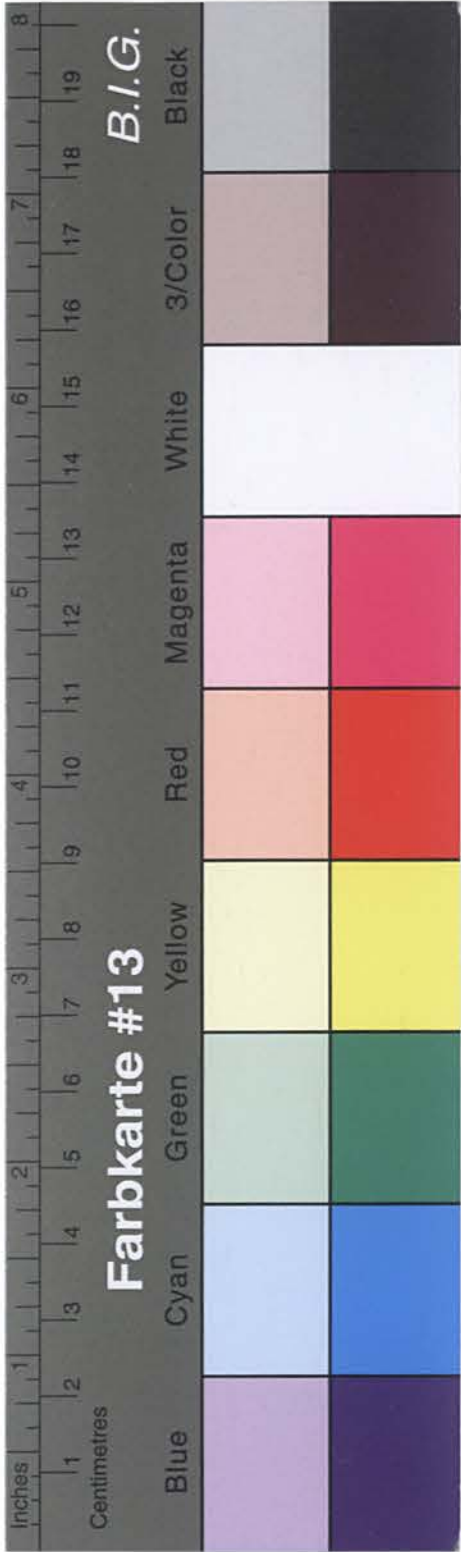
Kreisarchiv Stormarn B2



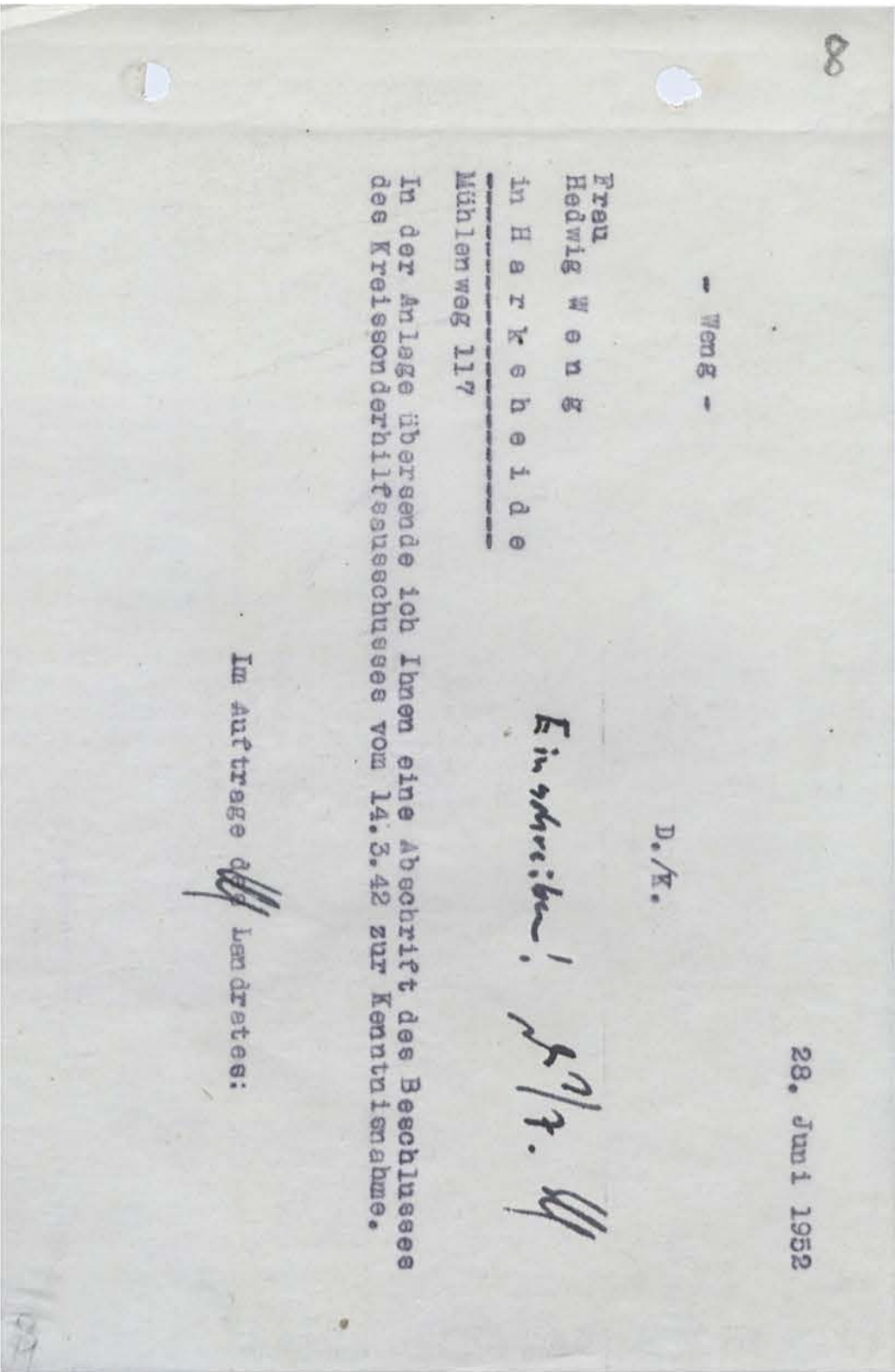
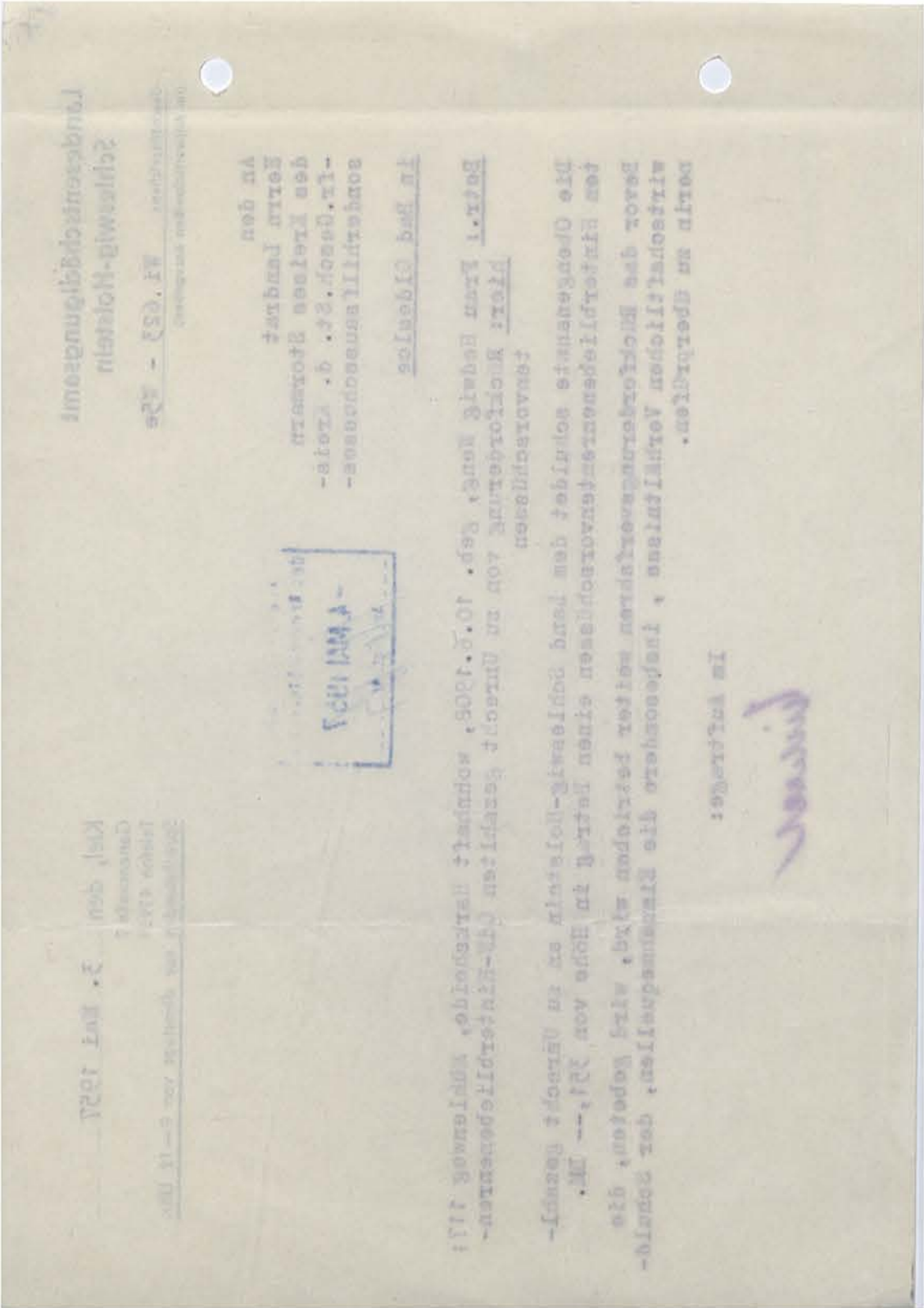


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

10

Bad Oldesloe, den 14. März 1952.

Protokoll

der 92. Sitzung des Kreisanderhilfesausschusses Stormarn
am 14. März 1952.

Es waren anwesend:

a) Herr Siege, Vorsitzender,
b) Herr von Schönning, Beisitzer,
c) Herr Esser, stellv. Beisitzer,
d) Herr Dabelstein, Geschäftsführer.

Vorlage: Überprüfung der Anerkennung der als Hinterbliebenen anerkannten Hedwig W e n g in Harkheide.

Beschluss: Der Kreisanderhilfesausschuss beschliesst einstimmig, die früher ausgesprochene Anerkennung zurückzuziehen.

Begründung:

Die Antragstellerin ist von dem Kreisanderhilfesausschuss Stormarn als Hinterbliebene anerkannt worden aufgrund der Tatsache, dass ihr Ehemann während der Wehrzeit gewissen Anfeindungen ausgesetzt war. Er ist jedoch zu keiner Zeit seiner Freiheit beraubt worden, insbesondere nicht in ein Gefängnis, Zuchthaus, Konzentrationslager oder eine Strafeinheit der Wehrmacht eingeliefert worden. Der Ehemann der Antragstellerin ist als Angehöriger der Festungskommandantur Schneidemühl seit dem 11.2.1945 vermisst. Die Einberufung zum Wehrdienst bedeutet keine Massnahme im Sinne des § 2 des Rentengesetzes, da er keiner Strafeinheit, sondern einer normalen Truppen- oder Garnisonseinheit zugeteilt worden ist. Wenn der Ehemann der Antragstellerin heute als vermisst gilt, so nicht durch Verfolgungsmassnahmen im Sinne des O.D.W.-Rentengesetzes, sondern höchstwahrscheinlich als Soldat infolge Kriegseinwirkungen.

Wie somit festgestellt wurde, sind die Voraussetzungen nach dem Gesetz vom 4.3.1948 heute nicht mehr gegeben. Die früher ausgesprochene Anerkennung als Hinterbliebene im Sinne des Gesetzes vom 3.4.1948 war daher, wie geschehen, zurückzuziehen.

Gegen diesen Beschluss steht der Betroffenen das Recht der Beschwerde innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung an den Landesanderhilfesausschuss in Kiel zu. Die Beschwerde wäre zu begründen und bei dem Kreisanderhilfesausschuss Stormarn einzureichen.

Vorsitzender: stellv. Beisitzer.

10

Bad Oldesloe, den 14. März 1952.

Protokoll

der 92. Sitzung des Kreisanderhilfesausschusses Stormarn
am 14. März 1952.

Es waren anwesend:

a) Herr Siege, Vorsitzender,
b) Herr von Schönning, Beisitzer,
c) Herr Esser, stellv. Beisitzer,
d) Herr Dabelstein, Geschäftsführer.

Vorlage: Überprüfung der Anerkennung der als Hinterbliebenen anerkannten Hedwig W e n g in Harkheide.

Beschluss: Der Kreisanderhilfesausschuss beschliesst einstimmig, die früher ausgesprochene Anerkennung zurückzuziehen.

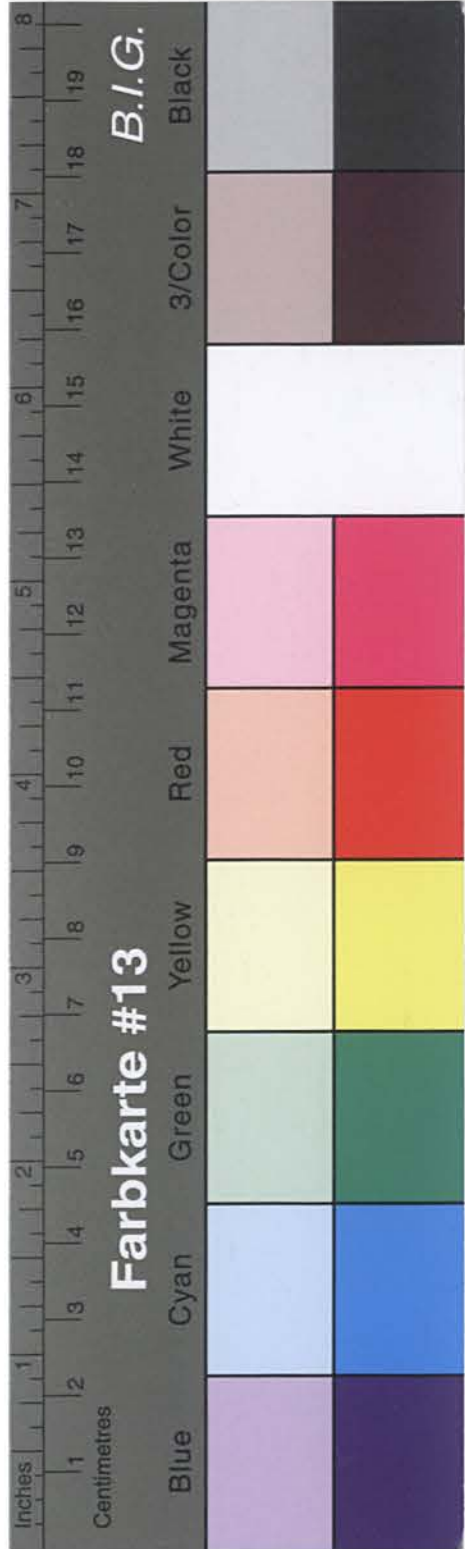
Begründung:

Die Antragstellerin ist von dem Kreisanderhilfesausschuss Stormarn als Hinterbliebene anerkannt worden aufgrund der Tatsache, dass ihr Ehemann während der Wehrzeit gewissen Anfeindungen ausgesetzt war. Er ist jedoch zu keiner Zeit seiner Freiheit beraubt worden, insbesondere nicht in ein Gefängnis, Zuchthaus, Konzentrationslager oder eine Strafeinheit der Wehrmacht eingeliefert worden. Der Ehemann der Antragstellerin ist als Angehöriger der Festungskommandantur Schneidemühl seit dem 11.2.1945 vermisst. Die Einberufung zum Wehrdienst bedeutet keine Massnahme im Sinne des § 2 des Rentengesetzes, da er keiner Strafeinheit, sondern einer normalen Truppen- oder Garnisonseinheit zugeteilt worden ist. Wenn der Ehemann der Antragstellerin heute als vermisst gilt, so nicht durch Verfolgungsmassnahmen im Sinne des O.D.W.-Rentengesetzes, sondern höchstwahrscheinlich als Soldat infolge Kriegseinwirkungen.

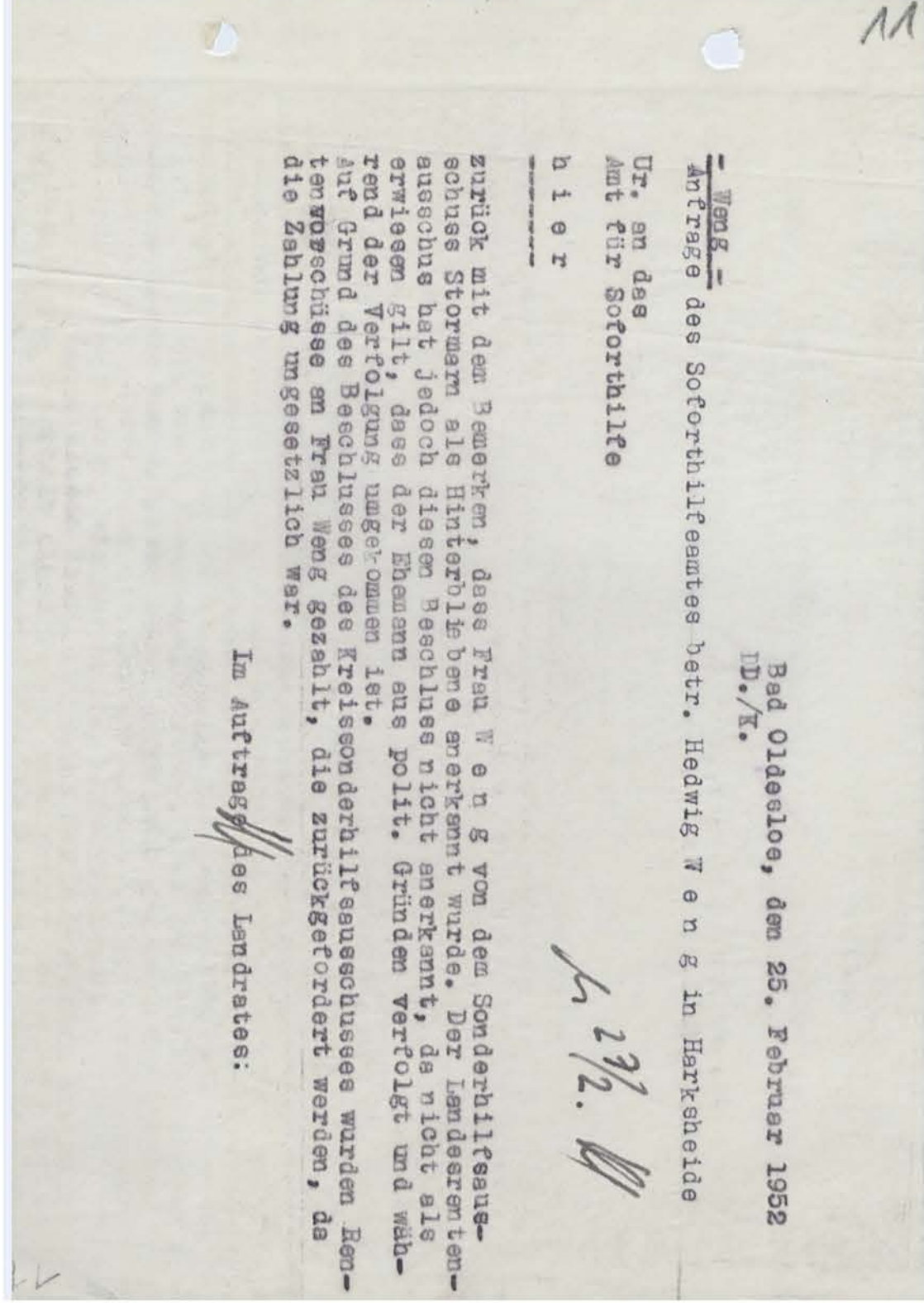
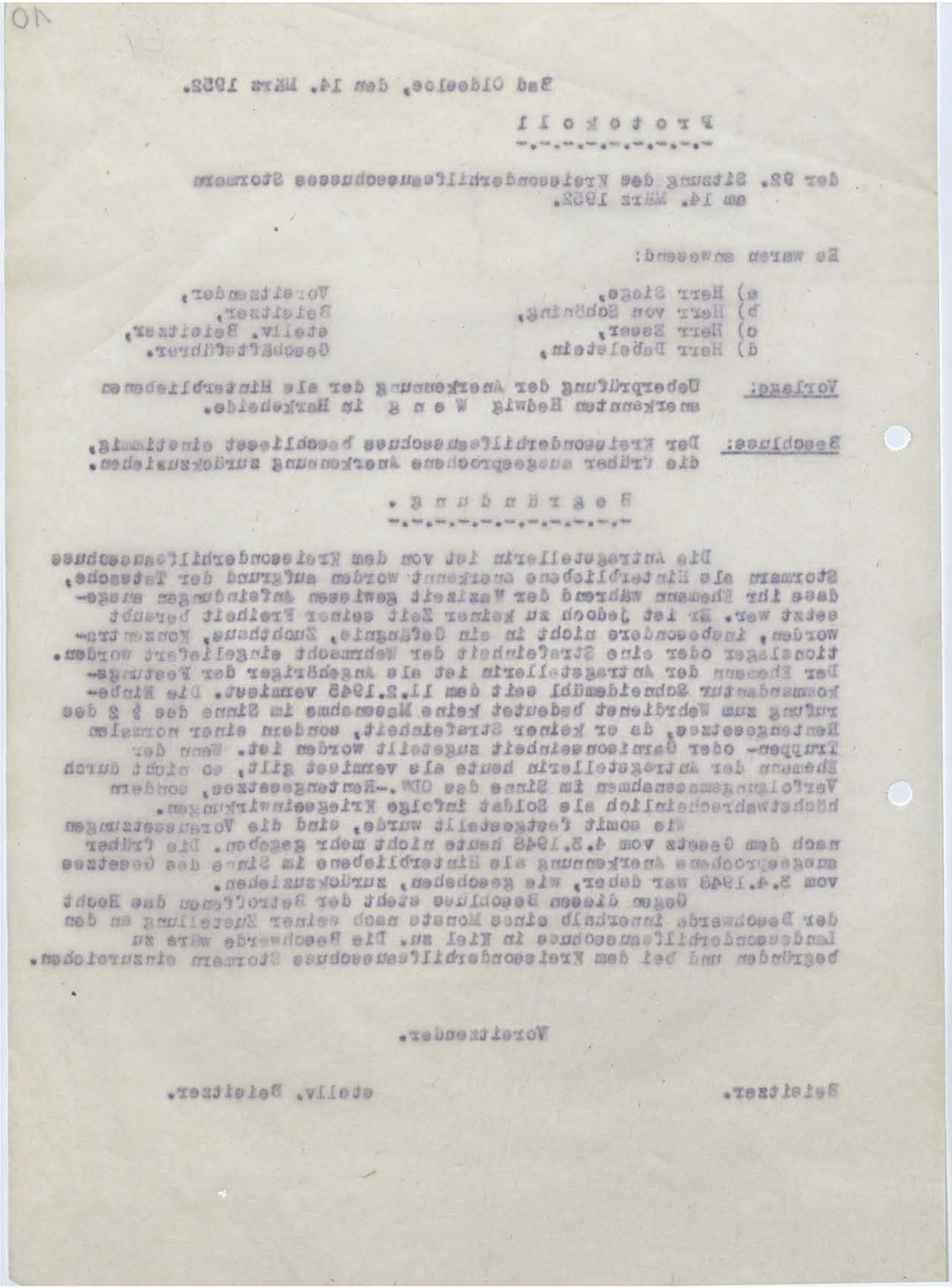
Wie somit festgestellt wurde, sind die Voraussetzungen nach dem Gesetz vom 4.3.1948 heute nicht mehr gegeben. Die früher ausgesprochene Anerkennung als Hinterbliebene im Sinne des Gesetzes vom 3.4.1948 war daher, wie geschehen, zurückzuziehen.

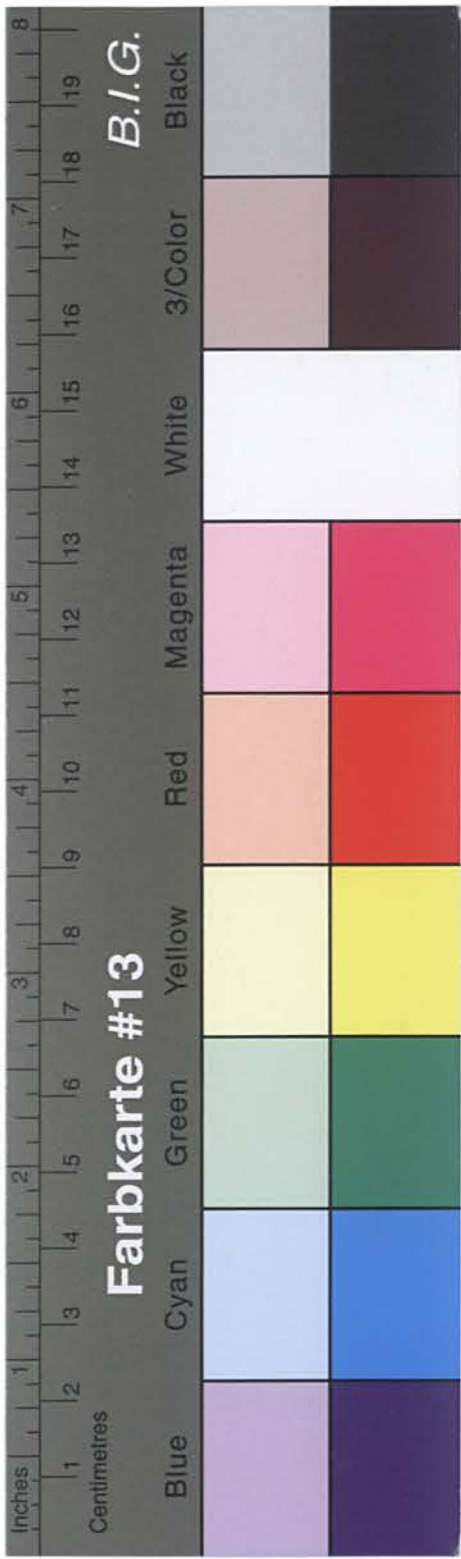
Gegen diesen Beschluss steht der Betroffenen das Recht der Beschwerde innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung an den Landesanderhilfesausschuss in Kiel zu. Die Beschwerde wäre zu begründen und bei dem Kreisanderhilfesausschuss Stormarn einzureichen.

Vorsitzender: Beisitzer. stellv. Beisitzer.

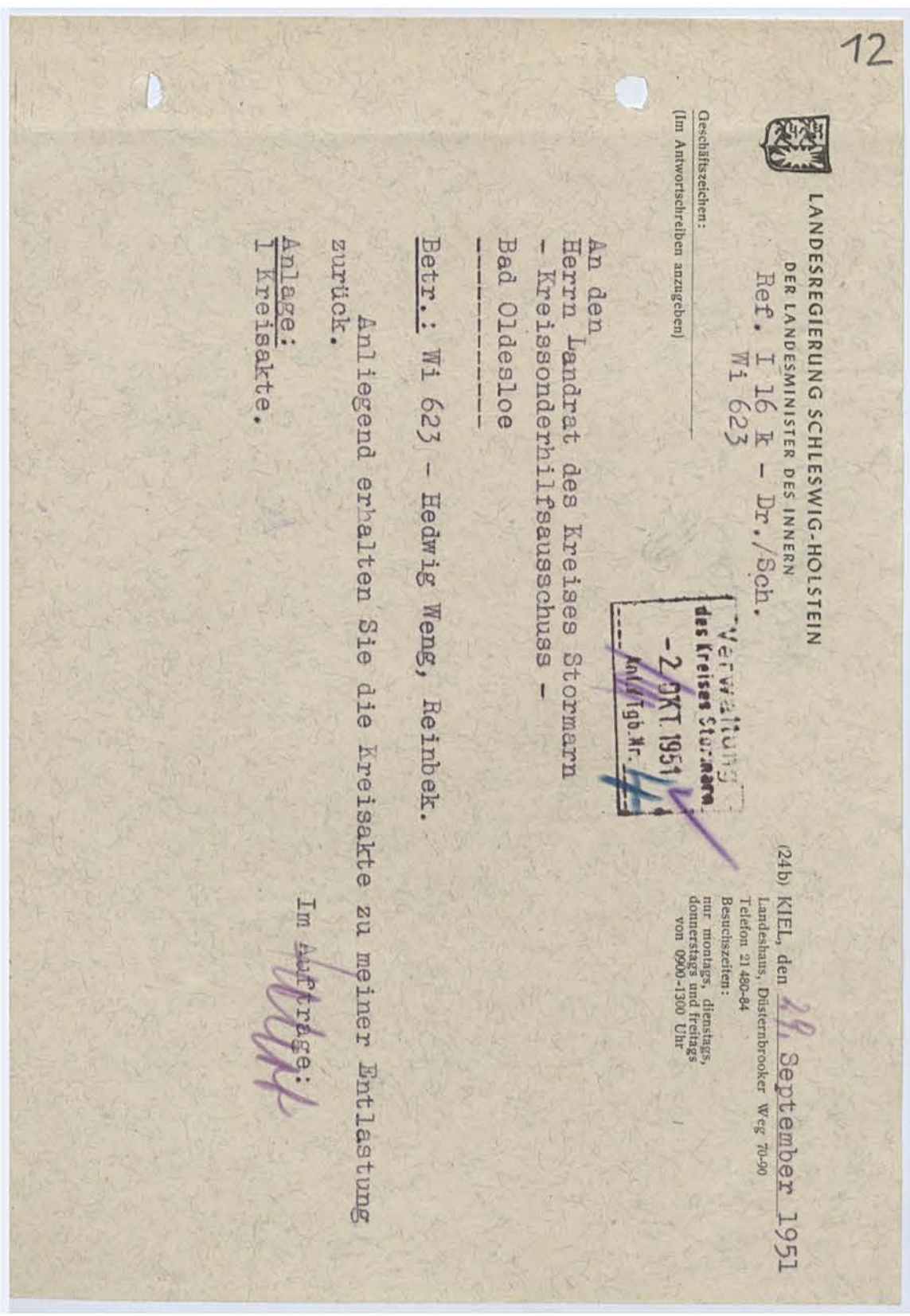
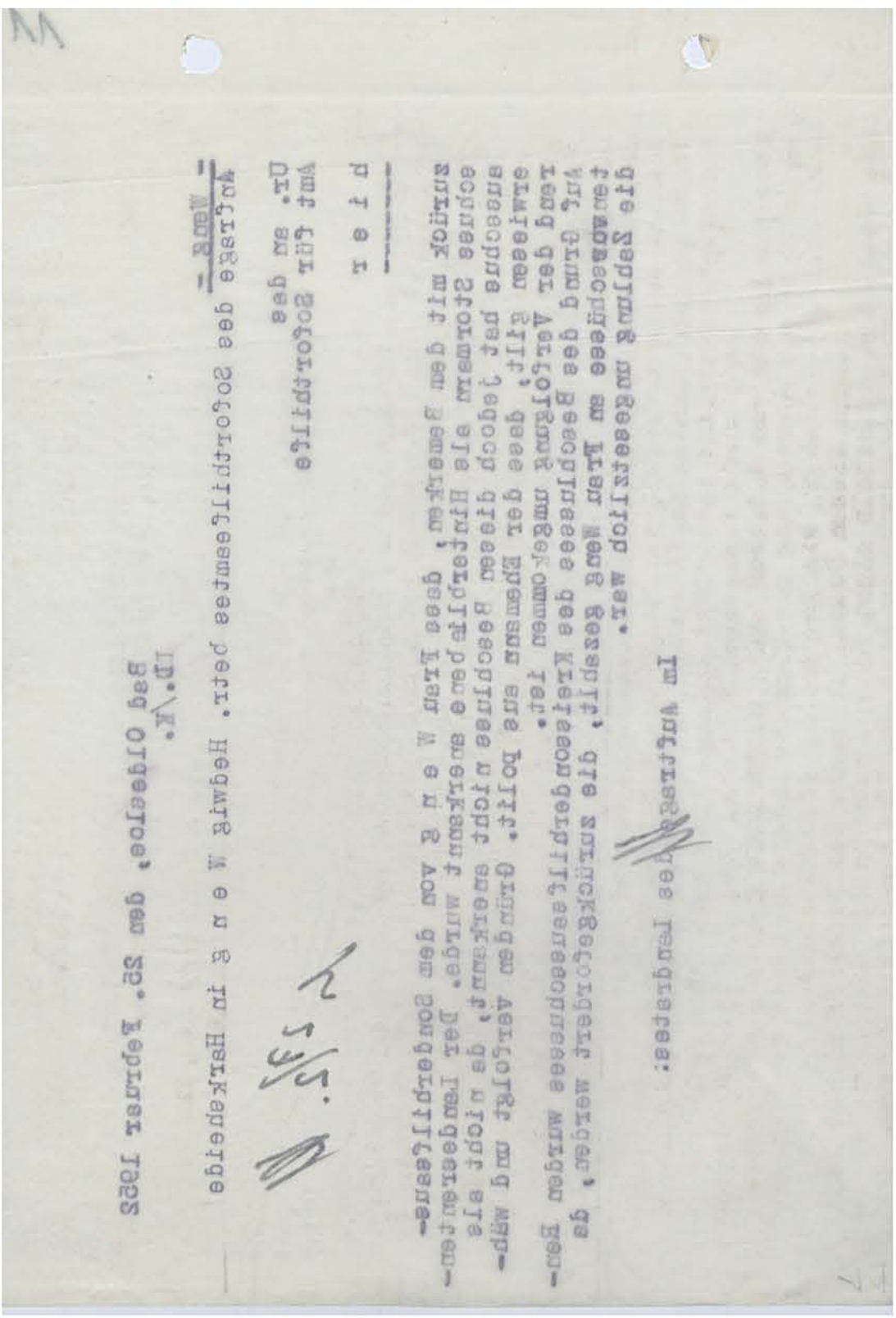


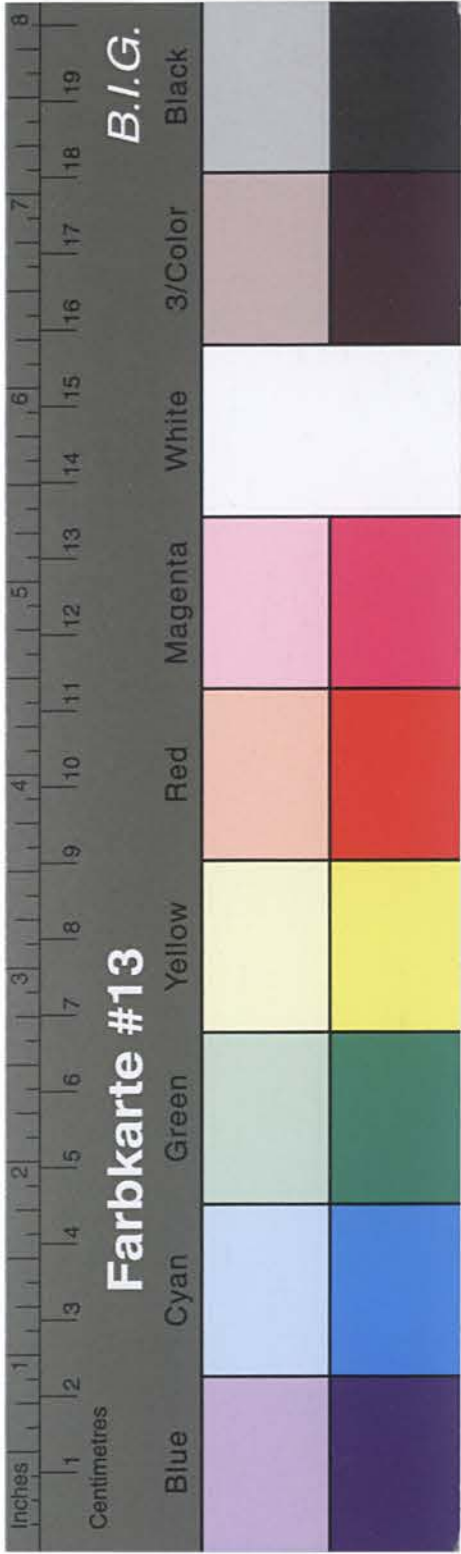
Kreisarchiv Stormarn B2



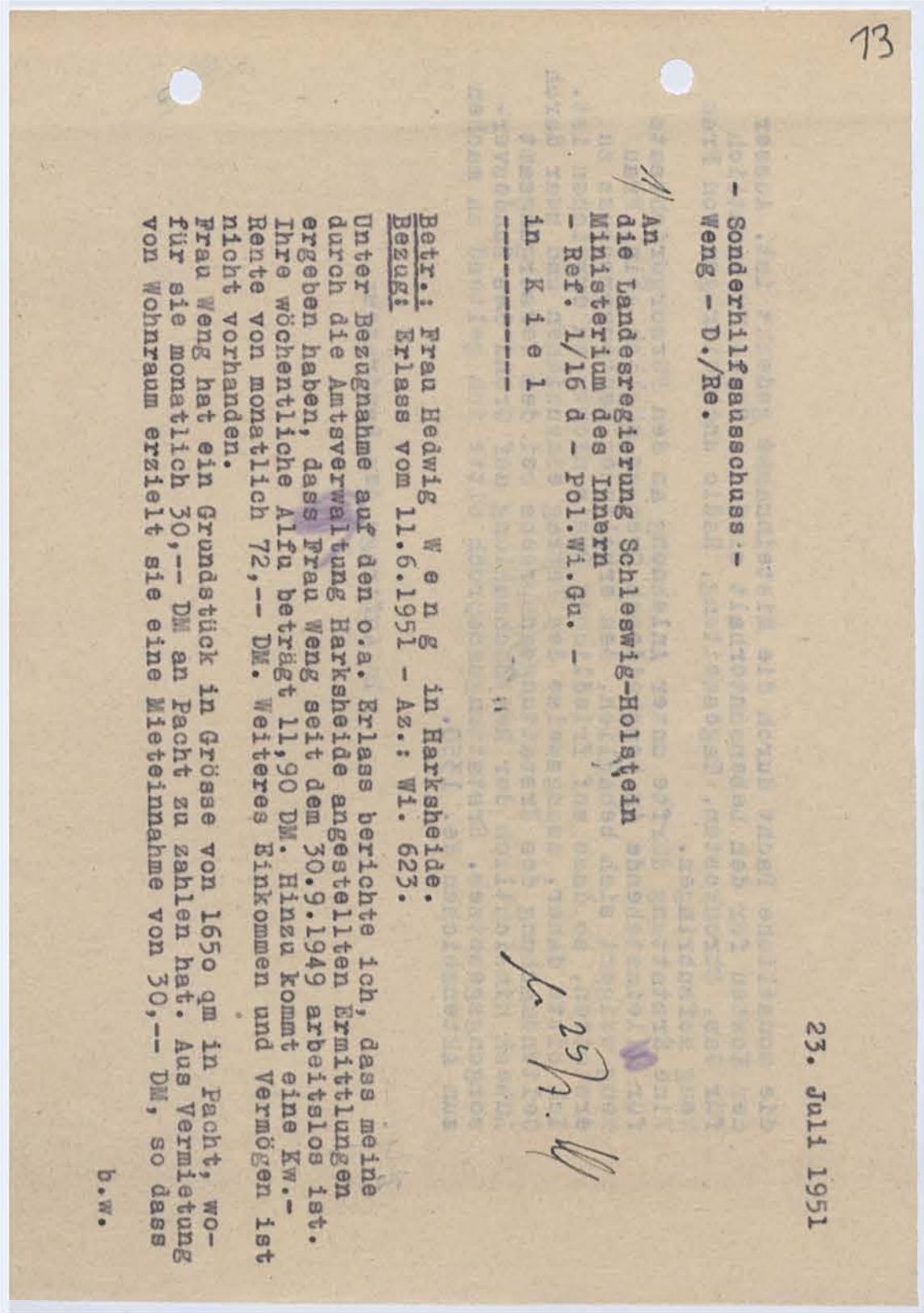
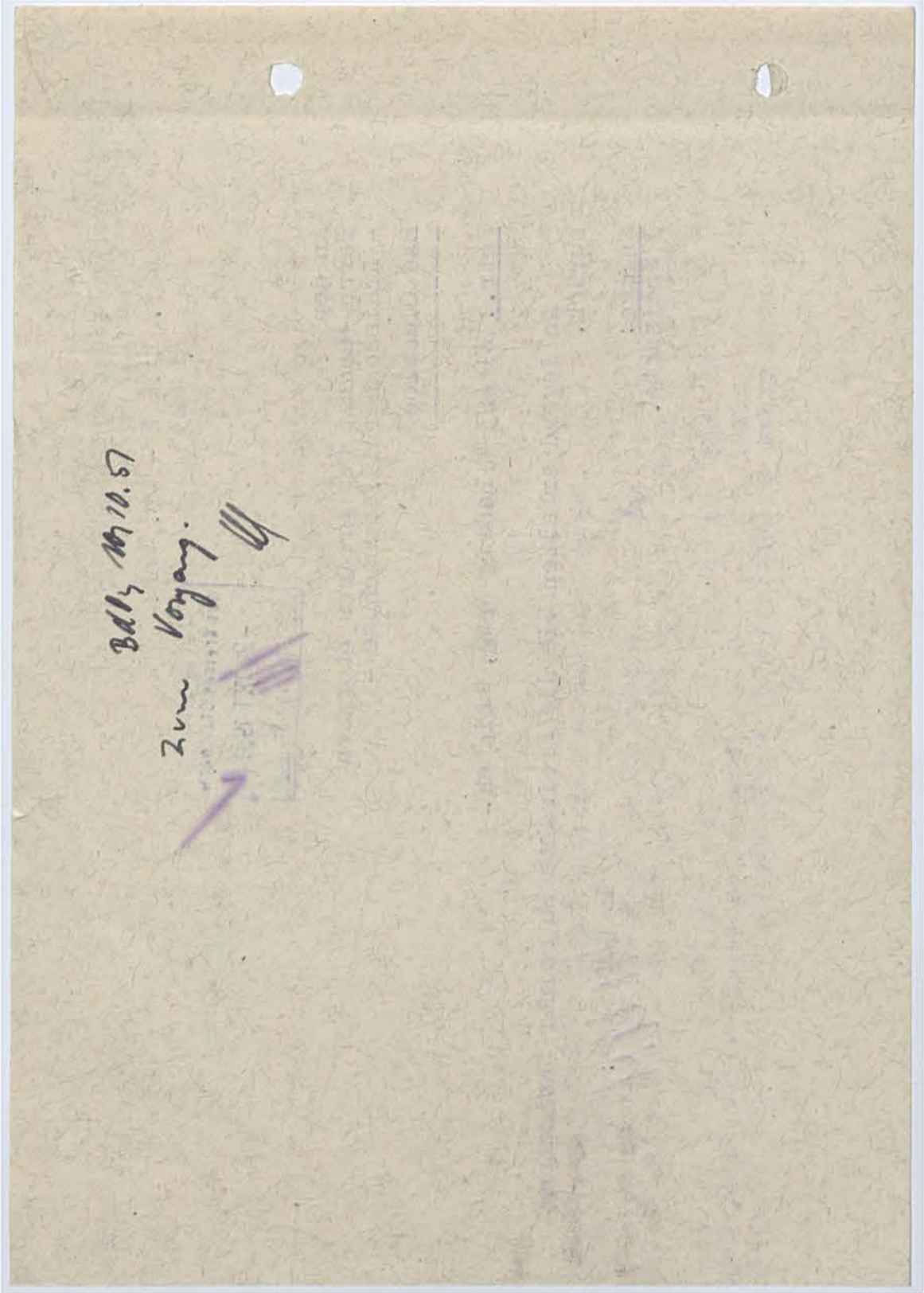


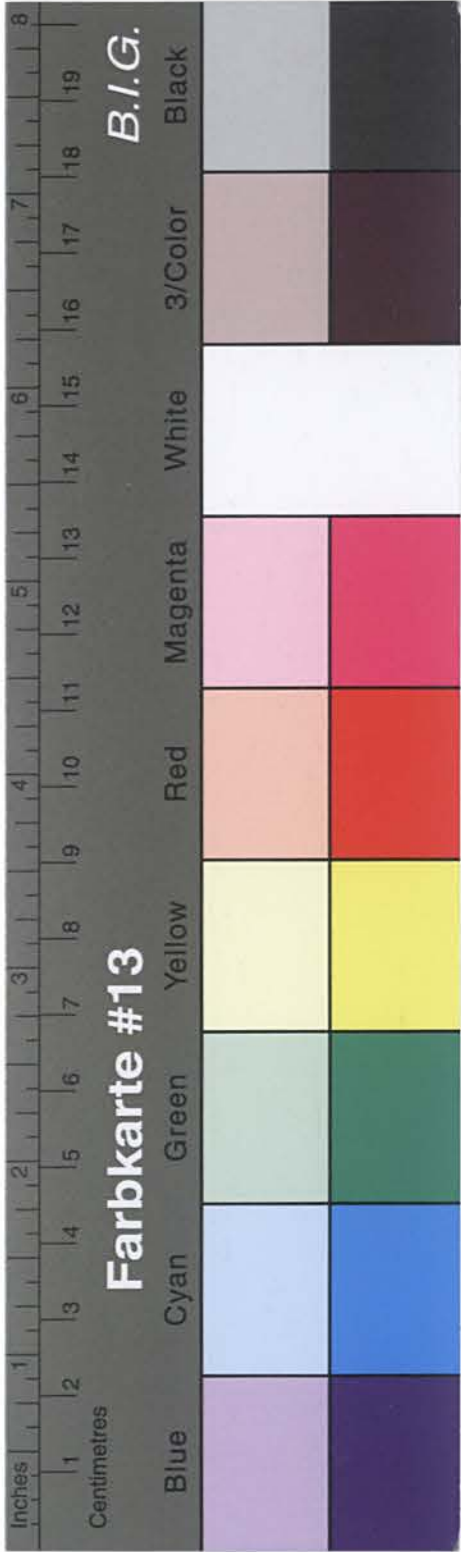
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

die monatliche Pacht durch die Mieteinnahme gedeckt ist. Ausser den Kosten für den Lebensunterhalt sind ca. 20,-- DM monatlich für Gas, Stromkosten, Tageszeitung, Radio und Beiträgen von Frau Wenig aufzubringen.

Keine Erstattung dürfte unter Anlehnung an den Fürsorgerechtsatz für Erstattende in bescheidenen Grenzen möglich sein. Frau Wenig weigert sich beharrlich, den erhaltenen Rentenvorschuss zu erstatten, so dass auf friedlicher Basis nichts zu erreichen ist. Ich bitte daher, zwangsweise den Betrag einzuziehen und zwar durch Geltendmachung des Erstattungsanspruchs bei dem Versorgungsamt Lübeck hinsichtlich der Rentnachzahlung auf Grund des Bundesversorgungsgesetzes. Erstattungsanspruch bitte ich geltend zu machen zum Aktenzeichen We. 1350.

Im Auftrage des Landrates:

14

Gemeinde Harksheide
Telefon: Hamburg 57 81 34

Der Bürgermeister
Bankkonto: Kreissparkasse Stormarn
Nebenstelle Harksheide
Postfachkonto: Hamburg 82 706

- 412-3-Schn. -
An die Gemeinde Harksheide
Verwaltung des Krs. Stormarn
- Sonderhilfsausschuss -
Bad O l d e s l o e
=====

Betr.: Frau Hedwig W e n g ; Harksheide, Mühlenweg 117
Bezug: Dort. Schreiben vom 22. Juni 1951 - 4 1/9 -

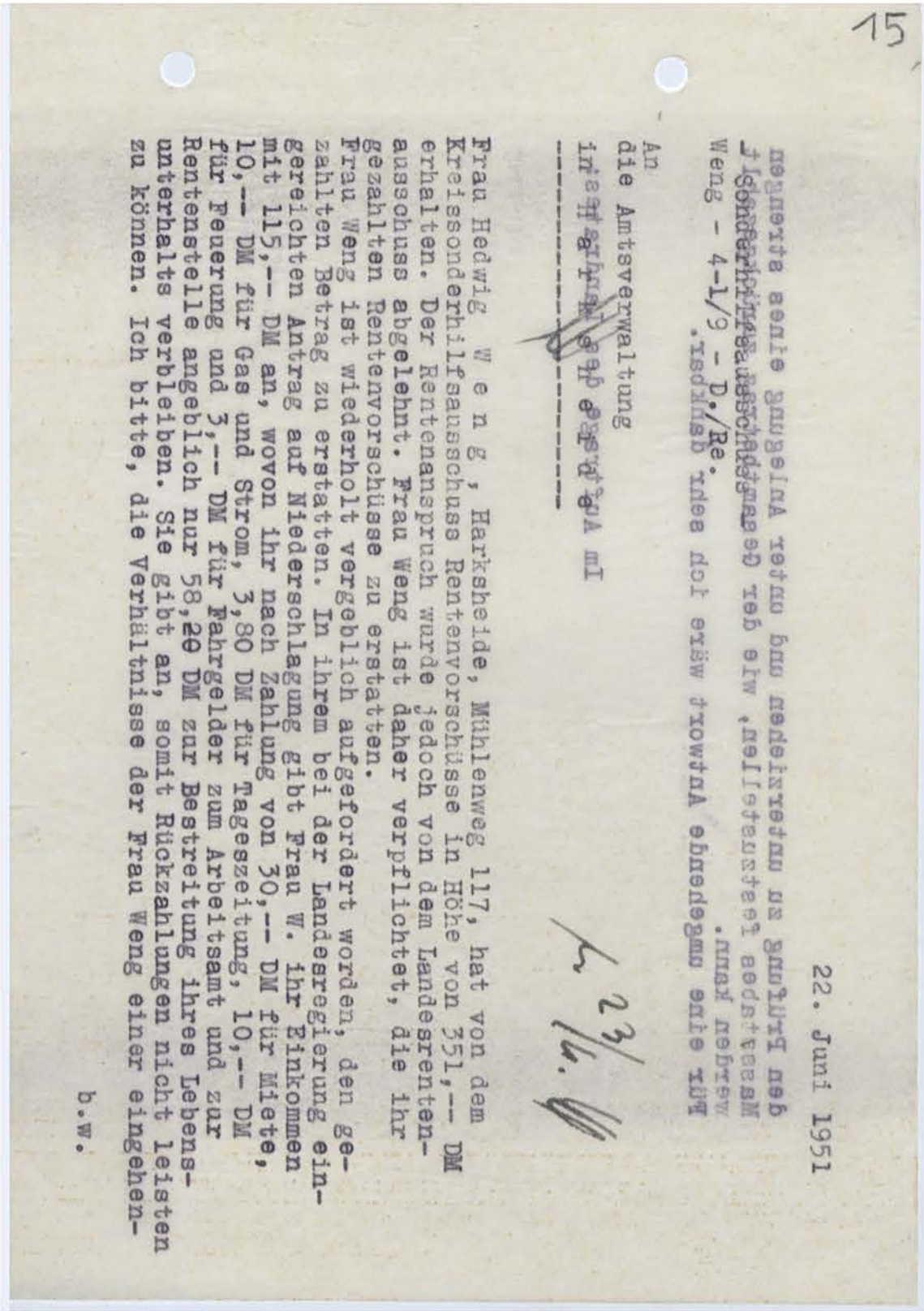
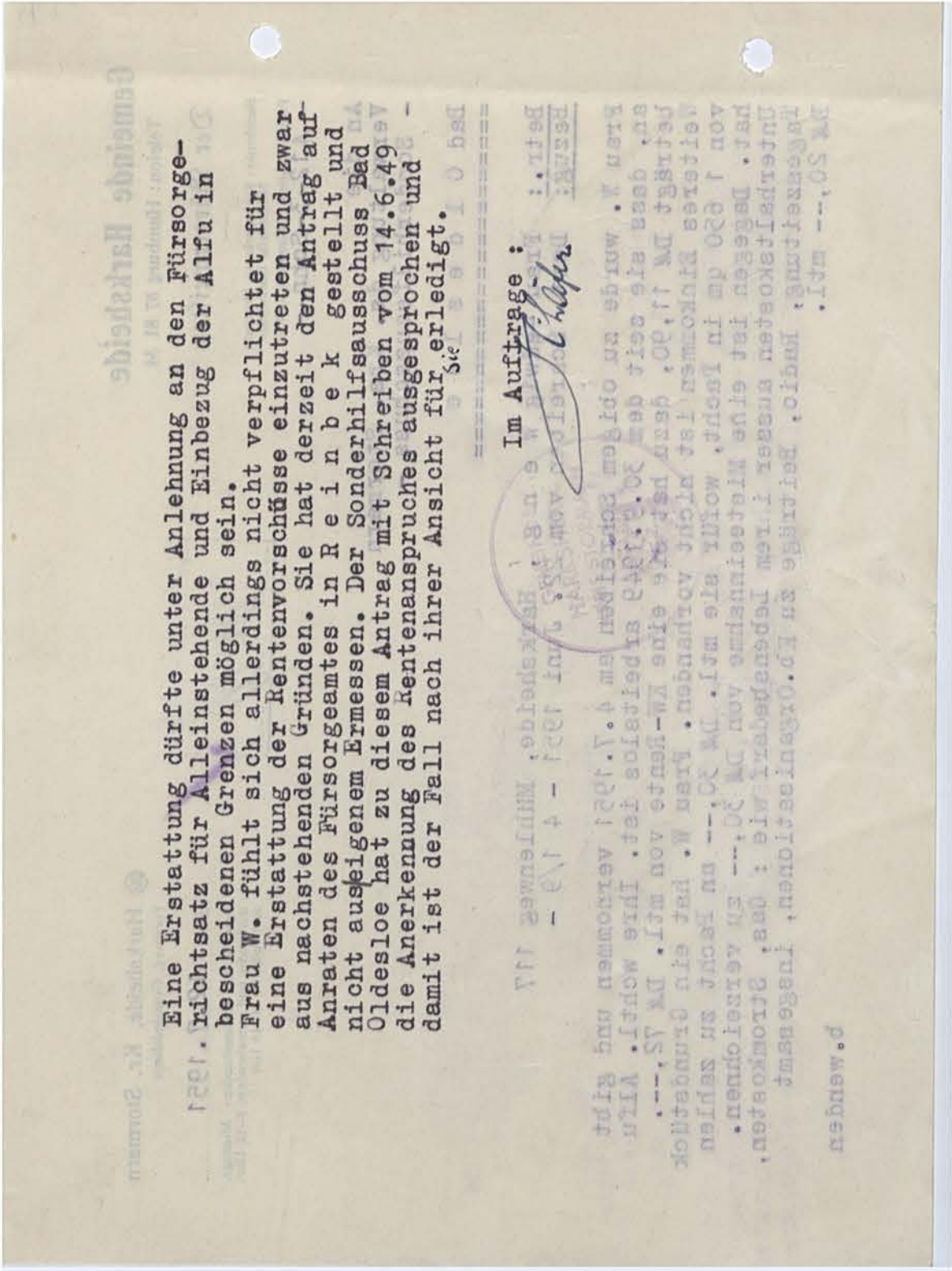
Frau W. wurde zu obigem Schreiben am 4.7.1951 vernommen und gibt an, dass sie seit dem 30.9.1949 arbeitslos ist. Ihre wchl. Alfu beträgt DM 11,90, dazu hat sie eine KW-Rente von mtl. DM 72,-- . Weiteres Einkommen ist nicht vorhanden. Frau W. hat ein Grundstück von 1 650 qm in Pacht, wofür sie mtl. DM 30,-- an Pacht zu zahlen hat. Dagegen ist eine Mieteinnahme von DM 30,-- zu verzeichnen. Unterhaltskosten ausser ihrem Lebensbedarf wie : Gas, Stromkosten, Tageszeitung, Radio, Beiträge zu Kb.Organisationen, insgesamt DM 20,-- mtl.

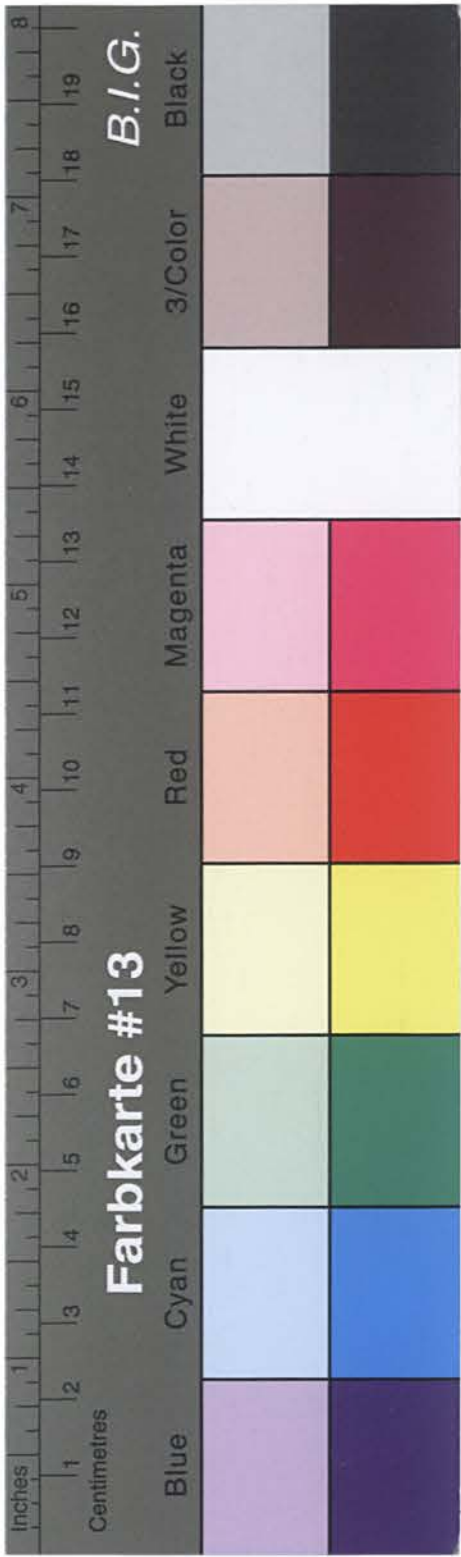
b. wenden

Harksheide, Kr. Stormarn
Forstweg, Gemeindeführer
den 12.7.1951
Sprecher, land. Kassenschriftführer: Montag, Mittwoch und Samstag v. 8-12 Uhr



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
DER LANDESMINISTER DES INNERN

24b) KIEL, den 11. Juni 1951

des Kreises Stornarn (2

Geschäftszeichen: I/16d - W1. 623-
Im Antwortschreiben anzugeben)

Ep./Ma.

12 JUN 1951
11:57:05
Telefon 21 480-04
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags,
donnerstags und freitags
von 0900-1300 Uhr

An
den Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuß für OdN.-
in Bad Oldesloe.

Betr.: Frau Hedwig Wenig, Harksheide-Rückerstattung der Renten-
vorschusszahlungen von 351.-DM.

Bezug: vorschusszahlungen von 331.-DM.
Dort. Schreiben vom 31.3. u.21.4.51 - Az.: 4-1/9 Weng-D.

In ihrem hierher eingereichten Antrag auf Niederschlagung der Vor-
schußzahlungen vom 7.12.50 gibt Frau Weng ihr Einkommen mit 115.-DM
an, wovon ihr nach Zahlung von 30.-DM für Miete, ...

10.-"	"	Gas und Strom,
3.80"	"	Tageszeitung,
10.-"	"	Feuerung und
3.-"	"	für Fahrgelder zum Arbeits-

angeblich nur 58,20 DM zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts verdienen, so daß sie keine Rückzahlungen zu leisten imstande sei.

b. w.

.w.d

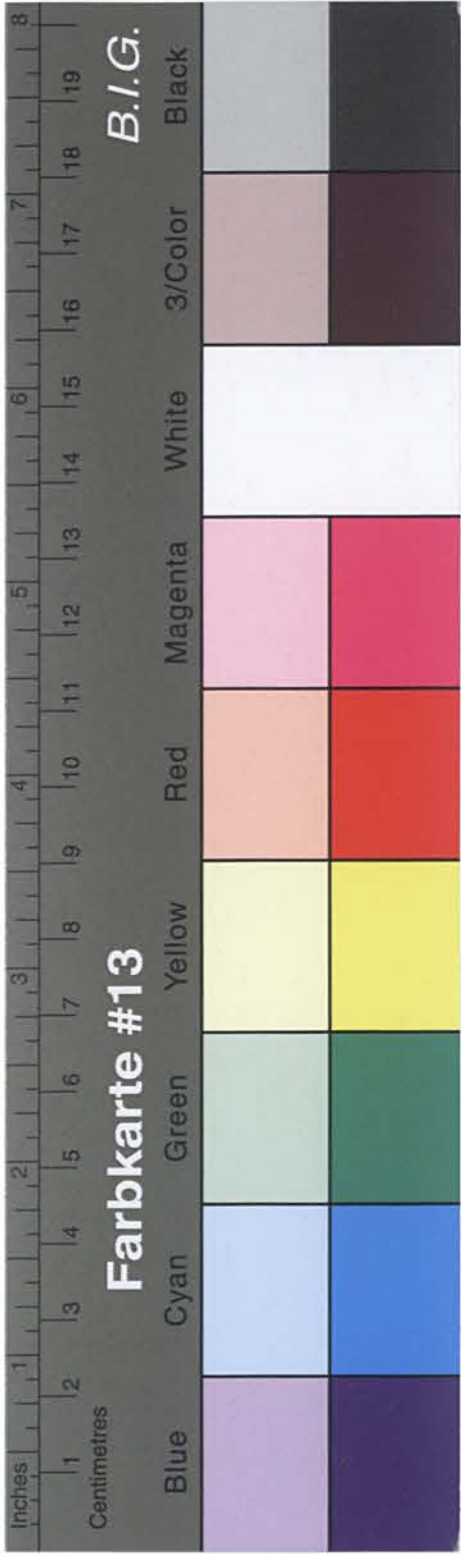
[illegible]

Im Auftrage des Landrates:

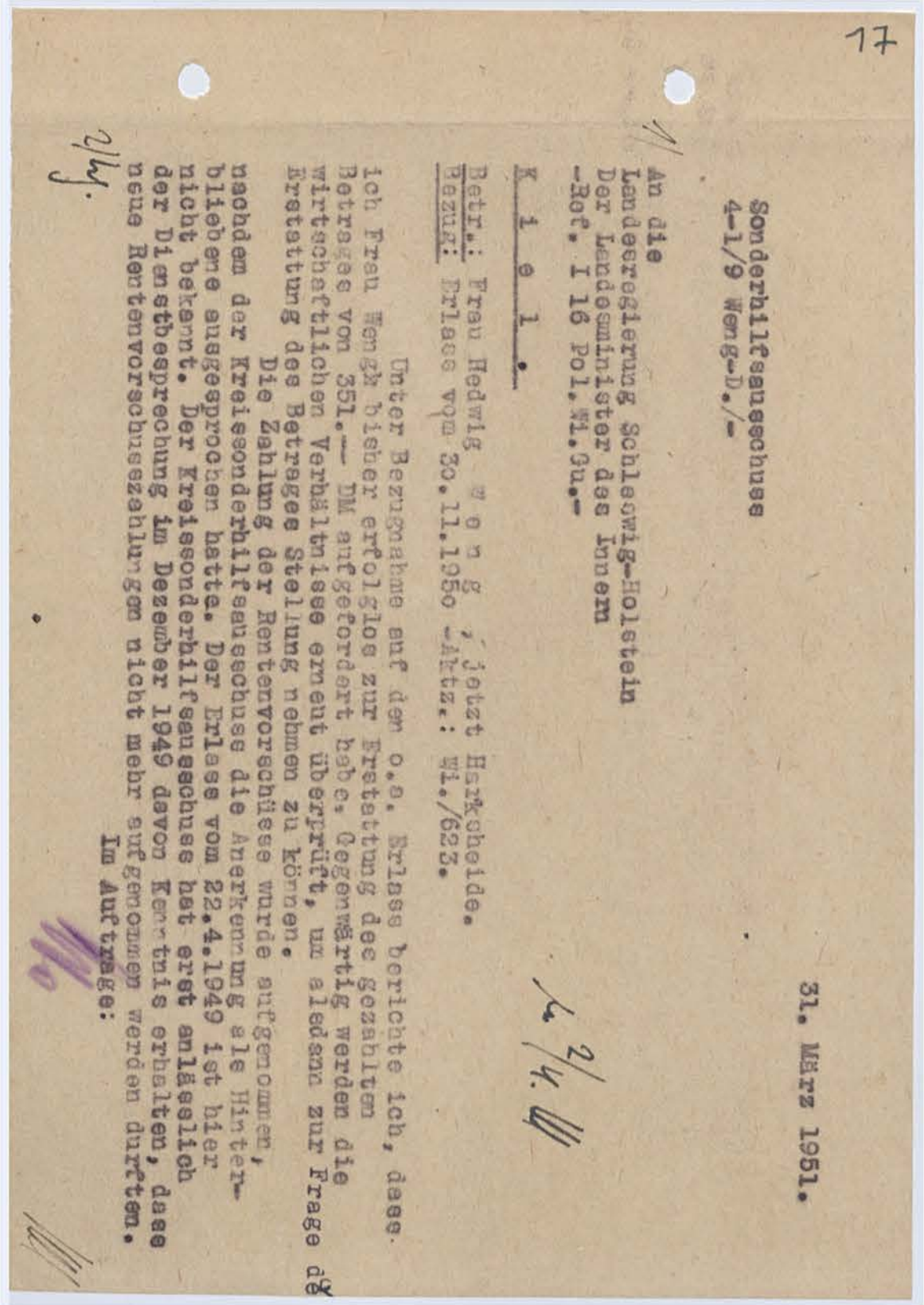
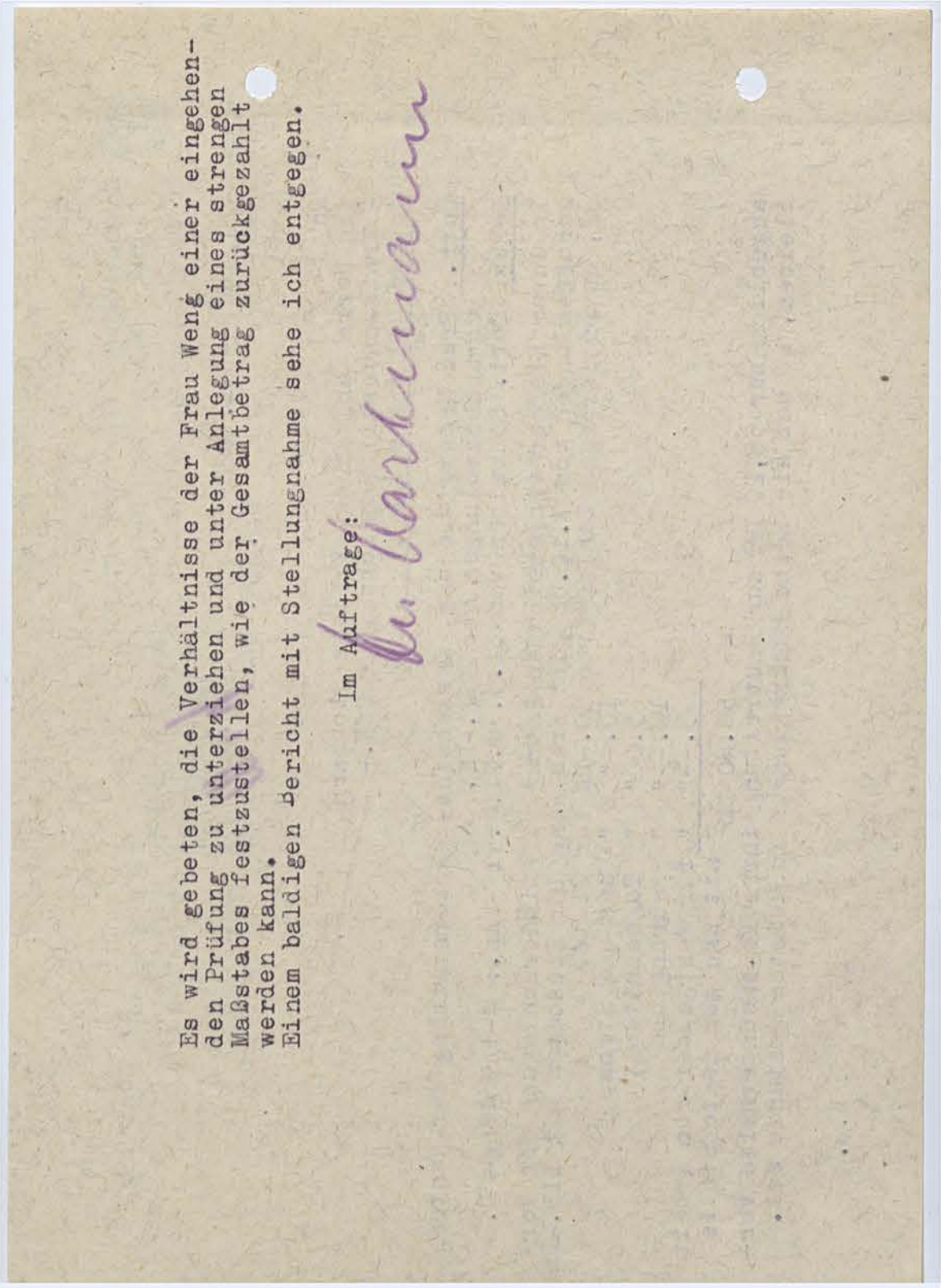
Für eine umgehende Antwort wäre ich sehr dankbar.

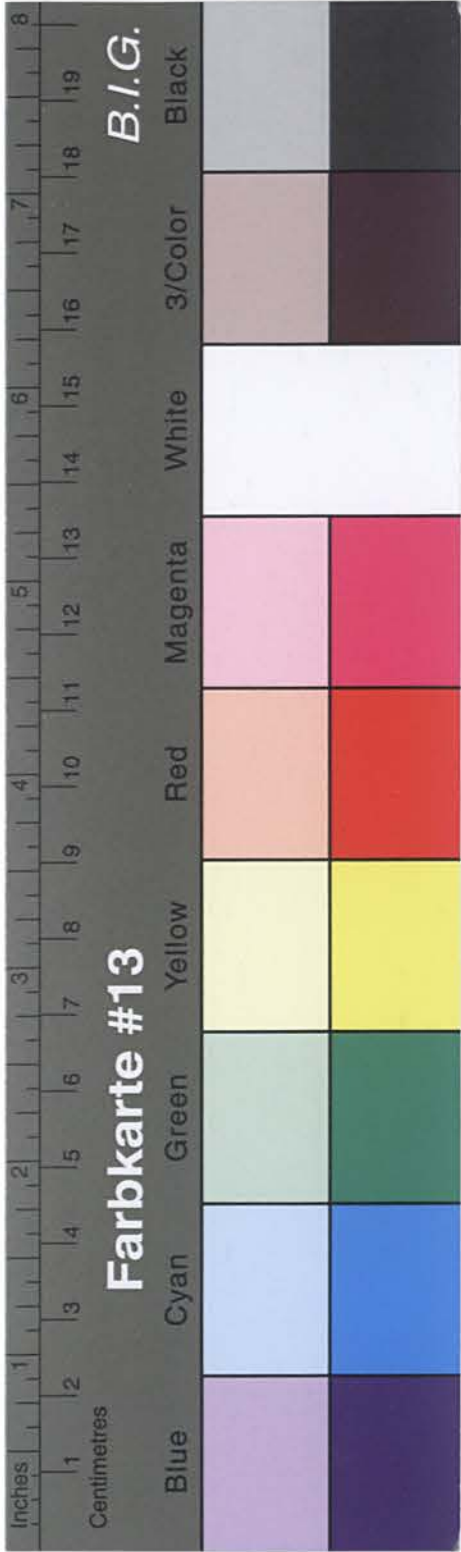
den Prüfung zu unterziehen und unter Anlegung eines strengen Maßstabes festzustellen, wie der Gesamtbetrag zurückgezahlt werden kann.

SS. 1921

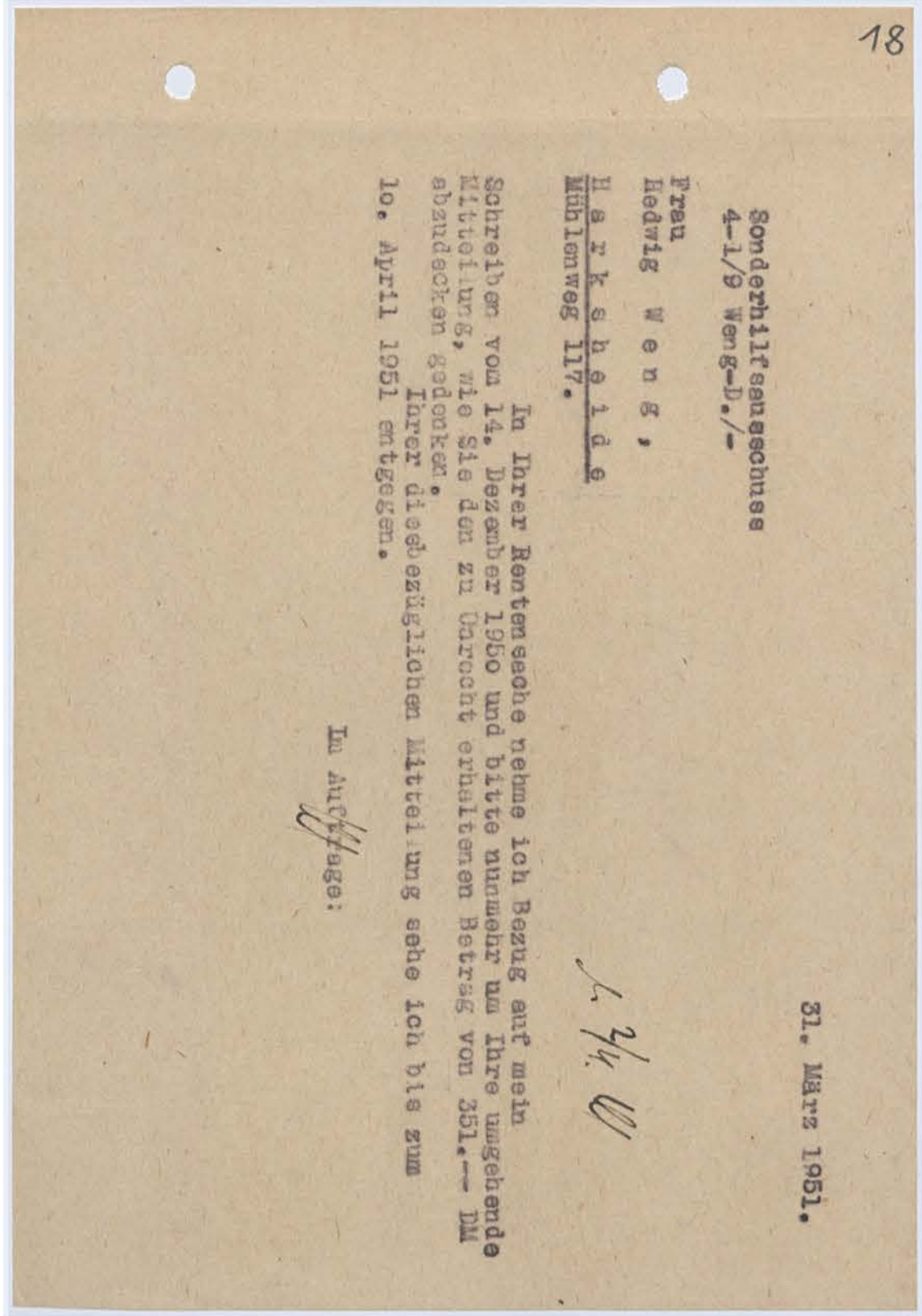
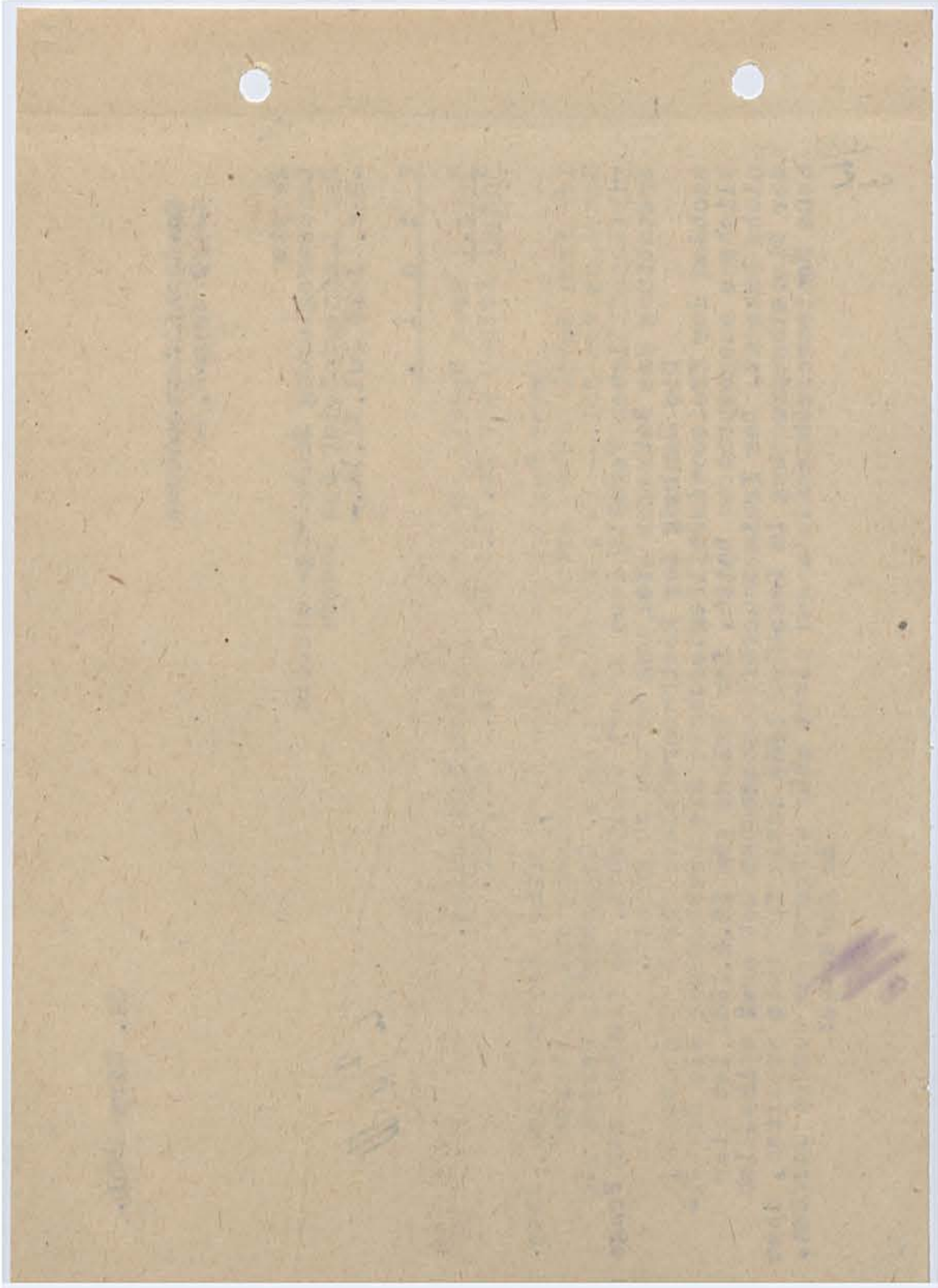


Kreisarchiv Stormarn B2



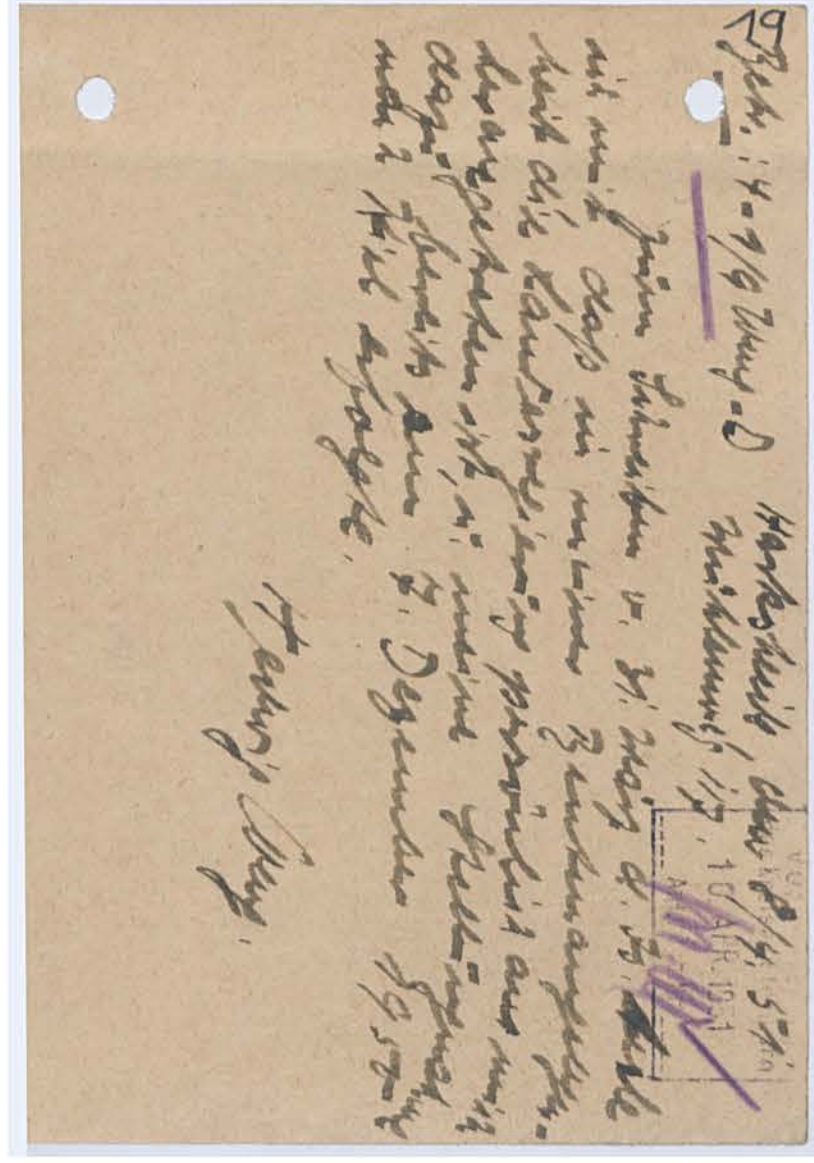


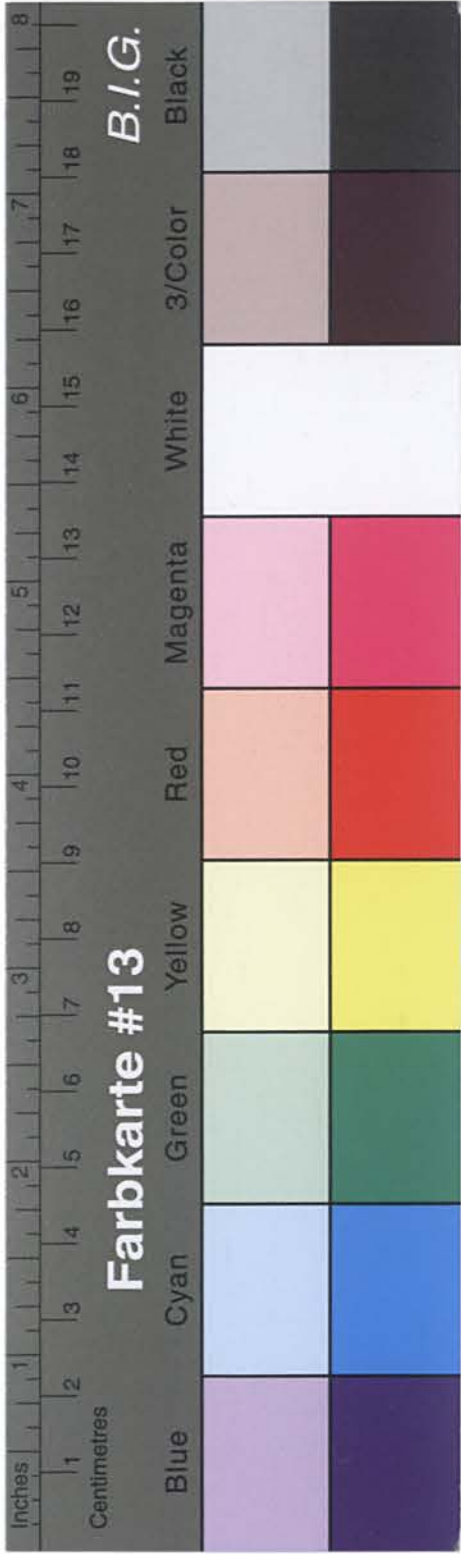
Kreisarchiv Stormarn B2



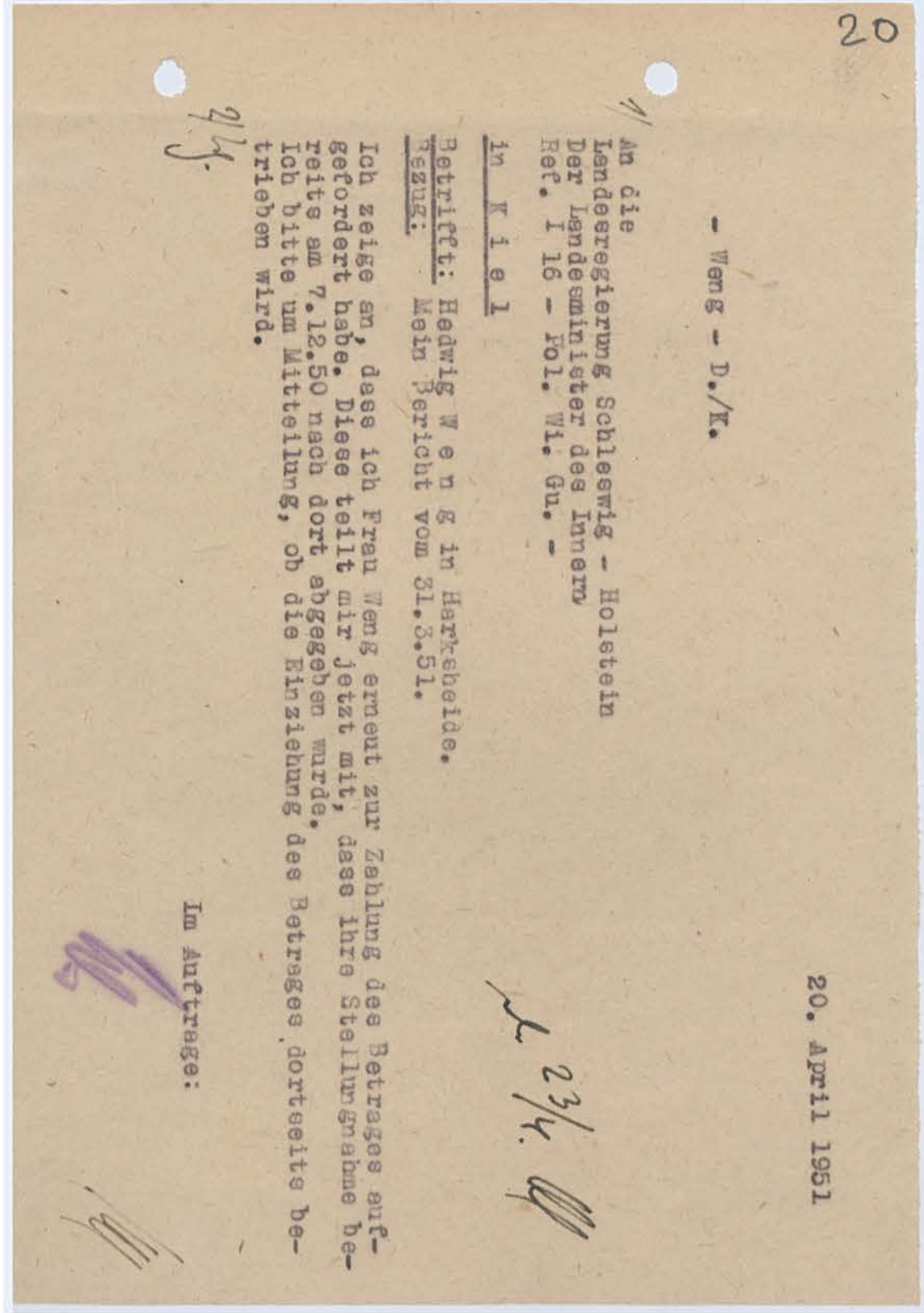


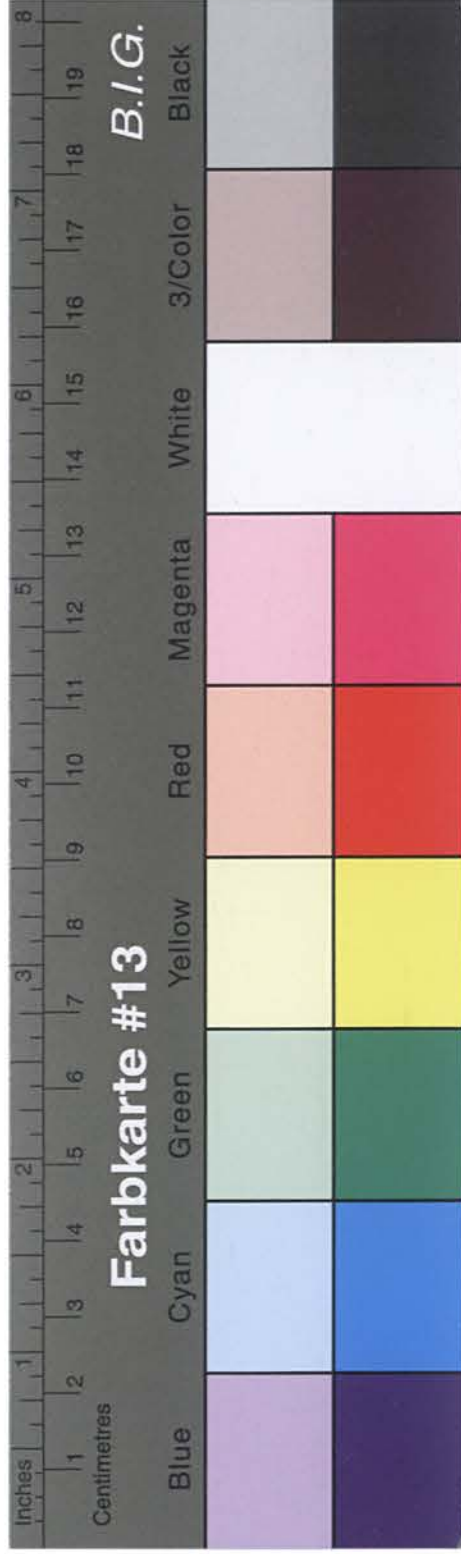
Kreisarchiv Stormarn B2



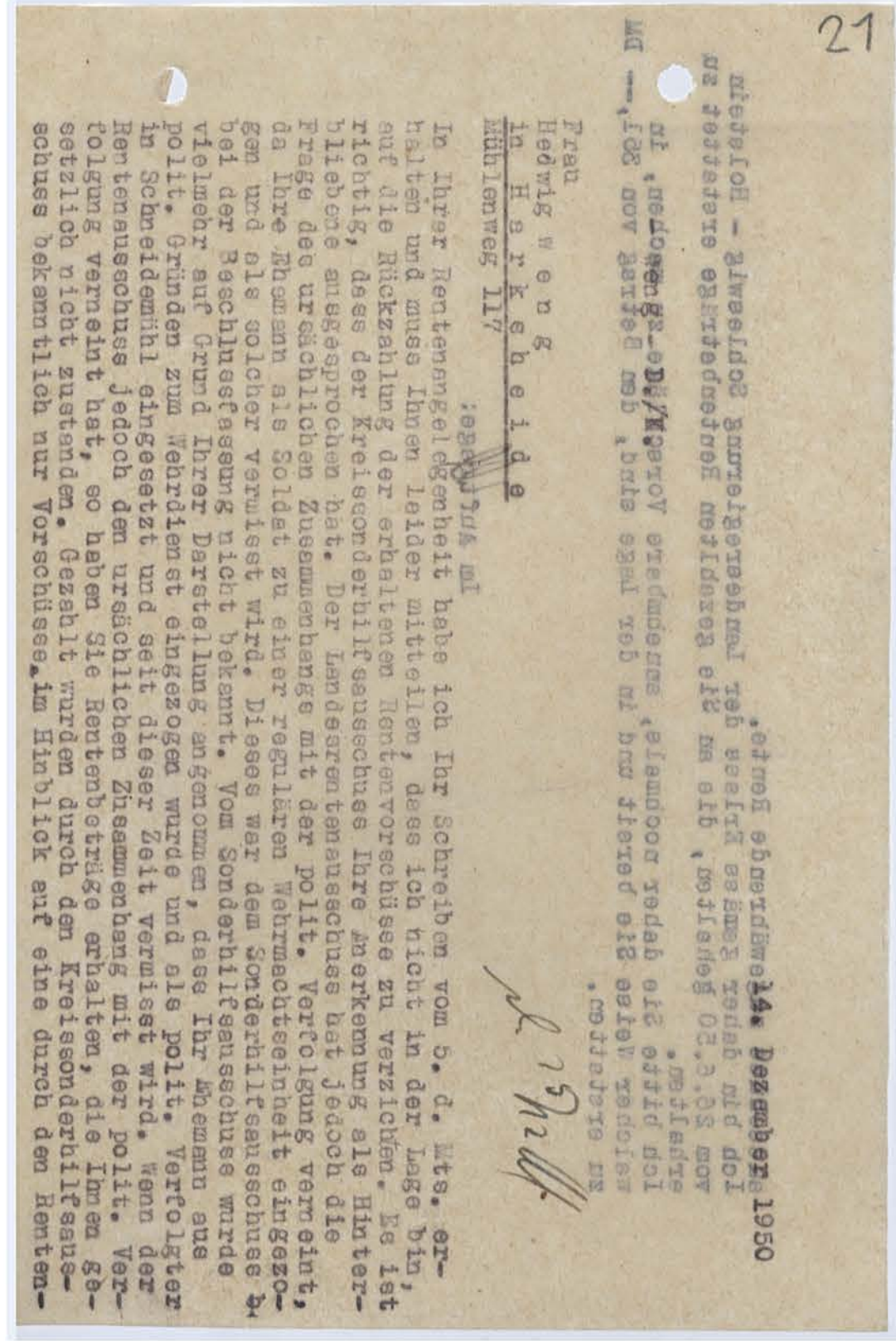


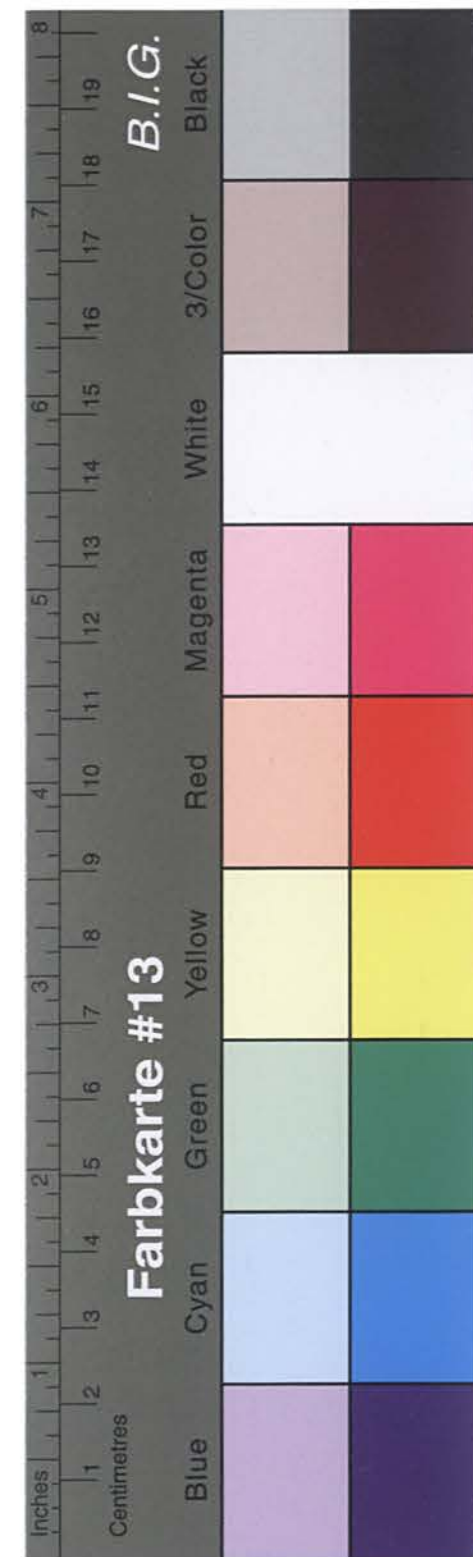
Kreisarchiv Stormarn B2



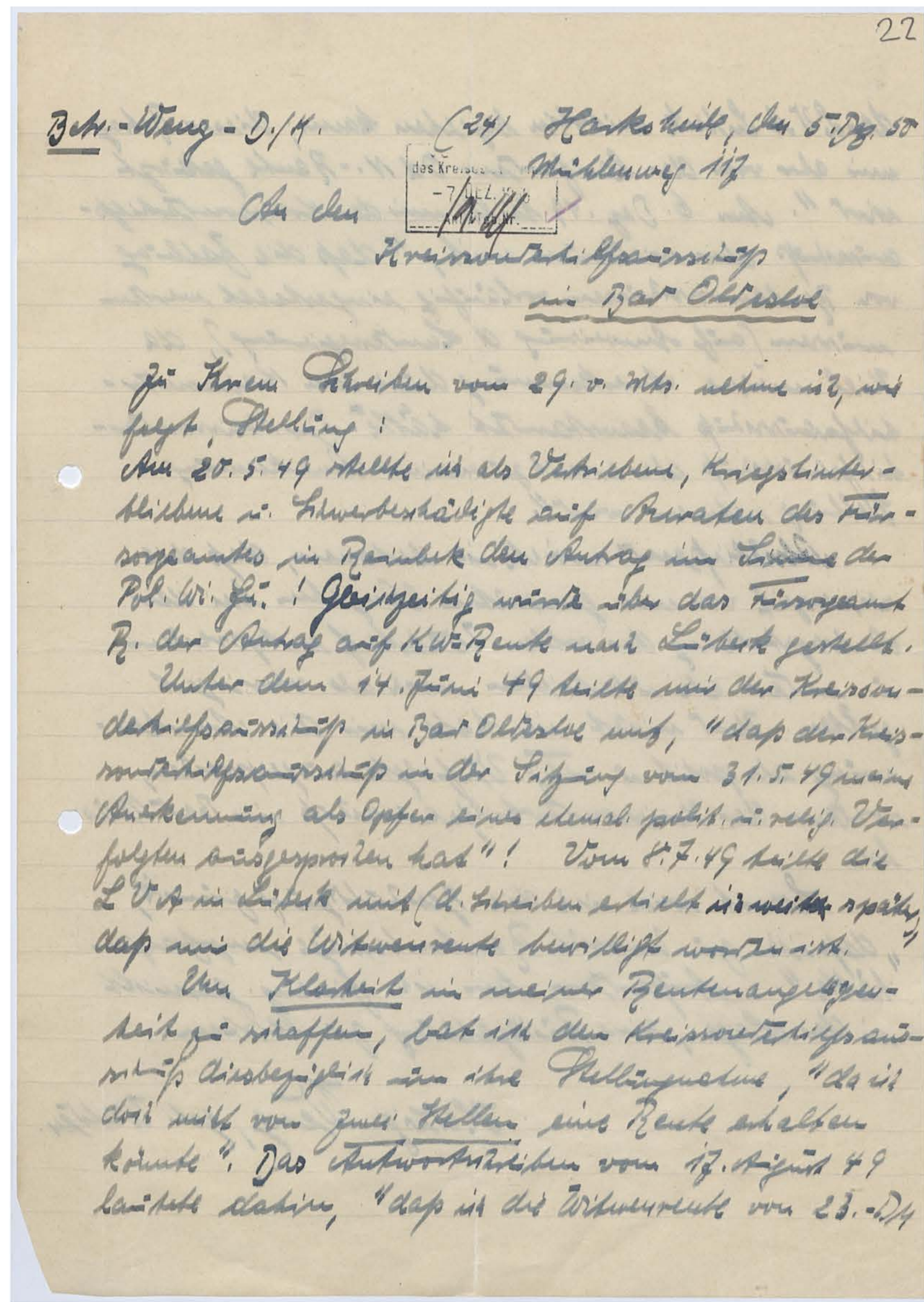
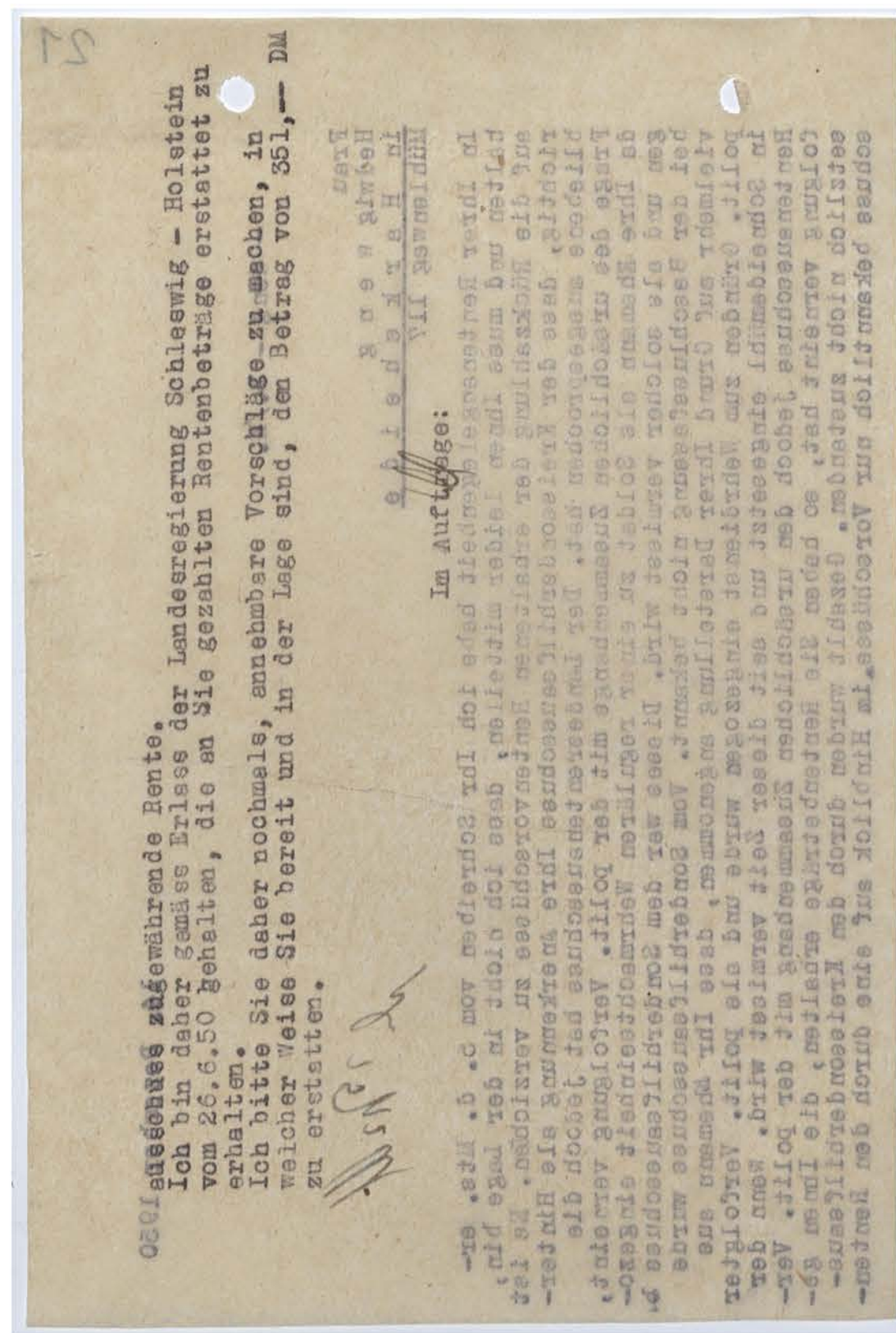


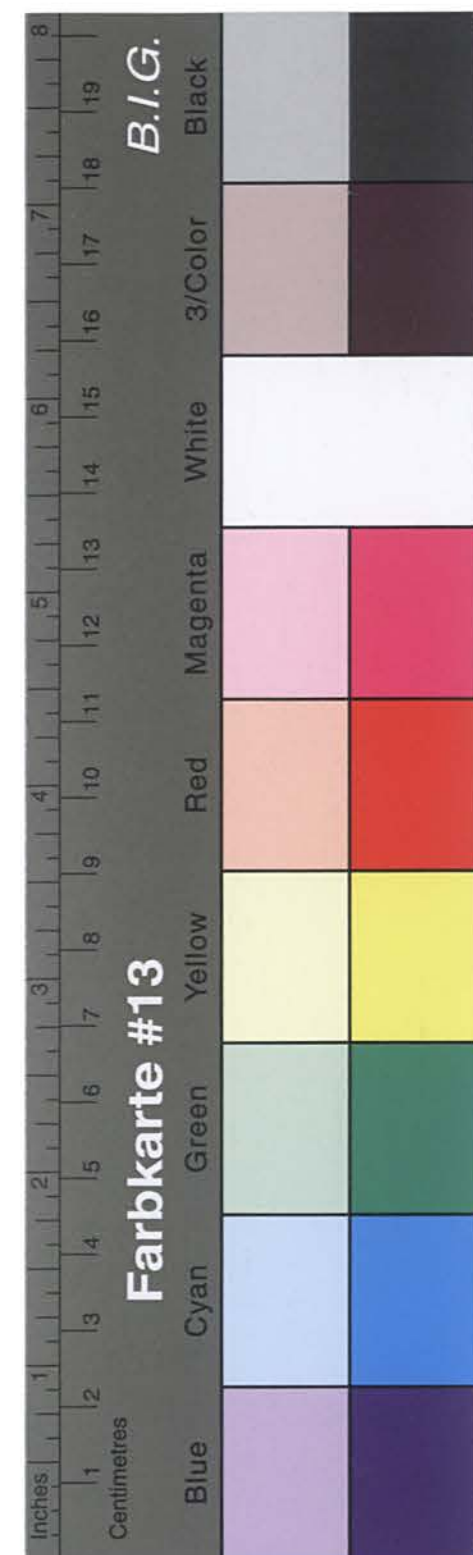
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

der L. V. A. nicht weiter zu rechnen kann; dieser Betrag
mir aber von der Laufzeit der O. A. - Rente gekürzt
wird. Am 6. Dez. 49 teilte mir der Kreisrunderhilfs-
ausschuss aber mit, "dass die Zahlung
von Rentenvorschüssen vorläufig eingestellt werden
müssen (auf Grund der O. A. - Rente), da
Kiel meine Anerkennung durch den Kreisrunder-
hilfsausschuss beantragt hätte. Der Kreisrunder-
hilfsausschuss aber kommt zu meiner Anerkennung
keine Stellung nehmen wird".

Abnehmer mir ist bekannt, dass die
Rente von mir gemachten Angaben bei der
Antragstellung der vollen Waise entsprechen
ist. Weiter als angegeben noch als verringert
gelten. Das ist mir aber die Anerken-
nung als pol. v. Verfolgte angeschlossen,
sondern der Kreisrunderhilfsausschuss in Bad Oldes-
loe.

Somit wird die Genehmigung erteilt,
"dass ich zu Unrecht Rentenbeträge empfangen
hätte". Abnehmer bin ich finanziell
in der Lage, eine Rückzahlung zu leisten.

Hedwig Weng, geb. Wulfs.

23



LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
DER LANDESMINISTER DES INNERN

Geschäftszeichen: Ref. I 16 - Pol. Wi. Gu. Schl./Schü. (24b) Kiel, den 30. November 1950
(Im Antwortschreiben anzugeben) Wi./623
Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70-90
Telefon 21481-86
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags,
donnerstags und freitags
von 0900-1300 Uhr

An den
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuss -
in Bad Oldesloe

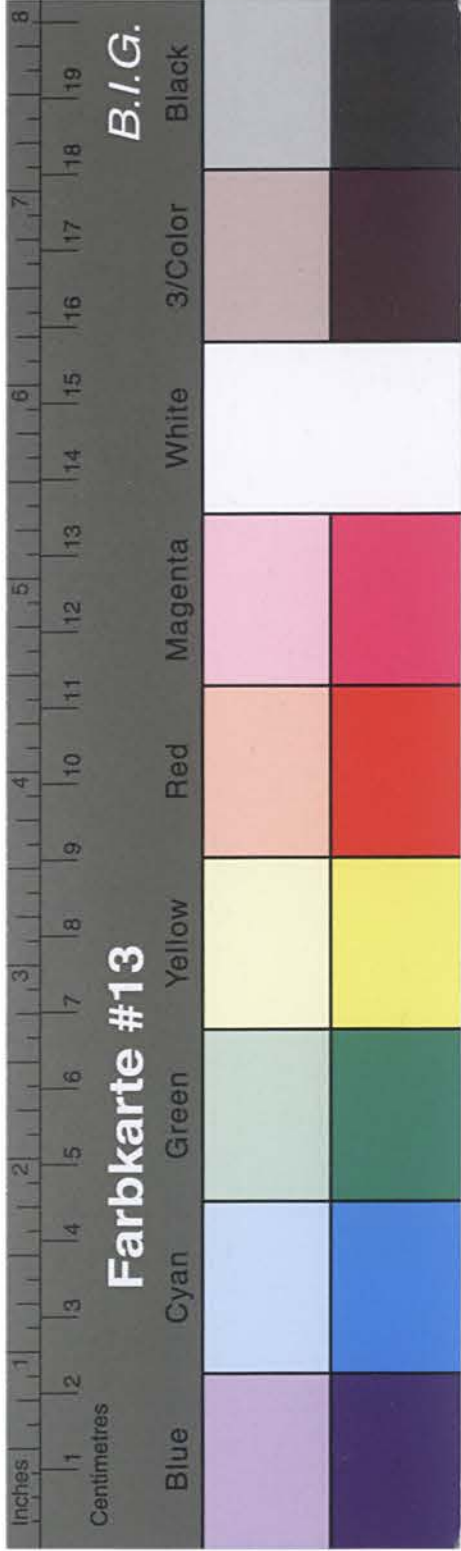
Betr.: Frau Hedwig Weng, Reinbek.
Bescheid vom 25. November 1950 über die
Ablehnung einer Hinterbliebenenrente.

Nach der von Ihnen übersandten Abrechnung vom 20.11.50
sind an die Vorgenannte in der Zeit vom 1.7.1949 bis
30.11.49 insgesamt 351.-DM Vorschüsse aus Rentenmitteln
des Landes im Hinblick auf eine Hinterbliebenenrente
gezahlt worden. Ganz davon abgesehen, dass zu keiner
Zeit der Beweis vorhanden war, dass die Verschollen-
heit bzw. der wahrscheinliche Tod eine Folge national-
sozialistischer Verfolgungsmassnahmen ist, sind Vorschüsse
durch den Kreissonderhilfsausschuss zu einem Zeitpunkt
zur Auszahlung gekommen, als hierfür kein Verfügungs-
recht bestand. Der Antrag auf eine Rente ist zwar im
November 1948 gestellt, die Anerkennung als Hinterblie-
bene jedoch erst am 31.5.1949 ausgesprochen worden.

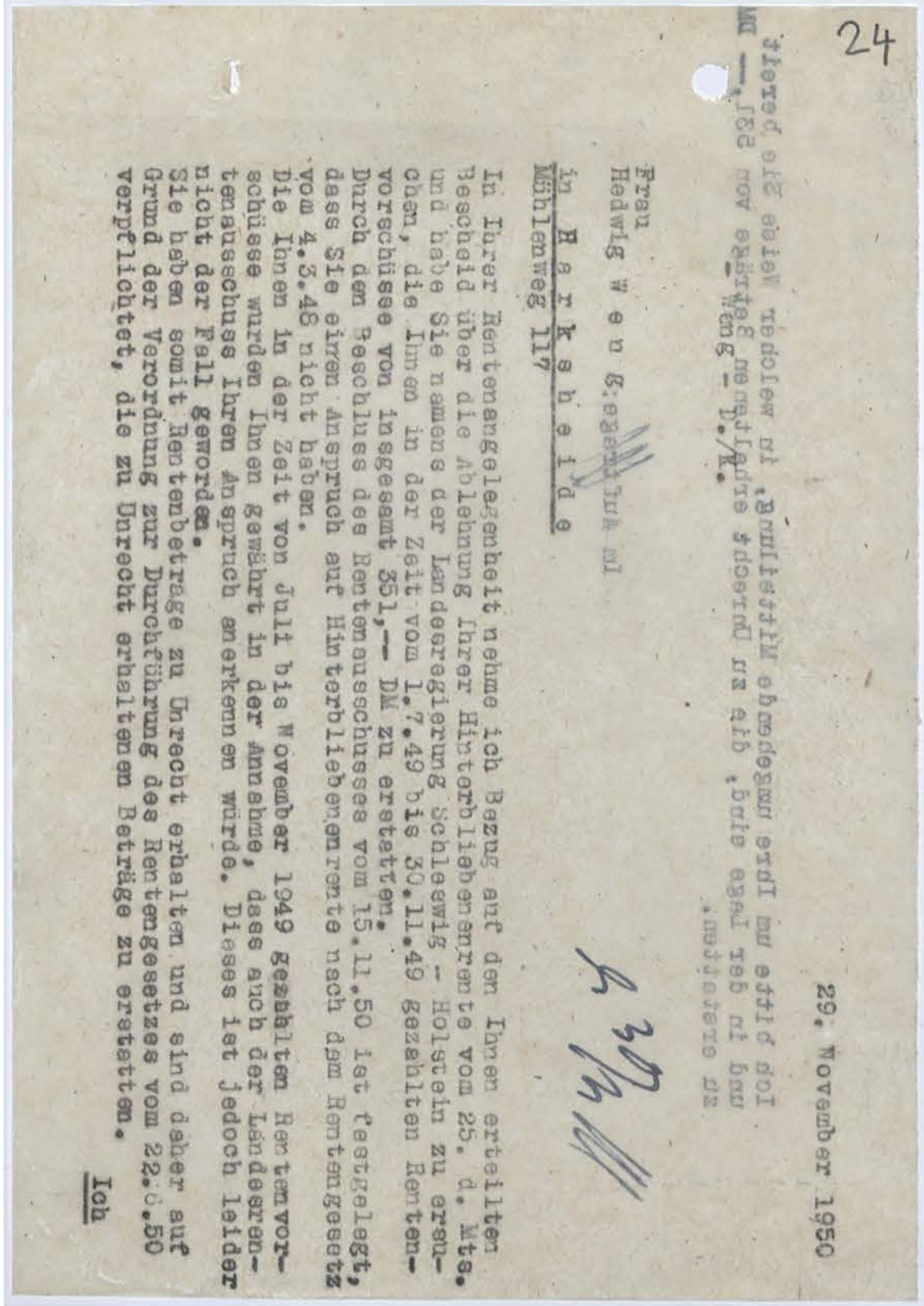
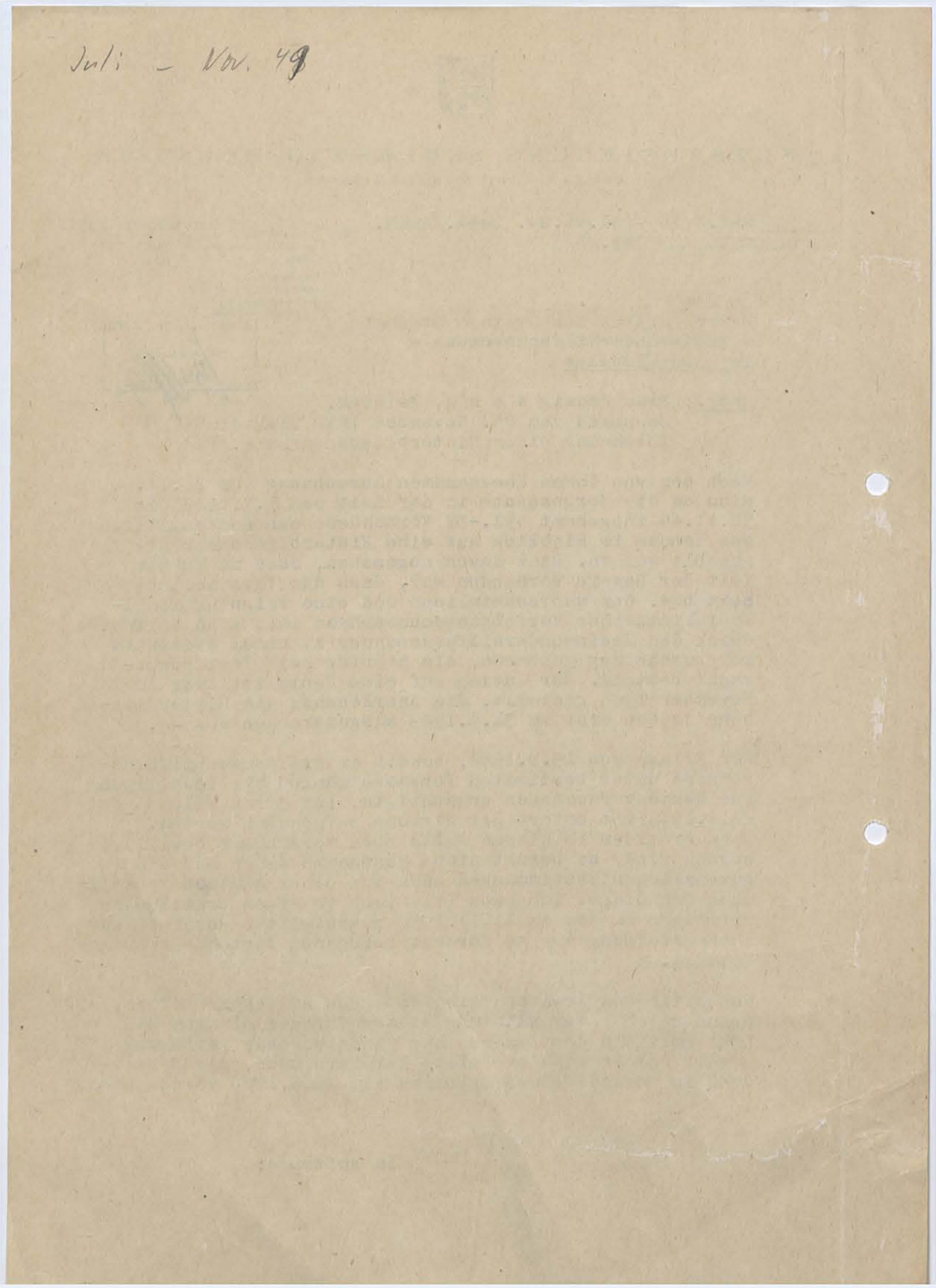
Der Erlass vom 19.8.1948, soweit er die Sonderhilfsaus-
schüsse unter bestimmten Voraussetzungen zur Bewilligung
von Rentenvorschüssen ermächtigte, ist durch Erlass vom
22.4.1949 mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.
Wenn trotzdem in diesem Falle noch Vorschüsse bewilligt
worden sind, so beruht diese Massnahme weder auf den
gesetzlichen Bestimmungen noch auf einer anderen rechtli-
chen Grundlage. Ich habe Frau Weng in einem Ergänzungs-
schreiben zu dem am 25.11.1950 zugestellten Bescheid zur
Rückerstattung der zu Unrecht bezogenen Vorschüsse aufge-
fordert.

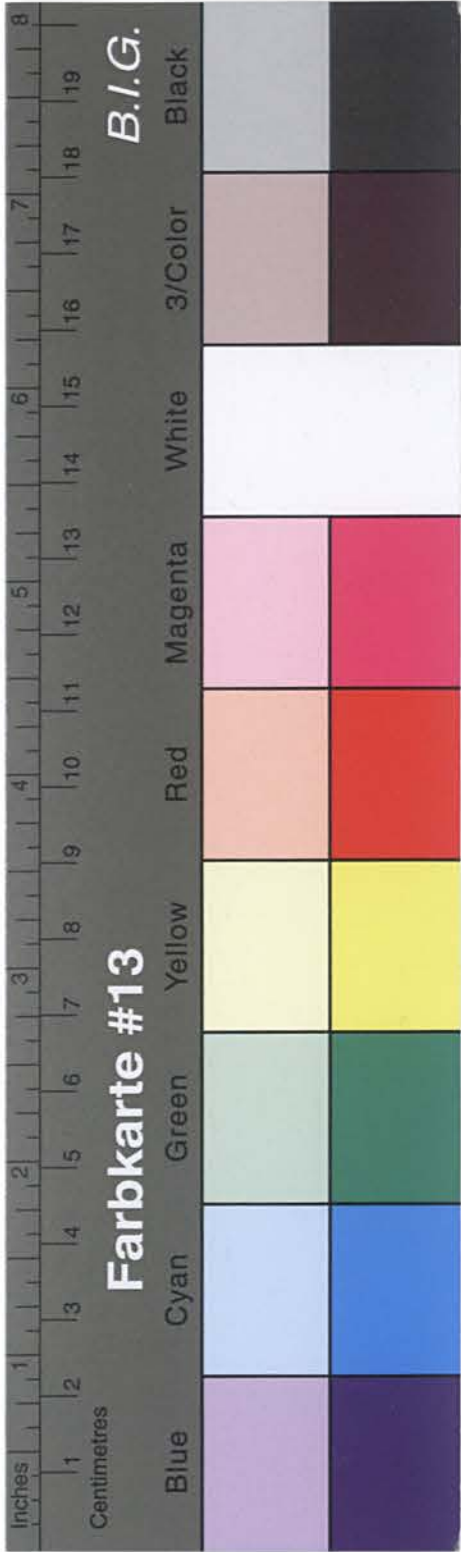
Ich bitte den Kreissonderhilfsausschuss festzustellen, auf
Grund welcher Veranlassung dieses Vorauszahlungen aus
Rentenmitteln des Landes ohne veranlassende Verfügung
gezahlt worden sind und bitte darüberhinaus, die Betrei-
bung in Anwendung des Erlasses vom 26.6.1950 vorzunehmen.

Erlass vom 22.4.49 liegt nicht vor.
Im Auftrage:
H. Wulfs

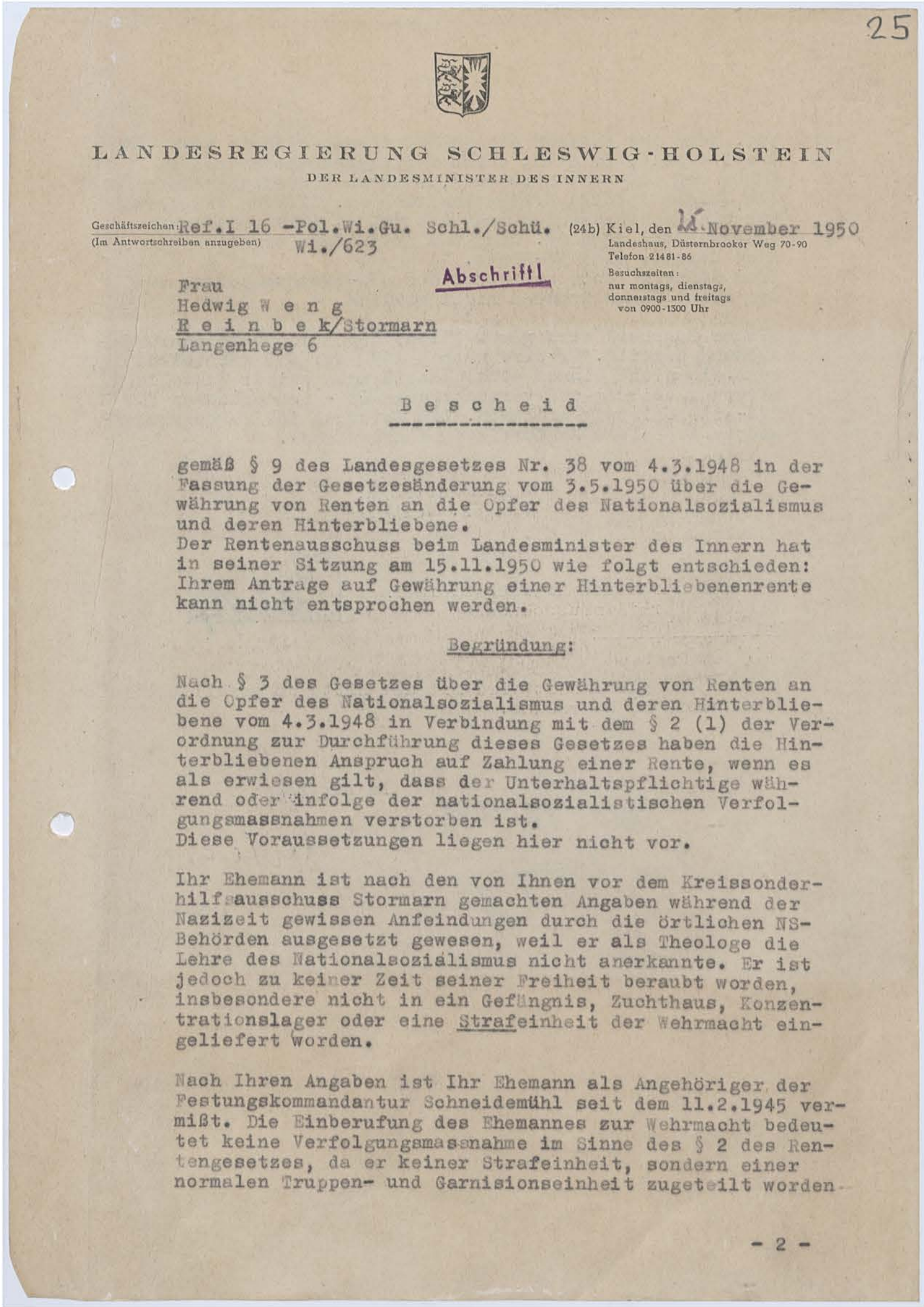
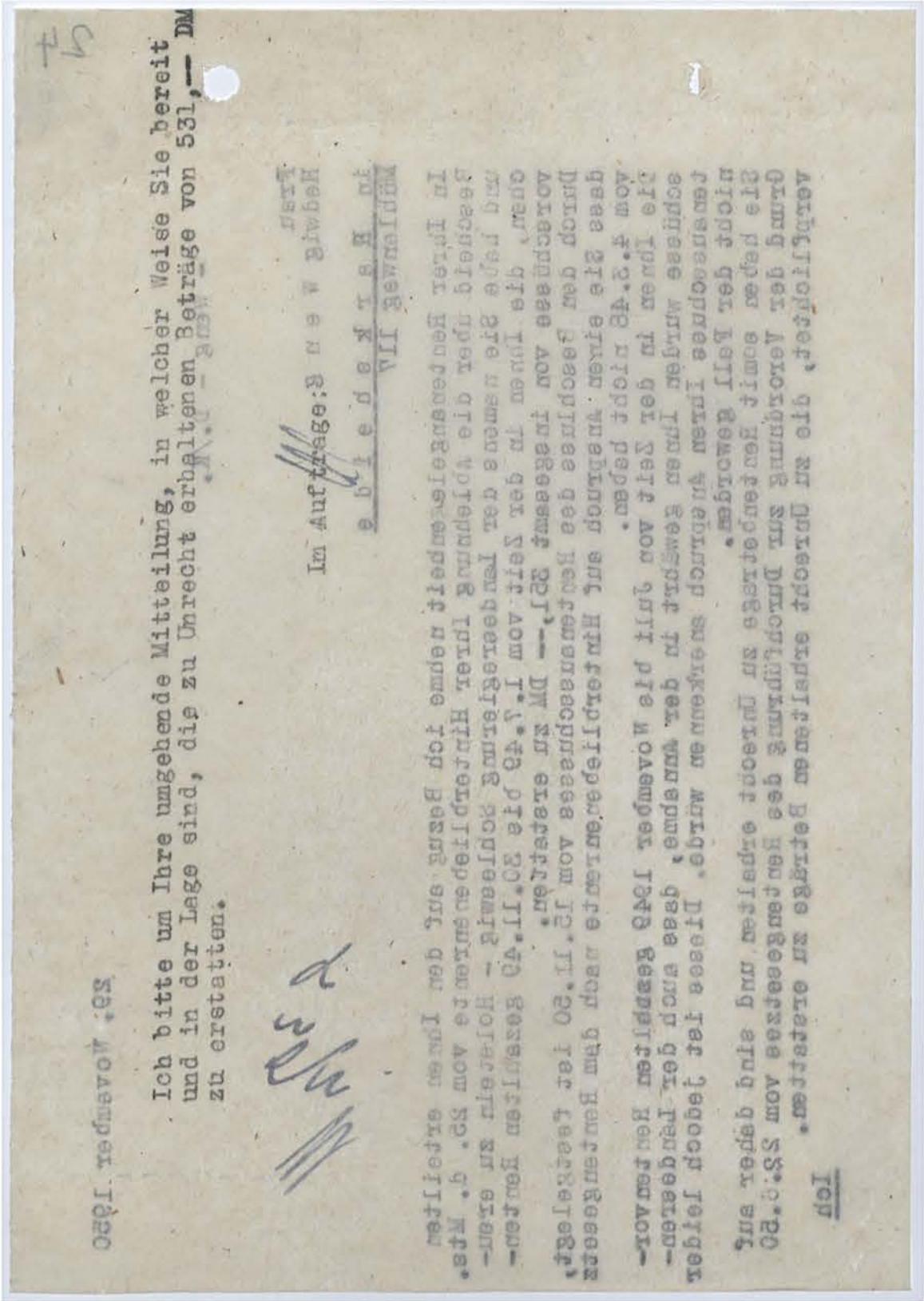


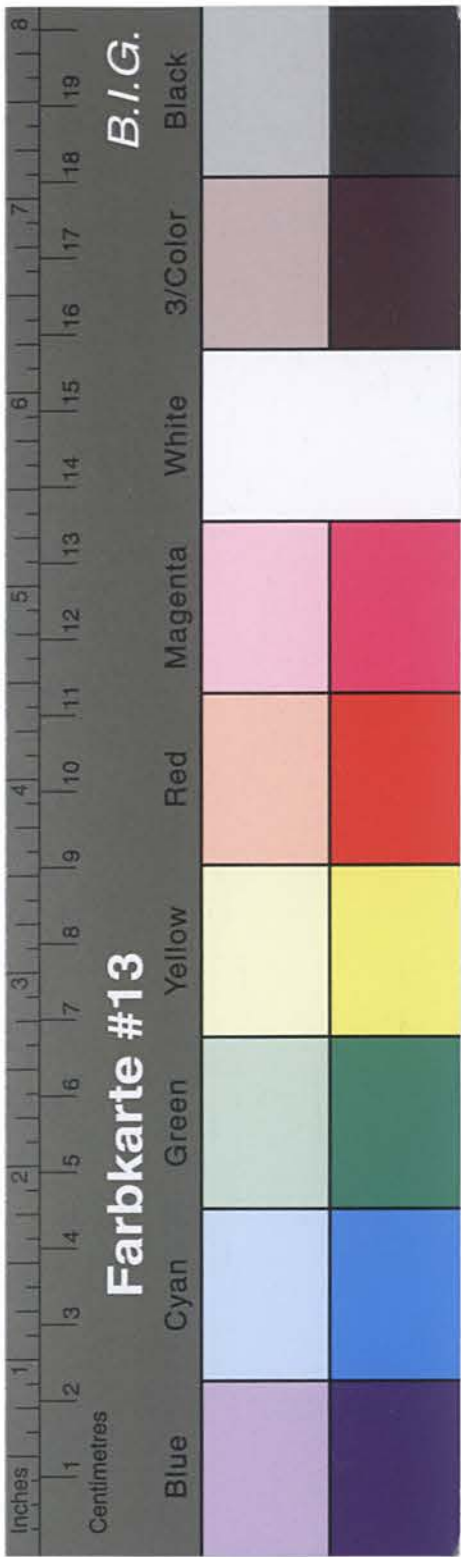
Kreisarchiv Stormarn B2



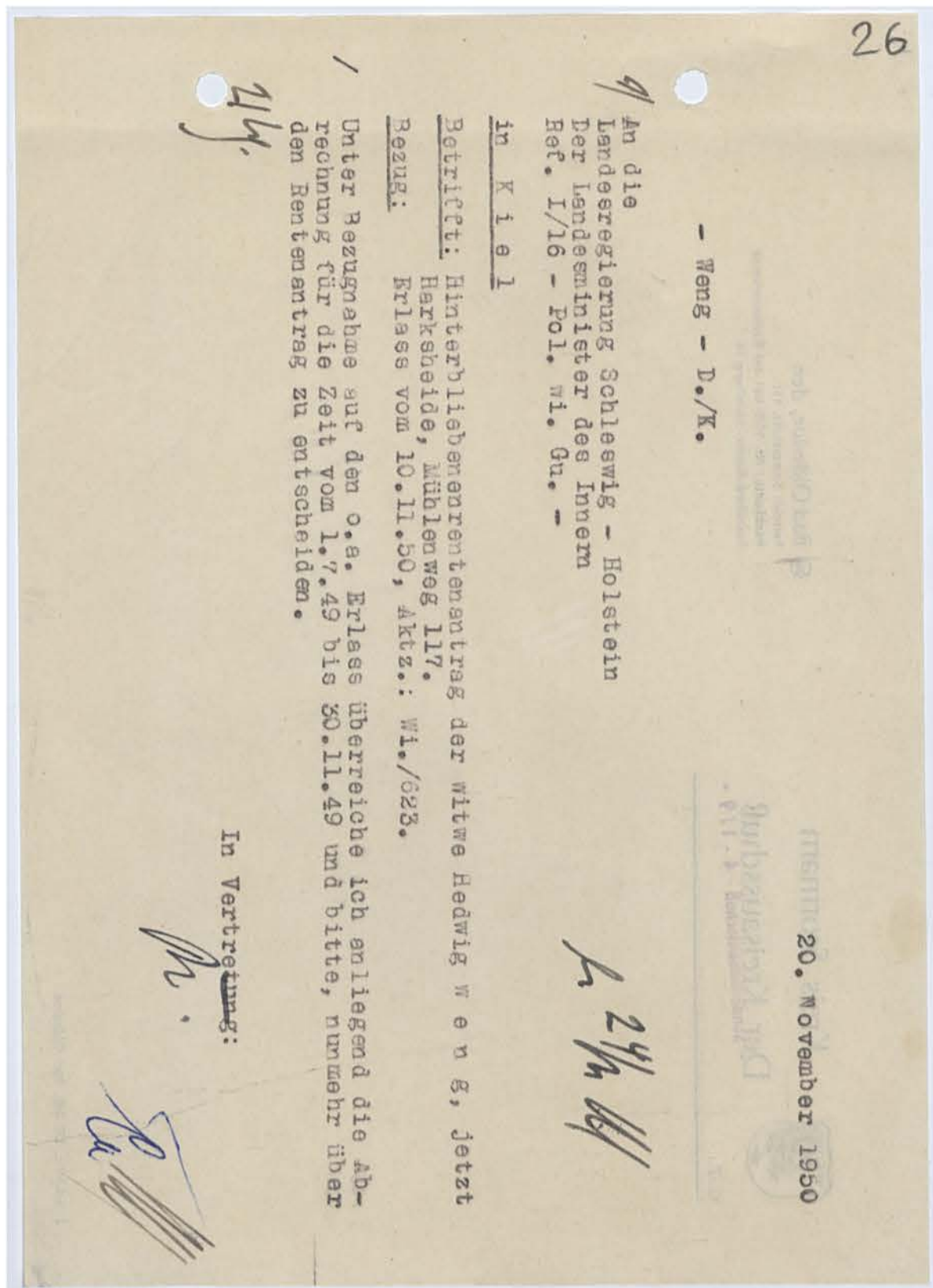
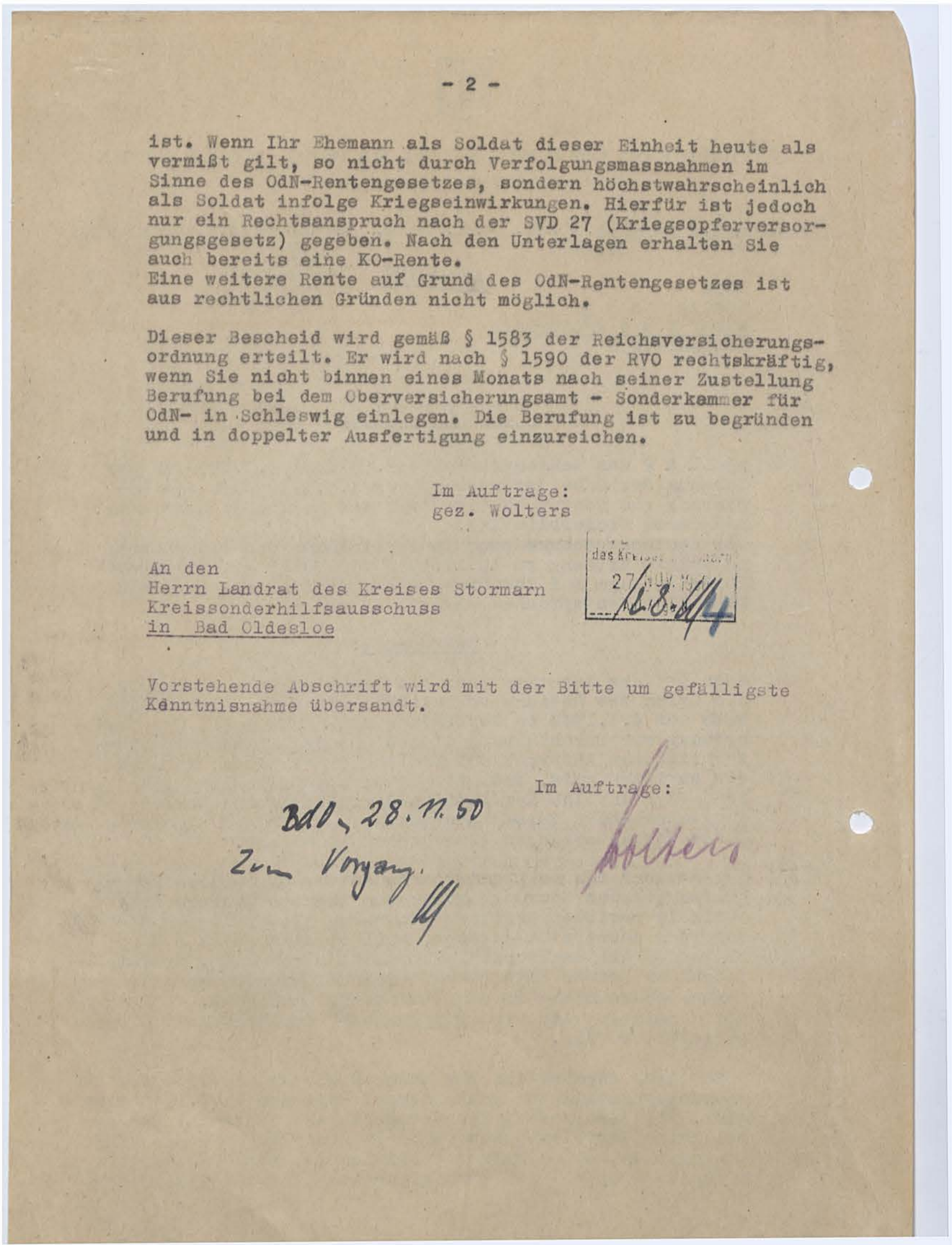


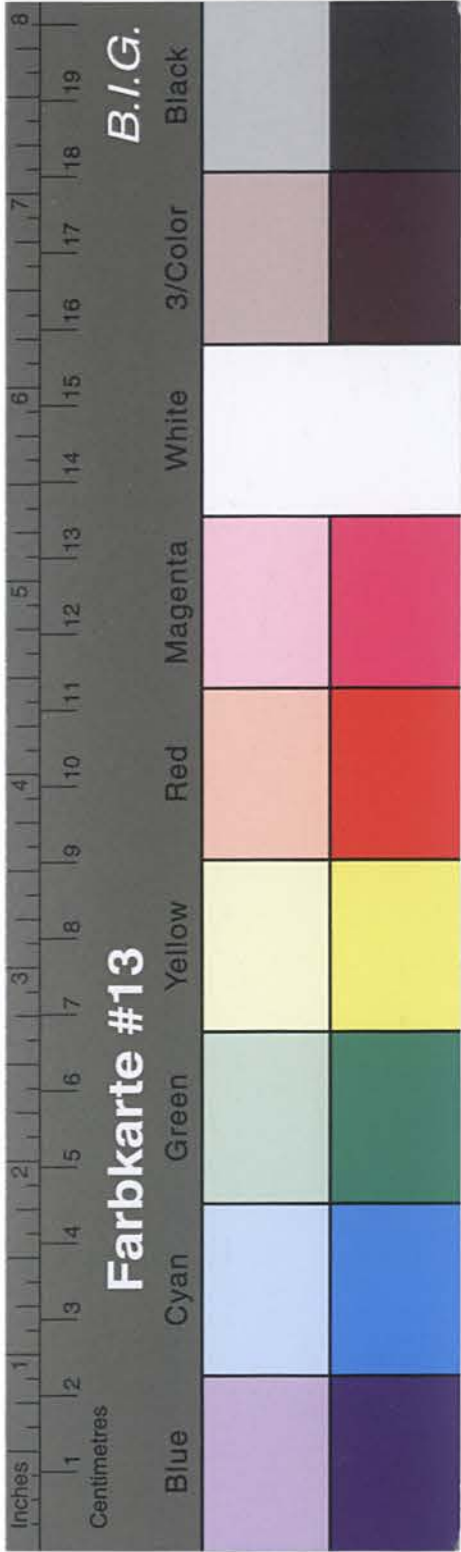
Kreisarchiv Stormarn B2



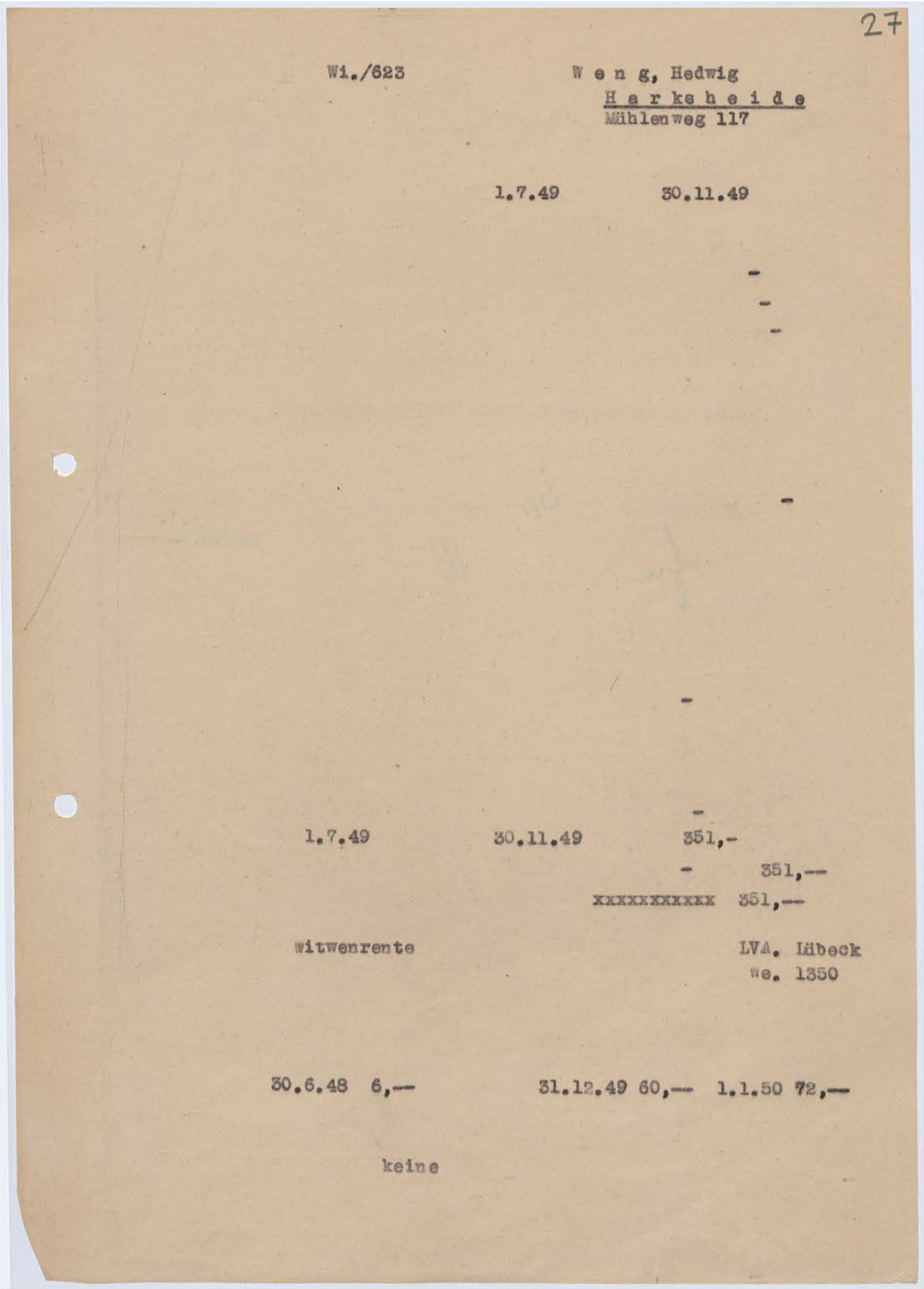
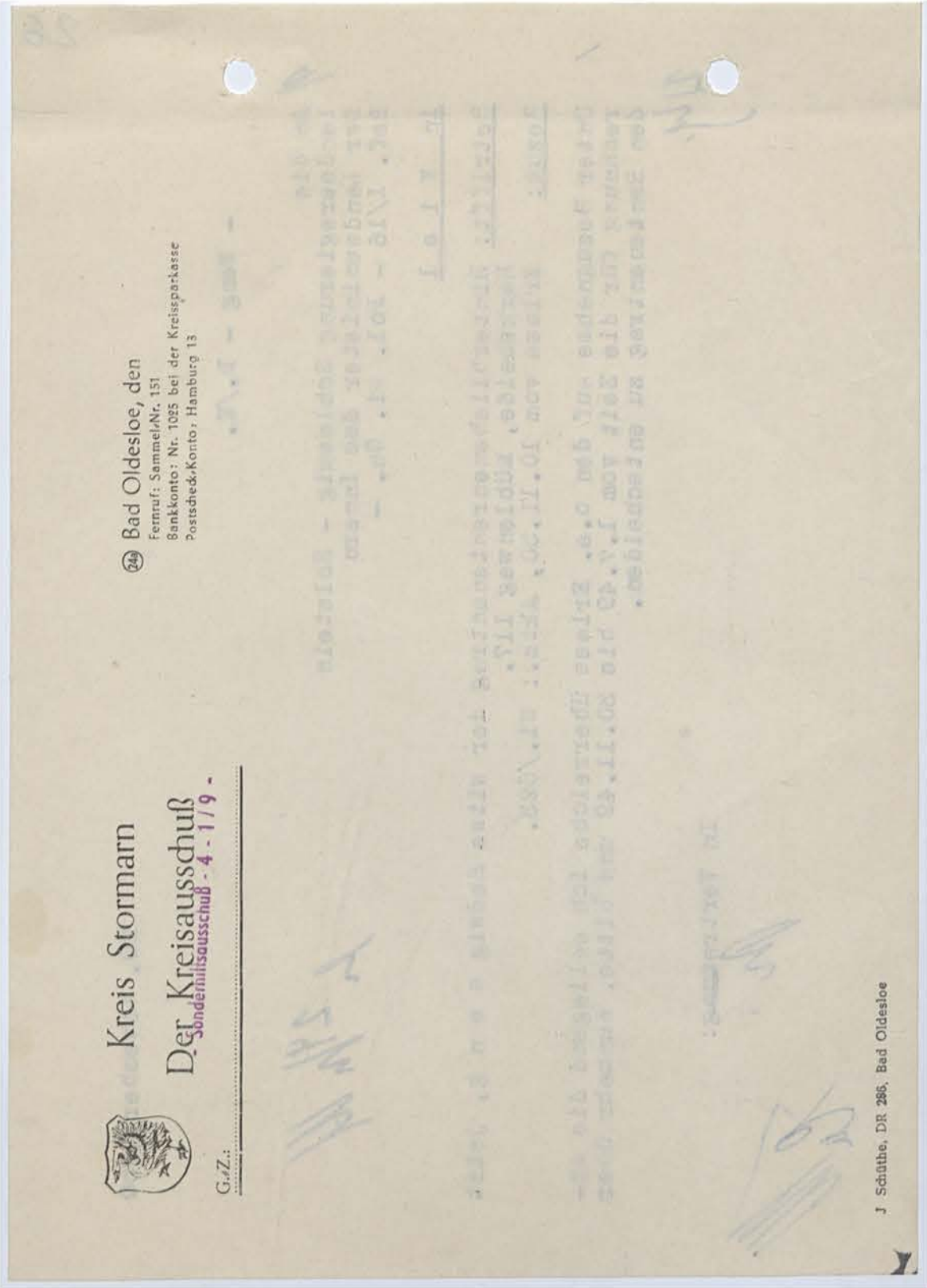


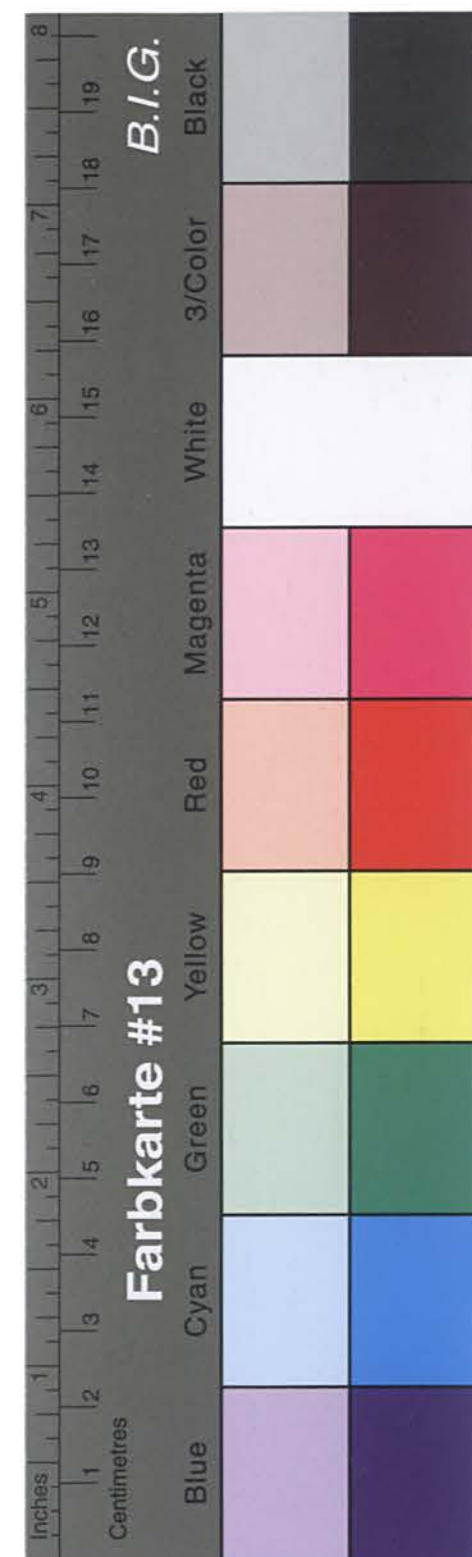
Kreisarchiv Stormarn B2



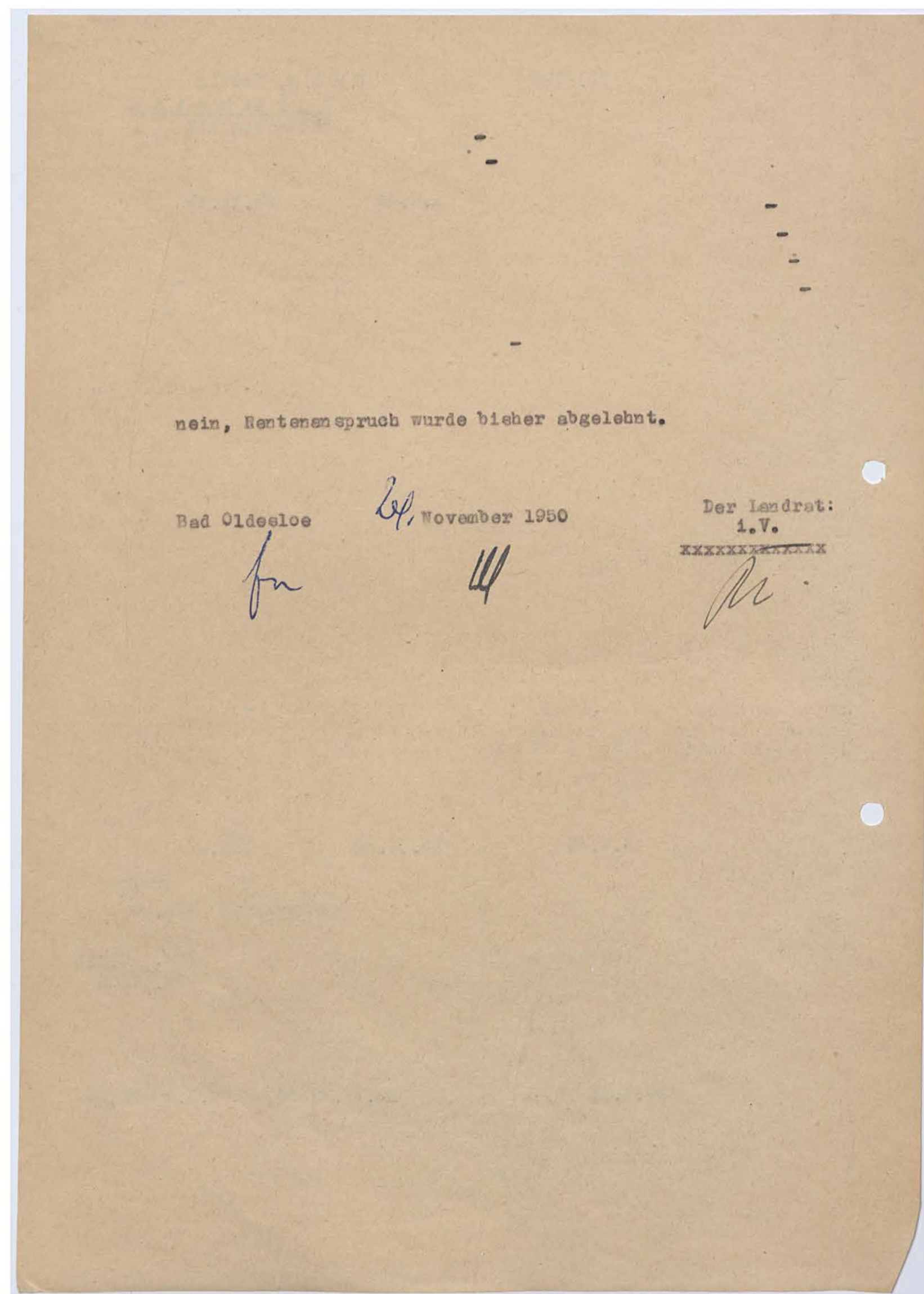


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



28

Rentenzeichen: Name: Wohnort: u. Wohnung:

A b r e c h n u n g
über die Rentenbeträge und Erstattungsbeiträge
für die Zeit vom 1.7.48 bis 30.11.49.

Die Rente beträgt auf Grund der bisherigen Vorbescheide
vom bis monatlichDM
vom bis monatlichDM
seit dem monatlichDM

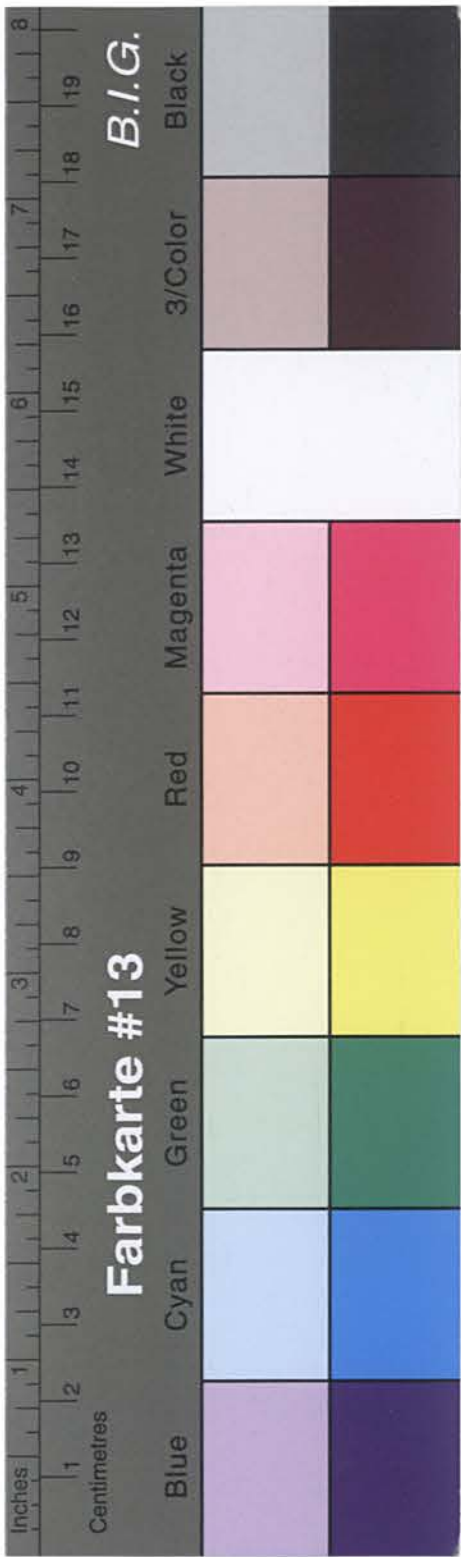
A. Rentenansprüche:
vom 1.1.1948 bis 30.6.1948 (abgew.1:10) =DM
vom bis =DM
vom bis =DM
vom bis =DM

B. Erstattungen:
a) Beträge, die aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge
gezahlt sind:
Hierzu ist der Erlass vom 8.3.1950
(A21-Sch1) genauestens zu beachten!
Die Zeiträume (Daten) müssen genau
festgestellt und ebenso genau ange-
geben werden.)
vom 1.1.1948 bis 30.6.1948 (abgew.1:10) =DM
vom bis =DM
vom bis =DM
b) Rentenvorschüsse:
Vom 1.1.1948 bis 30.6.1948 (abgew.1:10) =DM
vom 1.7.48 bis 30.11.49 = 357.-DM
vom bis =DM 357.-DM

C. Stand des Rentenkontos: Überzahlt - Nachgezahlt 357.-DM

D. Welche anderen Renten werden noch bezogen?
a) Art W. P. ... zahlende Stelle LVA. Lübeck
Rentenzeichen We. 1350
b) Art zahlende Stelle
Rentenzeichen

Wie hoch sind die monatlichen Rentenbeträge?
zu a) bis zum 30.6.48 = 6.-DM bis zum 31.12.49 = 6.-DM ab 1.1.50 = 72.-DM
zu b) bis zum =DM bis zum =DM ab =DM
welche von diesen Beträgen sind in Abschnitt A u.B. angerechnet?
.....
wann



Kreisarchiv Stormarn B2

wann und für welchen Zeitraum sind diese Renten erstmalig gezahlt worden (wenn dieser Zeitraum später liegt, als der Beginn der OaR-Rente)?

E. Welches sonstige monatl. Nettoeinkommen ist vorhanden?

- a) Arbeitsverdienst (selbständig, unselbständig)DM
- b) Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenfürsorge.....DM
- c) Vermietungen, Verpachtungen u. dergl.DM
- d) Freie Wohnung, Verpflegung, Naturalien, Altenteil.....DM

Welche Beträge von Abschnitt E.a) bis d) sind in Abschnitt A.u.

B. bereits angerechnet?

Wird Rentenvorschuss noch weitergezahlt? In welcher Höhe?

Oder warum nicht?

..... *bisher*

Bemerkungen der Abrechnungsstelle:

(Bei Überzahlung evtl. Erläuterungen dazu u. Vorschläge für deren Wiedereinzug.)

....., den
Sachlich richtig Geschäftsführer Kreisdirektor
und festgestellt: des K. S. H.A.

Zur genauesten Beachtung:

- 1) Die Abschnitte A und B sollen nur den tatsächlichen Rentenanspruch und die darauf anzurechnenden Zahlungen enthalten, so dass daraus sich unmißverständlich in Abschnitt C entweder der noch bestehende Nachzahlungsanspruch oder die Höhe der bereits erfolgten Überzahlung ergibt.
- 2) Die Angaben in Abschnitt D und E müssen voll und ganz zuverlässig sein. Zu E a) sind sie durch Bescheinigungen des Arbeitgebers oder des zuständigen Finanzamts zu belegen. Das gilt für den gesamten Zeitraum, für den der Rentenvorschuss rückwirkend gezahlt wird oder wurde. Zu E c und d sind Abschriften der betr. Rechtsverträge und eine amtliche Bewertung der Leistungen (Kreisbauernverband) beizufügen.
Hat eine verheiratete Frau Anspruch auf OaR-Beschädigtenrente, so ist das Einkommen des Ehemannes festzustellen und, zusammen mit den erforderlichen Unterlagen ein besonderer Beigleitbericht zu stellen.
- 3) Während einer Kur oder eines Krankenhausaufenthalts darf die Rente nicht weitergezahlt werden. Wenn die Voraussetzungen für die Gewährung von Taschengeld- oder Hausgeld für diesen Zeitraum erfüllt sind, ist dieses gesondert hier zu beantragen.
Auf keinen Fall darf eine Verrechnung über das Rentenkonto erfolgen.
Soweit bereits geschehen, ist die Abrechnung trotzdem richtig aufzustellen, auch wenn dadurch ein Überzahlungsbetrag erscheint.
- 4) Würden sich unter C (Stand des Rentenkontos) kleinere Differenzbeträge (etwa bis 20,- DM) sowohl nach der Plus- wie nach der Minusseite ergeben, dann sind diese tunlichst bei der nächsten Rentenvorschusszahlung innerhalb des Abrechnungszeitraumes auszugleichen und eine ausgeglichene Abrechnung herzugeben.

29

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
DER LANDESMINISTER DES INNERN

Geschäftszeichen: Ref. I 16 - Pol. Wi. Gu. Schl. / Schu.
(Im Antwortschreiben anzugeben) Wi. / 623

An den
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuss -
in Bad Oldesloe

Betr.: Hinterbliebenenantrag der Witwe Hedwig W e n g,
Reinbek, Langenhege 6.

Über diesen Antrag soll in den nächsten Tagen entschieden werden. Hierzu wird eine genaue Aufstellung der von dort in der Vergangenheit gezahlten Vorschüsse im Hinblick auf eine später zu gewährende Witwenrente benötigt. Ich bitte, diese Aufstellung unverzüglich vornehmen zu lassen und bis spätestens zum 20. November 1950 zu übersenden.

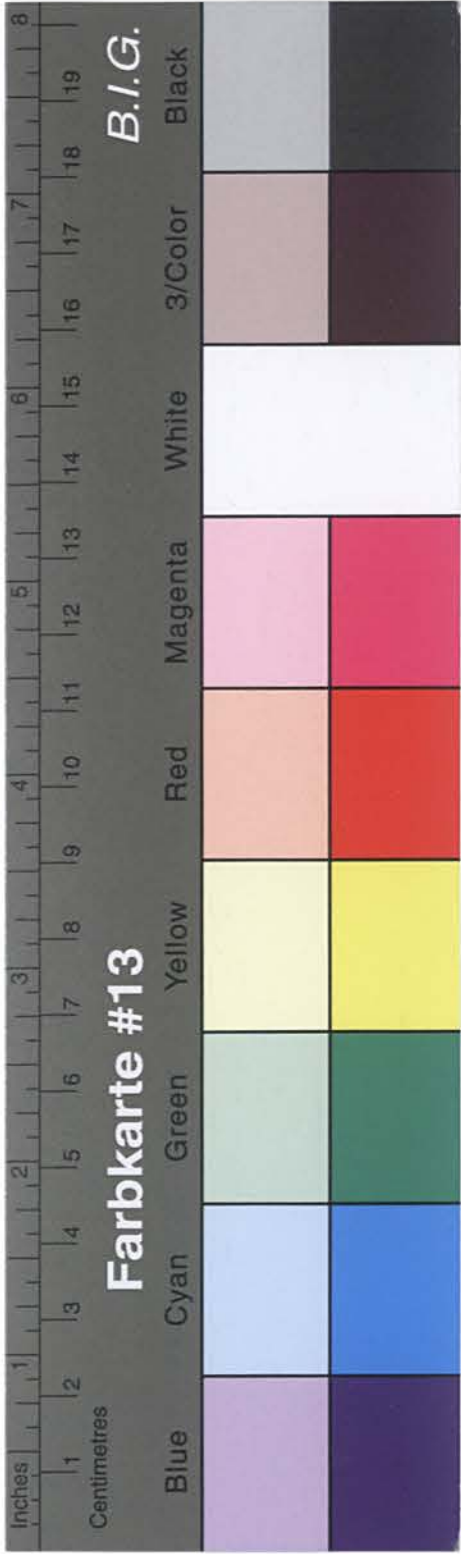
Im Auftrage
Gez. Wolters

Regierungs-
bevollmächtigter:
[Signature]

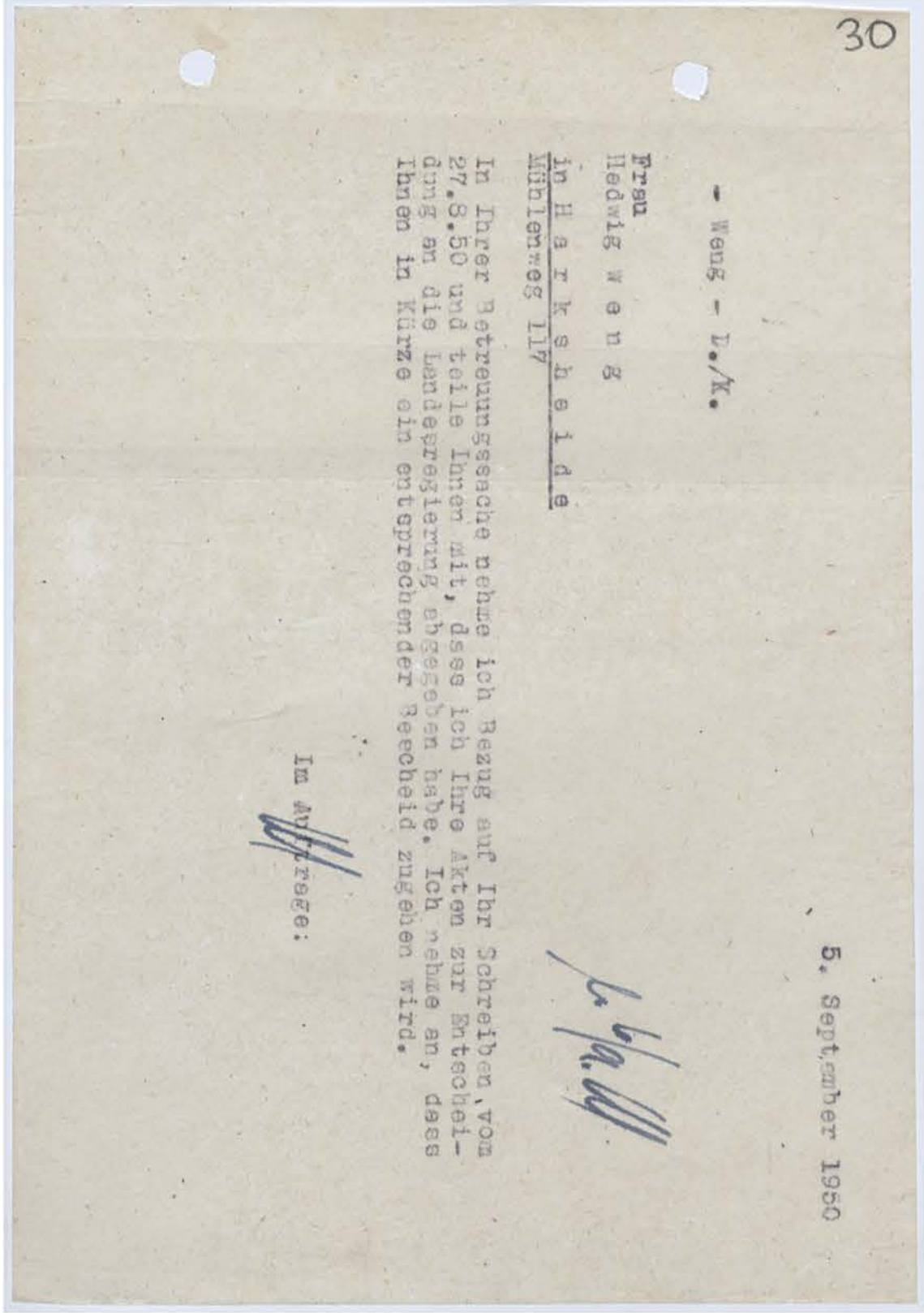
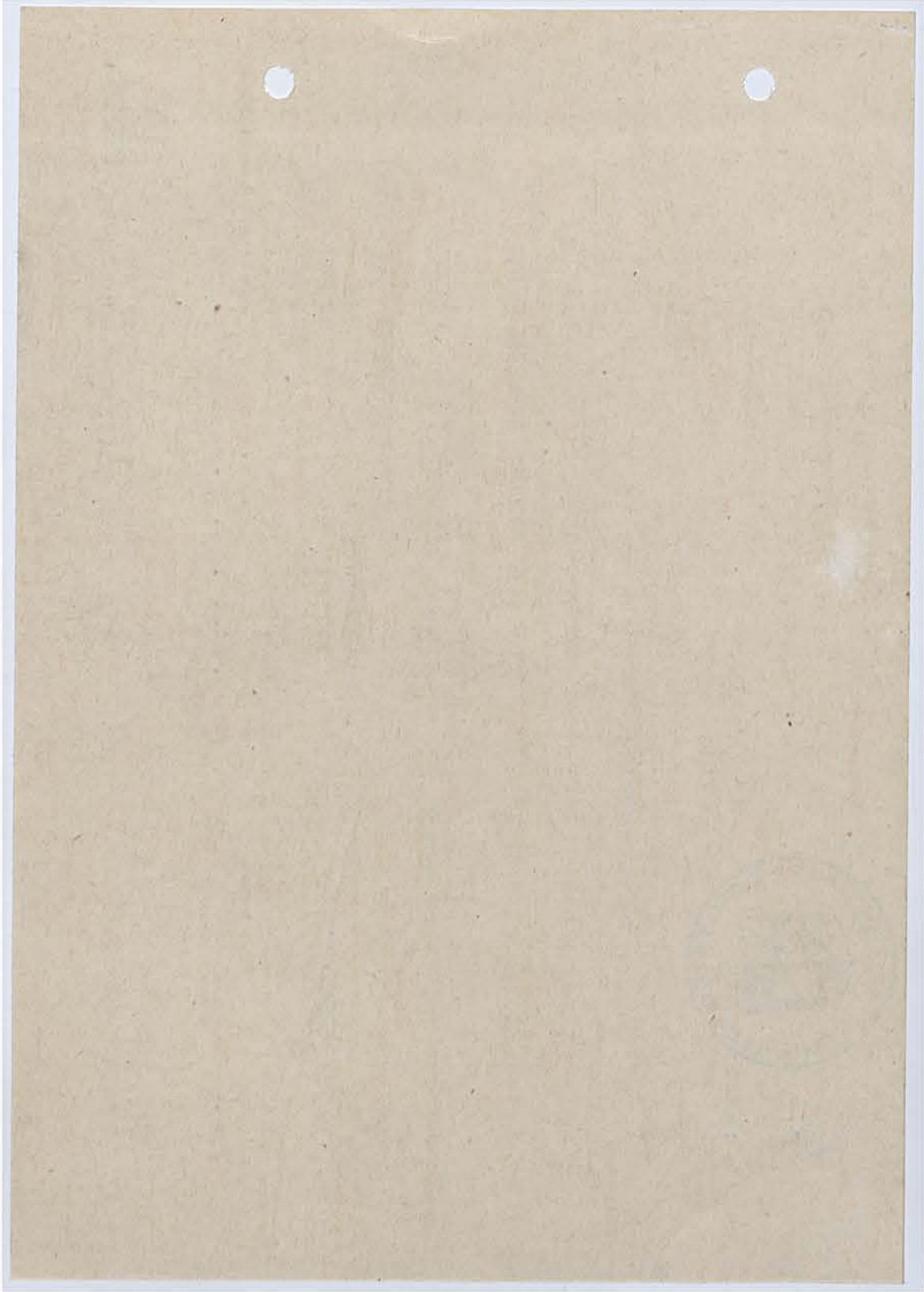
(24b) KIEL, den 14. Nov. 1950
Landeshaus, Distrikthofweg Weg 7a/9
Telefon 21 180-84
Besuchszeiten:
am Montag, Dienstag,
Donnerstag, Freitag
von 9.00 bis 12.00 Uhr

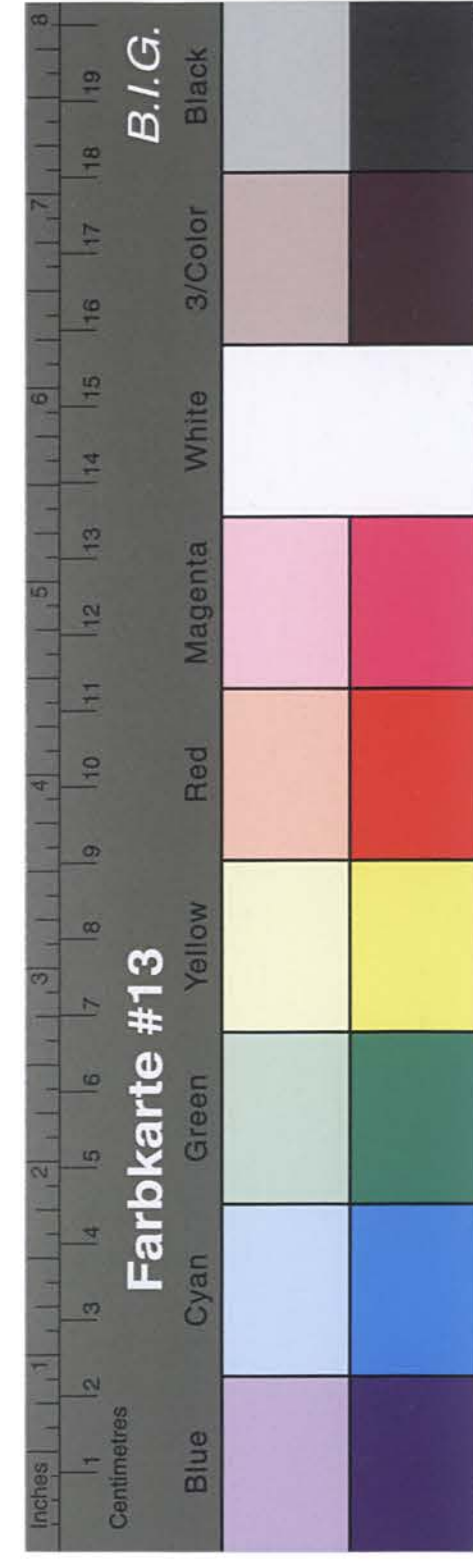
12. Nov. 1950
[Signature]

SCHLESWIG-HOLSTEIN * LANDESREGIERUNG

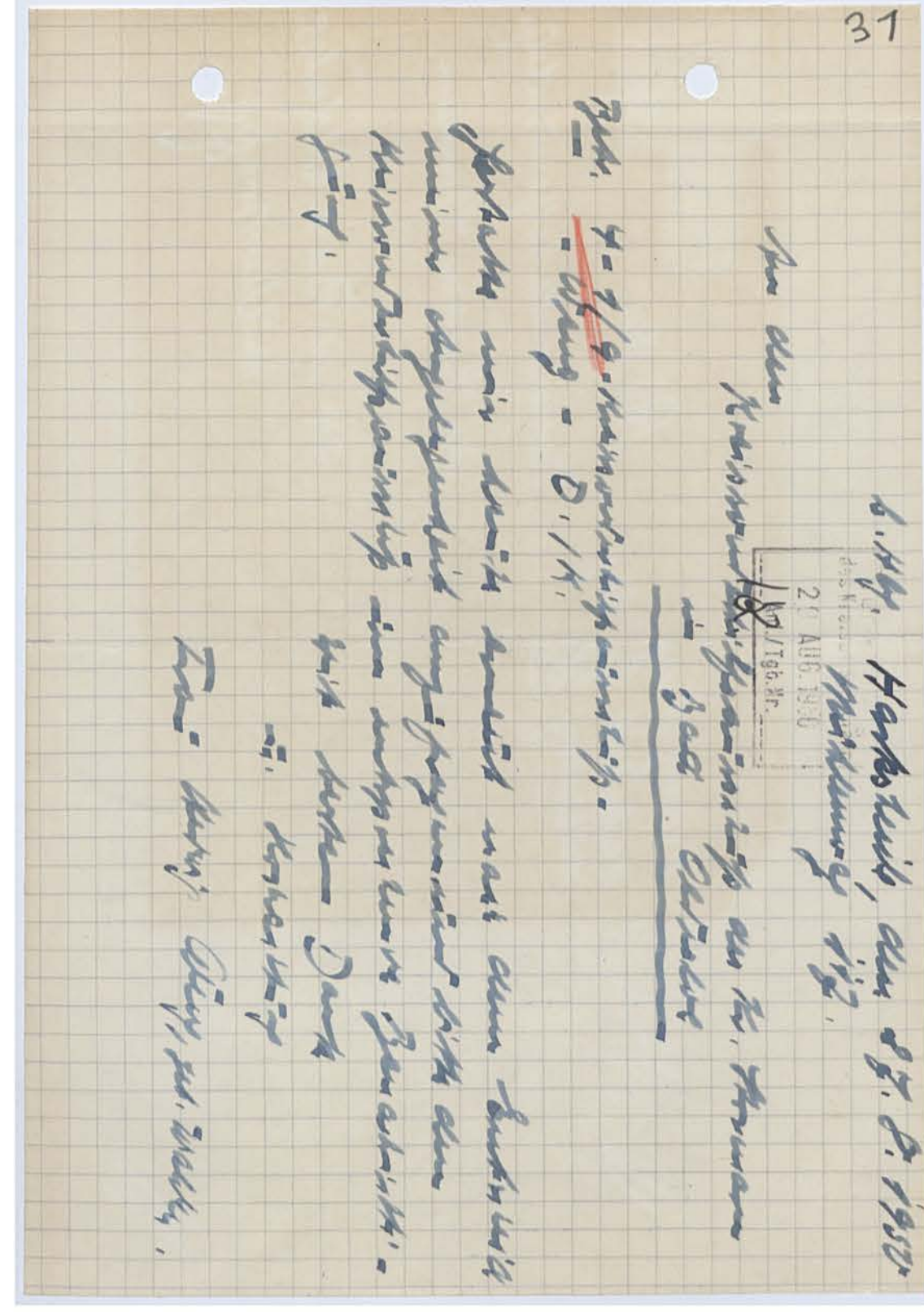


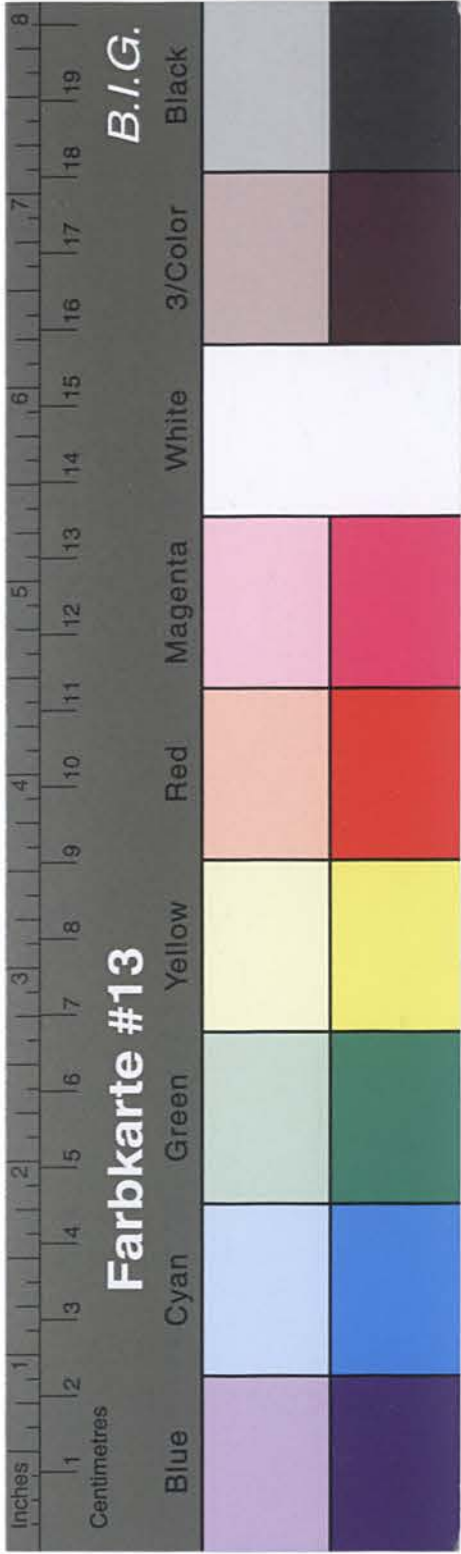
Kreisarchiv Stormarn B2



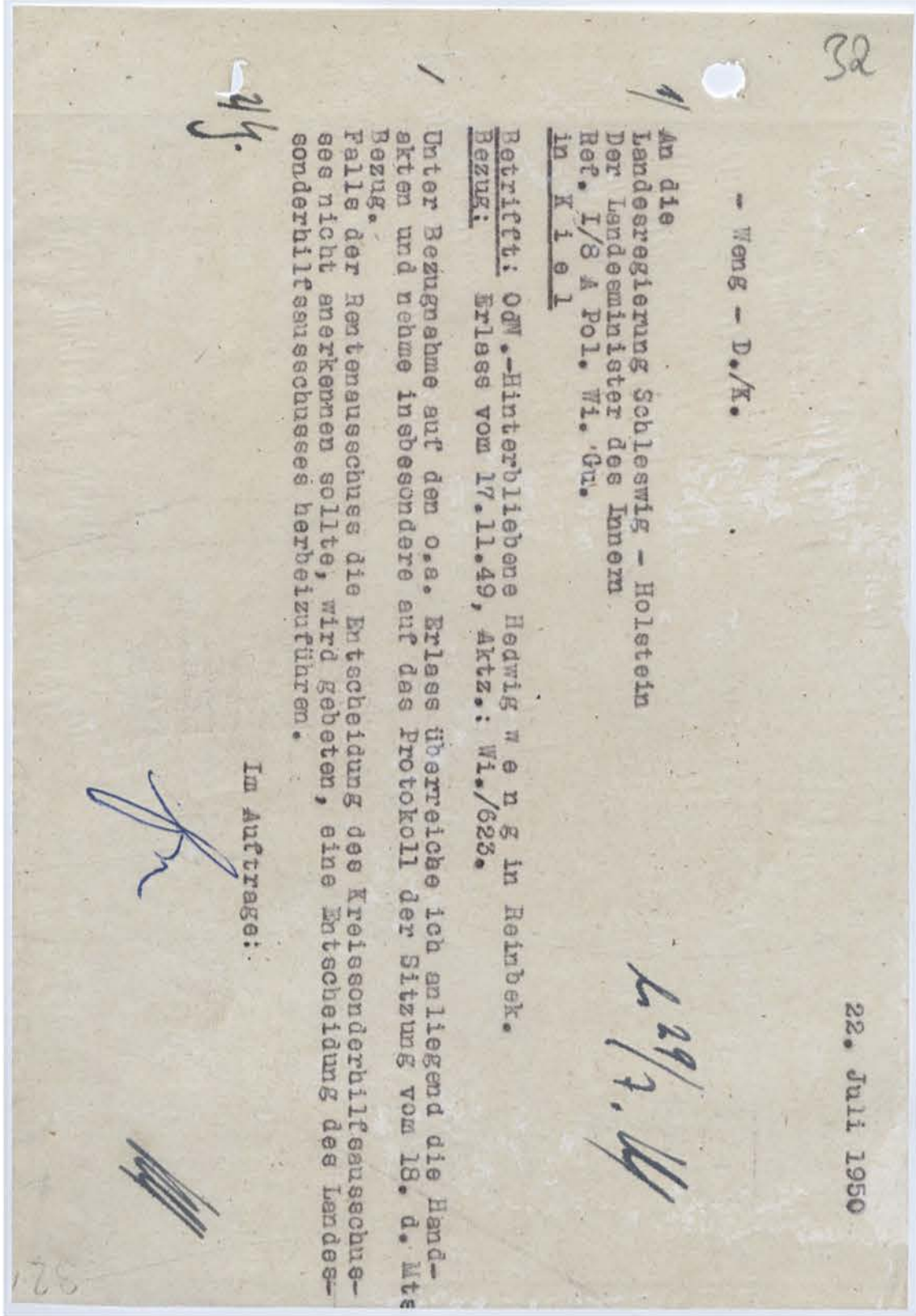
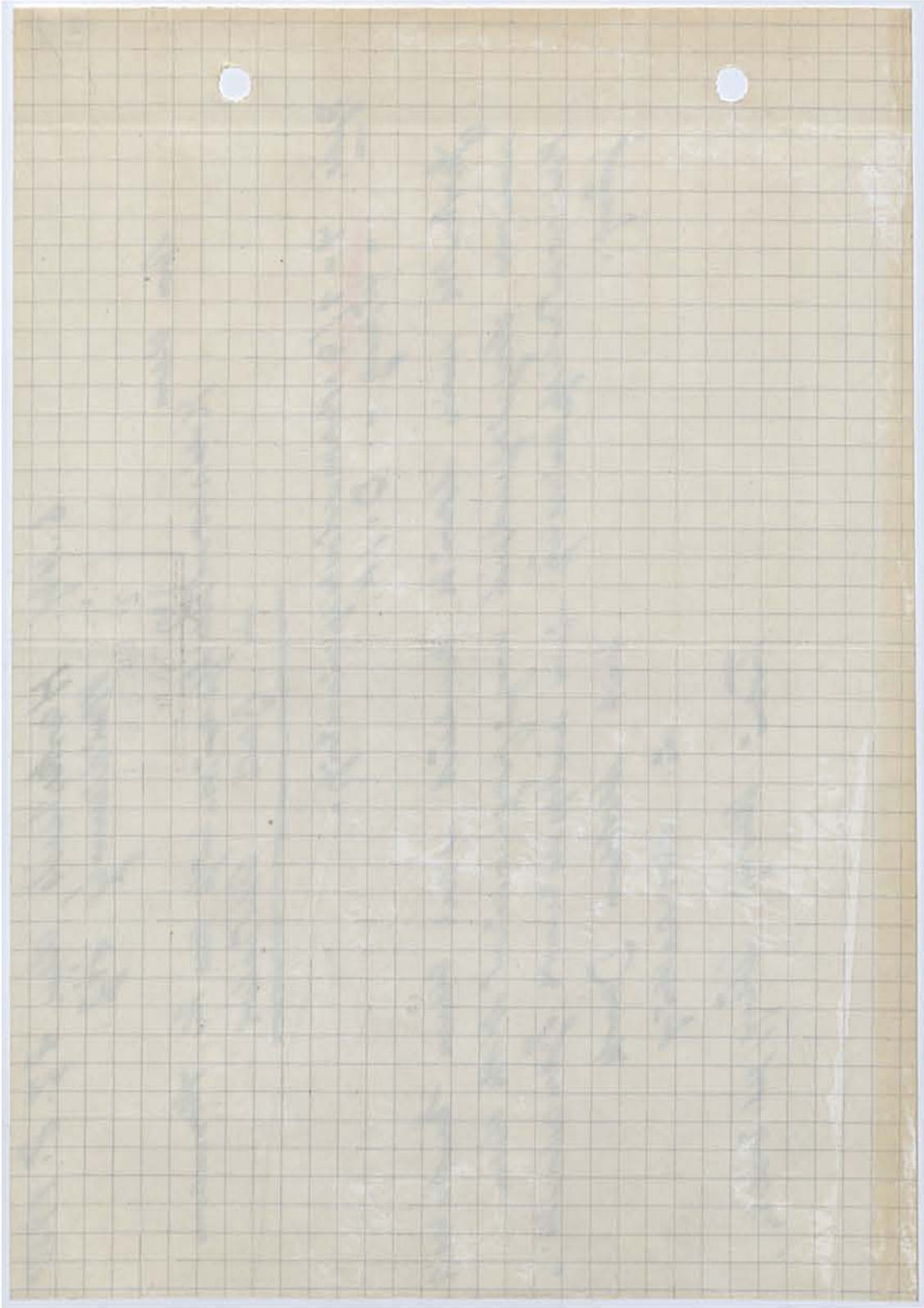


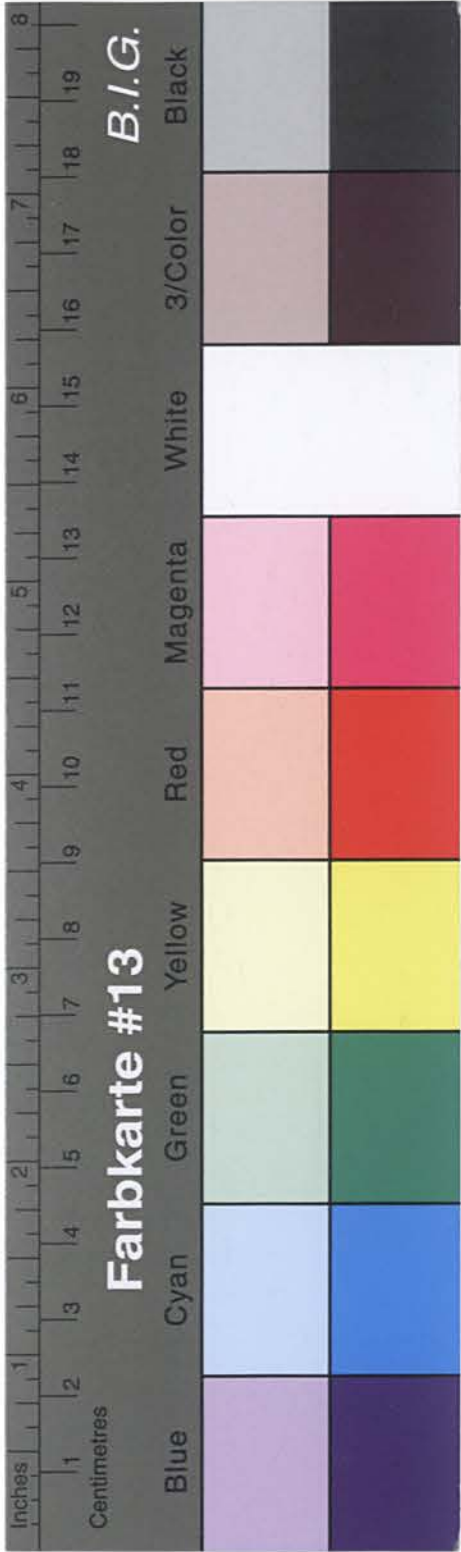
Kreisarchiv Stormarn B2



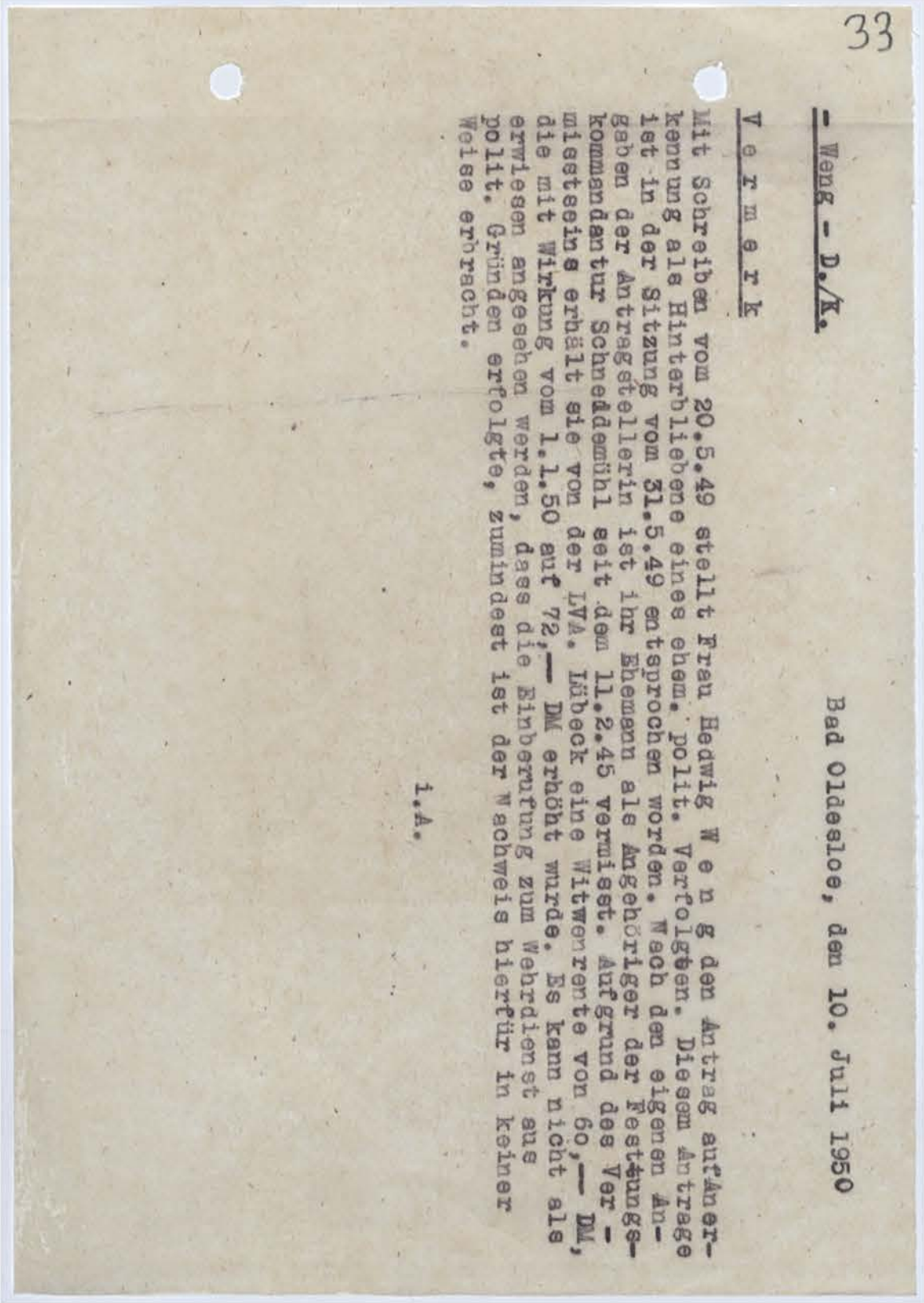
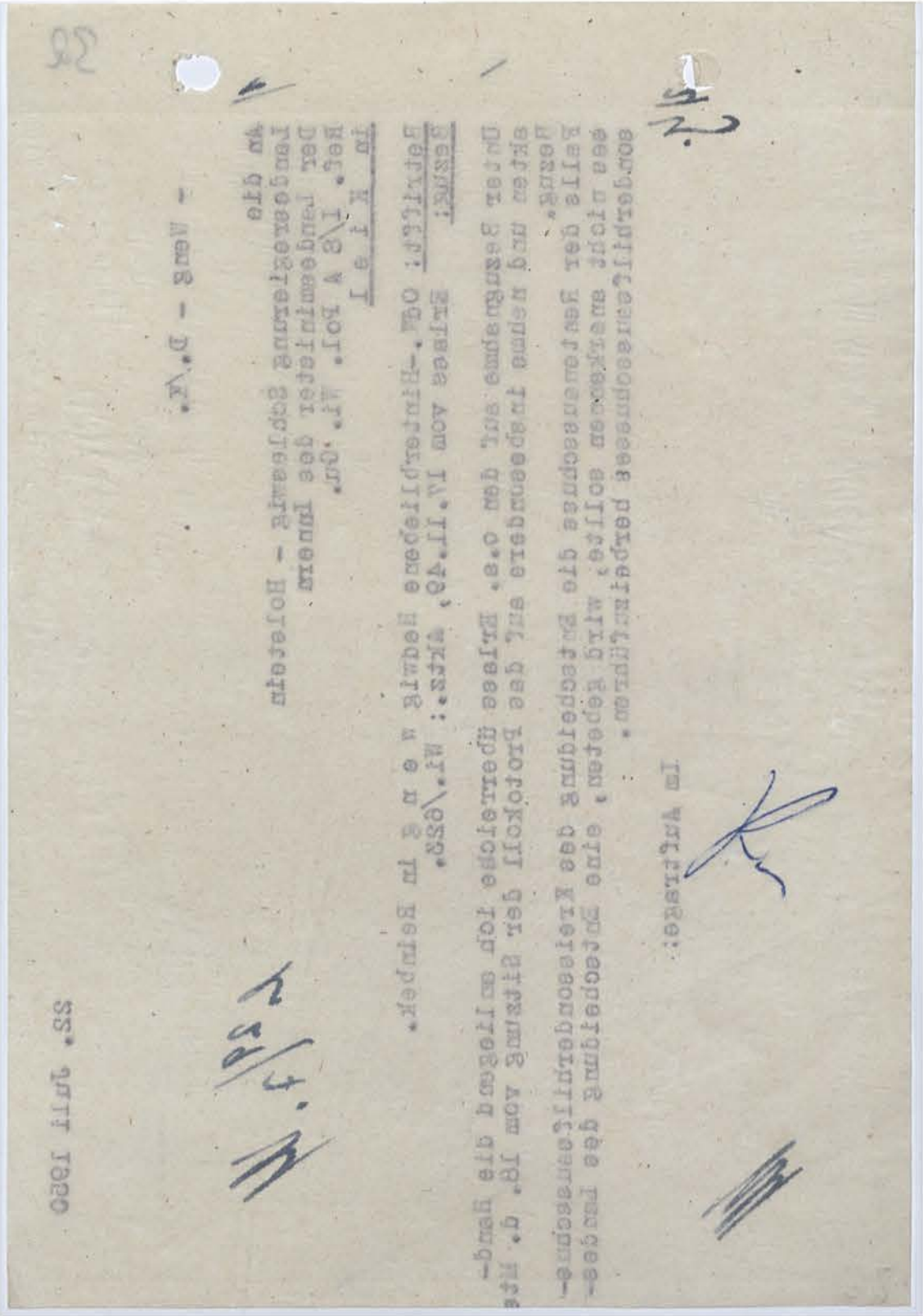


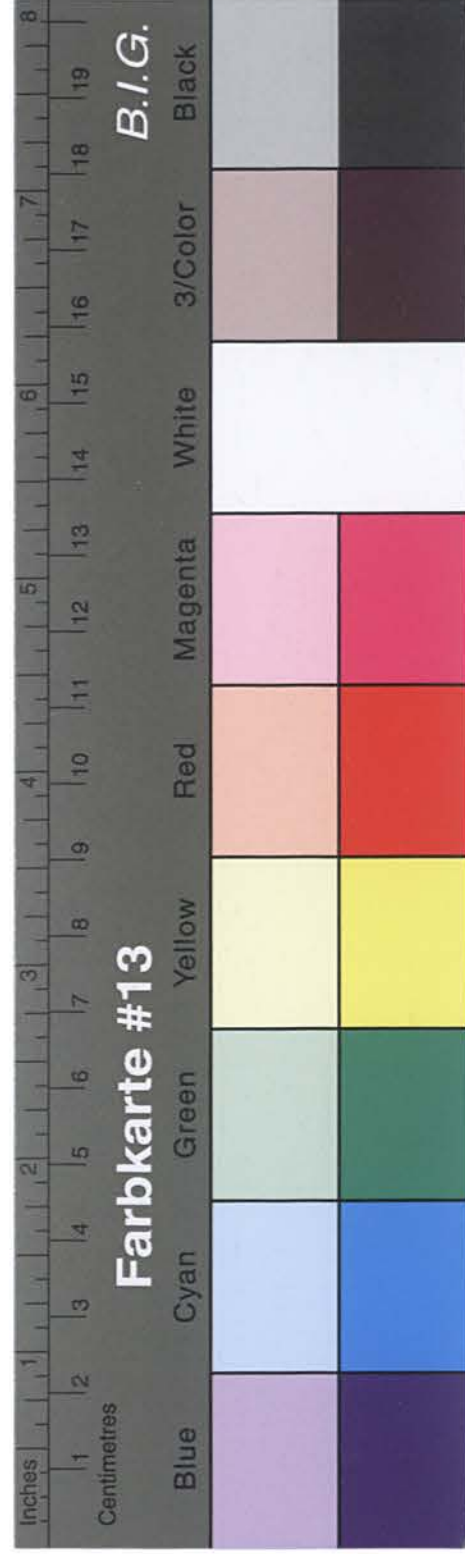
Kreisarchiv Stormarn B2



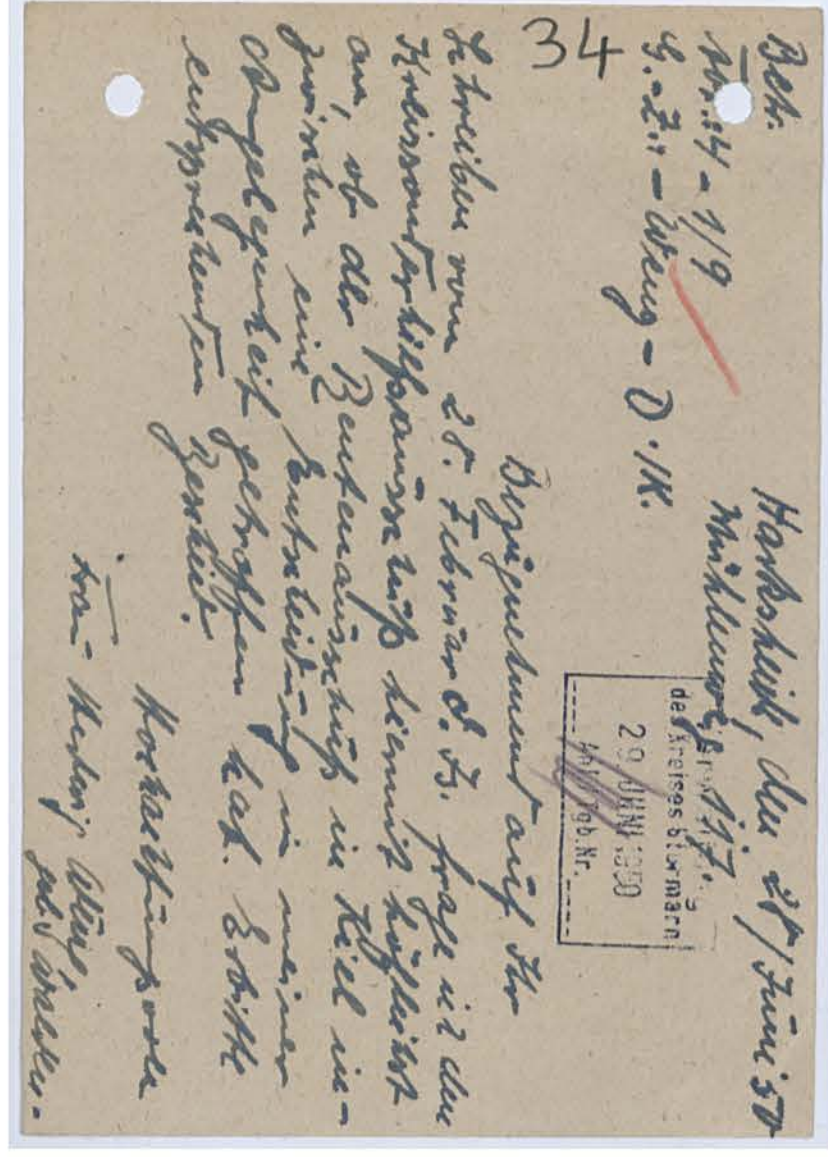
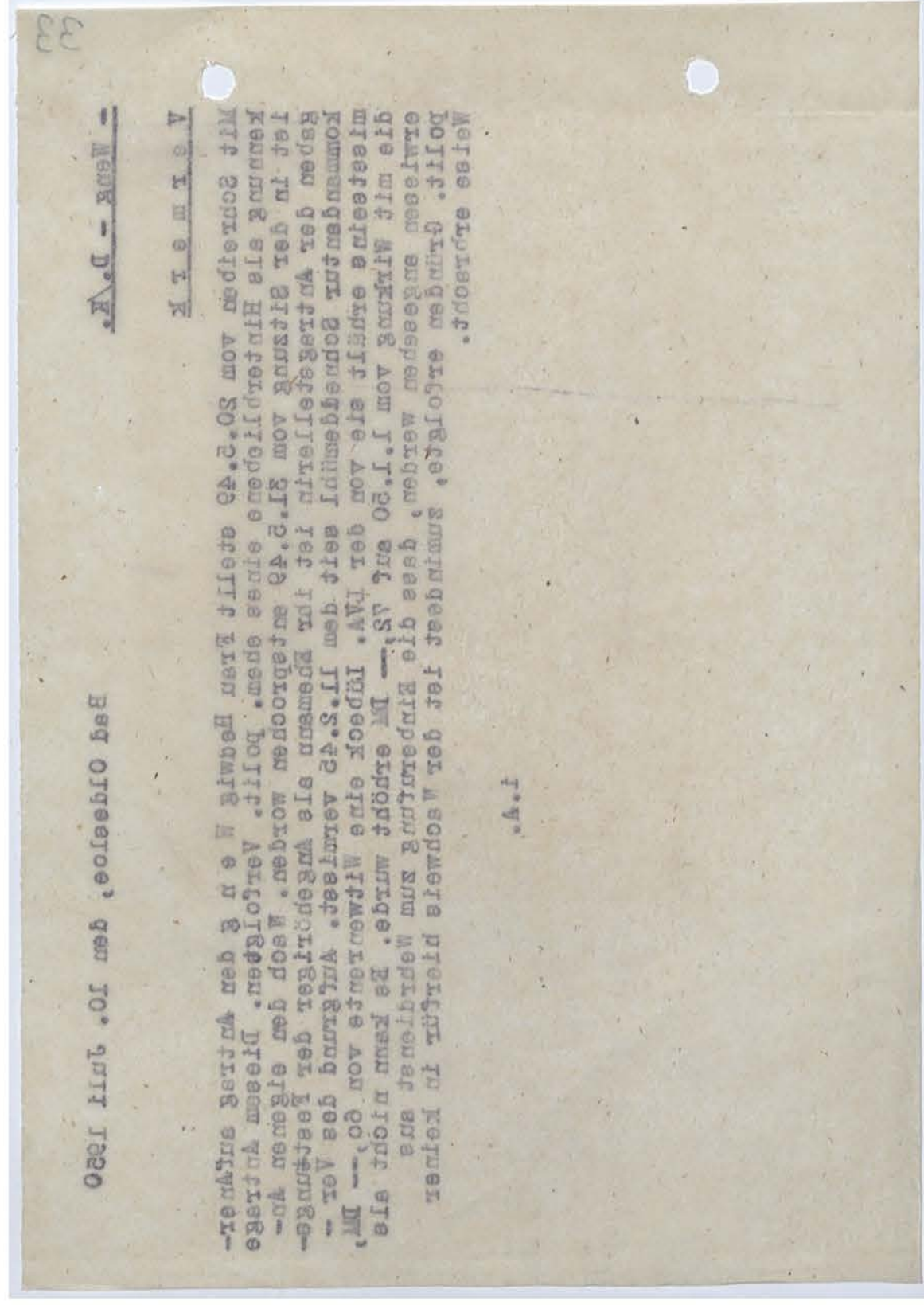


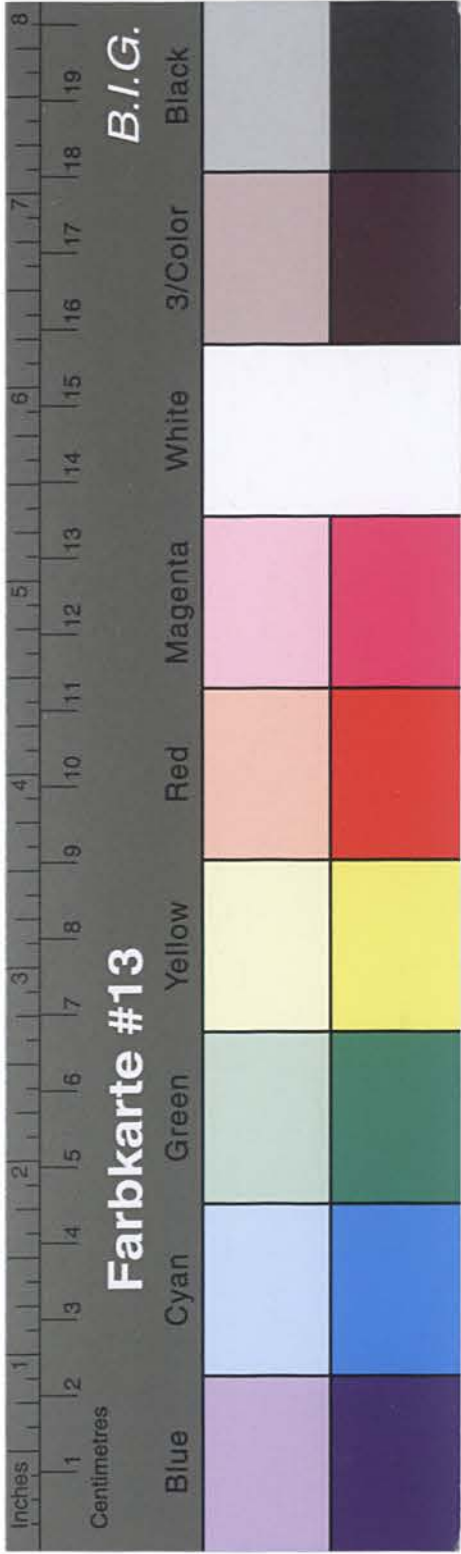
Kreisarchiv Stormarn B2



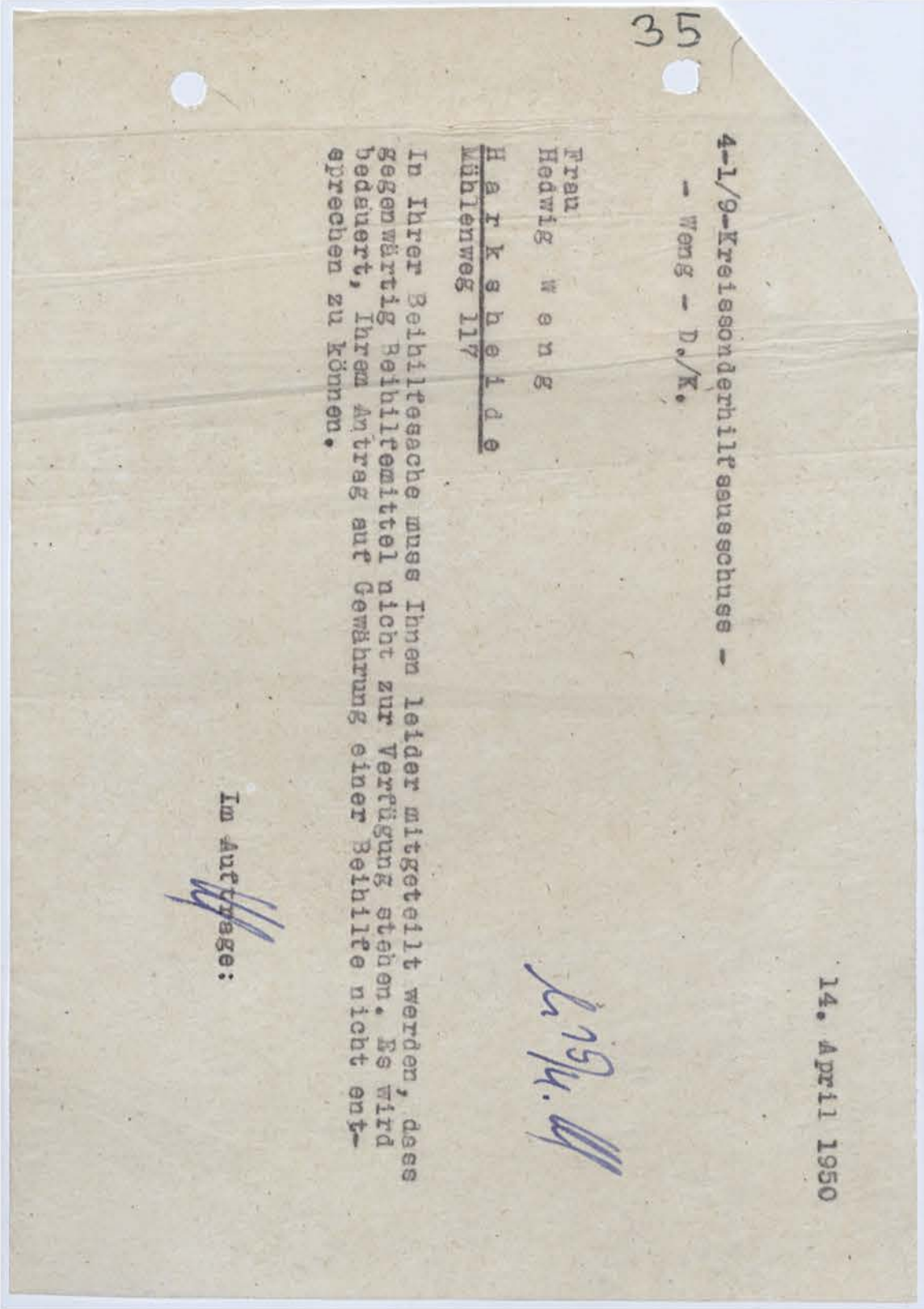


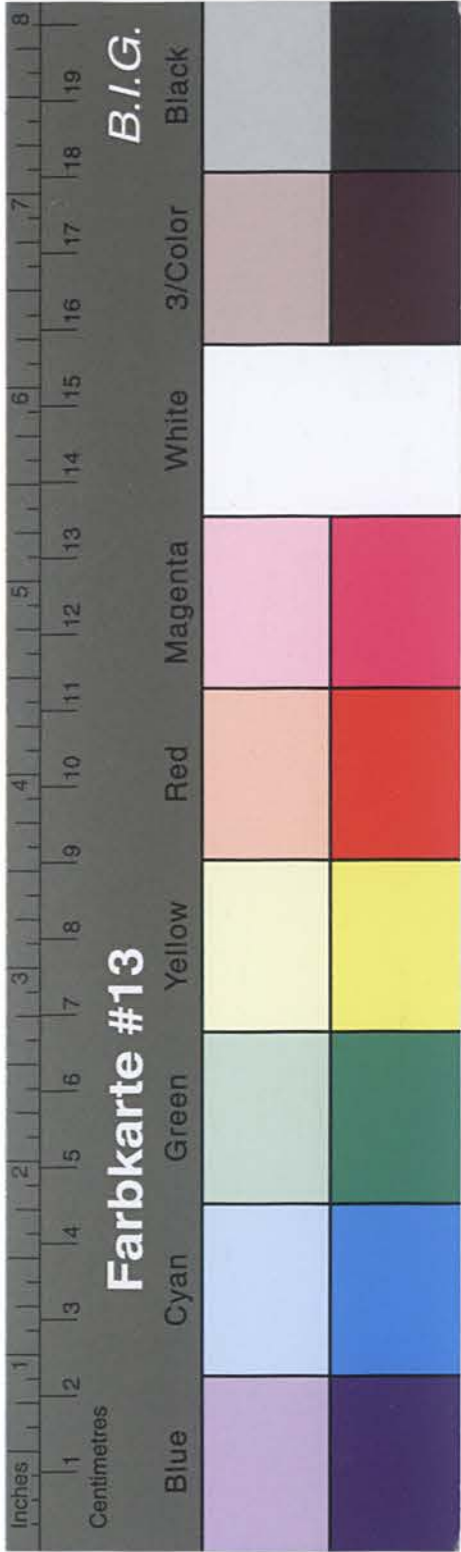
Kreisarchiv Stormarn B2



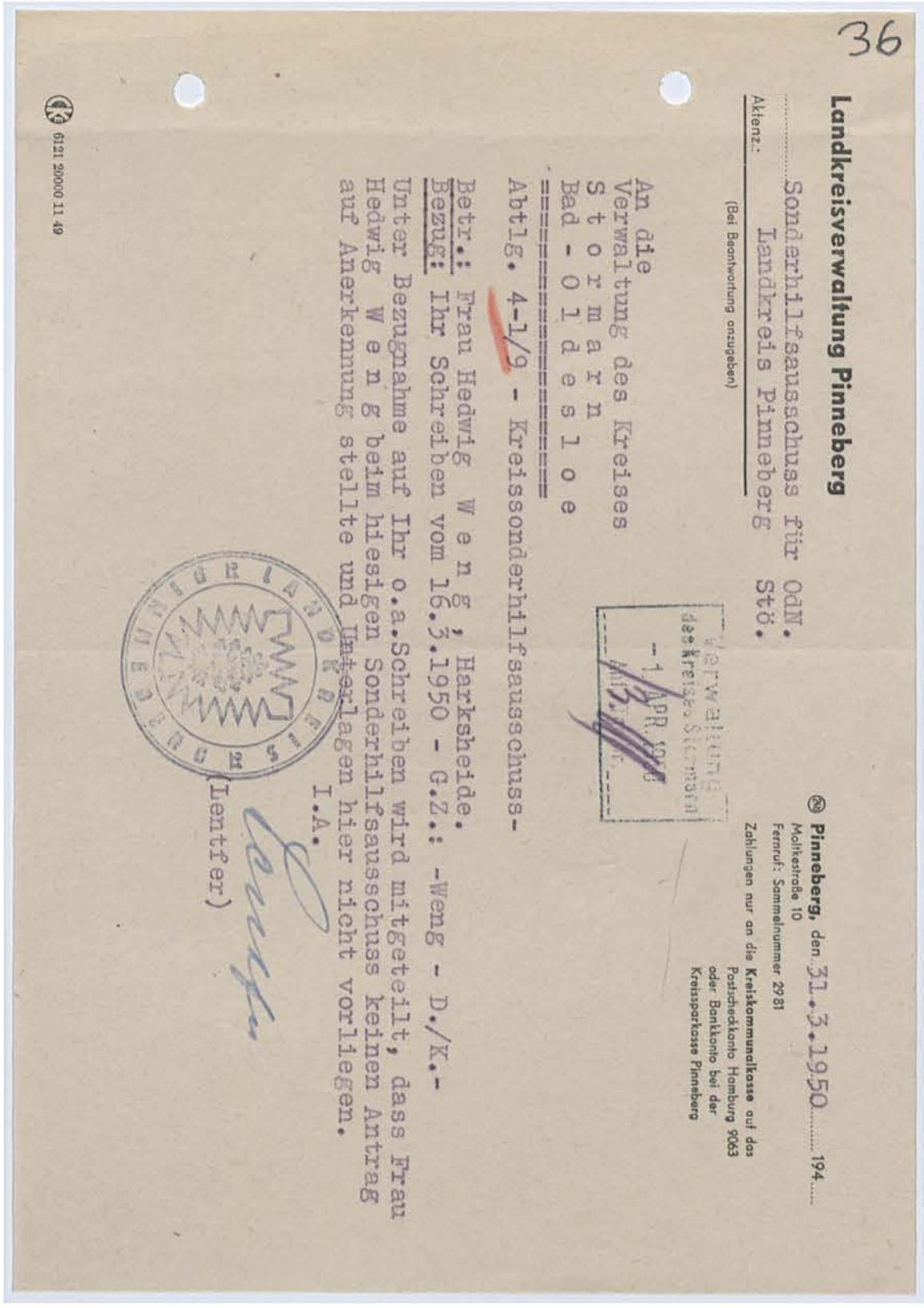
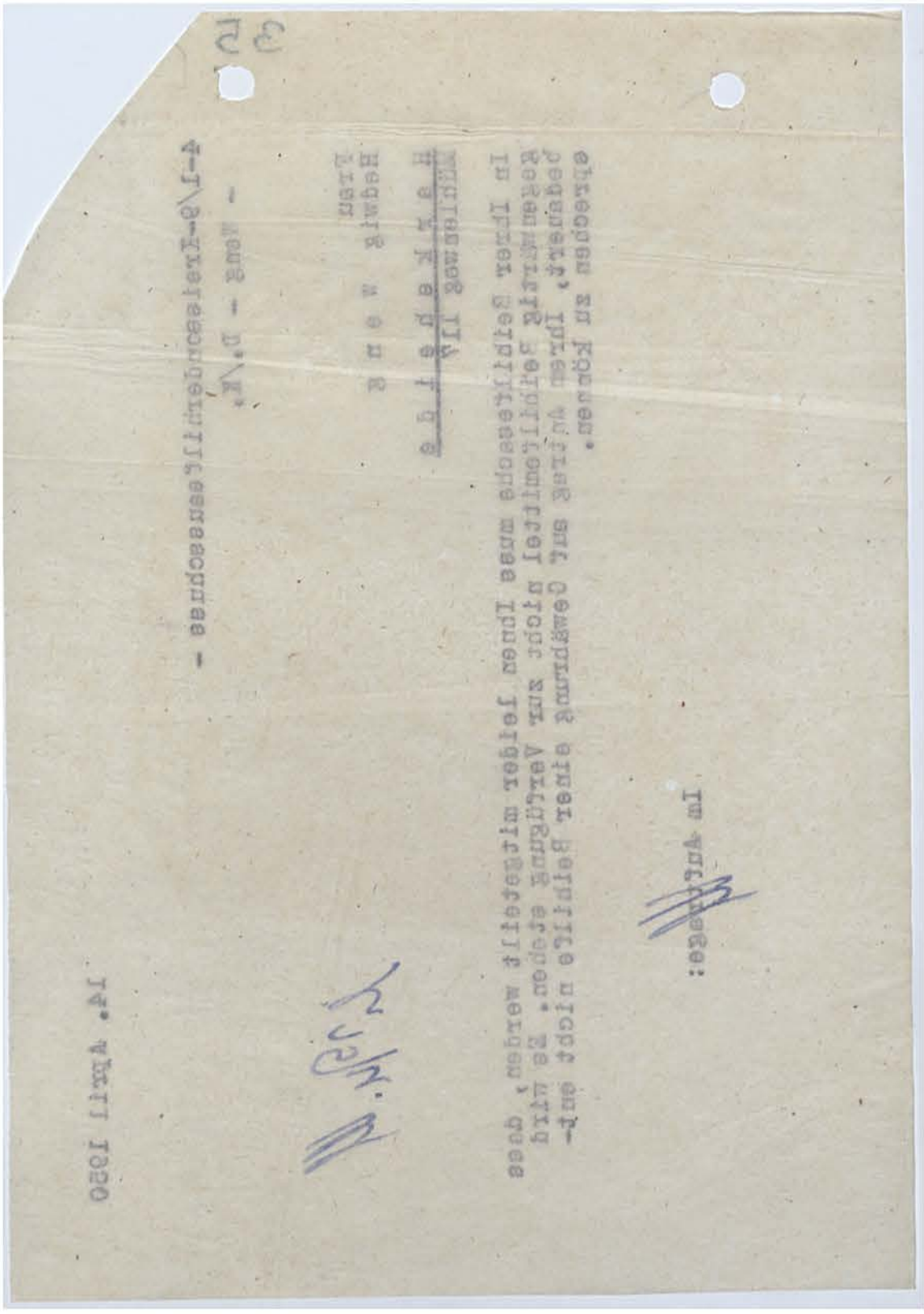


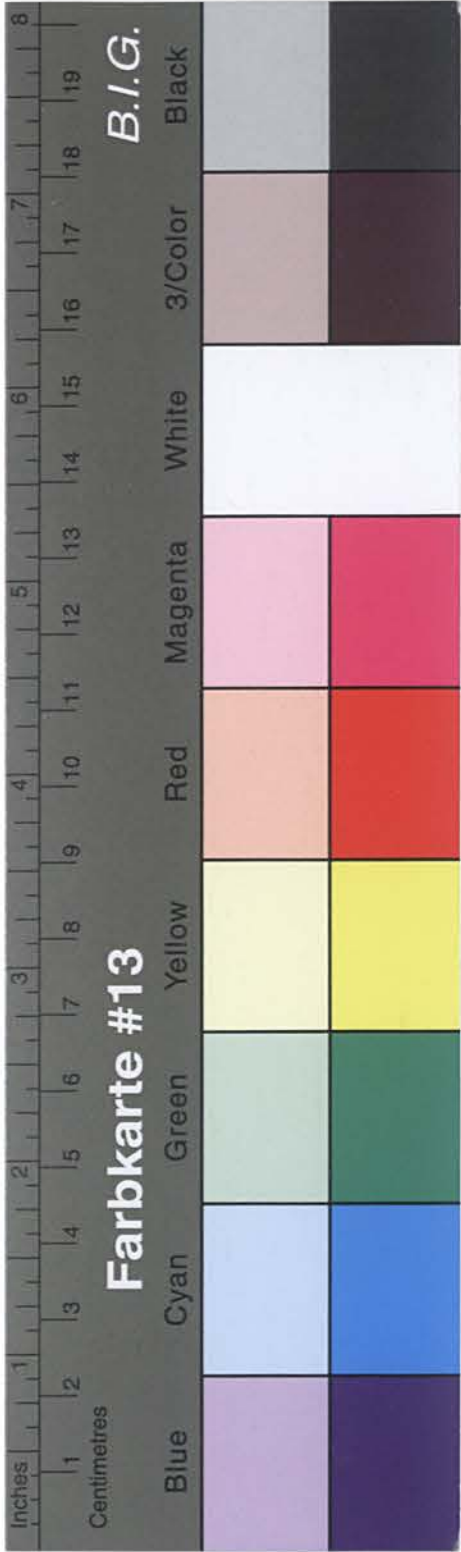
Kreisarchiv Stormarn B2



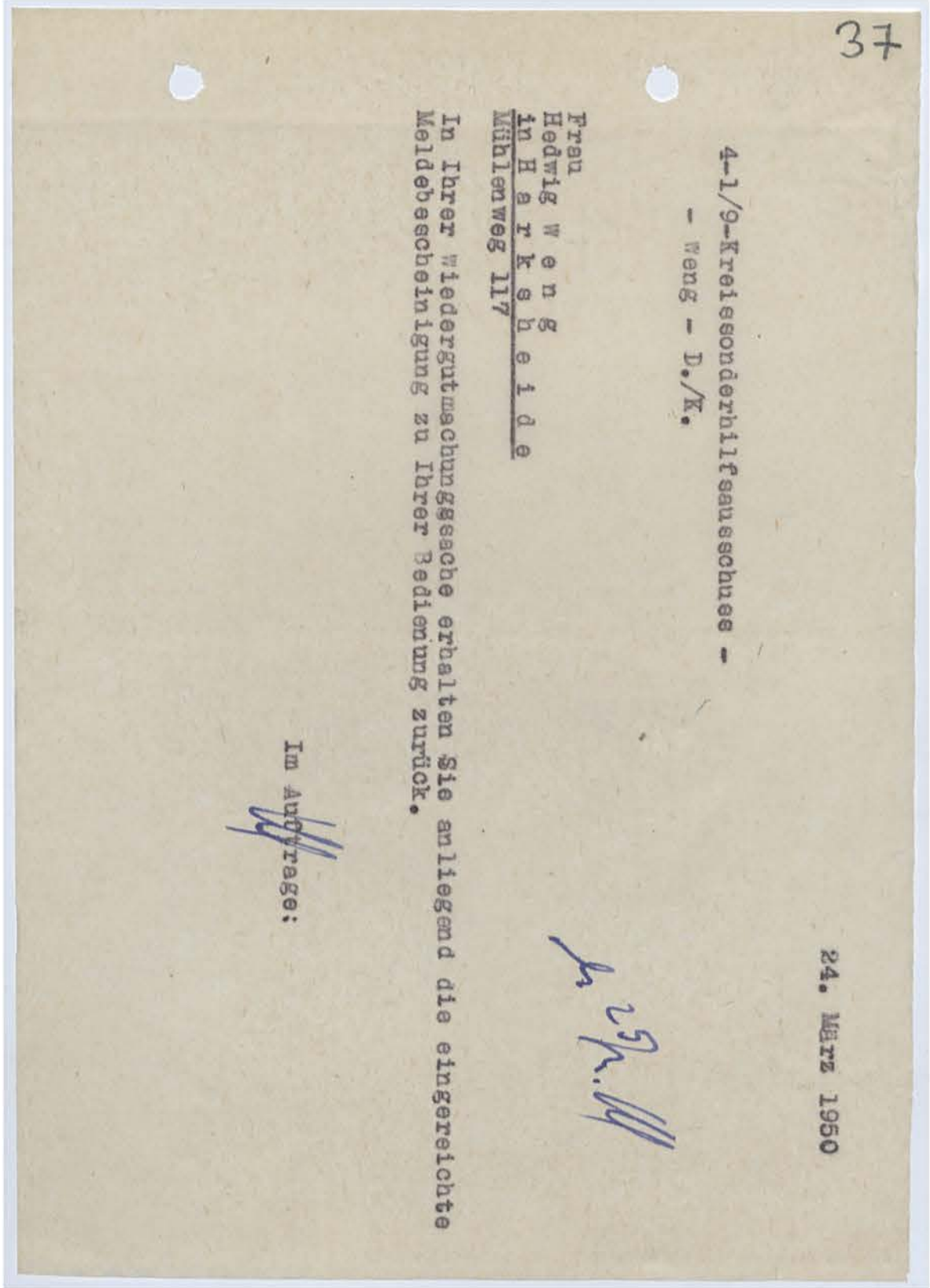
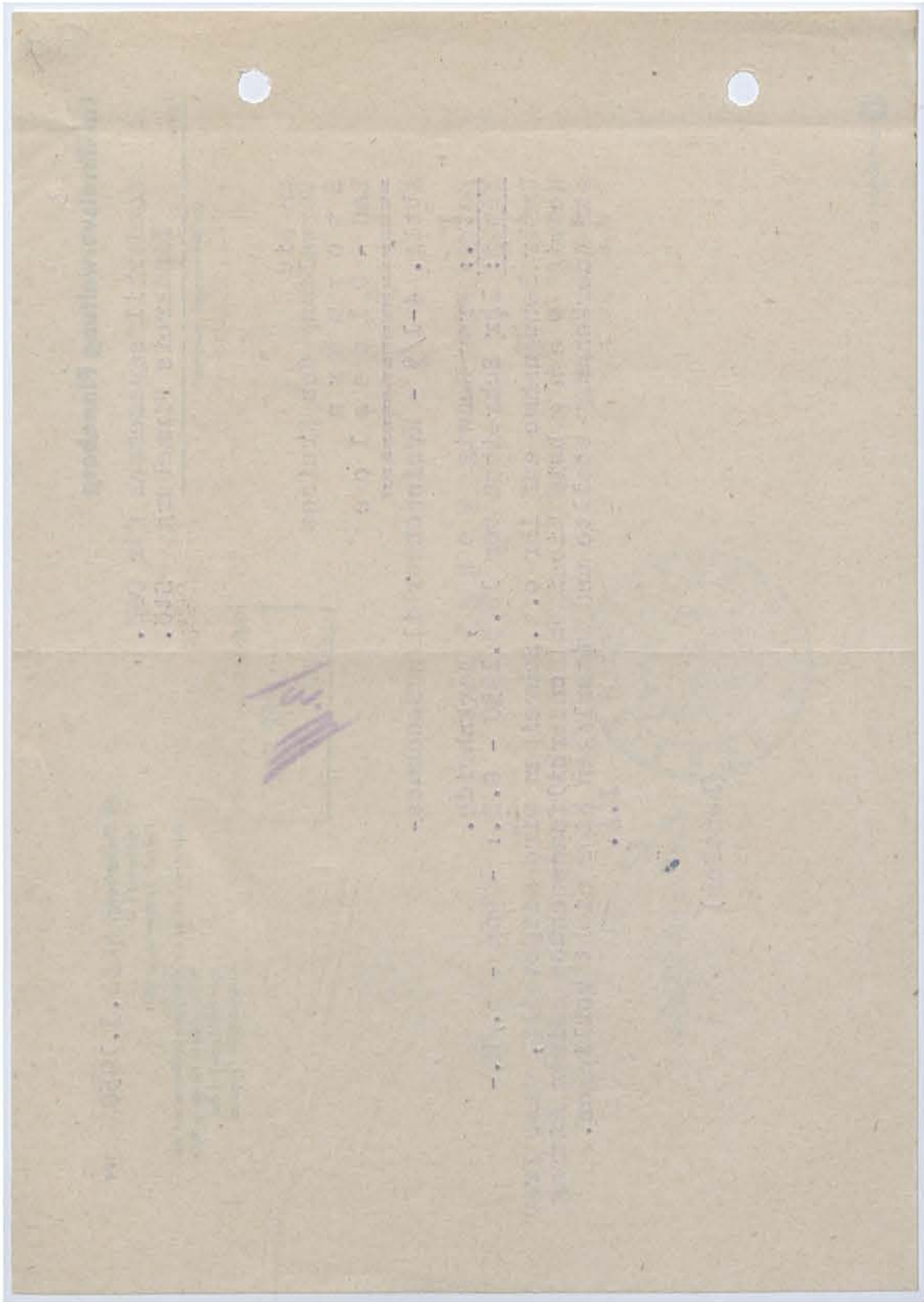


Kreisarchiv Stormarn B2



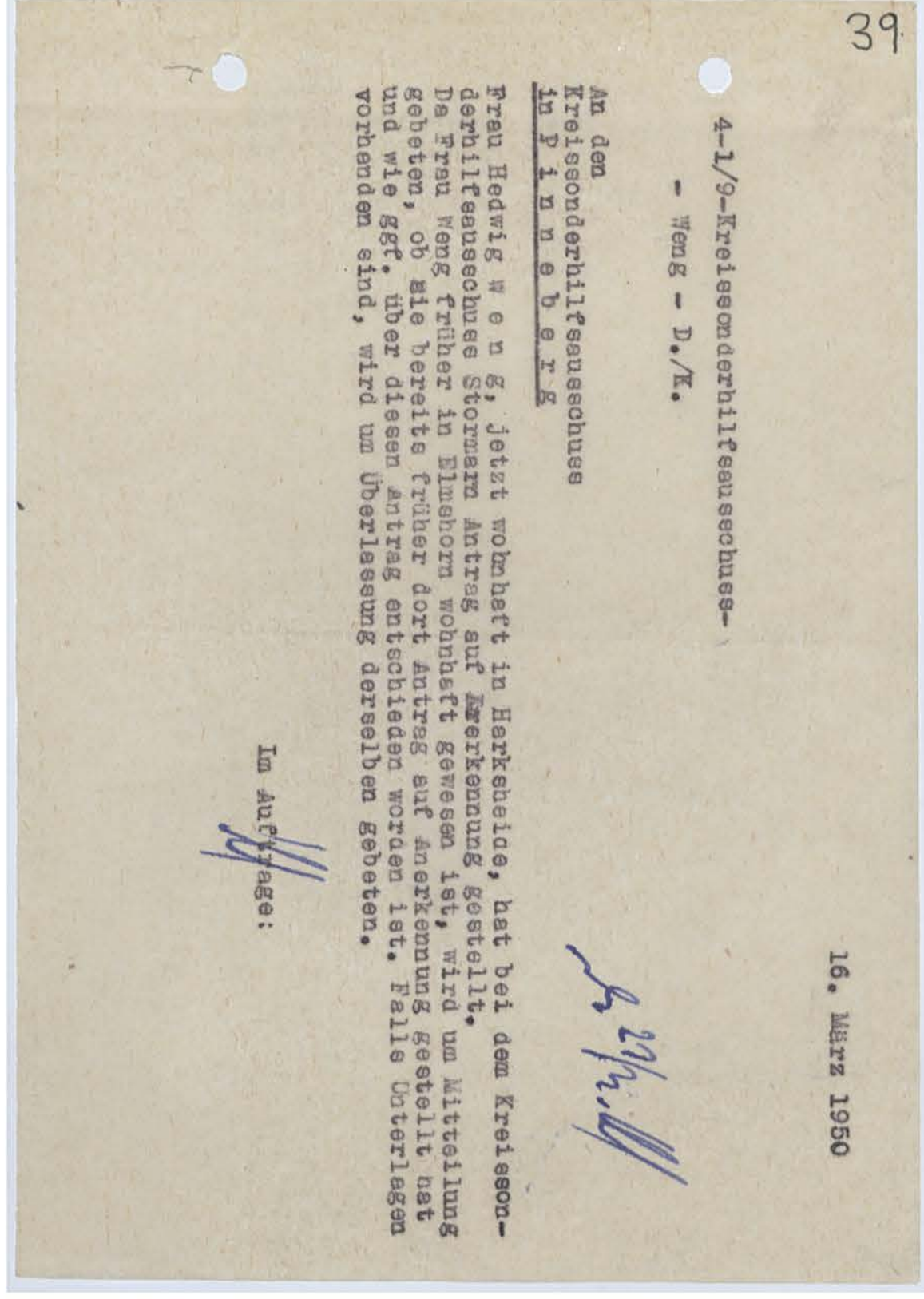
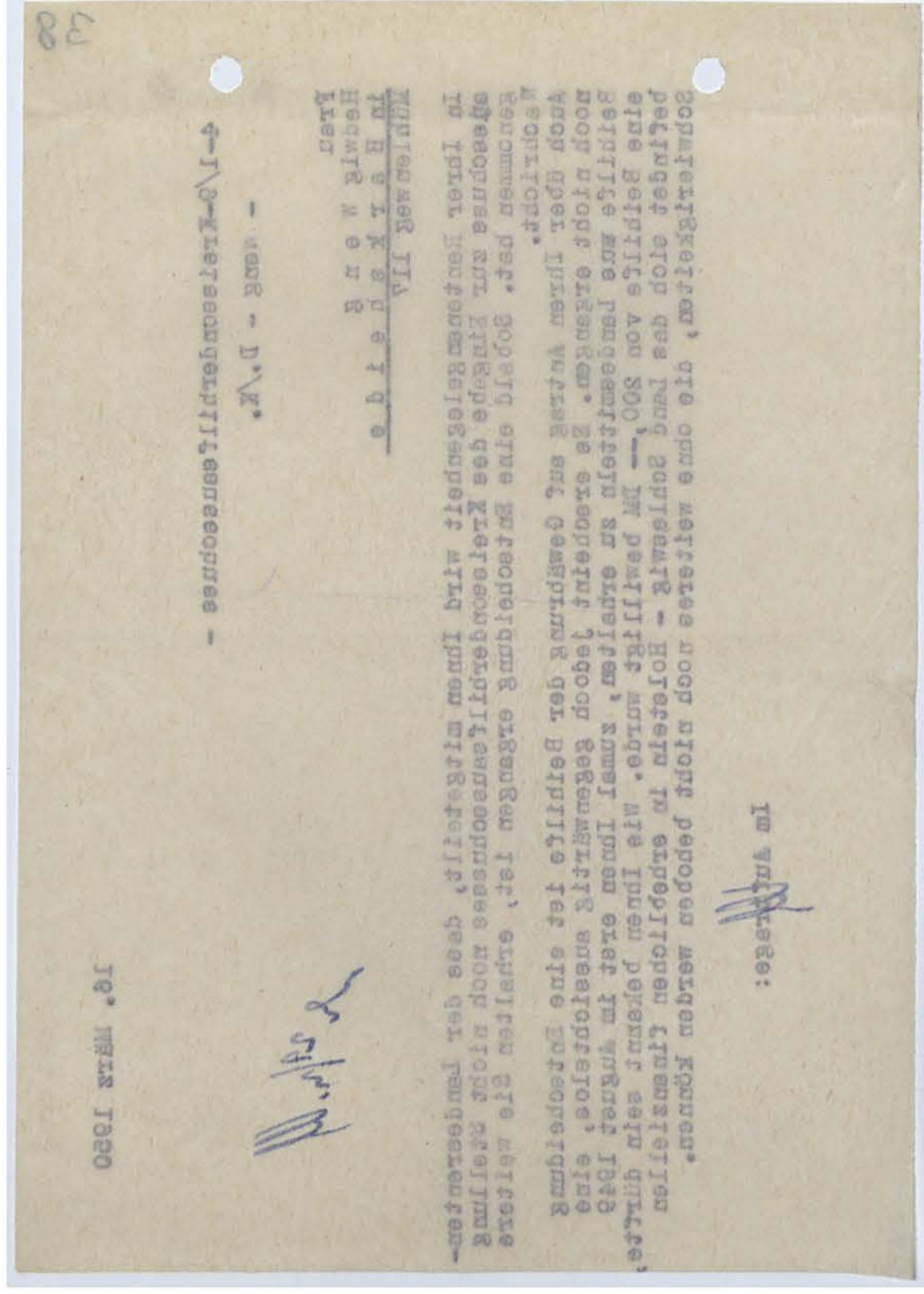


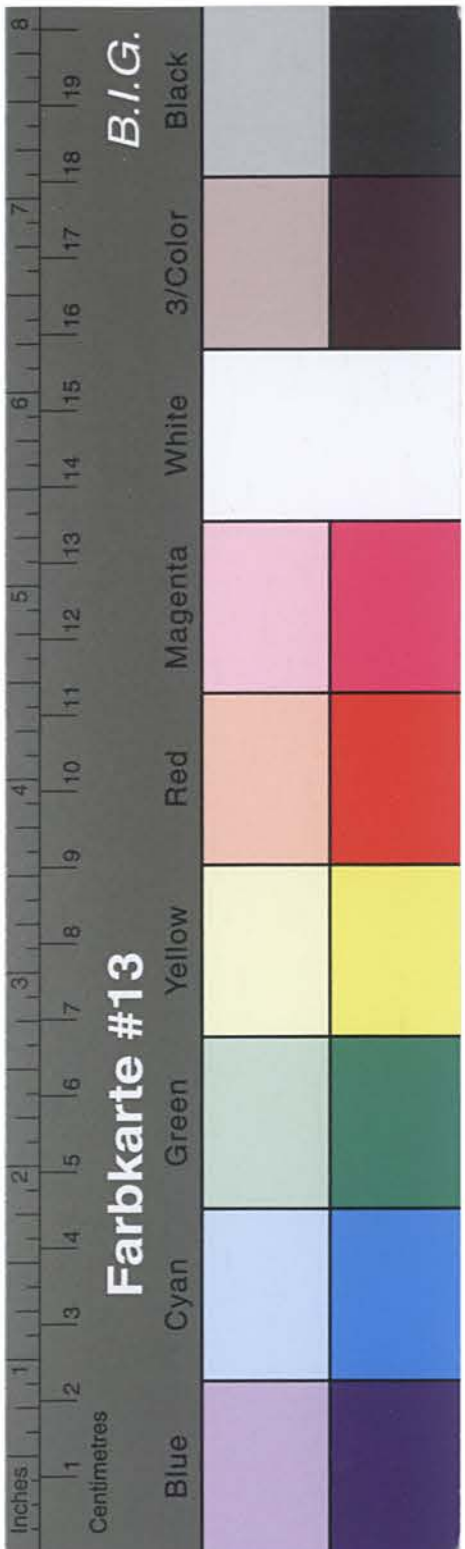
Kreisarchiv Stormarn B2



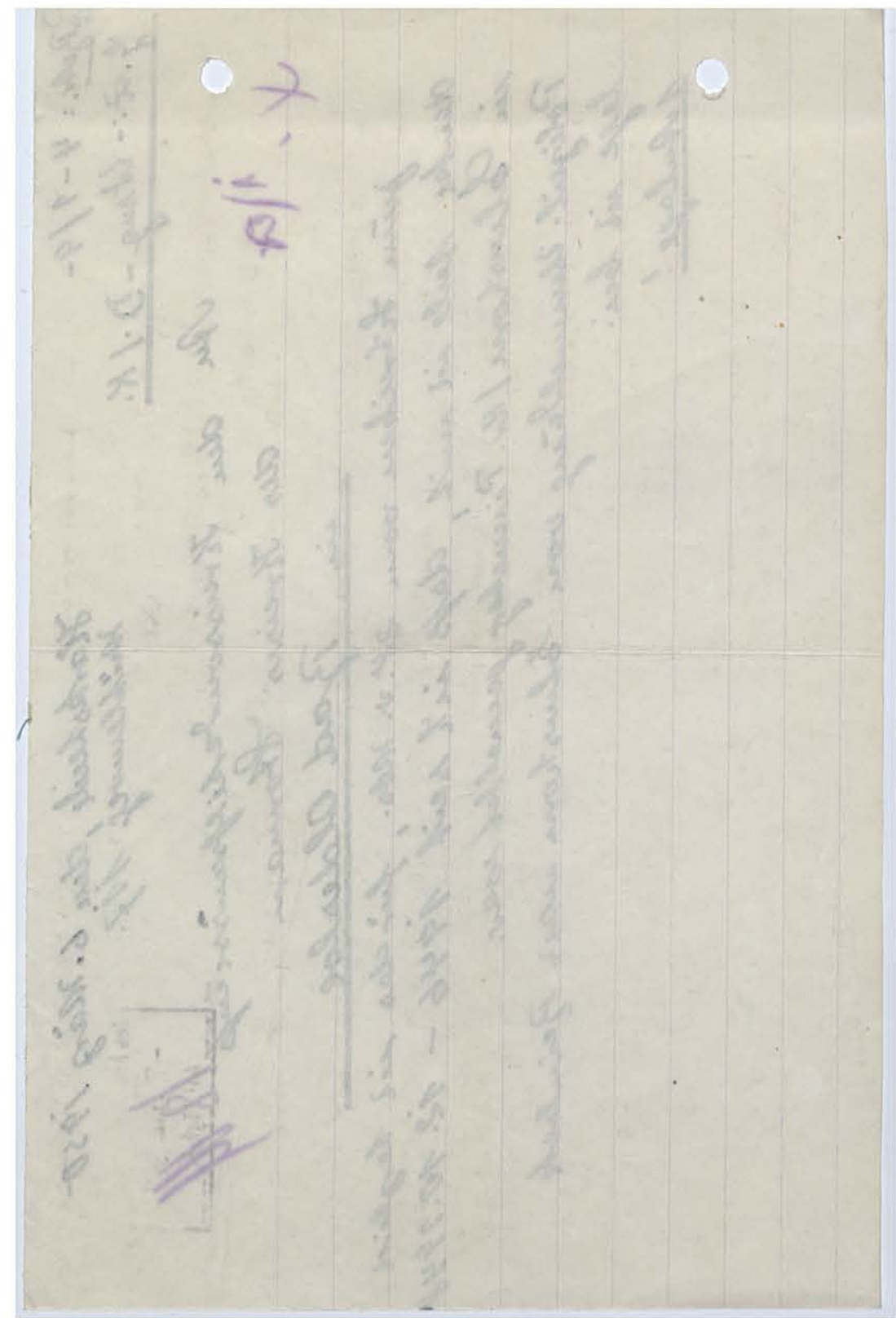


Kreisarchiv Stormarn B2

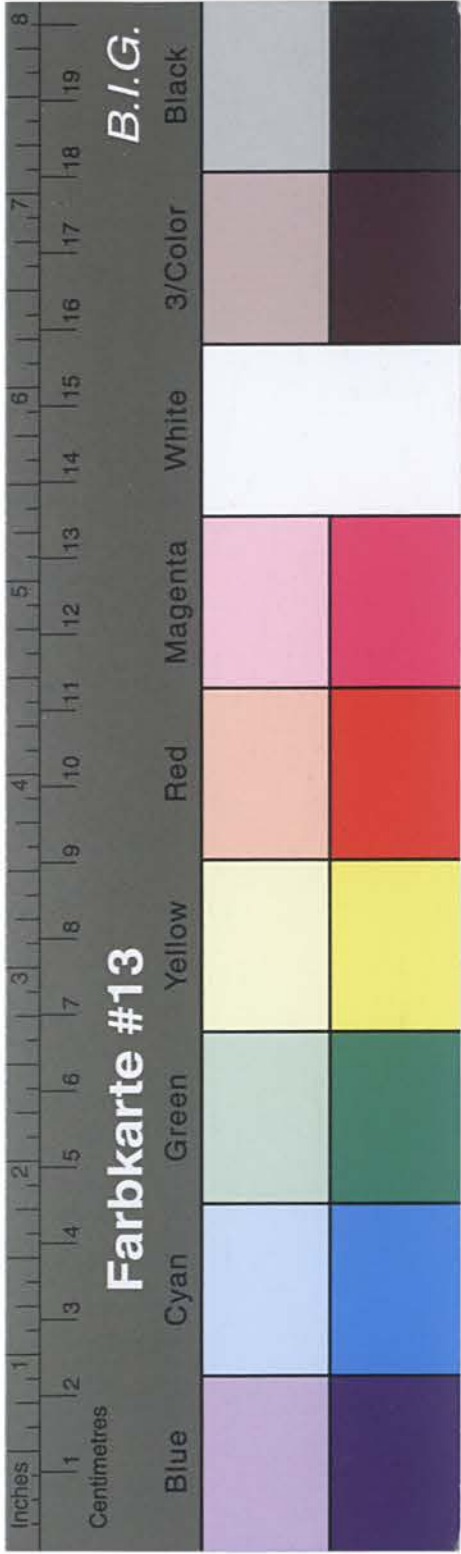




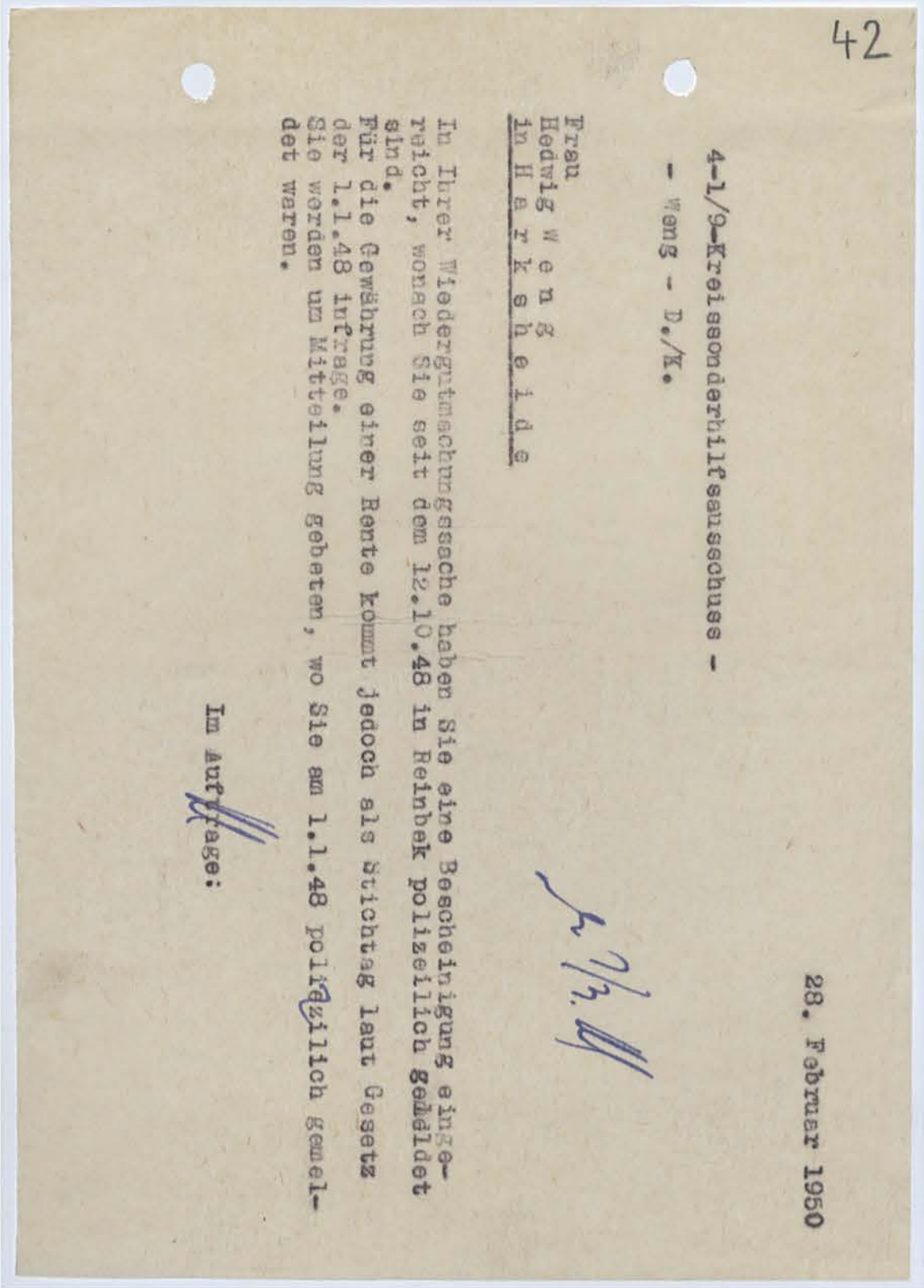
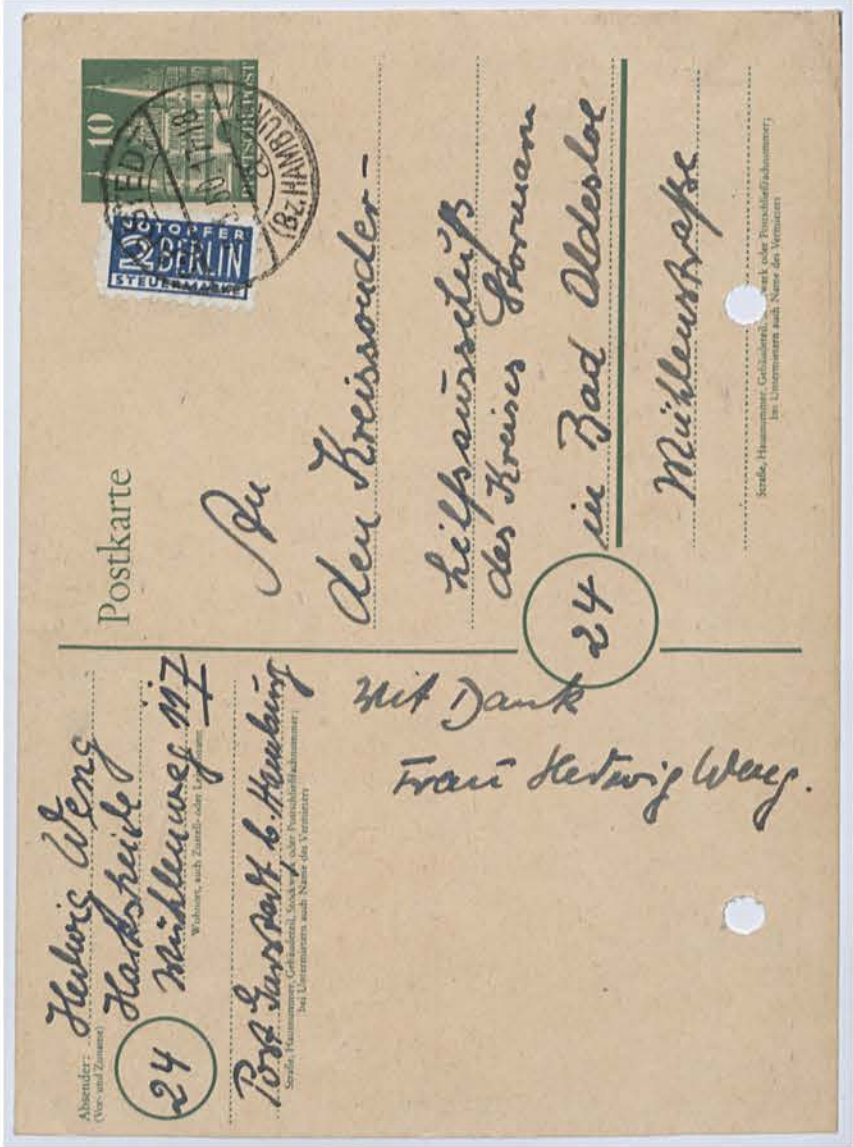
Kreisarchiv Stormarn B2

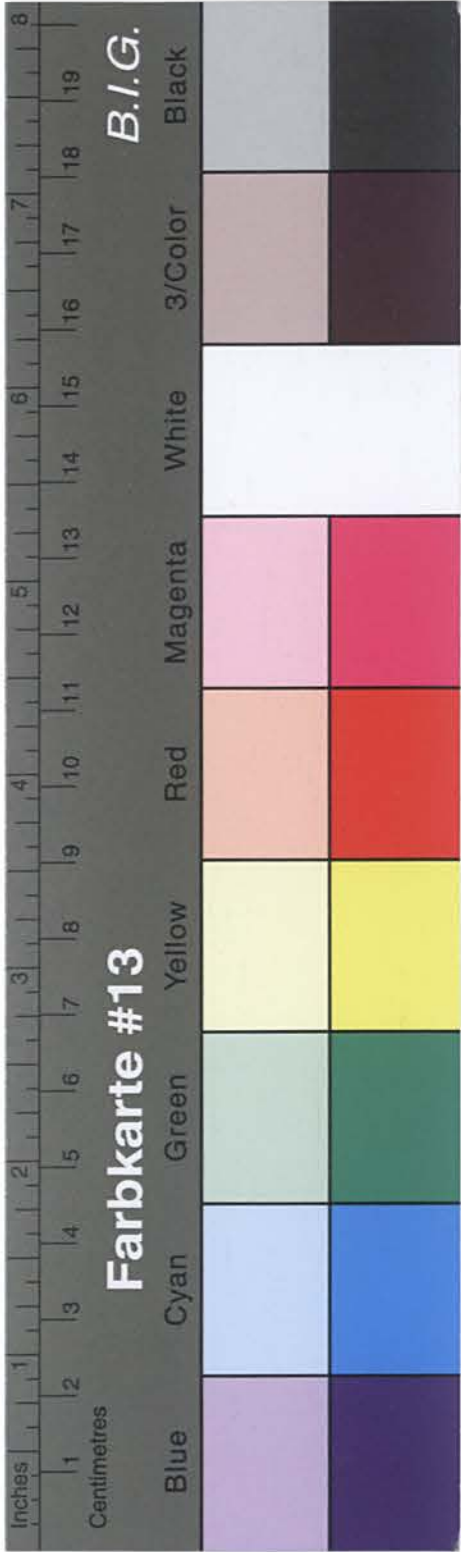


Harksheidt, den 1.3.50⁴¹
Wicklenweg 117.
-3/100-1300
Wkt./Tgb.Nr.
Der Kreisunterstützungsamt
bitte ich eine Mitteilung in
weiter Hinsicht der Beifernaus-
schüß in Kiel zu Ihrer Stellung-
nahme in meiner Angelegenheit
einsenden hat. Gleichzeitig
erbitte ich höflichst den Be-
scheid des Ministeriums des Innern
bezt. meines Bittgesuches um
eine einmalige Beihilfe. & Dage-
gen ich eine Kostenanforder-
ung der Dringenden Amtsauf-
gaben bezügl. meines Wohnungs-
wechsels ein, ebenso die Wohn-
kandgenutzung der Wohn-
räume in Beibek. Harksheidt.
Diese bitte ich zu mir, da ich
sonst nichts in den Händen
habe. Ihrem baldigen Bescheid
stehe ich entgegen.

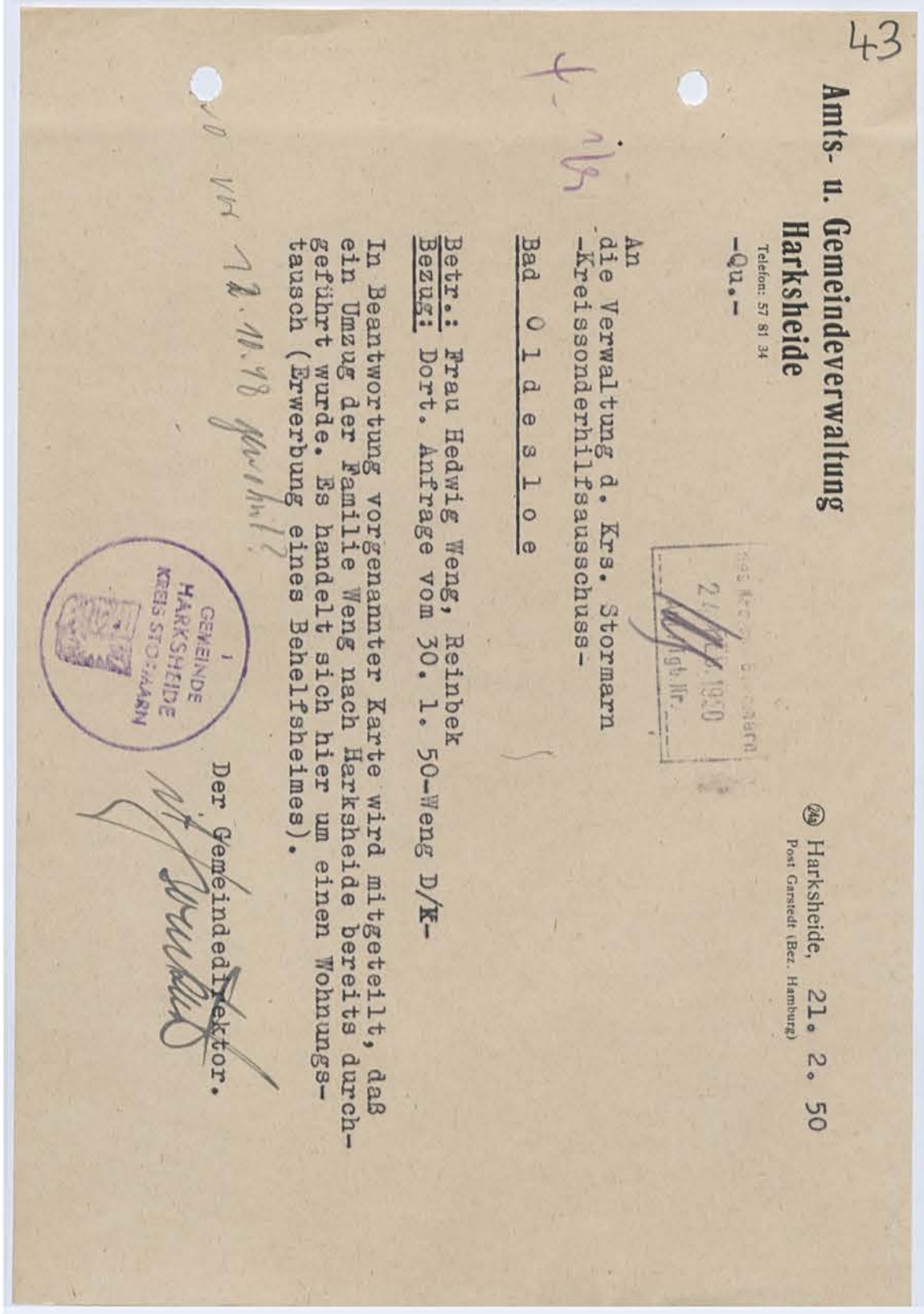
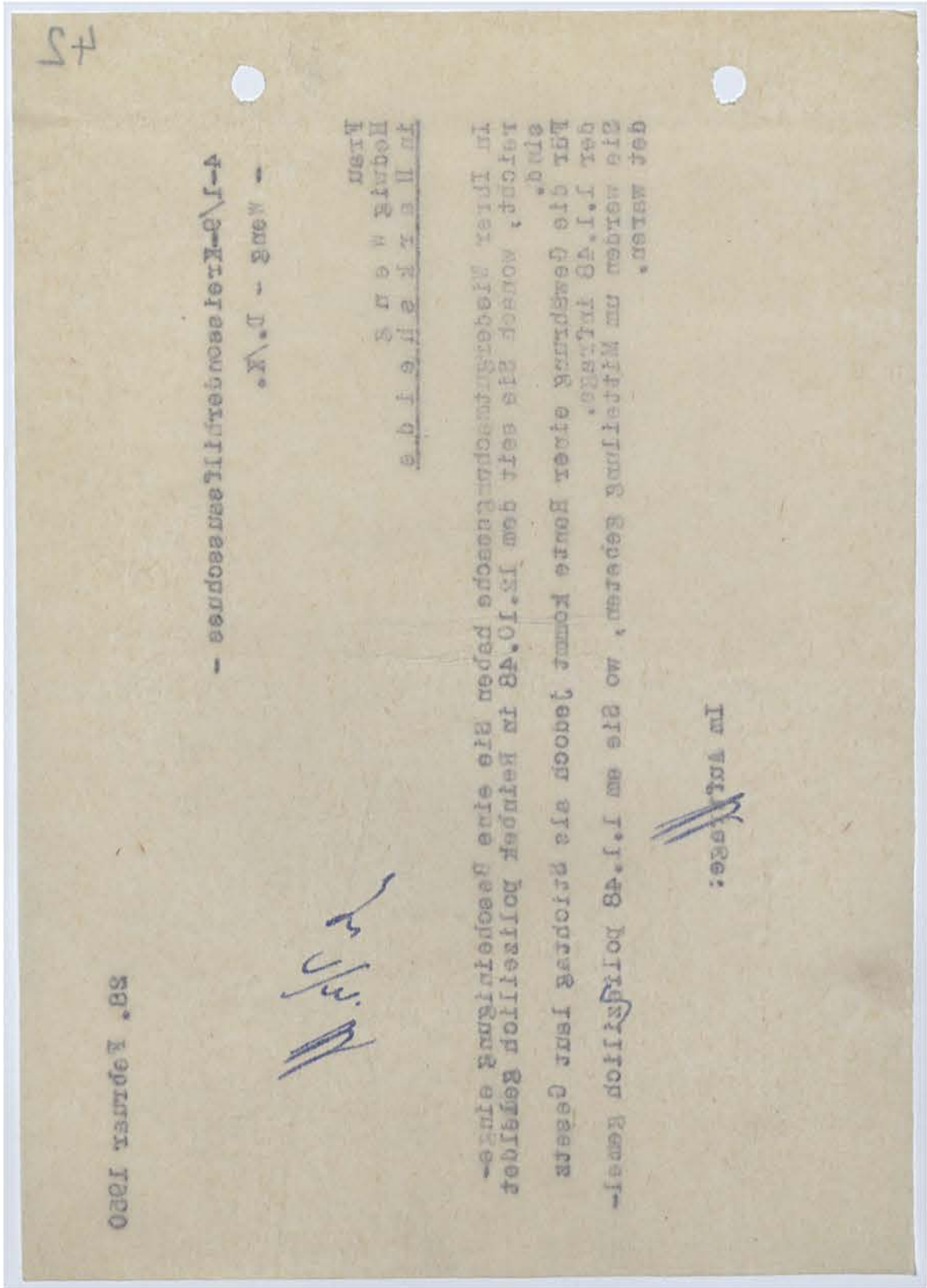


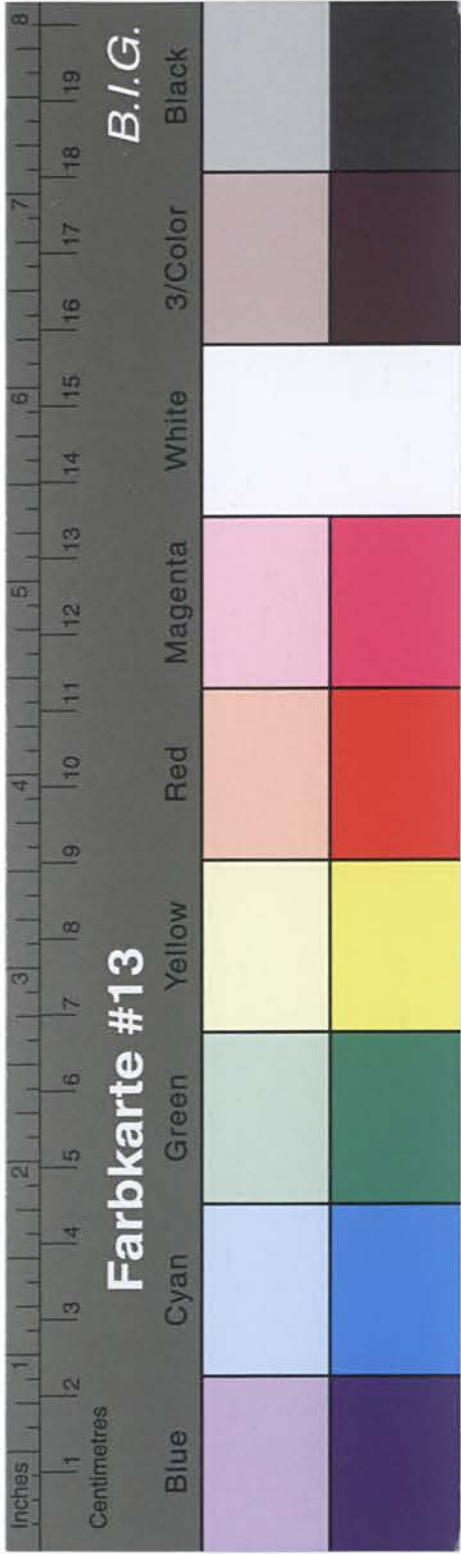
Kreisarchiv Stormarn B2



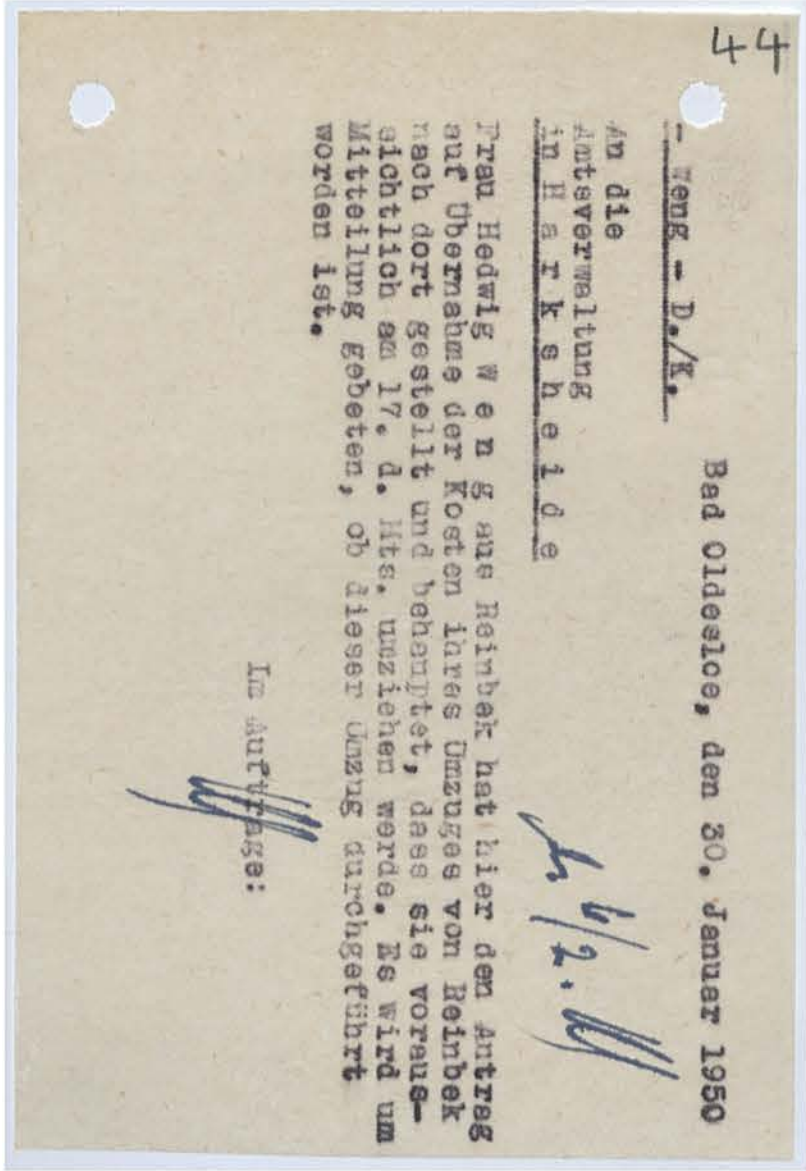
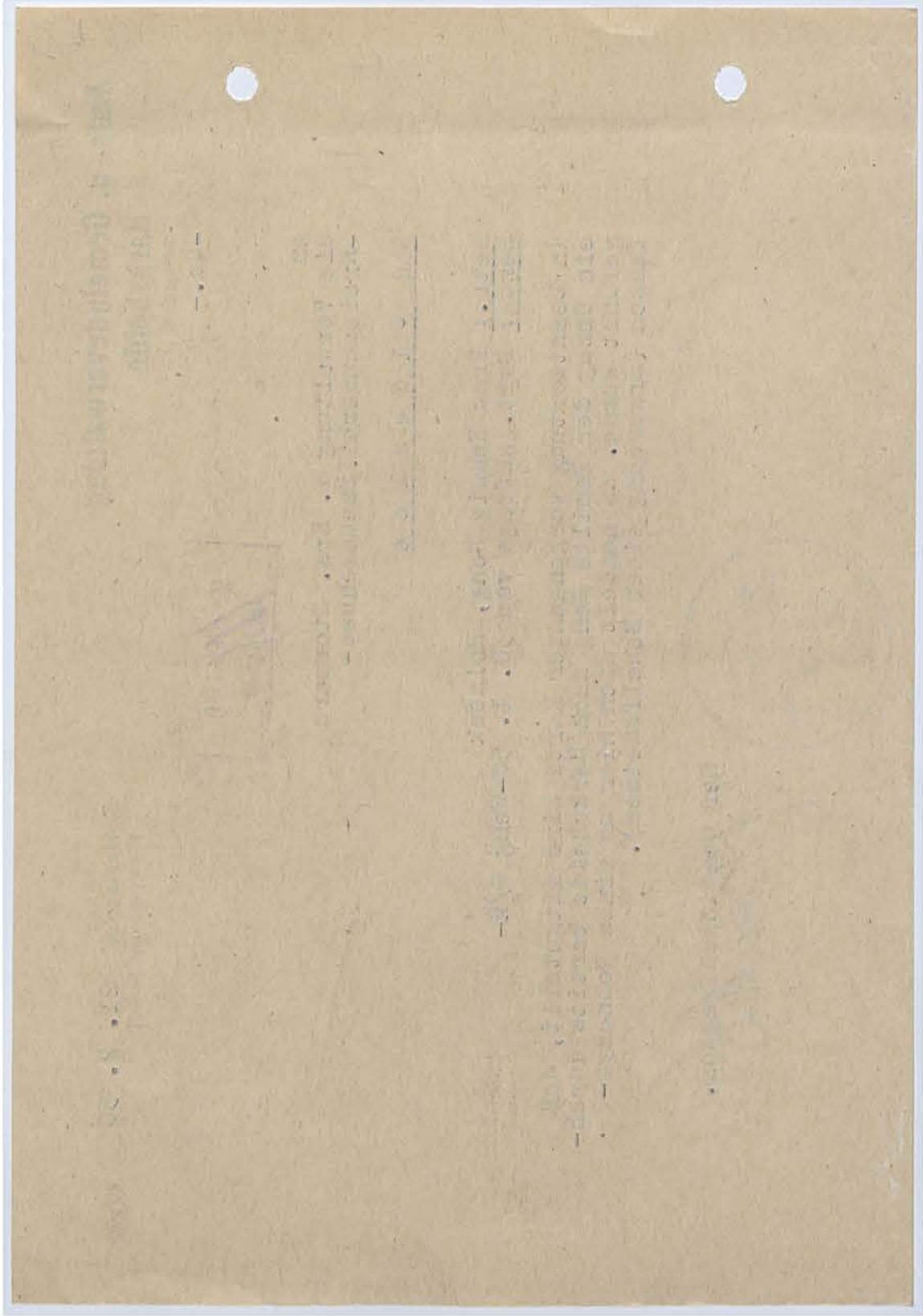


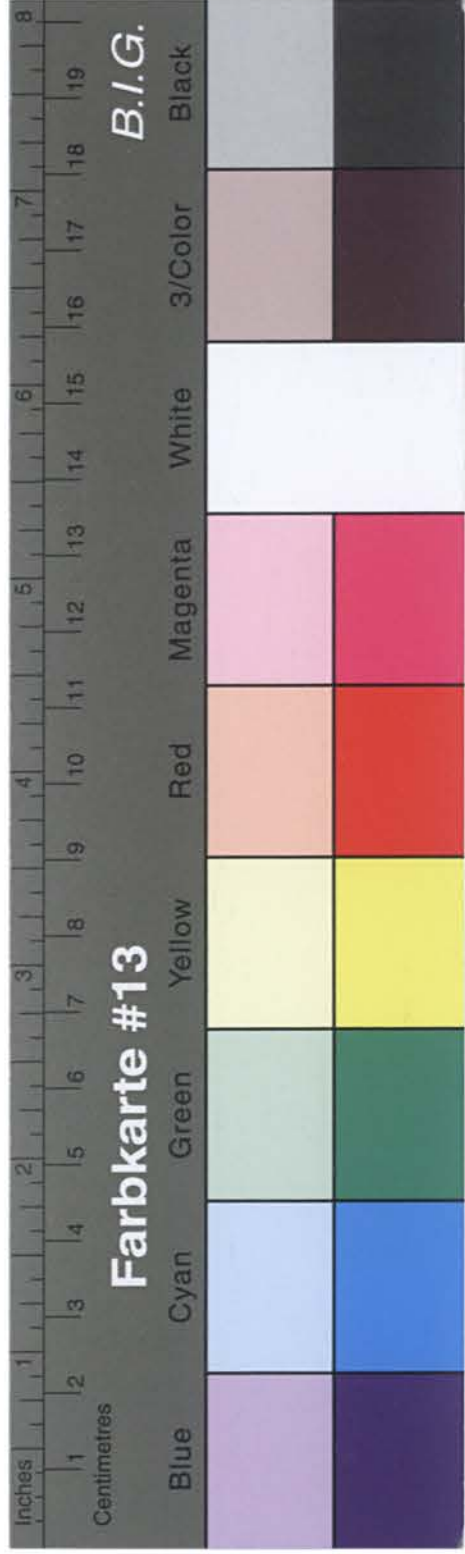
Kreisarchiv Stormarn B2



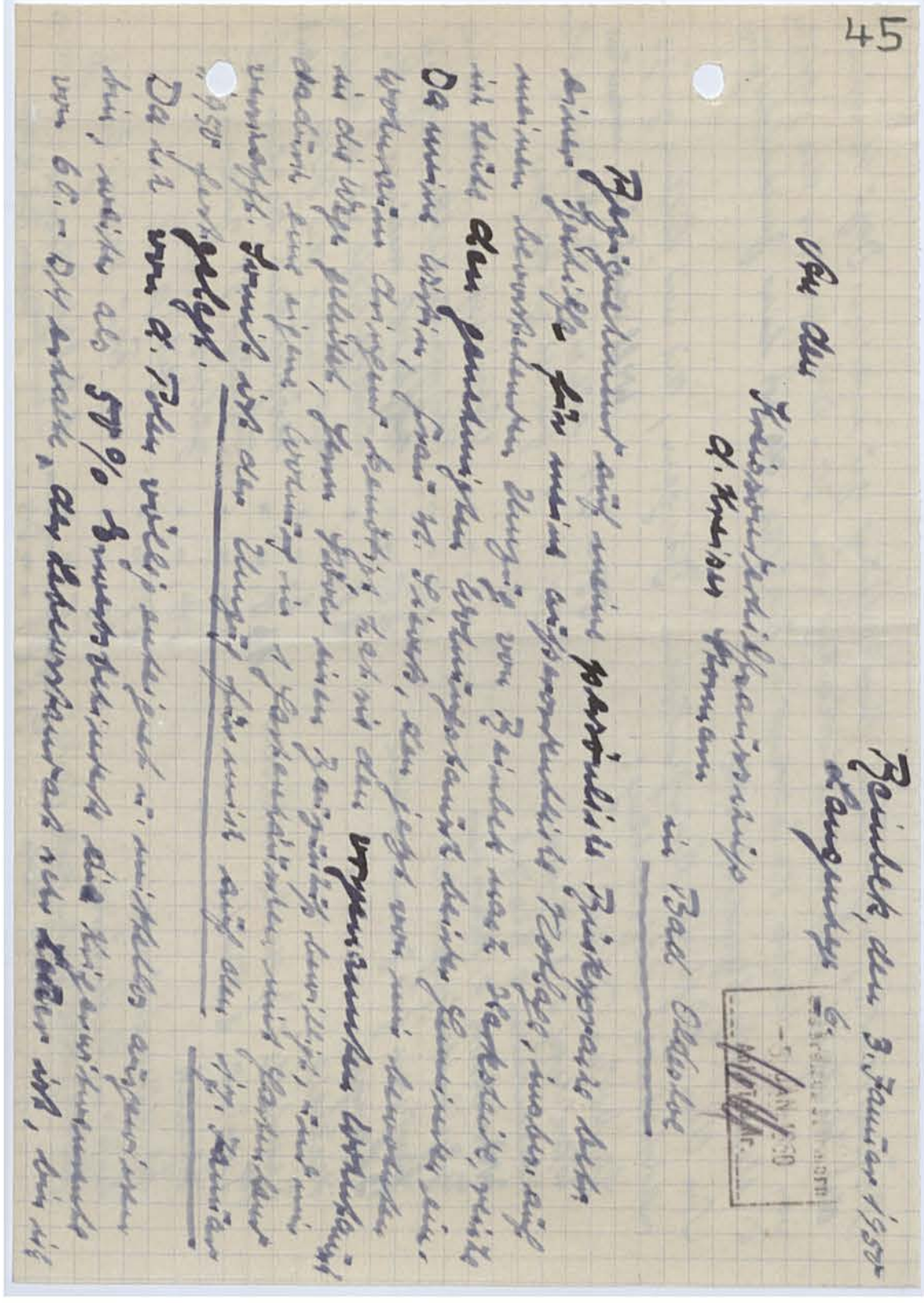
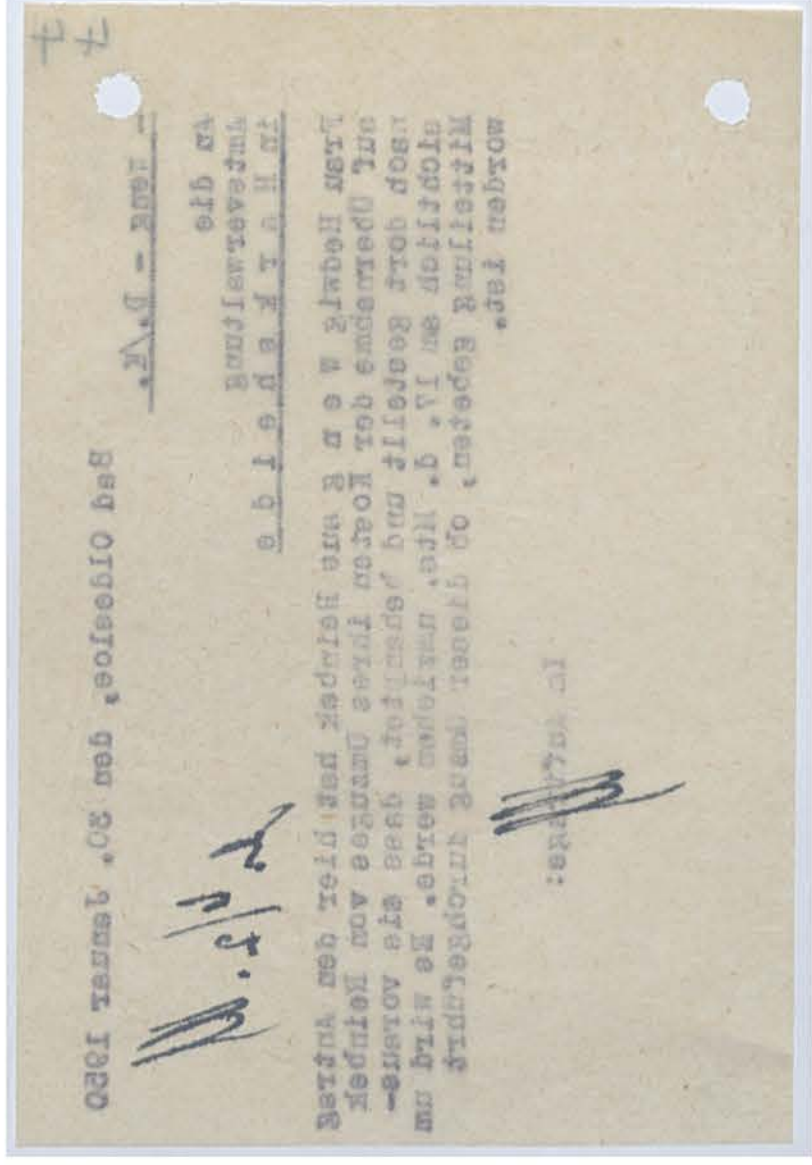


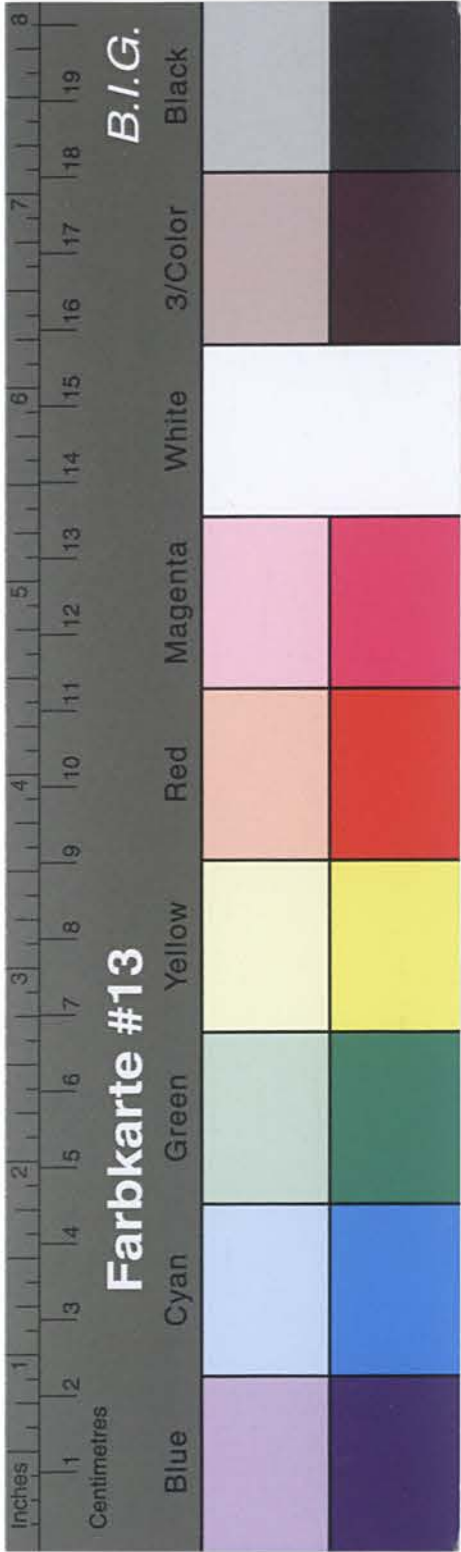
Kreisarchiv Stormarn B2



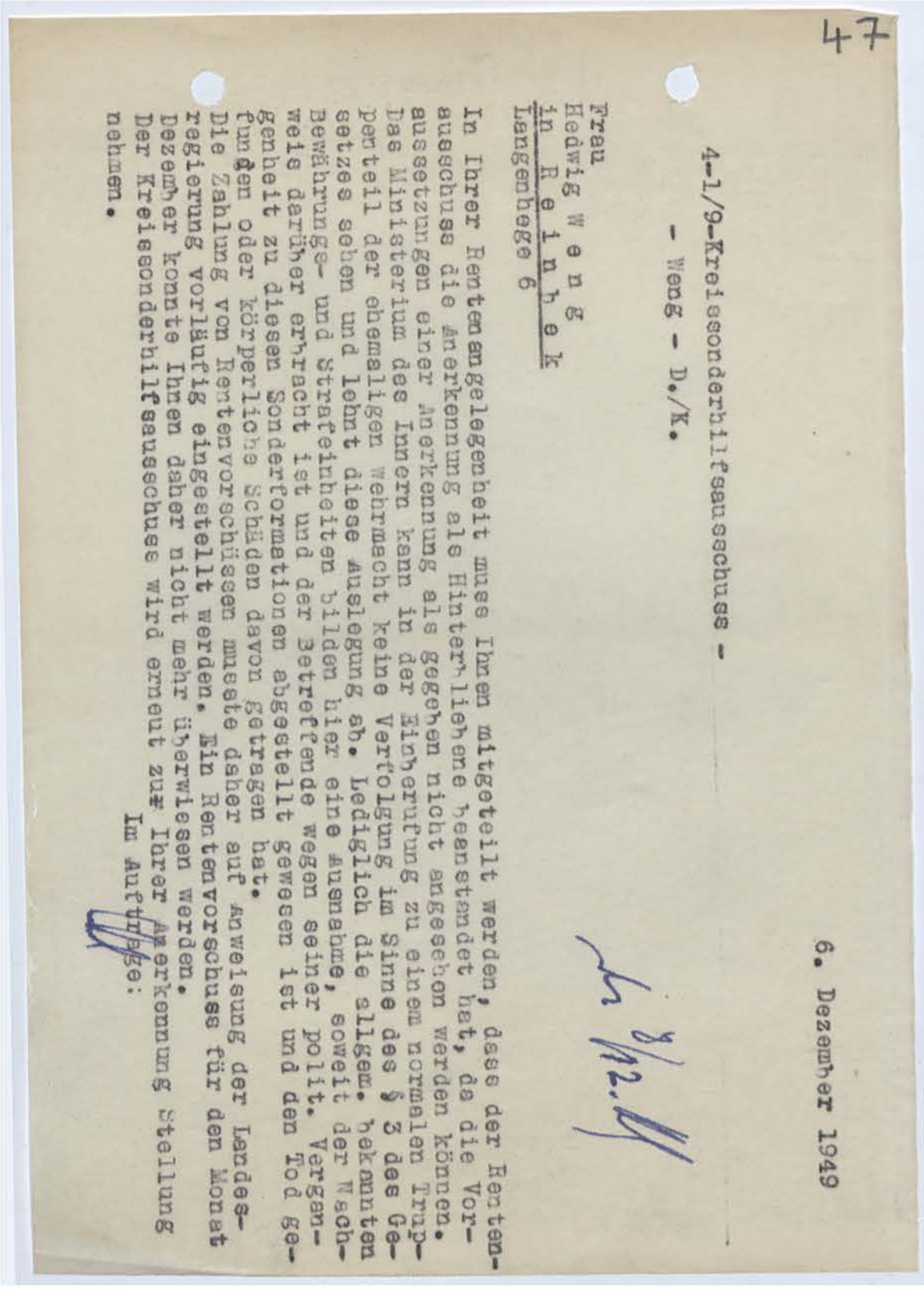
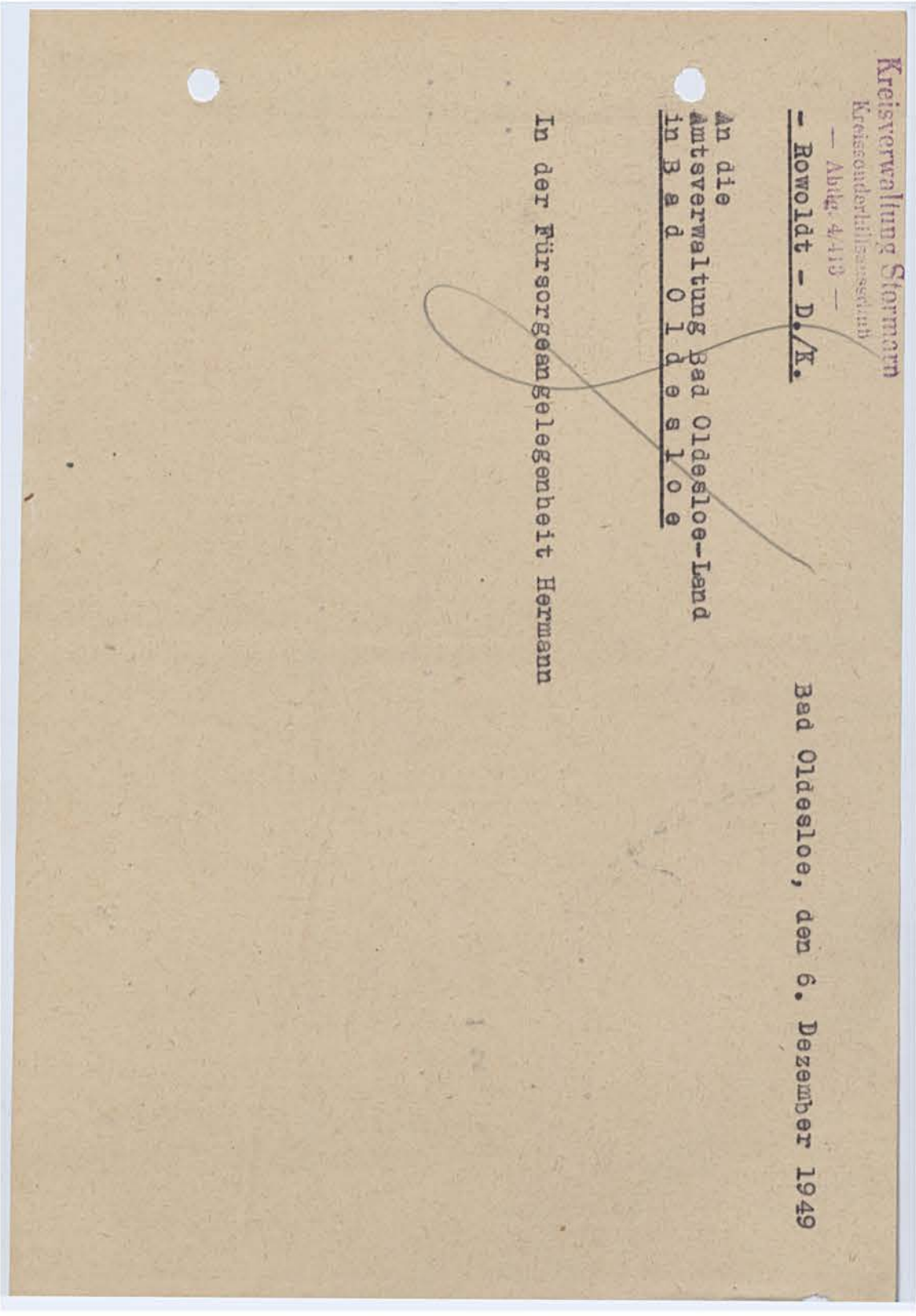


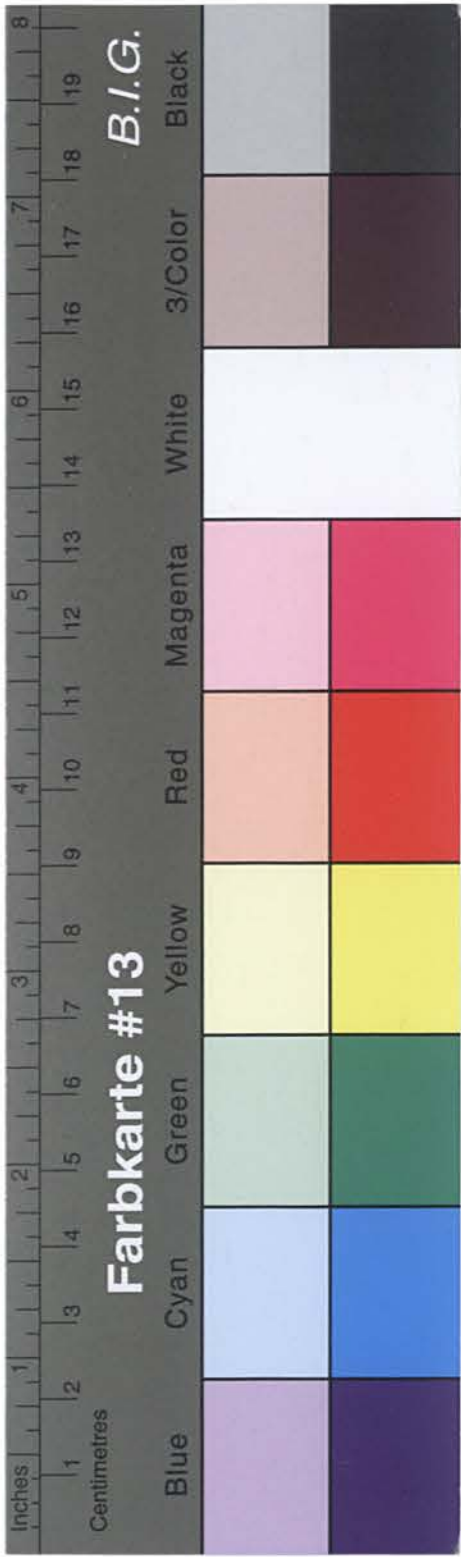
Kreisarchiv Stormarn B2



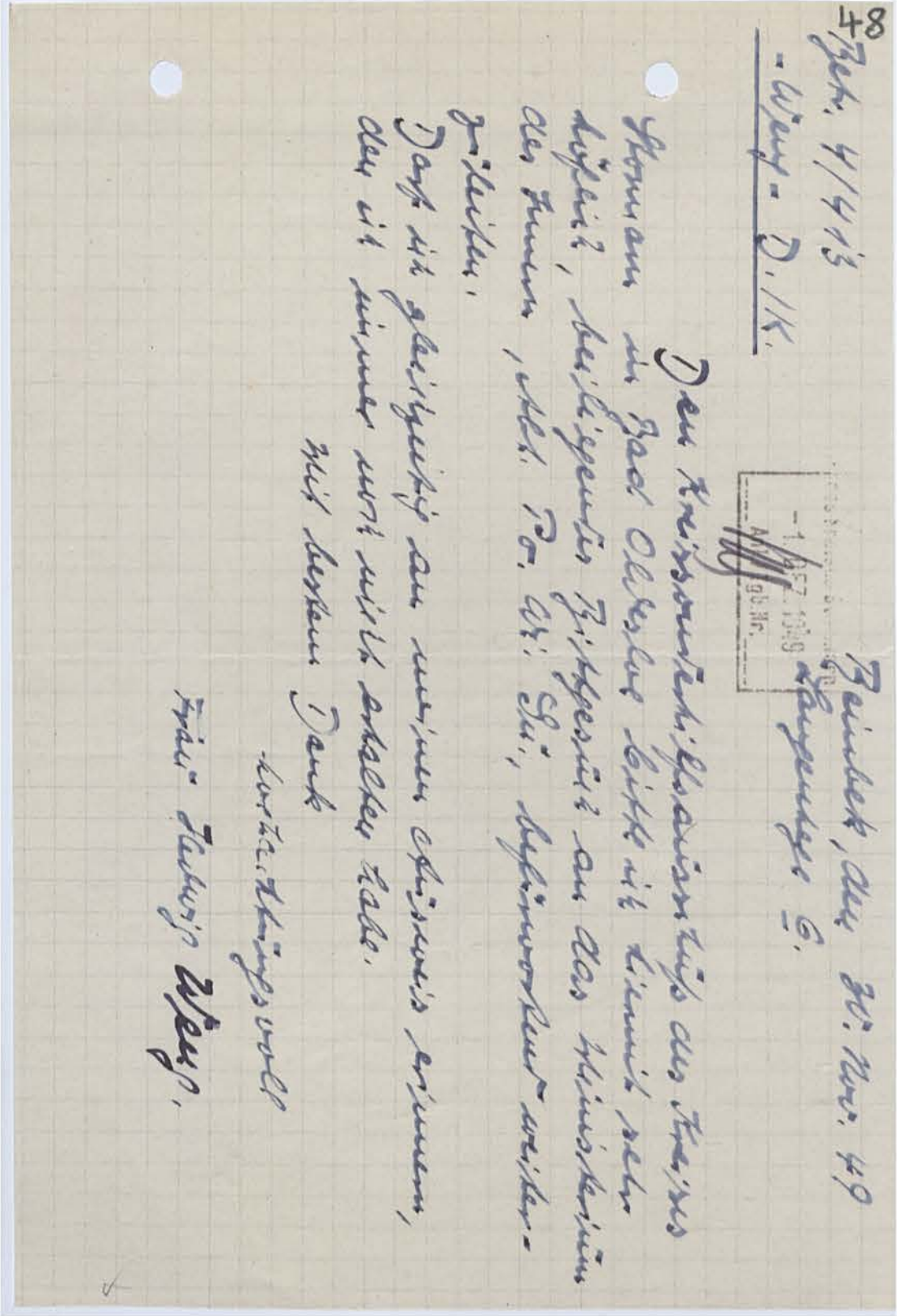
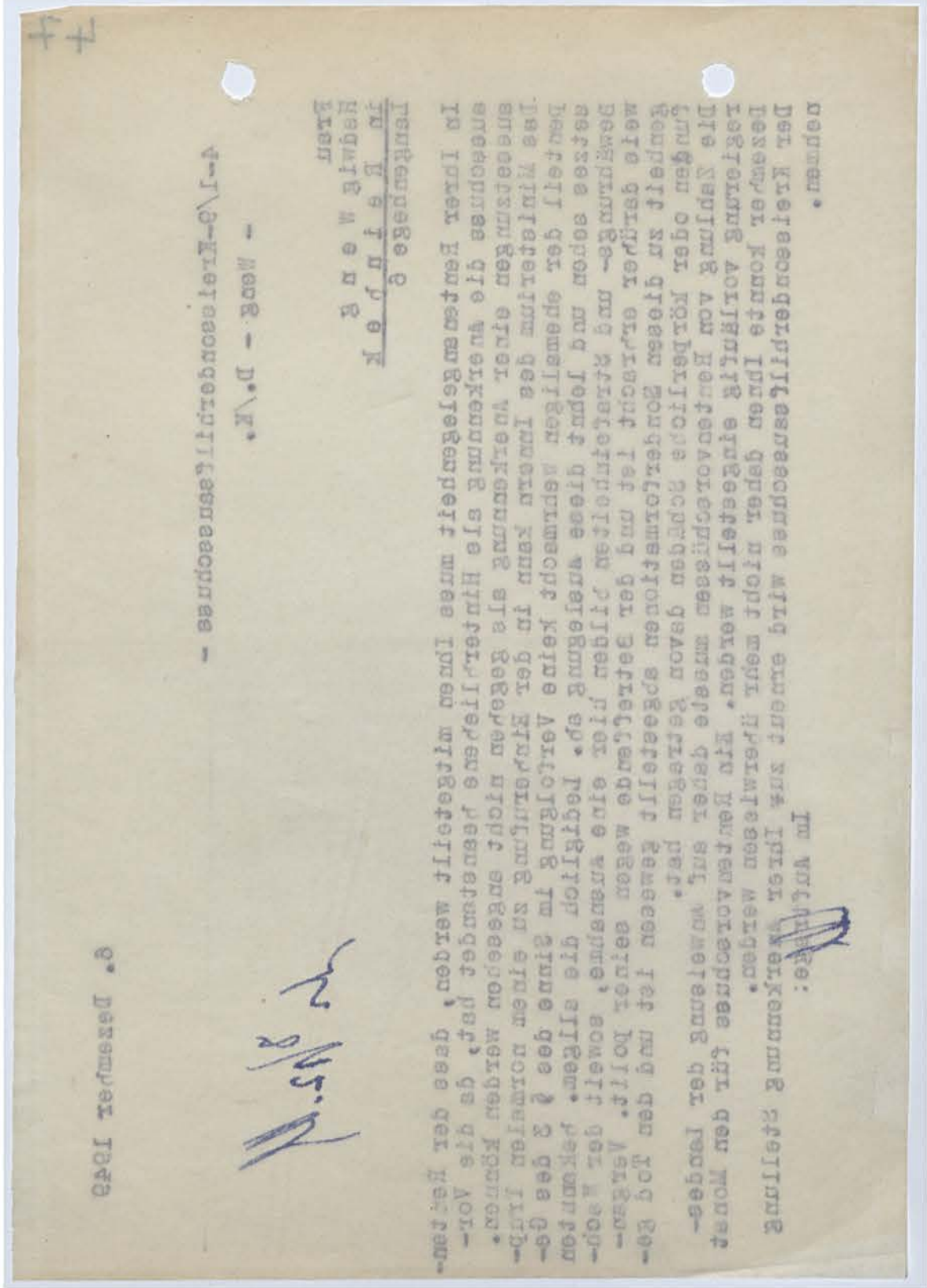


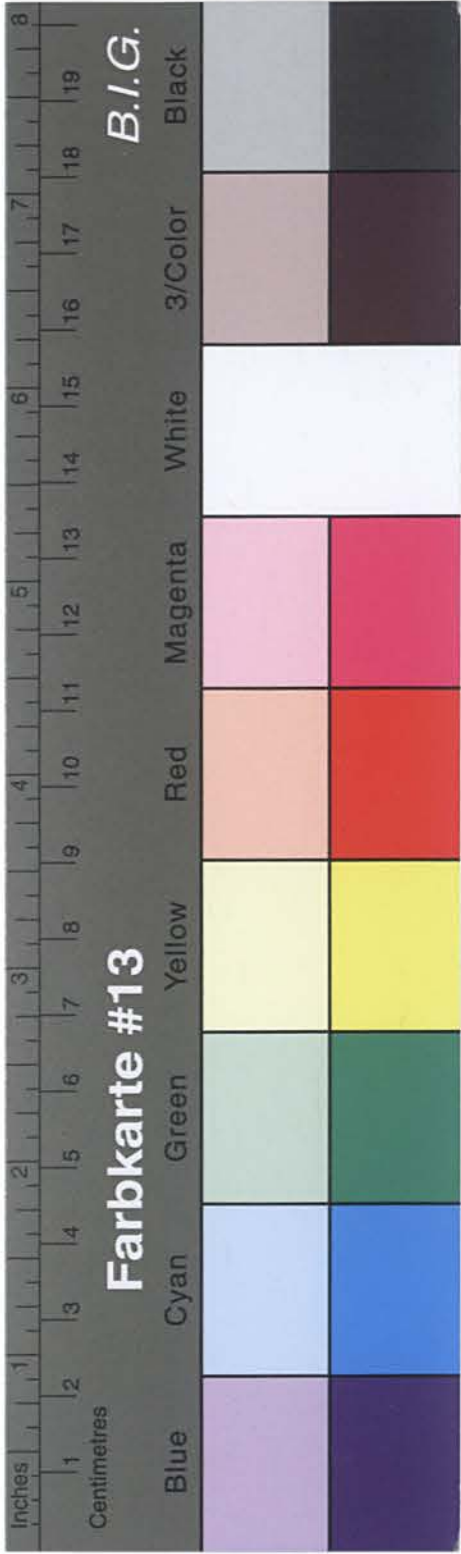
Kreisarchiv Stormarn B2



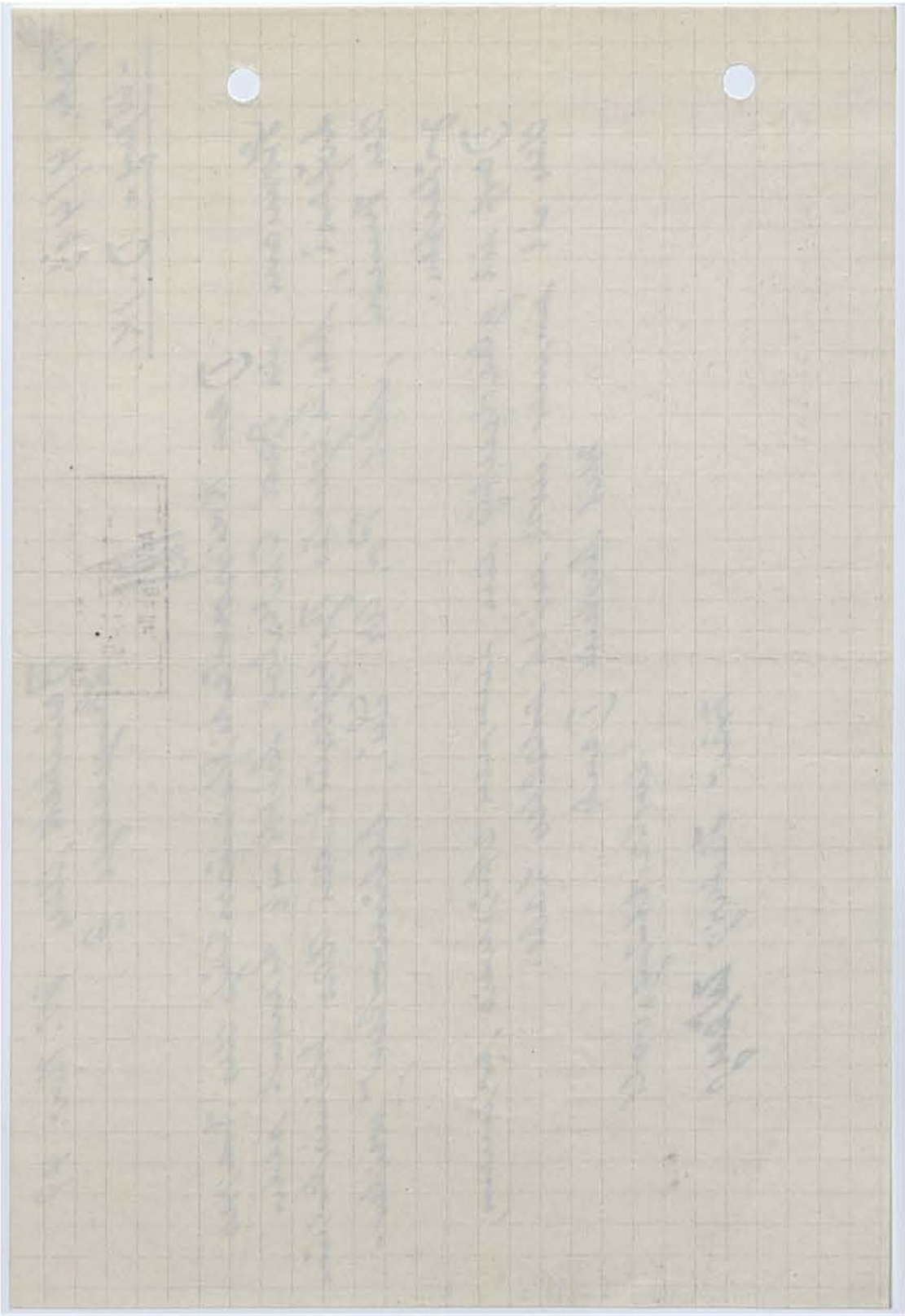


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



49

den 18. ii. 1941

Antrag auf Tausch von Wohnraum*)

Hierdurch beantragen wir die Genehmigung für folgendes Tauschvorhaben:

1) Vor- und Zuname: Heinrich May

Familienstand: ledig — verh. — getr. leb. — verw. — gesch. **)

Zahl der Personen: über 14 Jahre: 1 bis zu 14 Jahren: 1

Hauptmieter der / Untermieter in der / **)

Wohnung: Kübel, Mühlentor 6

Größe: 1 Zimmer Höhe der Miete: 10

(Fläche und Zimmerzahl)

Untermieter(in) bleibt in den bisherigen Räumen

ist nicht vorhanden **) erhält Unterkunft in den neuen Räumen und ist mit dem Umzug einverstanden

2) Vor- und Zuname: Hugo Heiner

Familienstand: ledig — verh. — getr. leb. — verw. — gesch. **)

Zahl der Personen: über 14 Jahre: 2 bis zu 14 Jahren: 2

Hauptmieter der / Untermieter in der / **)

Wohnung: Heidecke, Mühlentor 117

Größe: 1 Zimmer u. Küche Höher der Miete: 30

(Fläche und Zimmerzahl)

Untermieter(in) bleibt in den bisherigen Räumen

ist nicht vorhanden **) erhält Unterkunft in den neuen Räumen und ist mit dem Umzug einverstanden

Heinrich May Hugo Heiner

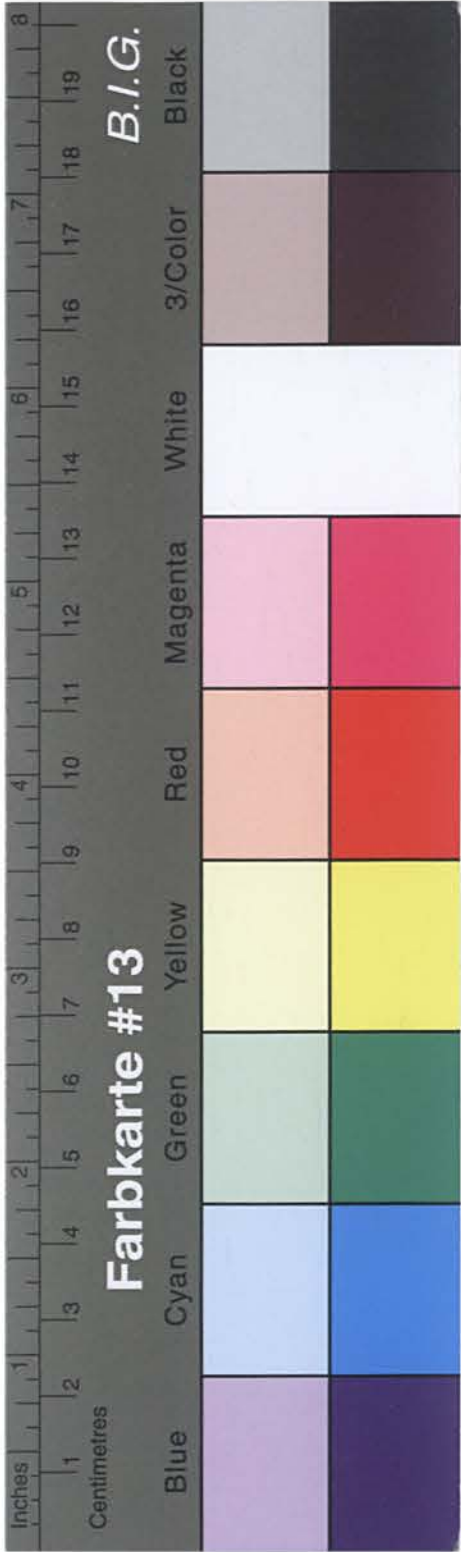
(Unterschrift zu 1) (Unterschrift zu 2)

*) Zweifach bei einer der für obige Anschriften zuständigen Wohnungsbeteilungen einzuziehen.

**) Nichtzutreffendes streichen.

WA 26 Tauschantrag, Hans Tiedemann & Co. EP 114 Hamburg, 88/2400/3, 49. A

wenden!



Kreisarchiv Stormarn B2

Genäß Geb.-Ordnung des Wohnungsamtes vom 7. 5. 1948 (Hbg. Ges. u. V. O. Bl. Nr. 9 vom 15. 5. 1948) ist die Genehmigung eines Tauschvorhabens gebührenpflichtig. Die Gebühr beträgt für jeden Antragsteller 1% der Jahresmiete für den eingetauschten Raum, mindestens DM 5.—, und ist bei Aushandigung der Genehmigung zu zahlen. Hierzu erhalten Sie zu gegebener Zeit eine Vorladung.

Die Genehmigung hat nur die Bedeutung, daß raumwirtschaftlich gegen die Durchführung des Tausches keine Bedenken bestehen. Sie ersetzt nicht die notwendigen Zustimmungen der Vermieter und besagt nichts darüber, ob der Tauschvertrag rechtlich gültig ist.

Eine beim Tausch von und nach auswärts erforderliche Aufenthaltsgenehmigung wird durch diese Tauschgenehmigung nicht ersetzt.

Falls in einer der Wohnungen nach Durchführung des Tausches Wohnraum überzählig ist, muß dieser erfaßt werden. Ist auch gegenwärtig schon Wohnraum überzählig, so wird dieser auch erfaßt werden, wenn der Tausch nicht durchgeführt wird.

Die Erteilung der Genehmigung steht der Durchführung eines Zwangstausches, soweit dieser nach allgemeinen Grundsätzen zulässig ist, nicht entgegen.

Die Genehmigung verliert ihre Gültigkeit, wenn der Umzug nicht innerhalb eines Monats nach der Tauschgenehmigung erfolgt. Sie kann widerrufen werden, wenn eine der Tauschvertragsparteien innerhalb von 6 Monaten seit Erteilung der Genehmigung aus Hamburg fortzieht und die andere nicht nachweist, daß ihr im Zeitpunkt der Genehmigungserteilung die Absicht des Fortzuges unbekannt war.

Hansestadt Hamburg
Amt für Wohnungswesen.

Gegen die Durchführung des Tausches sind raumwirtschaftlich

— keine — Bedenken.

Reinbek, den **29.11.49**

Die Gemeindeverwaltung
W. Abt.: **Wohnungswesen**
Gemeindevorstand
Wohnungsamt —
(Unterschied)

(Dienstbez.)

Wohnungsabt.: den

Verf.

1. Genehmigungsbesch. WA 145 ausfertigen.
2. Tauschpartner zu 1/2 vorladen zur Geb.-Stelle.
3. An Gebührenstelle zur Aushändigung der anl. Genehmigung gegen Einziehung der Gebühren.
4. 2. Ausfertigung an Wohnungsabt. senden.
5. Zur Wohnungsakte

1. Ablehnenden Bescheid fertigen und an beide Antragsteller senden.
2. 2. Ausfertigung an Wohnungsabt.
3. Zur Wohnungsakte

Unterschrift u. Dienstbez.

ARTHUR TH. MEWES
Grundstücks- und Hypotheken-Vermittlung
Vermögens-, Nachlaß-
und Grundstücksverwaltungen
Helfer in Steuersachen
Bankkonto:
Norddeutsche Bank, Fil. Hamburg, Dep.-K. Bergedorf
Hamburger Kreditbank, Dep.-K. Bergedorf
Postcheckkonto: Hamburg 81455

Frau
Hedwig Weng
Reinbek
Hollanderberg 6

HAMBURG-BERGEDORF, den **29. 11.** 19**49**
Ernst-Mantius-Strade 13a
Fernsprecher 21 22 36

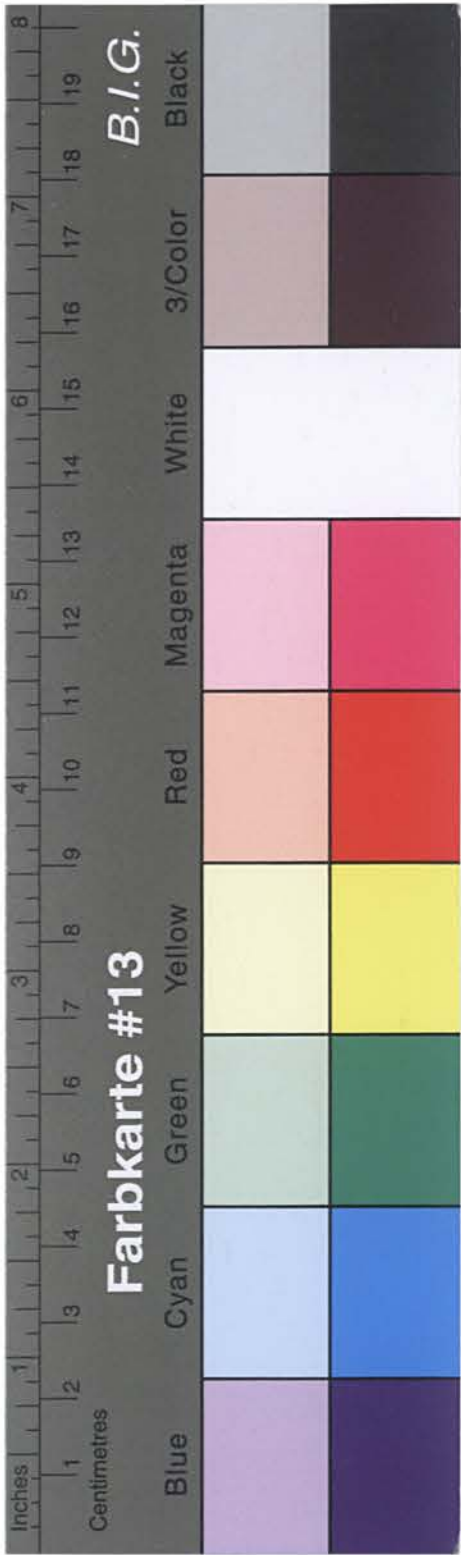
Sehr geehrte Frau Weng!

Hierdurch teile ich Ihnen mit, dass die Gemeinde Reinbek nunmehr durch den Wohnungsausschuss die Genehmigung zu dem Wohnungstausch erteilt hat so dass die Angelegenheit nur noch von der Gemeinde Harksheide genehmigt werden muss. Sobald die Genehmigung erteilt ist, können Störers umziehen.

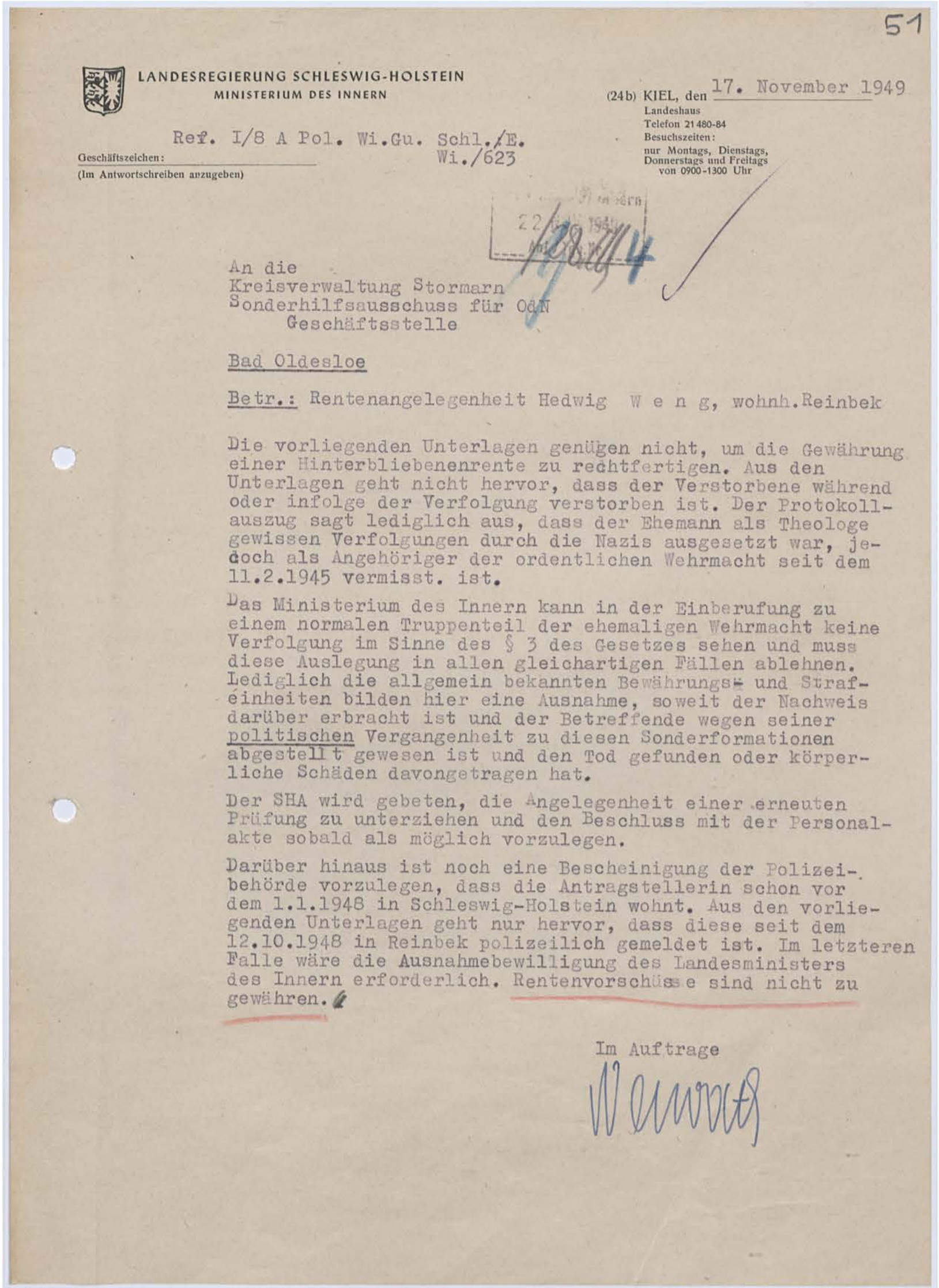
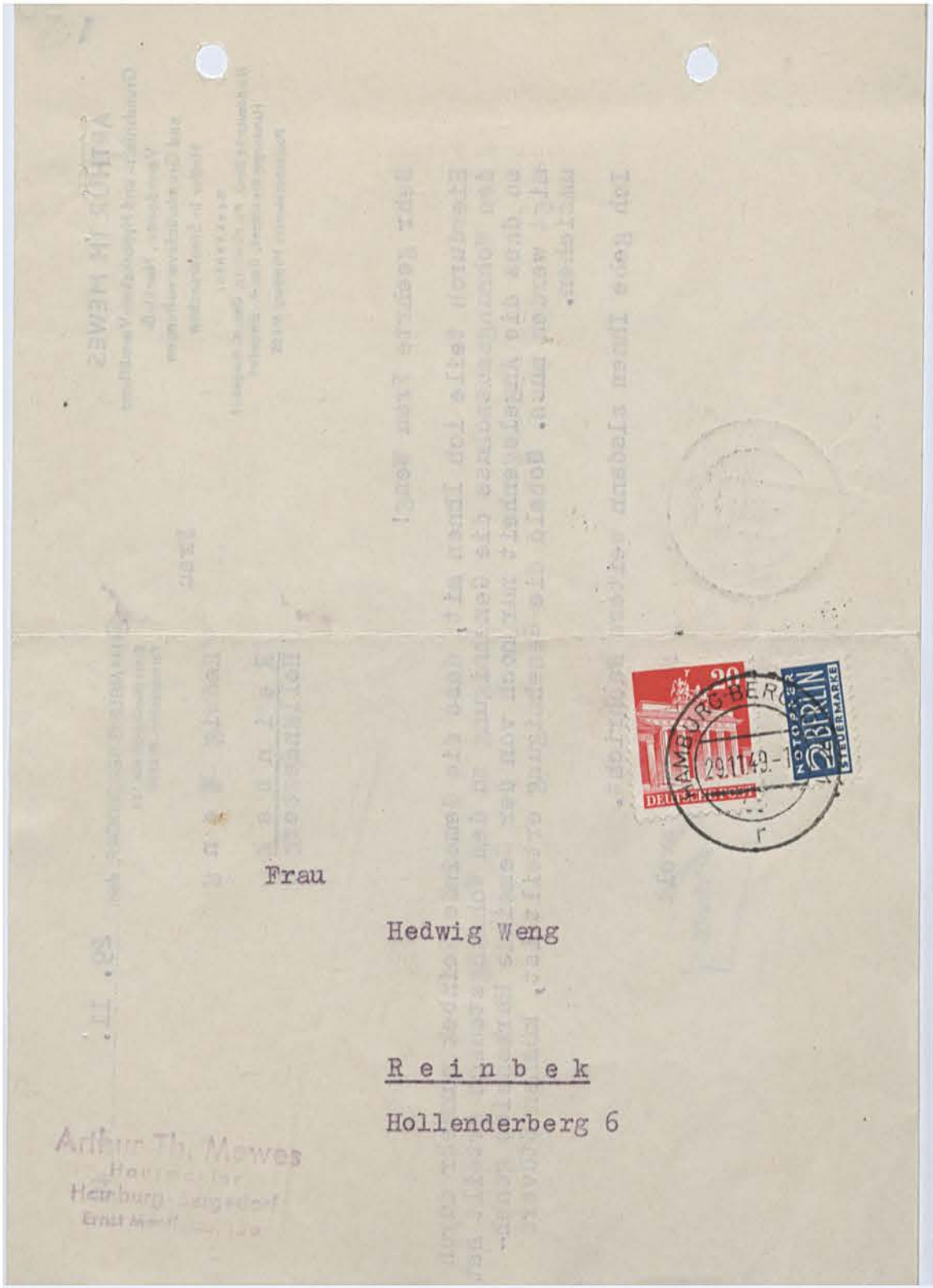
Ich gebe Ihnen alsdann weitere Nachricht.

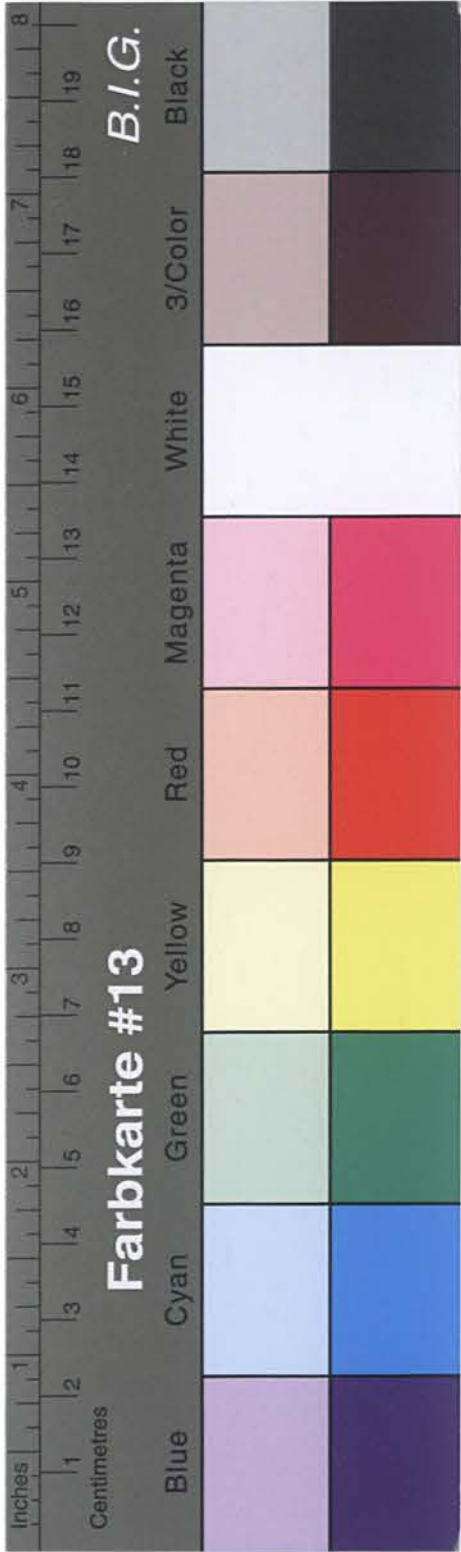
Hochachtungsvoll
Arthur Th. Mewes

50

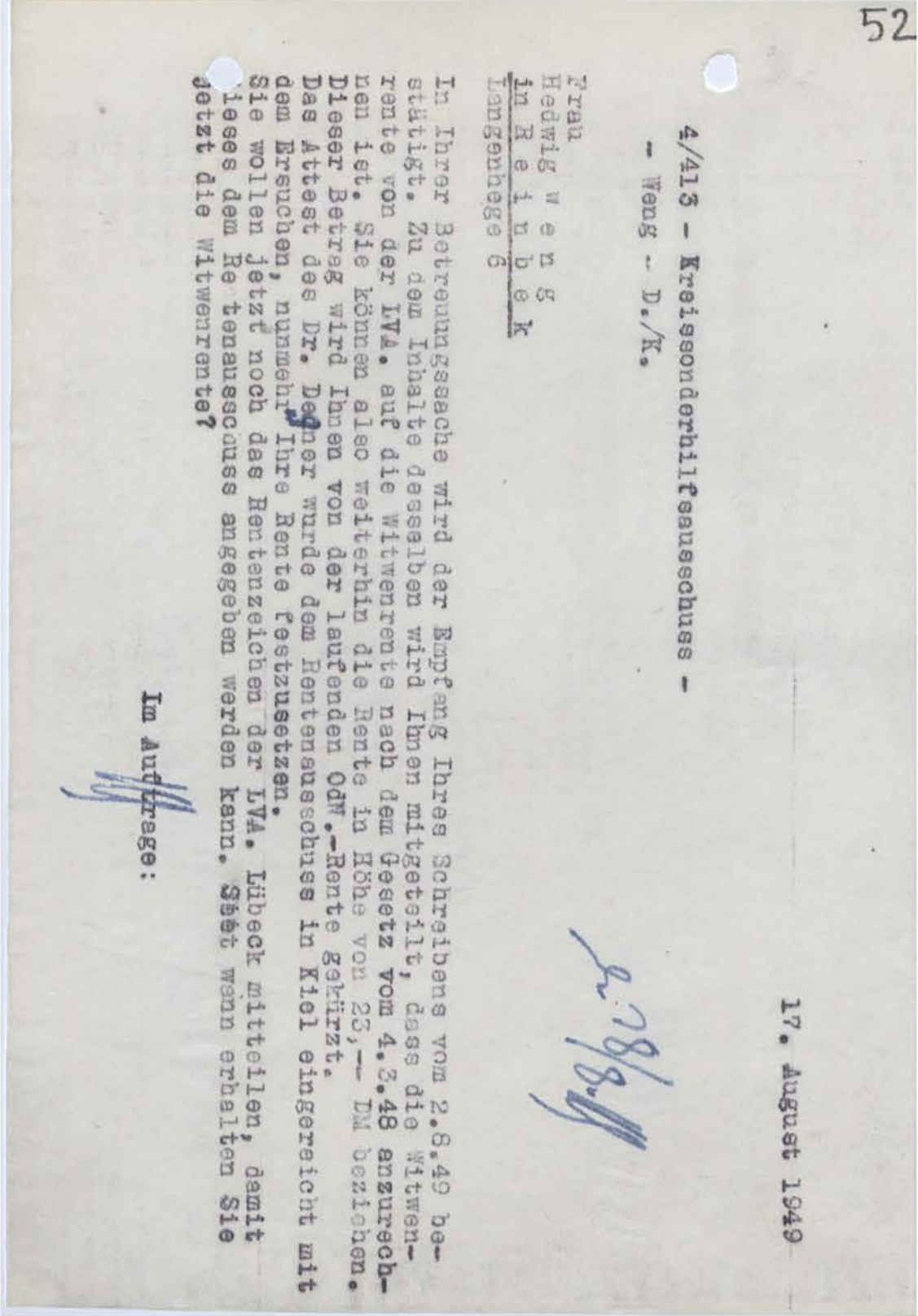
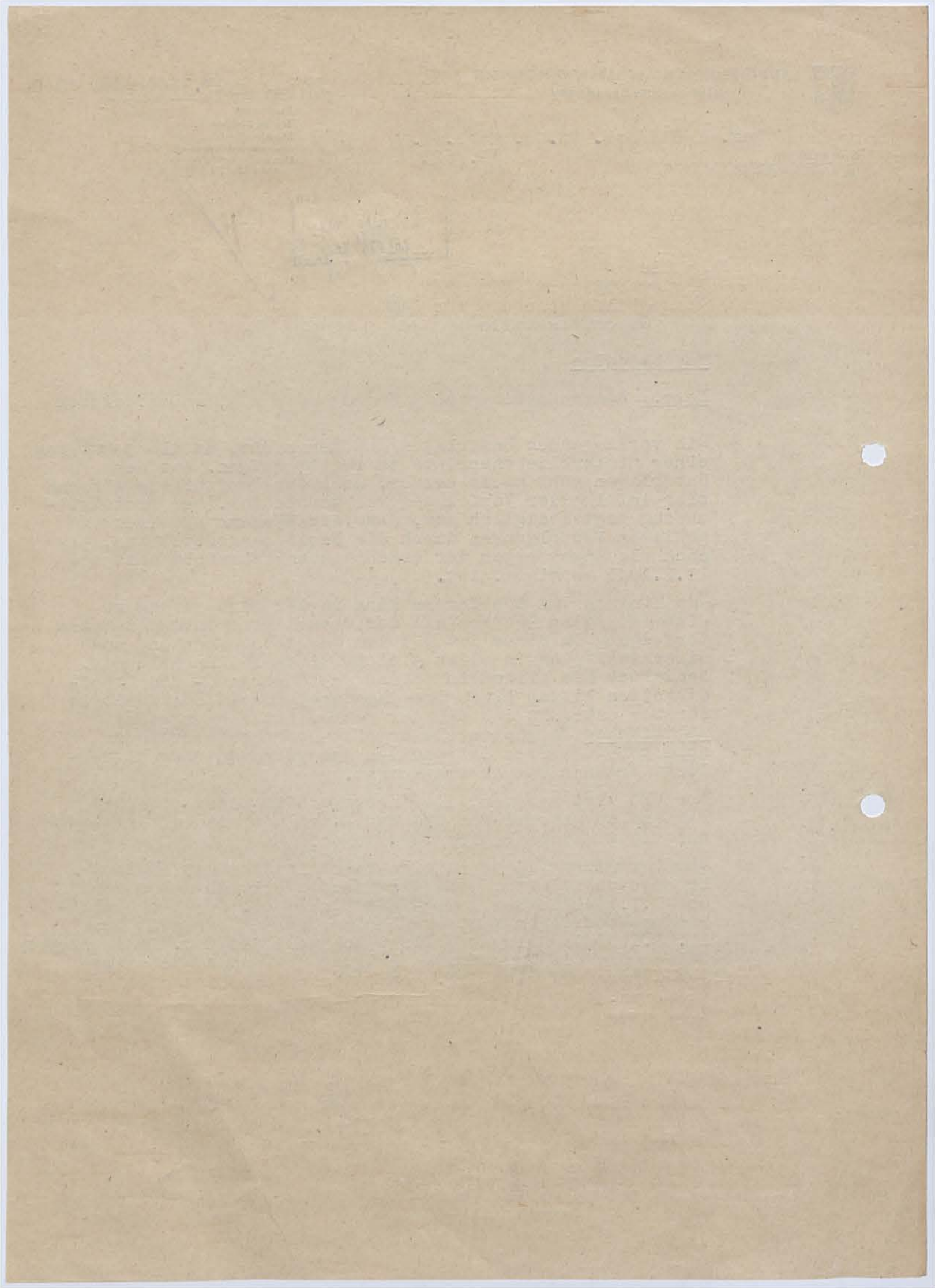


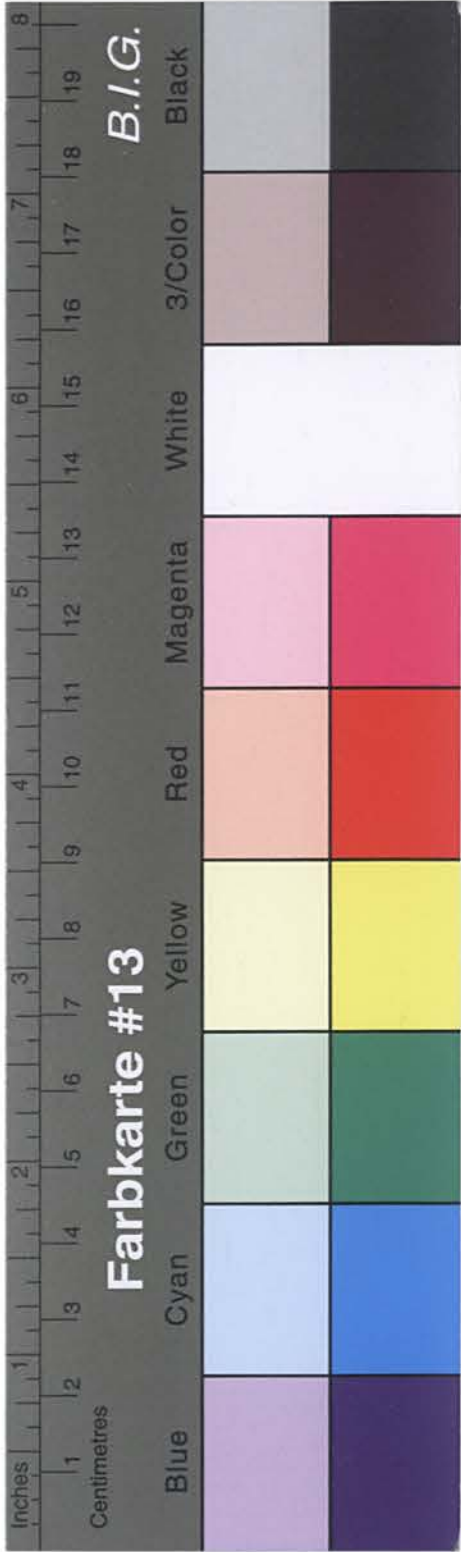
Kreisarchiv Stormarn B2



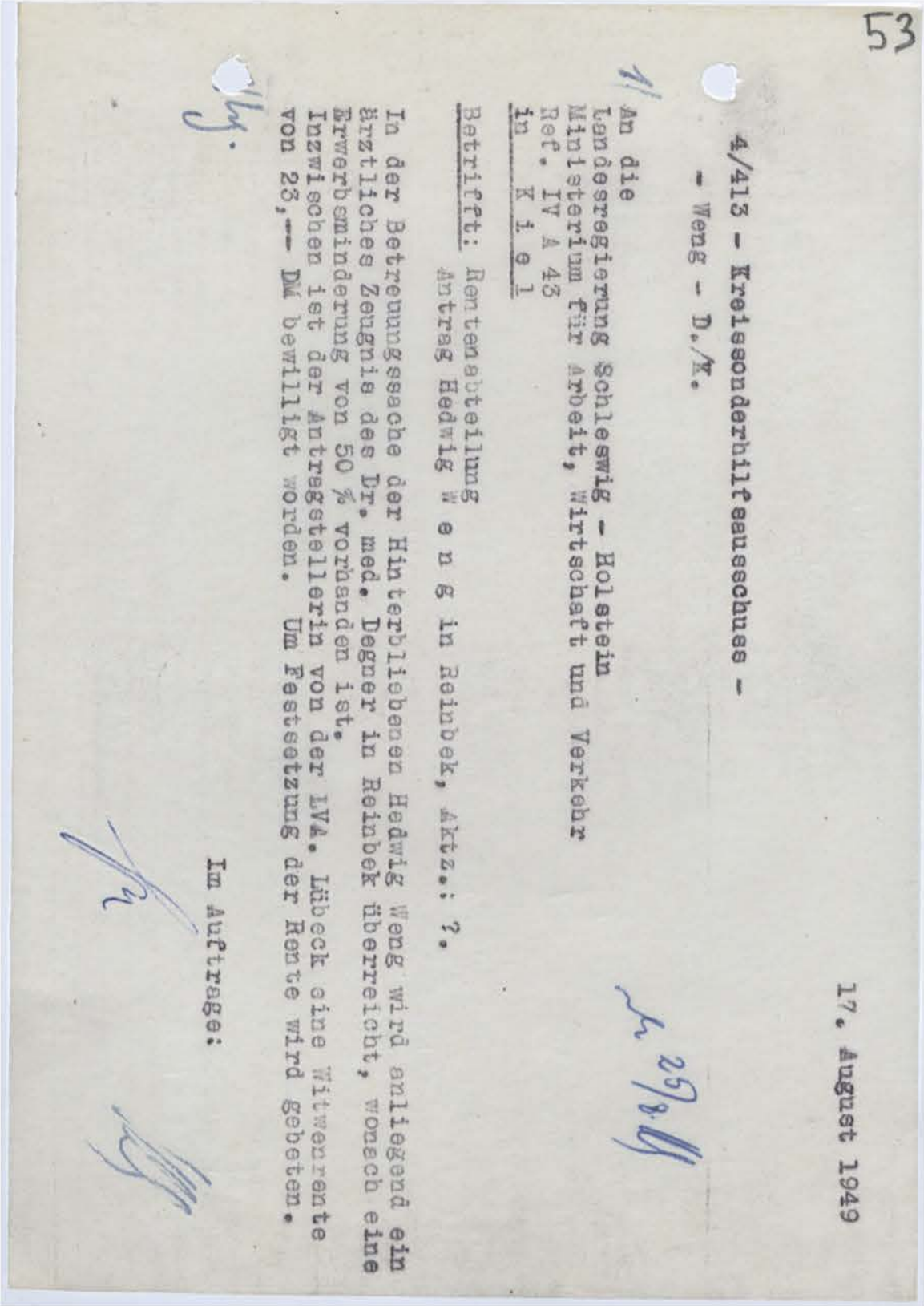
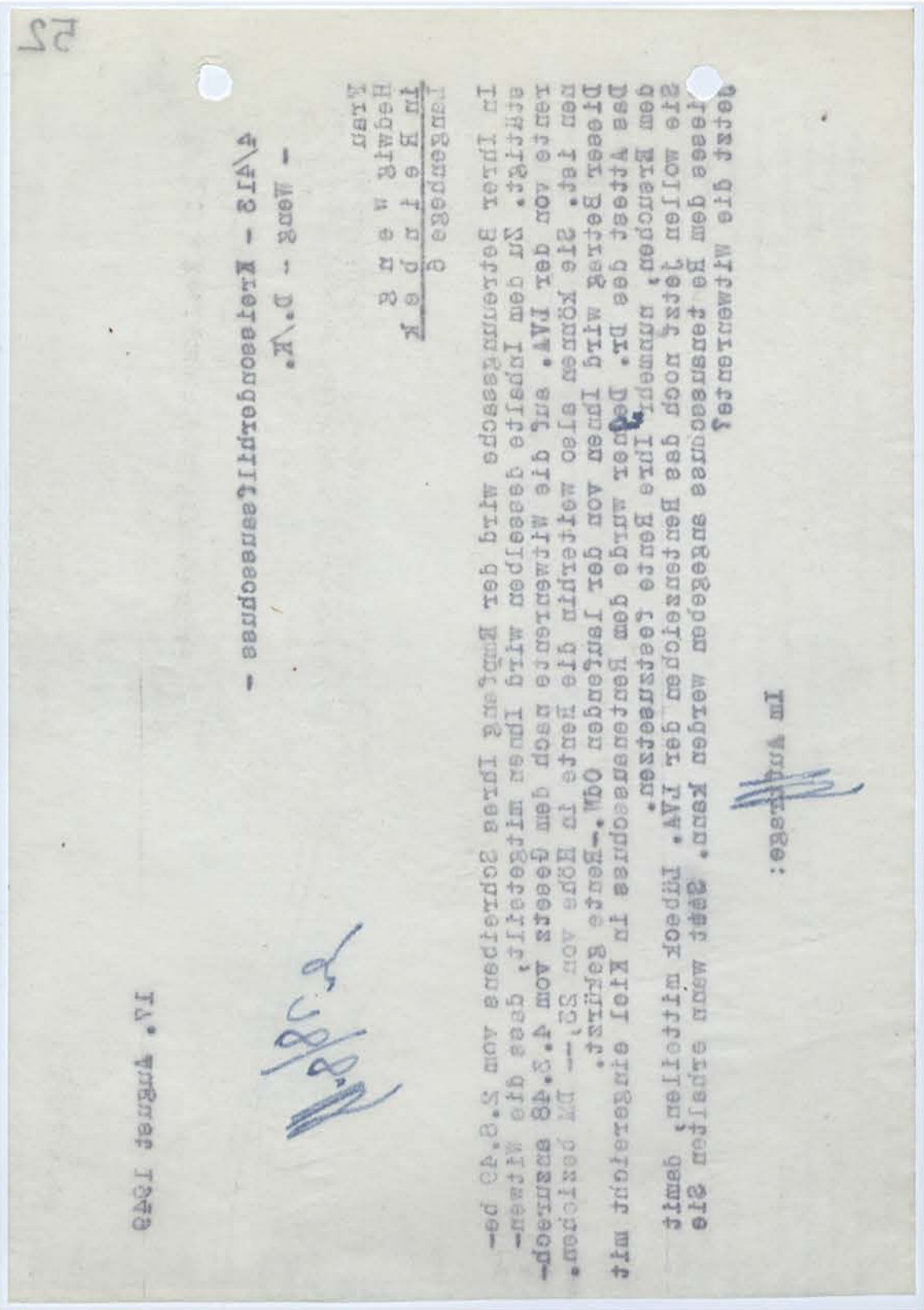


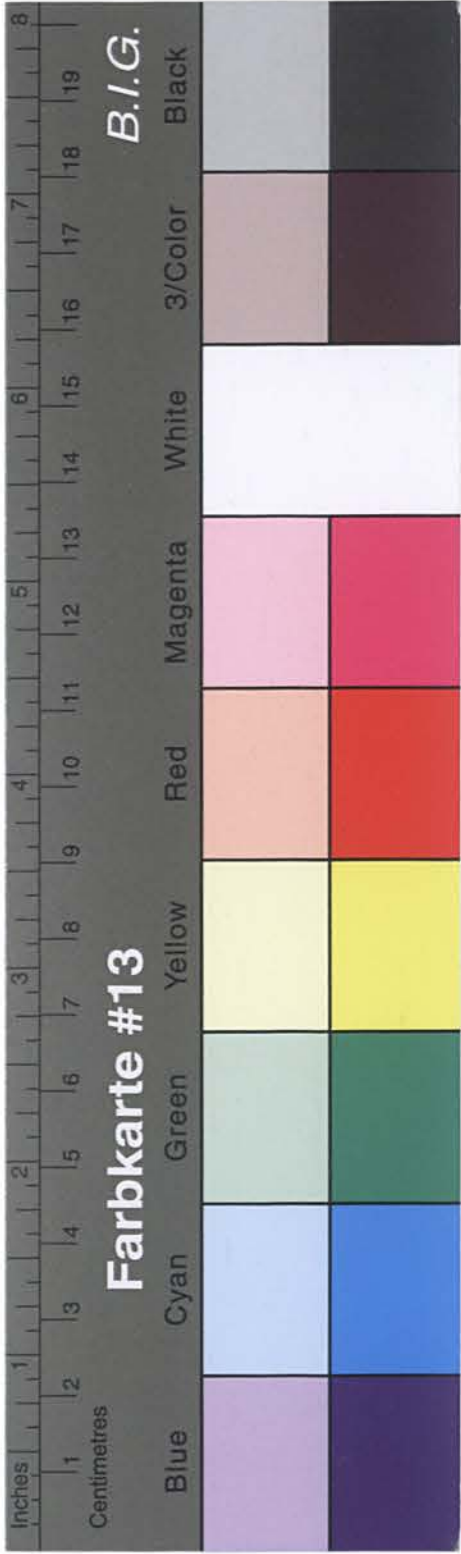
Kreisarchiv Stormarn B2



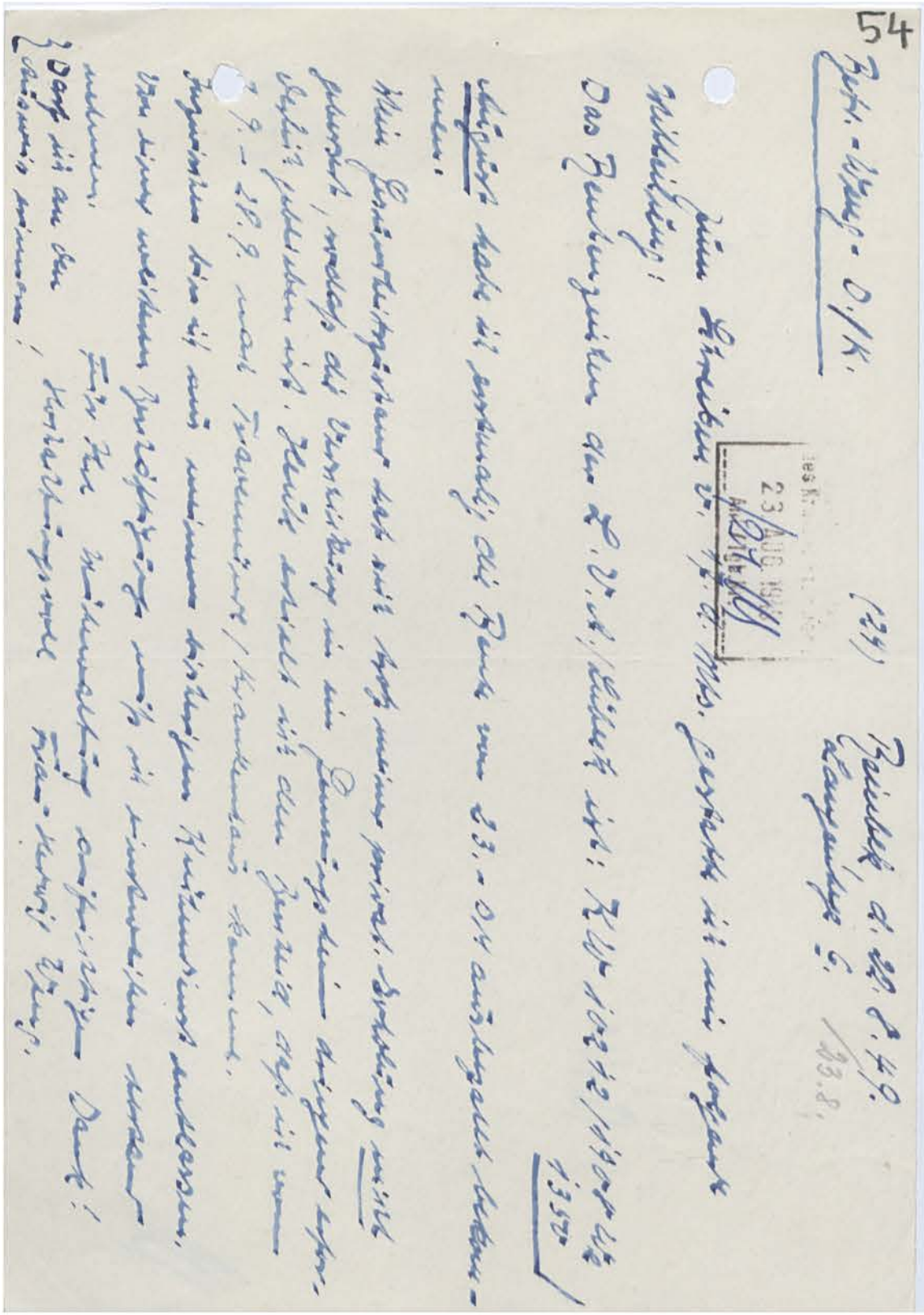
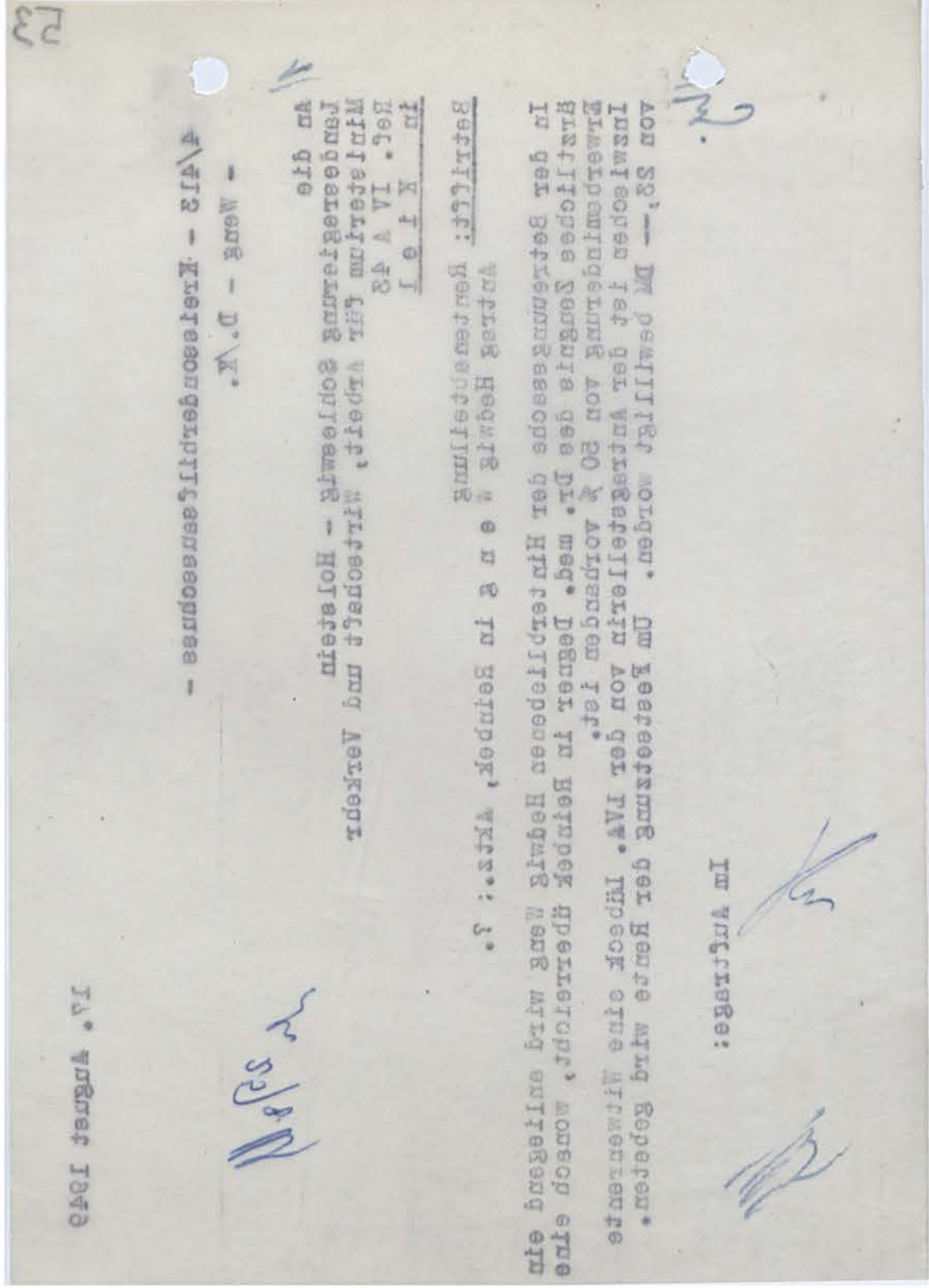


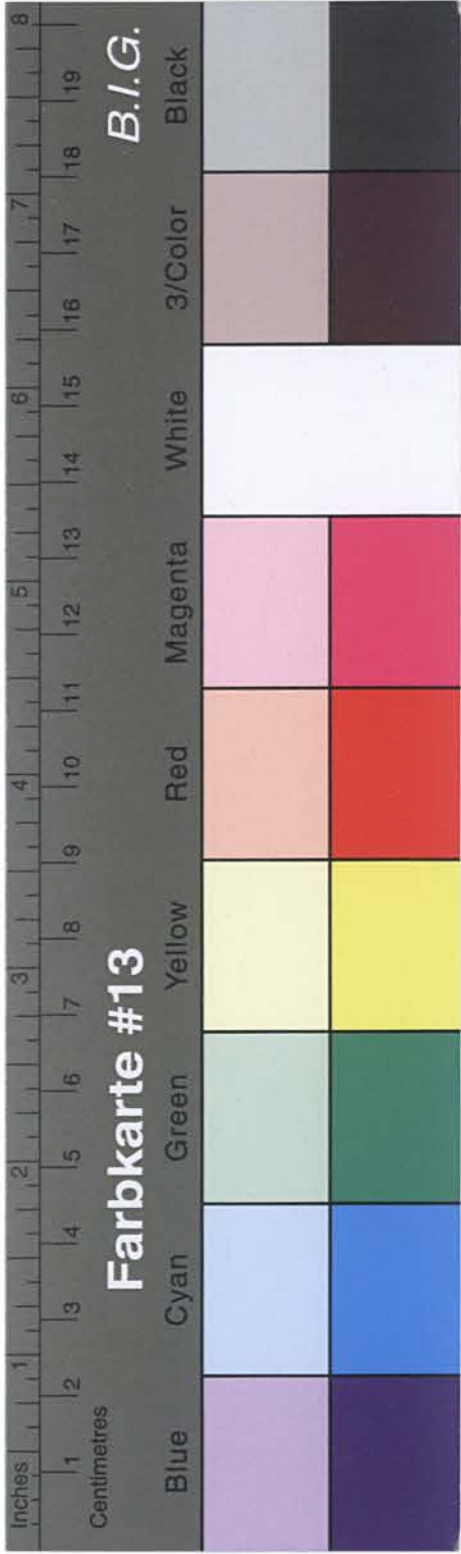
Kreisarchiv Stormarn B2



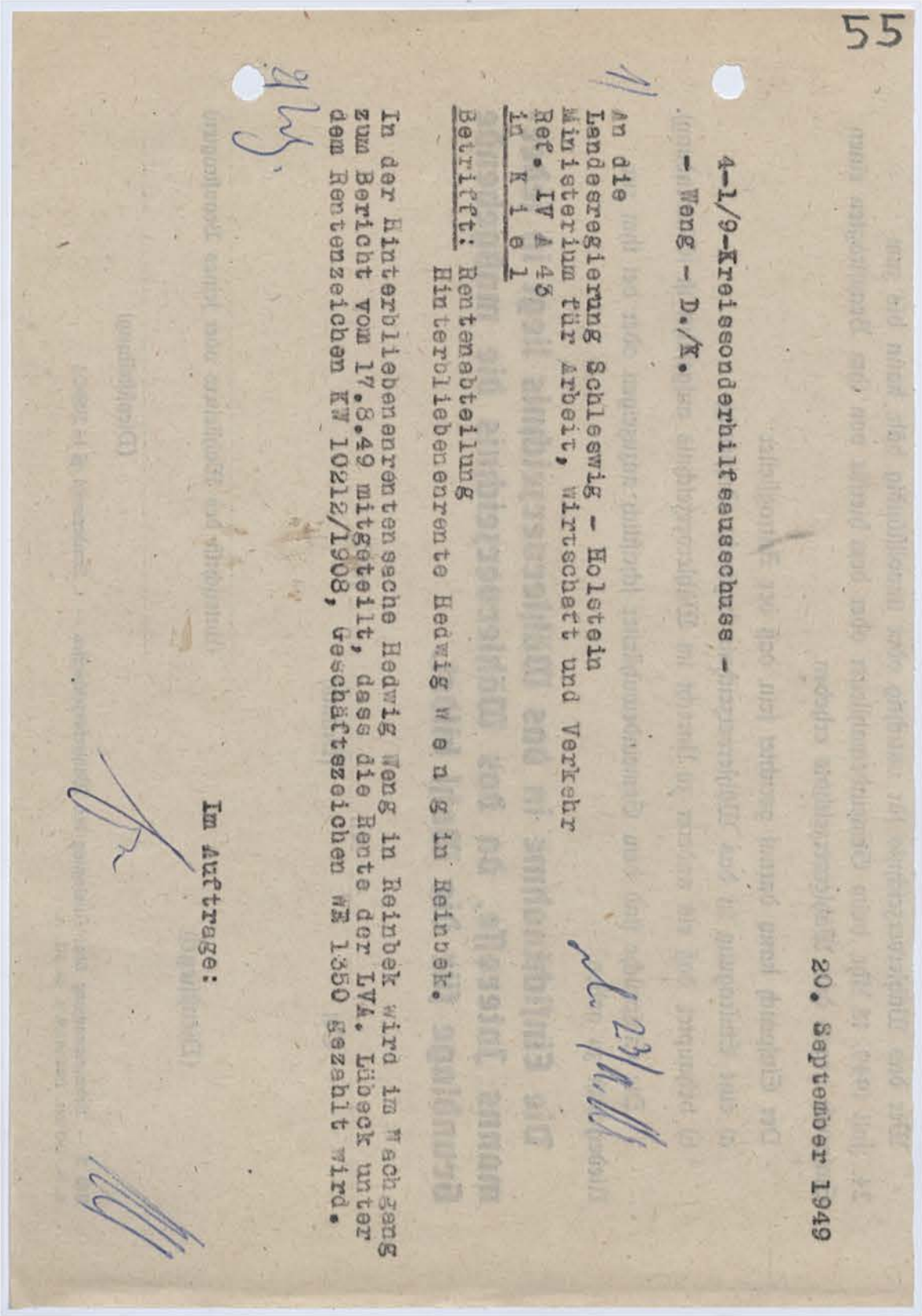
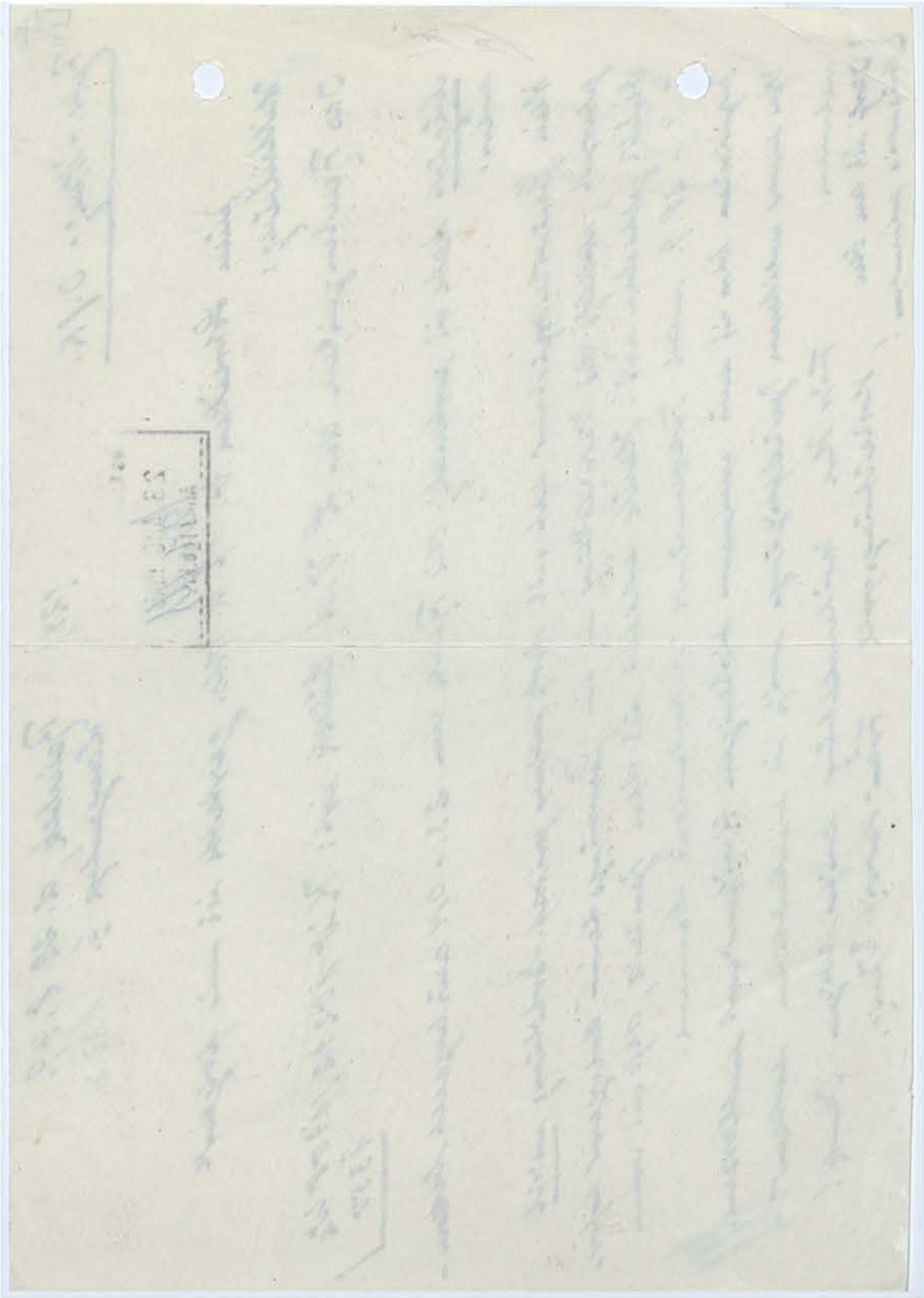


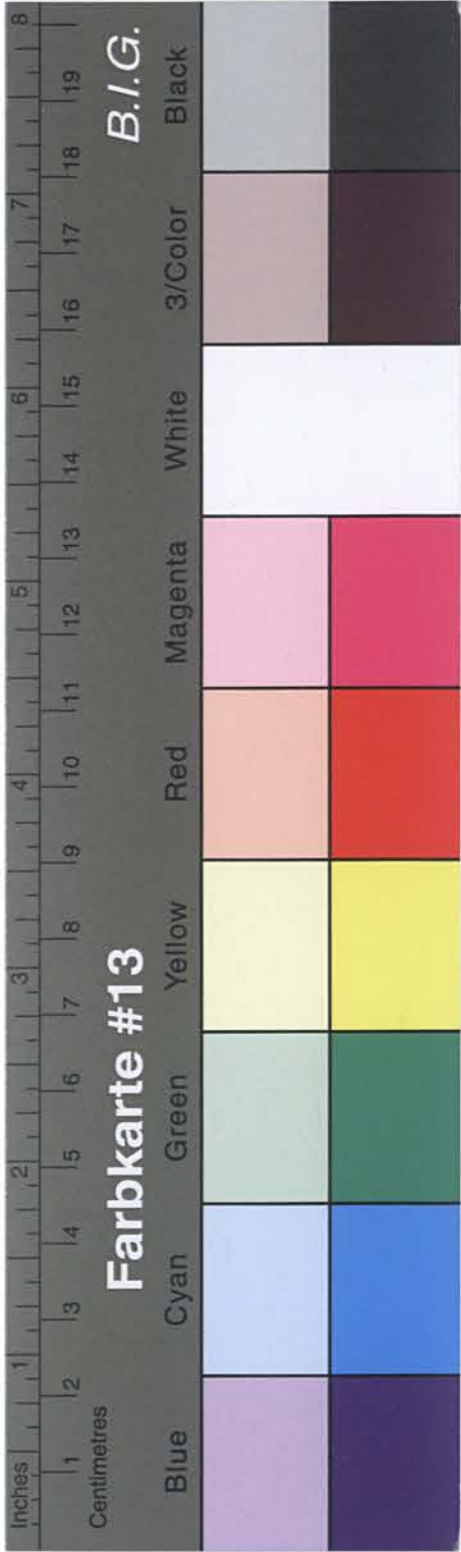
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum 24. Juli 1949, 18 Uhr, beim Gemeindevahlleiter oder dem hierfür von ihm Beauftragten einen Einspruch gegen das Wählerverzeichnis erheben.

Der Einspruch kann darauf gerichtet sein, daß der Antragsteller

- eine Eintragung in das Wählerverzeichnis bezweckt (Anspruch),
- behauptet, daß ein anderer zu Unrecht im Wählerverzeichnis aufgeführt ist (Einwendung).

Die Einsprüche sind dem Gemeindevahlleiter schriftlich anzuzeigen oder bei ihm zur Niederschrift zu geben.

Die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis liegt in jedermanns Interesse, da das Wählerverzeichnis die maßgebende Grundlage für die Wahl bildet.

Ort, den 1949.

(Datum)

(Dienststempel)

(Unterschrift des Wahlleiters oder seines Beauftragten)

W 3 Bekanntmachung über Auslegung des Wählerzeichnisses § 16 StVO.
S. N. DO 243. 1203/10 300. 6. 49. Kl. A.

56

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
MINISTERIUM DES INNEREN

(24b) KIEL, den 4. August 1949

Landeshaus
Telefon 21 480-81
Besuchszeiten:
nur Montags, Dienstags,
Donnerstags und Freitags
von 0900-1300 Uhr

Geschäftszeichen:
(Im Antwortschreiben anzuzeigen)

Pol. Wl. Gu. I/8 A

An die Geschäftsstelle für die Betreuung der Odn.-Sonderhilfsausschuss-Kreisverwaltung Stormarn in Bad Oldesloe

Abschrift.

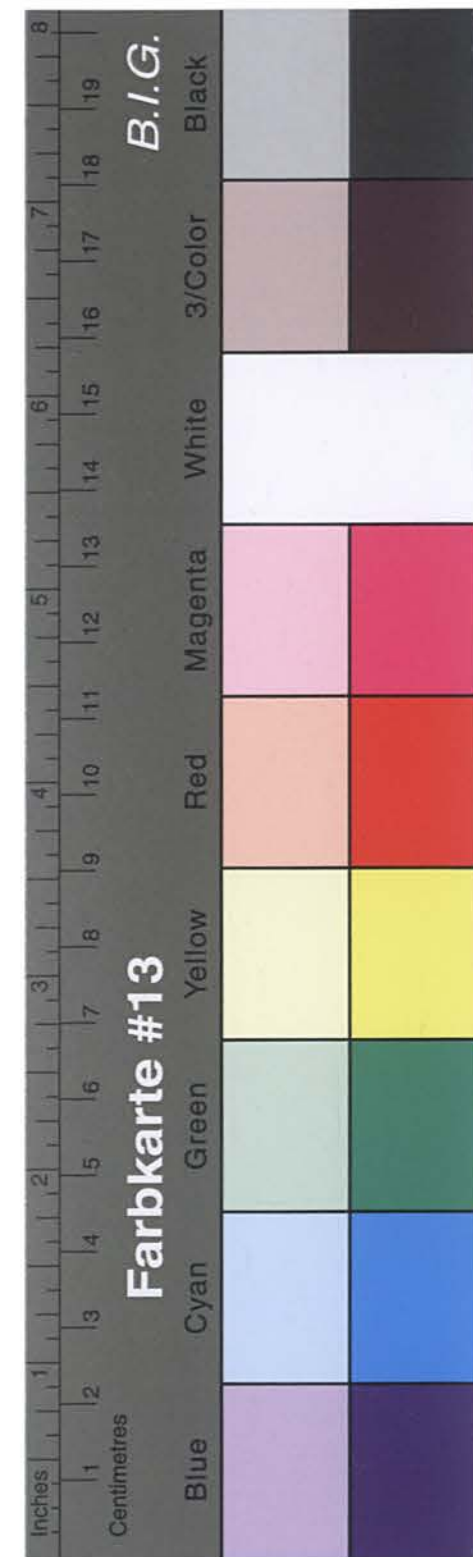
Betr.: Beihilfe.
Bezug: Ihr Antrag vom 18.7.1949

Unter Bezug auf Ihren oben näher bezeichneten Antrag wird Ihnen mitgeteilt, dass Ihnen eine einmalige Beihilfe in Höhe von 200 DM bewilligt worden ist. Die Landesbezirkskasse II in Kiel erhält Anweisung, den Betrag an Sie direkt zu überweisen.

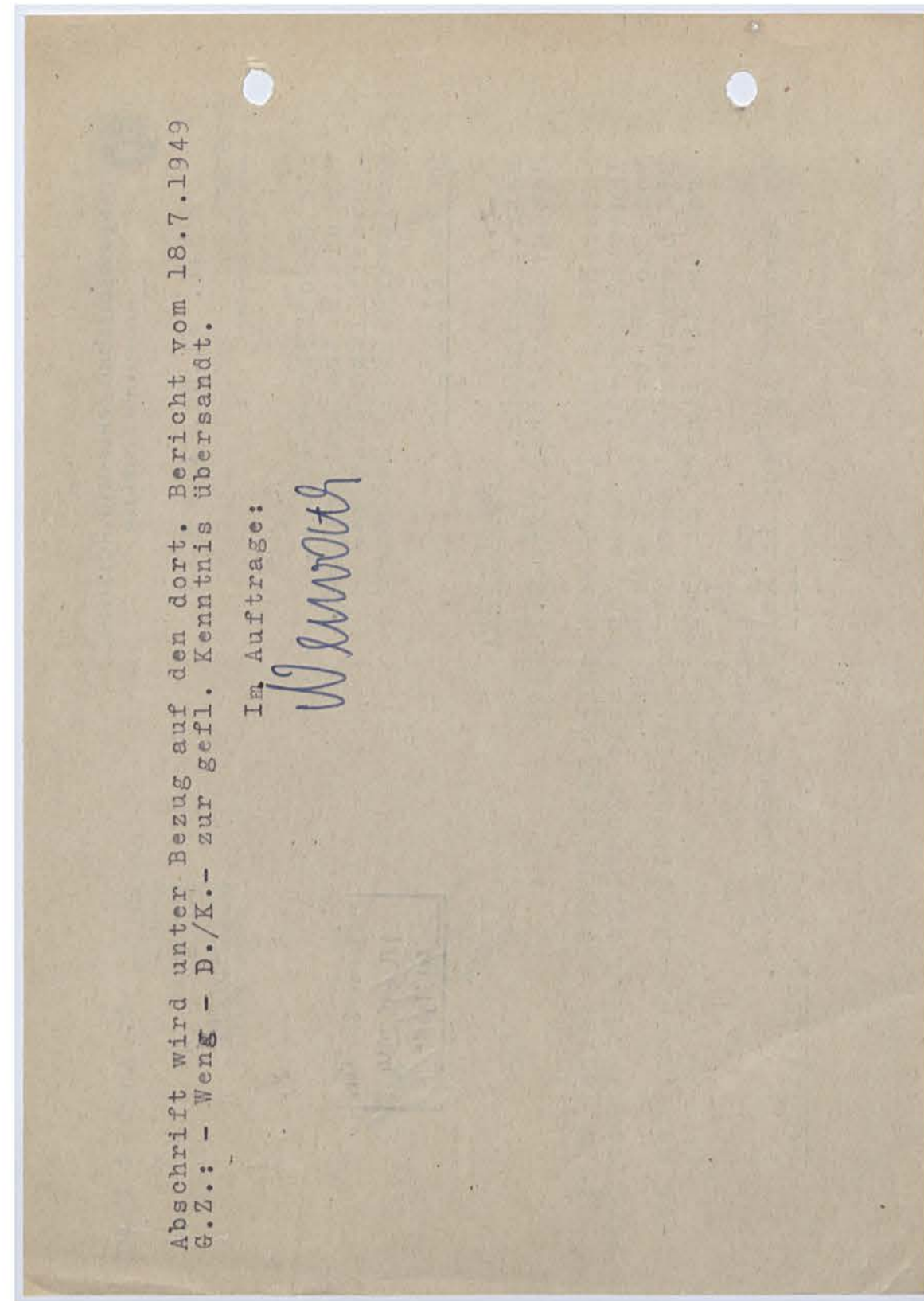
Im Auftrage:
Gez. Neurath
An Frau Hedwig Wenz in Reinbek, Langenhenge 6.

Abschrift:

10.8.1949
K. W. 100
K. W. 100



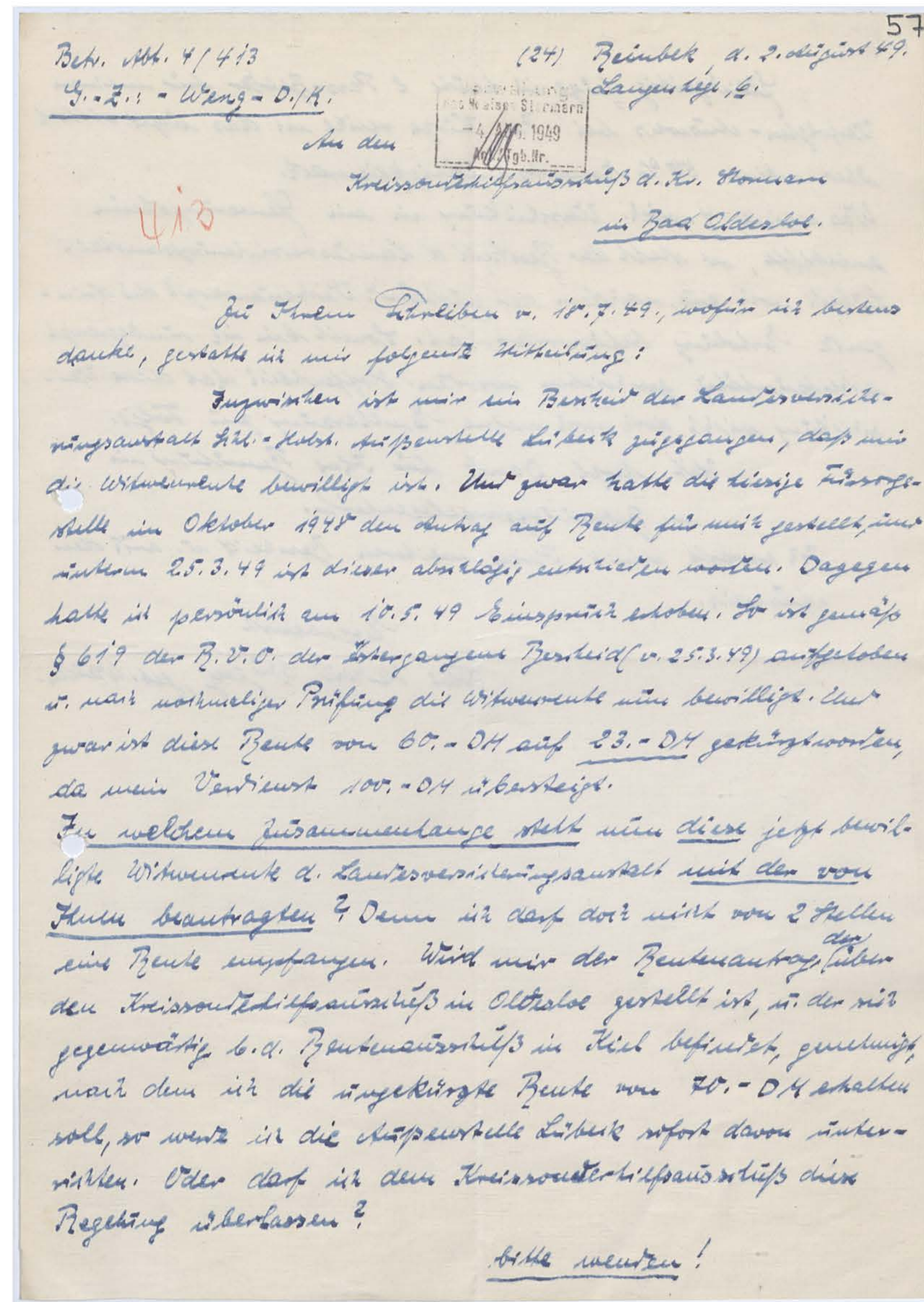
Kreisarchiv Stormarn B2



Abschrift wird unter Bezug auf den dort. Bericht vom 18.7.1949
G.Z.: - Weng - D./K.- zur gefl. Kenntnis übersandt.

Im Auftrage:

Weng



Betr. Akt. 4/413

G.Z.: - Weng - D./K.

(34) Reimbek d. 2. d. 49.
Langerhagen, G.



An den

Kreisarchiv Stormarn d. Hr. Honsen

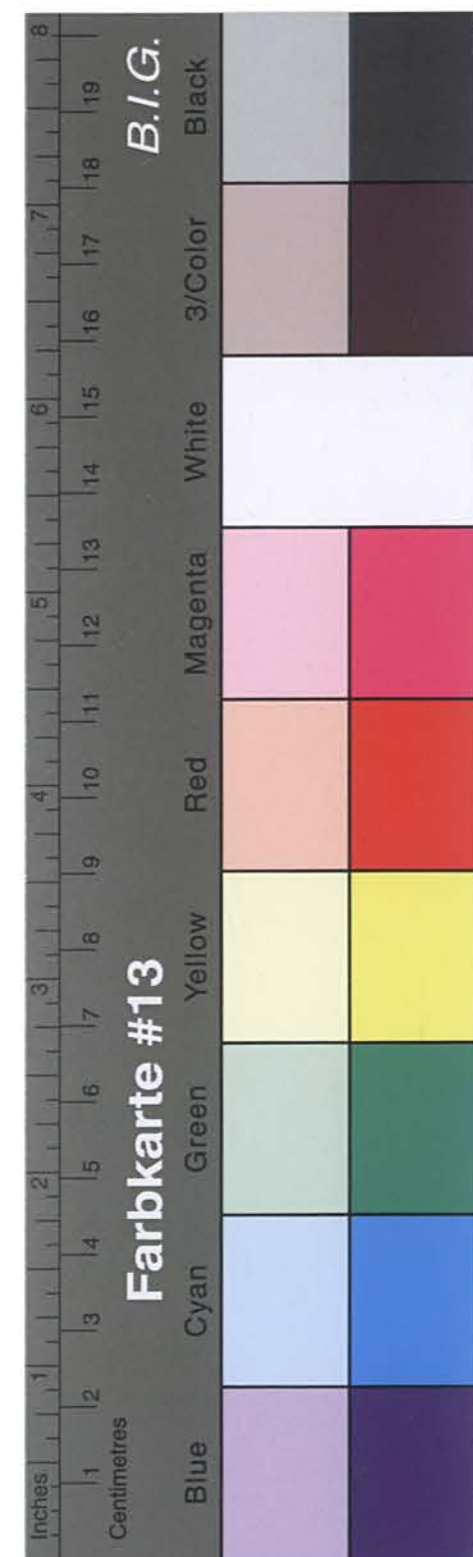
in Bad Oldesloe.

Zu Ihrem Schreiben v. 18.7.49, wofür ich bestens
danke, gestatte ich mir folgende Mitteilung:

Zugewiesen ist mir ein Bericht des Landesversicherungs-
amtes Hild.-Kob. Kreishaus Lüneburg, daß mir
die Witwenrente bewilligt ist. Und zwar hatte die hiesige Führungs-
stelle im Oktober 1948 den Antrag auf Rente für mich gestellt, im
März 25.3.49 ist dieser abschließend entschieden worden. Dagegen
hatte ich persönlich am 10.5.49 Einspruch erhoben. Er ist gemäß
§ 619 der B.V.O. der übergehenden Rente (v. 25.3.49) aufgelassen
u. nach nochmaliger Prüfung die Witwenrente mir bewilligt. Und
zwar ist diese Rente von 60.- DM auf 23.- DM gekürzt worden,
da mein Verdienst 100.- DM übersteigt.

Für welchen Zusammenhang steht nun diese jetzt bewil-
ligte Witwenrente d. Landesversicherungsanstalt mit der von
Herrn beauftragten? Denn ich darf doch nicht von 2 Stellen
eine Rente empfangen. Wird mir der Rentenanspruch, den
den Kreisarchiv Stormarn in Oldesloe gestellt ist, in der mir
gegenwärtig b.d. Rentenversicherung in Kiel befindet, genehmigt,
nachdem ich die eingekürzte Rente von 20.- DM erhalten
soll, so wende ich die Kreisarchiv Stormarn sofort davon infor-
mieren. Oder darf ich dem Kreisarchiv Stormarn diese
Regelung überlassen?

Bitte melden!



Kreisarchiv Stormarn B2

Gleichzeitig füge ich heute 2 Pass-Folien für meinen
Verfolgten-Ausweis bei. Für Hilfe reiche ich das ärztl. Attest
über meine 50% Erwerbsunfähigkeit mit.

Was meine 4 wöch. Verurteilung in ein Gefängnisstein
angeht, so steht der Bestand d. Landesverwaltungsamtes
Lübeck noch aus, nachdem der zuständ. Verwalter das drin-
gende Entlassung befristet hat. Somit bin ich unbefähigt
arbeitsunfähig geschrieben worden. Hoffentlich hat diese Ver-
urteilung nicht doch noch meine Entlassung zur Folge.

Mit herz. Dank für Ihre Genehmigung in
meiner Betreuungsangelegenheit.

Für erwarte somit Ihren weiteren Bescheid in. mit dem
Spas. weis.

Ergebenst
Friedrich Weng, geb. Walter.

58

18. Juli 1949

4/413 Kreissonderhilfsausschuss -
- Weng - D./K.

1. Name des Antragstellers: Hedwig W e n g
geb.: 10.9.08
wohnhaft in Reinbek, Langenhege 6
gegenwärtiges Einkommen: 140,- DM aufgrund des Rentengesetzes vom
4.3.48.

2. Art der Verfolgung: Hinterbliebene eines ehem. polit. Verfolgten.

3. Es wird beantragt: Beihilfe von 200,- DM.

4. Welche Hilfe wurde bisher schon gewährt? keine.

5. Begründung: Die Beihilfe soll zur Anschaffung dringend erforderlicher
Bekleidung verwendet werden.

6. Stellungnahme des SHA.: Der Antrag wird seitens des KSHA. befürwortet.
Die Antragstellerin ist Flüchtling aus West-
preussen und hat alles verloren. Der Ehemann
wurde als Theologe seit dem Jahre 1943 ver-
folgt. Es war ihm nicht möglich, eine seinen
Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung zu
finden. Er wurde später zu einer Strafeinheit
eingezogen und gilt seit dem 11.2.45 als ver-
misst.

7. Ist der Antragstellerin Rentenempfängerin nach dem Gesetz vom 4.3.48?
ja.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium des Innern
Ref. I/8 A Pol. Wi.Gu.
in K i e l

Im Auftrage:

2/4/49.



Kreisarchiv Stormarn B2

18. Juli 1943

413 Kreisangehörigenbescheinigung -

Weng - D. K.

1. Name des Antragstellers: Hedwig Weng
Geb.: 10.9.08
Wohnort: in Reinfeld, Langenhege 6
Gegenwärtiges Einkommen: 140,- DM aufgrund des Rentengesetzes vom 4.3.48.

2. Art der Verfolgung: Hinterblieben eines ehem. polit. Verfolgten.

3. Es wird beantragt: Beihilfe von 200,- DM.

4. Welche Hilfe wurde bisher schon gewährt? Keine.

5. Begründung: Die Beihilfe soll zur Anschaffung dringend erforderlicher Bekleidung verwendet werden.

6. Stellungnahme des SMA: Der Antrag wird seitens des SMA bejaht.
Die Antragstellerin ist Flüchtling aus Westpreußen und hat alles verloren. Der Mann wurde als Theologe seit dem Jahre 1943 verfolgt. Es war ihm nicht möglich, eine seinen Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung zu finden. Er wurde später zu einer Straftat eingezogen und gilt seit dem 11.2.45 als vermisst.

7. Ist der Antragstellerin Rentempfindlichkeit nach dem Gesetz vom 4.3.48?
Ja.

Im Auftrag:
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium des Innern
Reg. 18 & Pol. Wi.G.
in Kiel

21/3

18. Juli 1943

413 - Kreisangehörigenbescheinigung -

Weng - D. K.

1. Name des Antragstellers: Hedwig Weng
Geb.: 10.9.08
Wohnort: in Reinfeld, Langenhege 6

2. Art der Verfolgung: Hinterblieben eines ehem. polit. Verfolgten.

3. Es wird beantragt: Beihilfe von 140,- DM für die Kosten der Verpflegung.

4. Welche Hilfe wurde bisher schon gewährt? Keine.

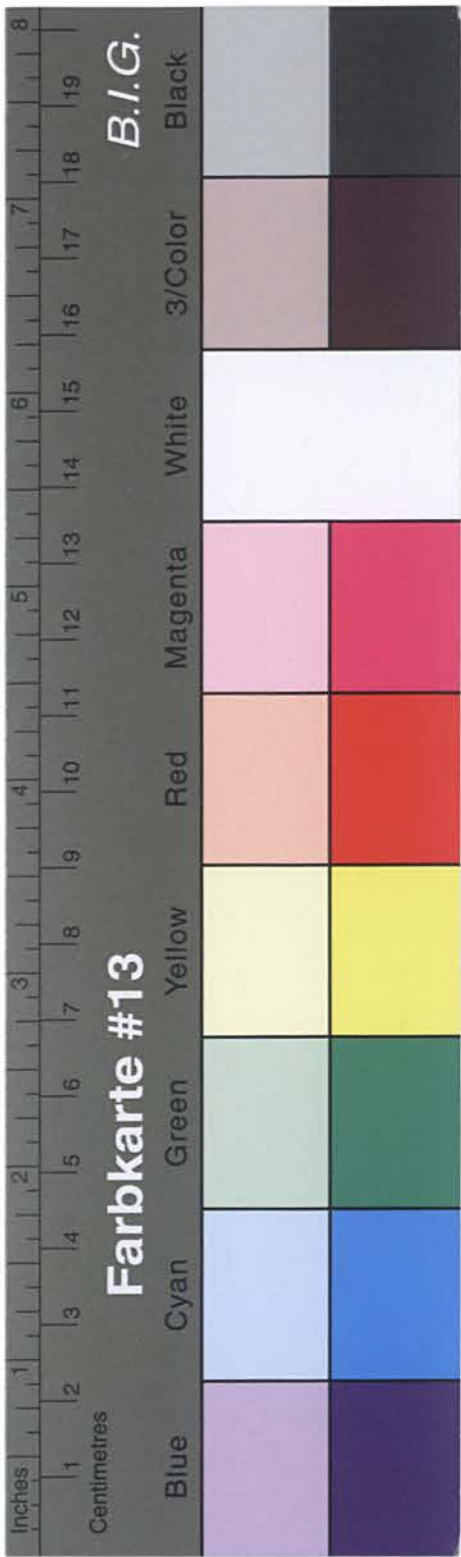
5. Begründung: Die Beihilfe soll zur Anschaffung dringend erforderlicher Bekleidung verwendet werden.

6. Stellungnahme des SMA: Der Antrag wird seitens des SMA bejaht.
Die Antragstellerin ist Flüchtling aus Westpreußen und hat alles verloren. Der Mann wurde als Theologe seit dem Jahre 1943 verfolgt. Es war ihm nicht möglich, eine seinen Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung zu finden. Er wurde später zu einer Straftat eingezogen und gilt seit dem 11.2.45 als vermisst.

7. Ist der Antragstellerin Rentempfindlichkeit nach dem Gesetz vom 4.3.48?
Ja.

Im Auftrag:
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium des Innern
Reg. 18 & Pol. Wi.G.
in Kiel

21/3



Kreisarchiv Stormarn B2

413 - Kreissonderhilfsanweisung -
- wenig - D./K.

18. Juli 1949

Freu
1. Hedwig Wenig
in Reckebek
Längenhege 6

2. Zimmerk
Zahlung des Betrages von 140,— DM erfolgt aus Rentenvorschuss-mitteln.

3. D.-Ausgabe-Anweisung über 140,— DM für VG 40 fertigen.

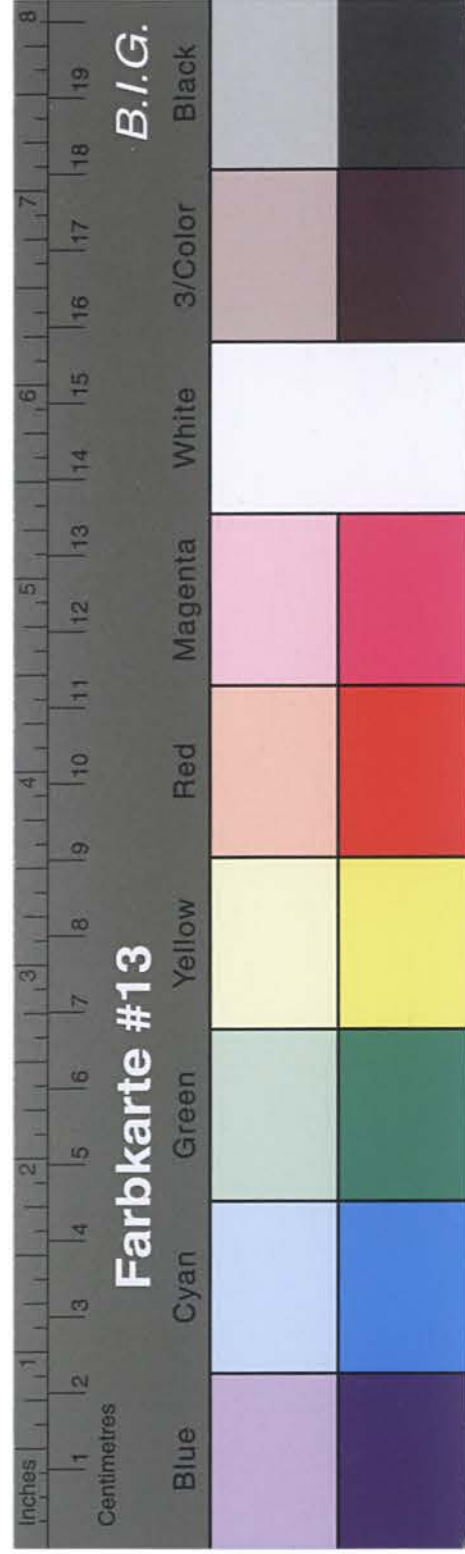
Im Auftrag: 20.7.49
H. H. H.

In Ihrer Betreuungssache wird Ihnen unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 8.7.49 mitgeteilt, dass Ihr Rentenanspruch sich gegenwärtig bei dem Rentenausschuss in Kiel befindet. Mit Rücksicht darauf, dass Sie einen Erholungs-aufenthalt dringend benötigen, wird Ihnen zunächst der von Ihnen erbetene Vorschuss von 140,— DM bezahlt. Es soll versucht werden, diese Beihilfe von der Landesregierung zurückzuerhalten.

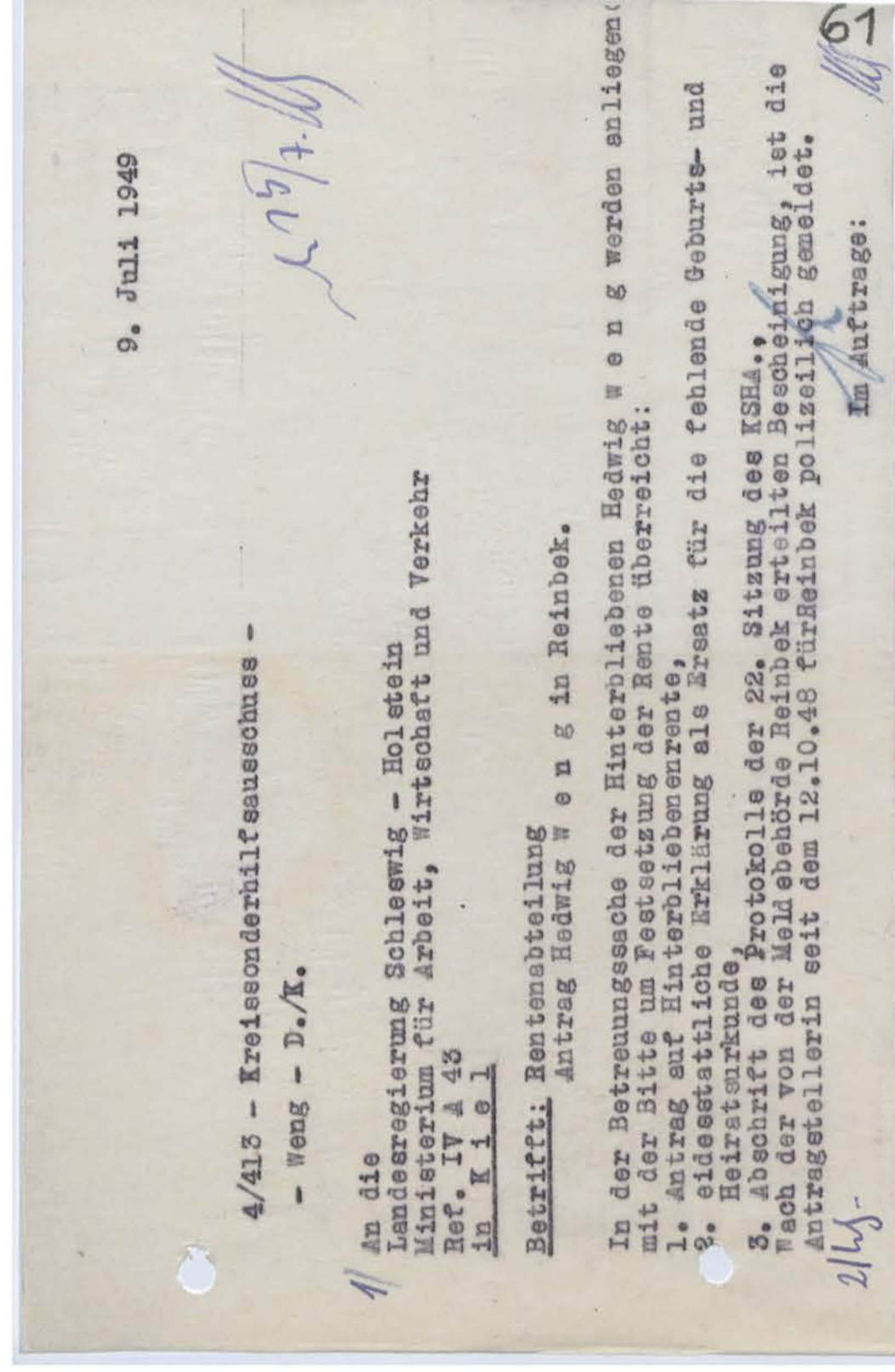
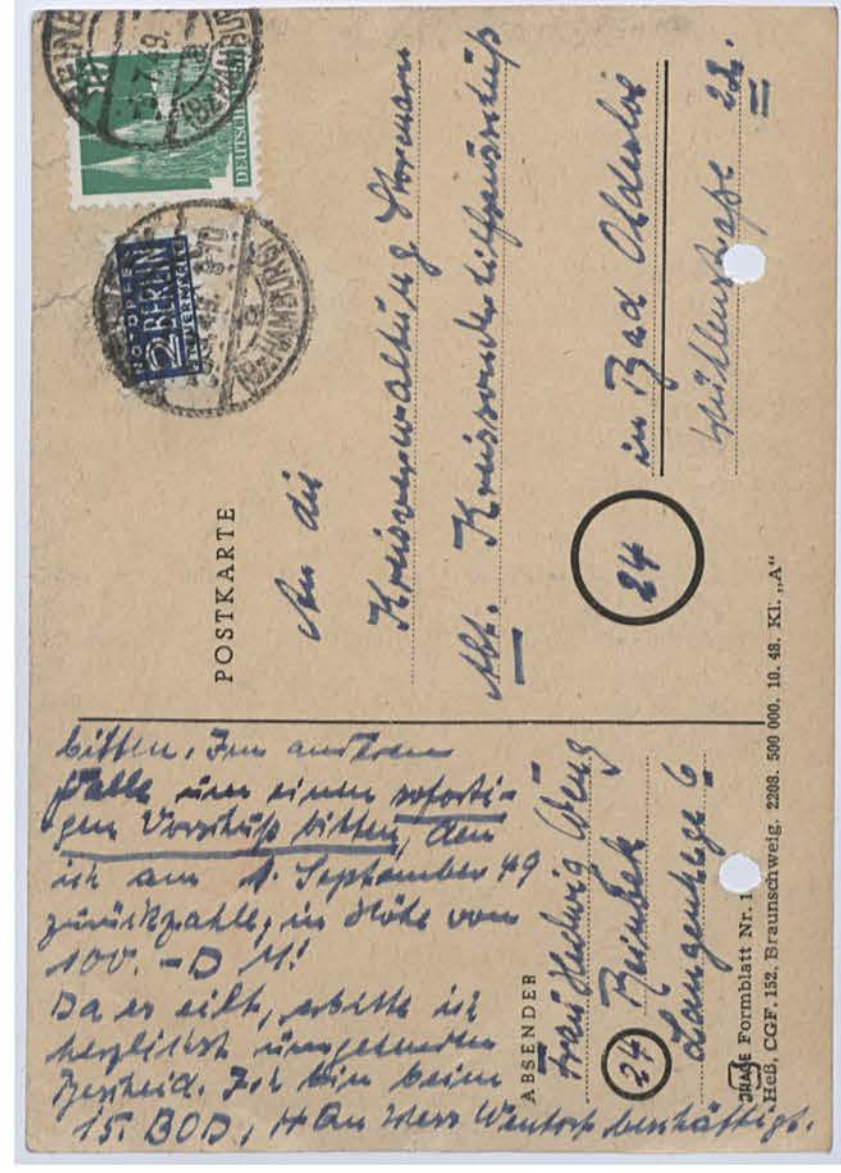
Betr. 4/413 - Reinebek, d. P. 7. 1949
Da / H. 1949 60

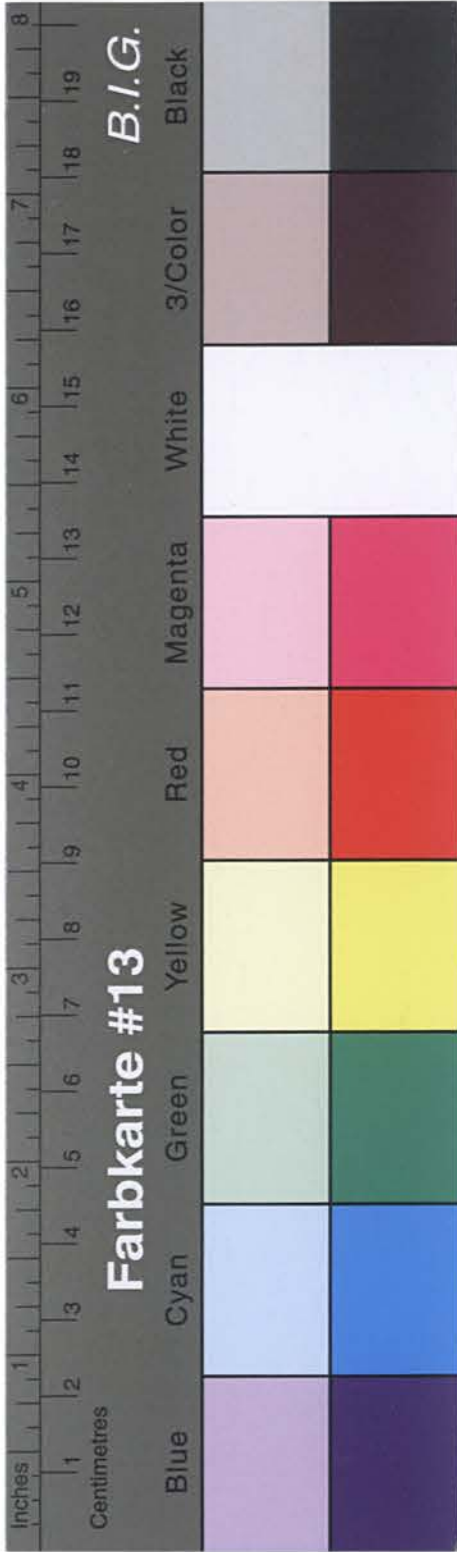
Dem Kreisverband der Hilflosen
gehabt ist mir heute folgende dringende
Bitte zu überreichen:

Ich bin ein kranke, zusammengebrochen
am 29.6. Ich ist wegen eines starken
Herzleidens u. -schmerzen im Hospital behan-
lung (Dr. Hovarth, Billoweg) u. erhalte
Herzpräparate (Transkaryt) u. mit Kardiogramm
u. andere Angewandte. Ich bedarf völliger Ruhe,
um keinen finanziell. Ausfall zu haben u.
um allem meine Arbeitsstelle einzuhalten
bis zur Genesung. Heute zu zahlen,
erhalte ich meiste Woche ^{meinen} Lohn von 16
Tagen. Damit ist in Bälde, zum 1. August
wieder arbeitsfähig werde, ist mir von hoch
das Herz bei Ratheben angelassen worden.
Auf dem ist mir diese diese kleine
Ermüdung viel leichter ertragen, wenn
zu Kräfte zu kommen, wie für Ruhezeit die
Bismuth, Fett, Obst, Bitter/diese werden
nicht von mir. Kann nicht. Ich.
Dass ist der Kreis - Sonderhilfsanweisung
aus diesem Grund eine Beihilfe

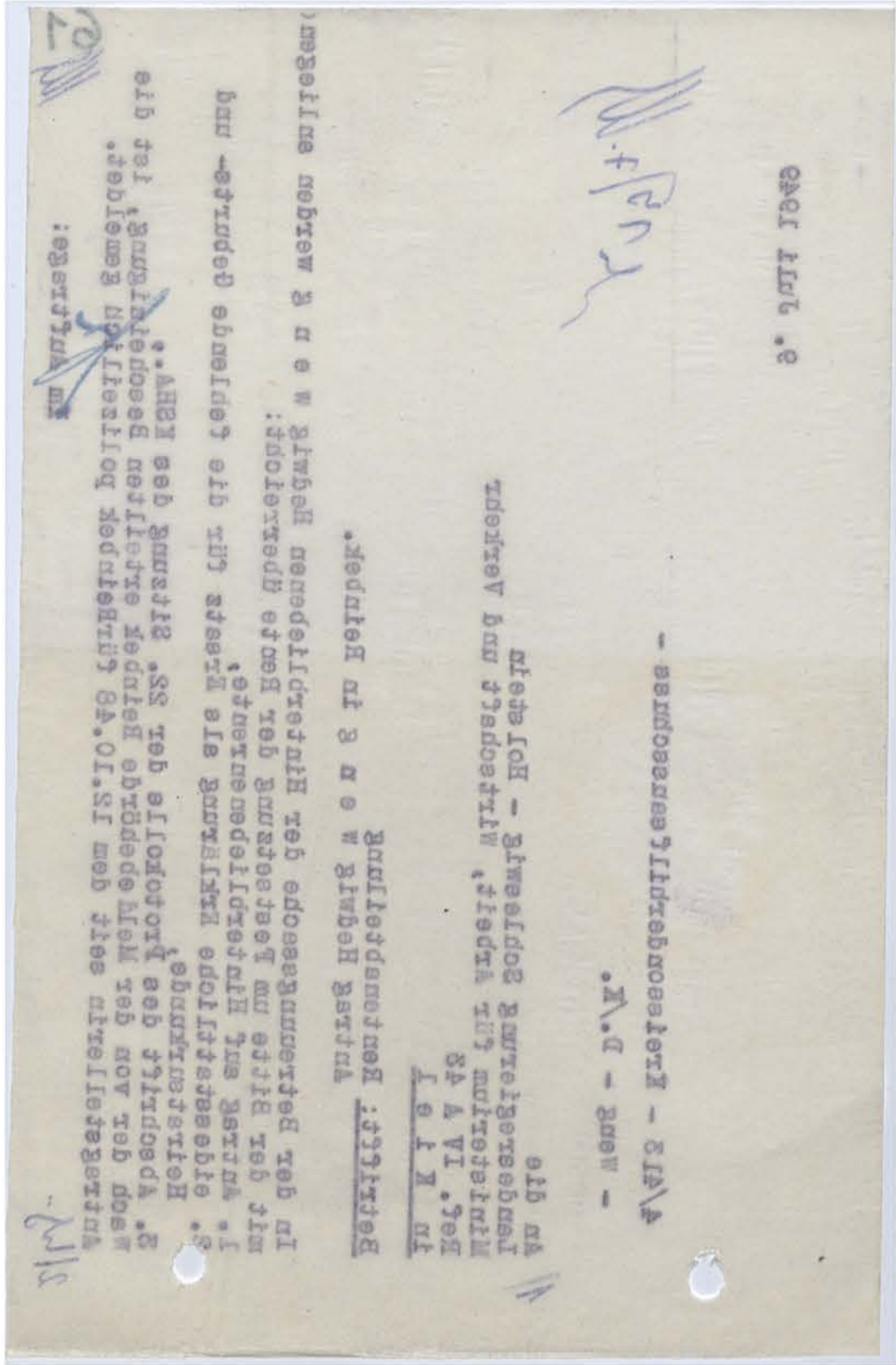


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



62

Name des Antragstellers:

Stadt

Kreis: Stormarn

Land

~~Hinterbrosche~~

Flüchtling
(aus welchem Gebiet)

Vom Kreis auszufüllen

Antrags-Nr.

Freihalten für Ausführungsbehörde

Antrag auf Hinterbliebenenrente

für Anspruchsberechtigte nach dem Gesetz über die Gewährung von Renten an die Opfer des Nationalsozialismus vom 4. März 1948

1. Name

W e n g

Vorname

Johannes

Beruf: Vollakademiker

des Verstorbenen bzw. Verschollenen:

(berufl. Theologe, seit 1943 b.d. Stadtverwaltung d. Hansestadt Danzig.)

geboren am:

30.12.1899

in

Langwalde, Kr. Braunsberg/Ostpr.

letzter Wohnort:

Danzig - Langfuhr

Taubenweg

Straße Nr.: 7

verschollen seit dem

11.2.45 (Osteinsatz)

Tag der letzten Nachricht:

11.2.1945

Festungskom Schneidemühl

Staatsangehörigkeit:

2. Hinterbliebene:

a) Witwe (Witwer):

a)

W e n g

Hedwig

Name

Vorname

b) Geburtstag:

b)

10.

Juni

1908

Tag

Monat

Jahr

c) Geburtsort:

c)

Graudenz

dsgl./Westpr.

Ort

Kreis

d) jetziger Wohnsitz:

d)

Reinbek

Stormarn

Langenhege 6

(vgl. Ziffer II des Merkblatts)

Ort

Kreis

Str. und Nr.

3. Rentenberechtigte Kinder:

a) eheliche Kinder und für ehelich erklärte:

a) 1.

Vornamen

geb. am

19

2.

19

3.

19

4.

19

5.

19

b) uneheliche Kinder, wenn die Vaterschaft des Beschädigten festgestellt ist:

b) 1.

Vornamen

geb. am

19

2.

19

c) an Kindessstatt angenommene Kinder:

c) 1.

Vornamen

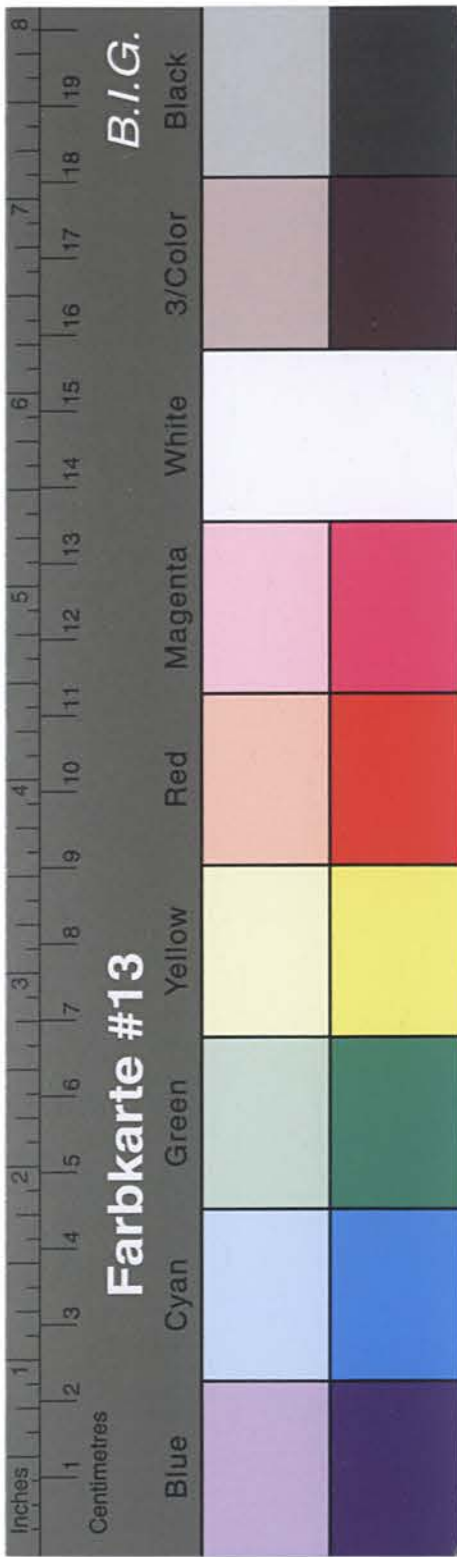
geb. am

19

(vgl. Ziffer IIe des Merkblatts)

2.

19



Kreisarchiv Stormarn B2

4. Vormund der Kinder? 4. Namen Vornamen Wohnort Straße Postamt

5. a) Beziehen die Hinterbliebenen Unfall- oder Hinterbliebenenrente? Rente aus der Angestelltenversicherung, Knappschaftspension, Ruhegeld oder Gehältnisse auf Grund der RVO, Rente nach der Sozialversicherungsdirektive Nr. 27 oder sonstige Renten oder Pensionen und von welcher Stelle? (Renten- und Geschäftszeichen sind anzugeben.) 5. a) nein

b) Welches monatliche Einkommen wird erzielt? b) 43,— DM einschl. Miete FU.

c) Art des Einkommens? (Hierzu gehören Einkommen aus Grundbesitz, Landwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständiger und unselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen.) c)

6. Elternrente

a) Vor- und Familienname der lebenden Elternteile: 6. a) Vater verschollen (83 Jahre) Mutter seit 1933 tot

b) Leben die Eltern in häuslicher Gemeinschaft? b)

c) Leben die Eltern getrennt, weil sie nicht zur ehelichen Gemeinschaft verpflichtet sind? c)

d) Ständiger Wohnsitz bei häuslicher Gemeinschaft? d)

e) Ständiger Wohnsitz beider Elternteile, falls sie getrennt leben: e)

7. Sonstige Bemerkungen: 7. Vorstehende Angaben sind nach bestem Wissen gemacht worden.

Ort: Reinbek, den November 1948.

gez. Frau Hedwig Weng
begl.
Unterschrift des Antragstellers bzw. des Vertreters

Sonderhilfsausschuß Ort: , den 1948.
Gesch.-Zeichen:

Es wird hiermit bescheinigt, daß der Antragsteller durch den Sonderhilfsausschuß in am als Hinterbliebener eines als politisch-, rassisch- oder religiös Verfolgten unter Ausweis-Nr. anerkannt worden ist.

Der Antragsteller wurde auf die Folgen von wissentlich falschen Angaben hingewiesen.

Die vorstehenden Angaben sind glaubwürdig, Bedenken werden vom Sonderhilfsausschuß nicht erhoben.

(Dienststempel) Unterschrift des Geschäftsführers vom Sonderhilfsausschuß.

63

Name des Antragstellers: Stadt-Kreis: Land Einheimische Flüchtling (aus welchem Gebiet) Vom Kreis auszufüllen

Antrags-Nr. Freihalten für Ausführungsbehörde

Antrag auf Beschädigtenrente

bzw. auf Feststellung des erlittenen Schadens

für Anspruchsberechtigte nach dem Gesetz über die Gewährung von Renten an die Opfer des Nationalsozialismus vom 4. März 1948

1. Antragsteller: a) Weng Hedwig Ehefrau Familienname Vorname letzter Beruf

b) Tag, Monat, Jahr und Ort der Geburt (Kreis/Land) (vgl. Ziff. VI des Merkblatts) 10. Juni 1908 Graudenz / Wpr.

c) Wohnort Straße Postanstalt Reinbek Langenhege Reinbek

d) ledig, verh., verw., gesch. Staatsangehörigkeit

e) Zahl der Kinder: a) unter 16 Jahren b) von 16 bis 25 Jahren c) über 25 Jahre falls sie sich in voller Schul- oder Berufsausbildung befinden

Kinder: a) Rufname b) Familienname c) Geburtsdatum

1. geb. am

2. "

3. "

4. "

(Anmerkung: vgl. Ziffer III/V, VI des Merkblatts)

Bei minderjährigen, entmündigten oder unter Pflegschaft stehenden Personen Name des gesetzlichen Vertreters (Vater, Mutter oder Pfleger)

Familienname Vorname Beruf

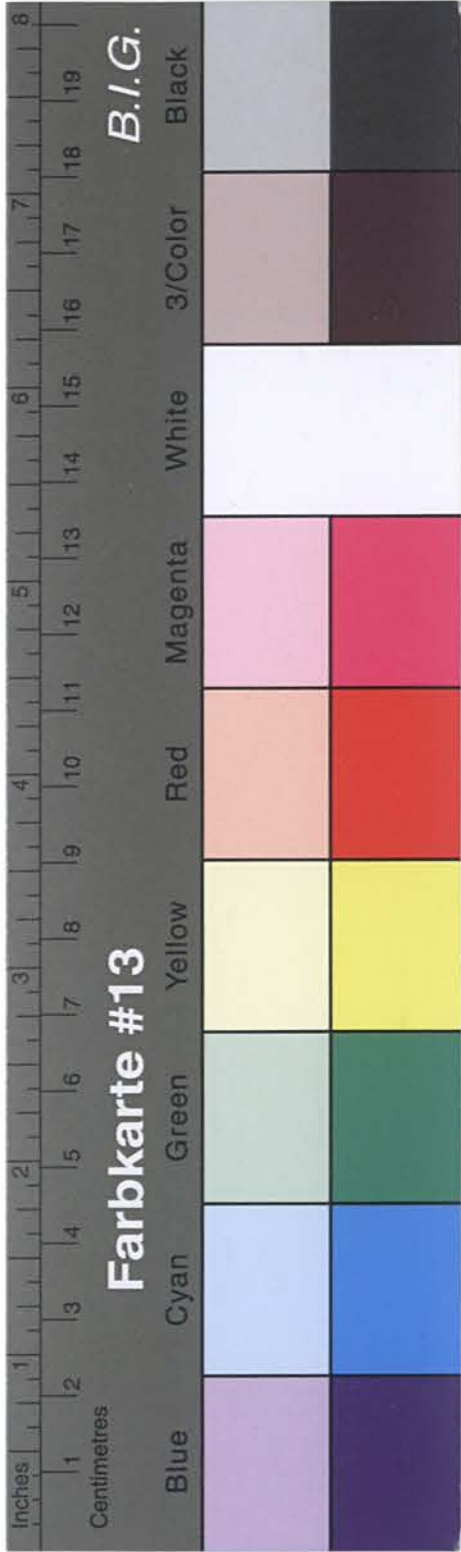
Wohnort Straße Postamt

(Durch den Sonderhilfsausschuß auszufüllen)

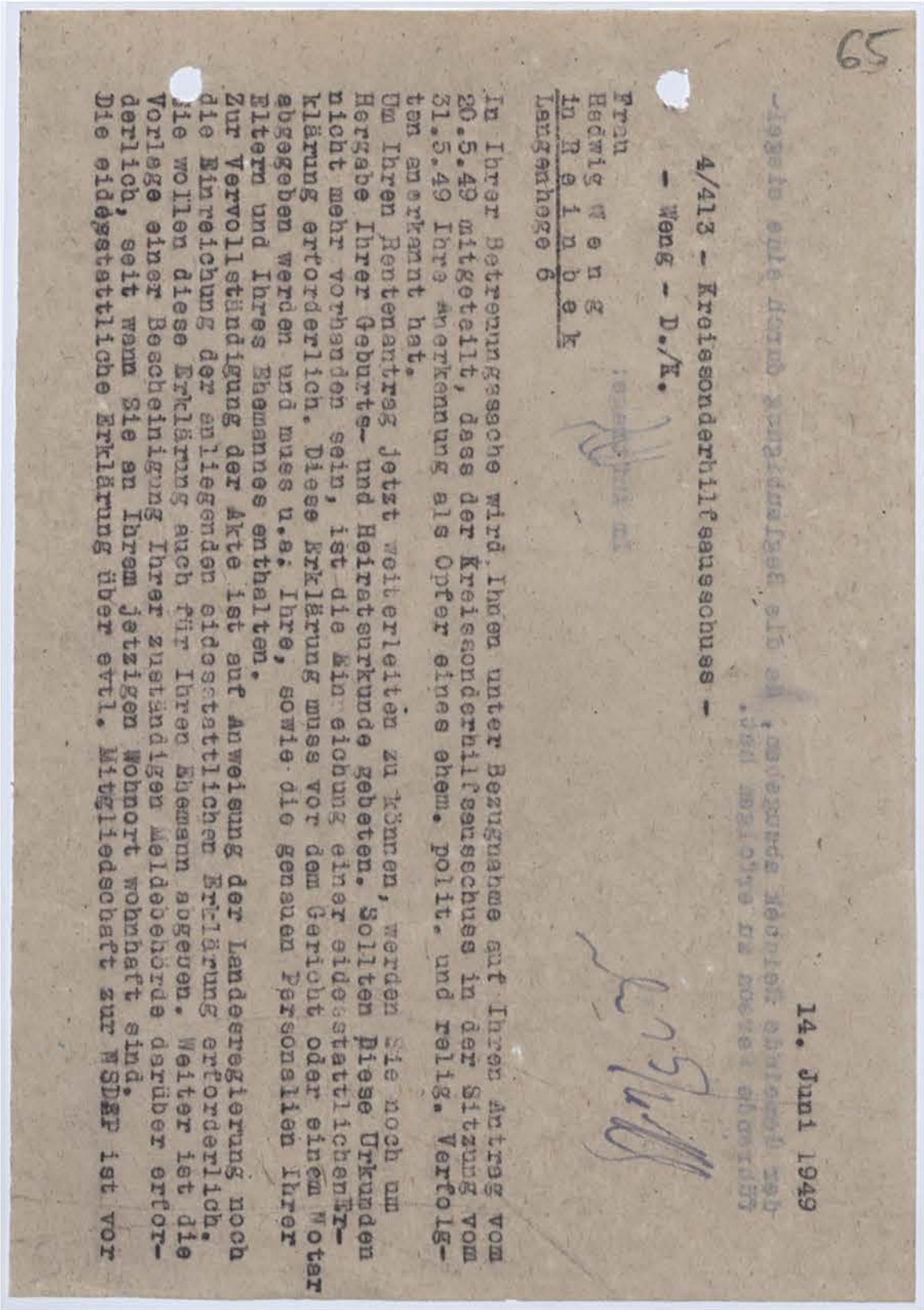
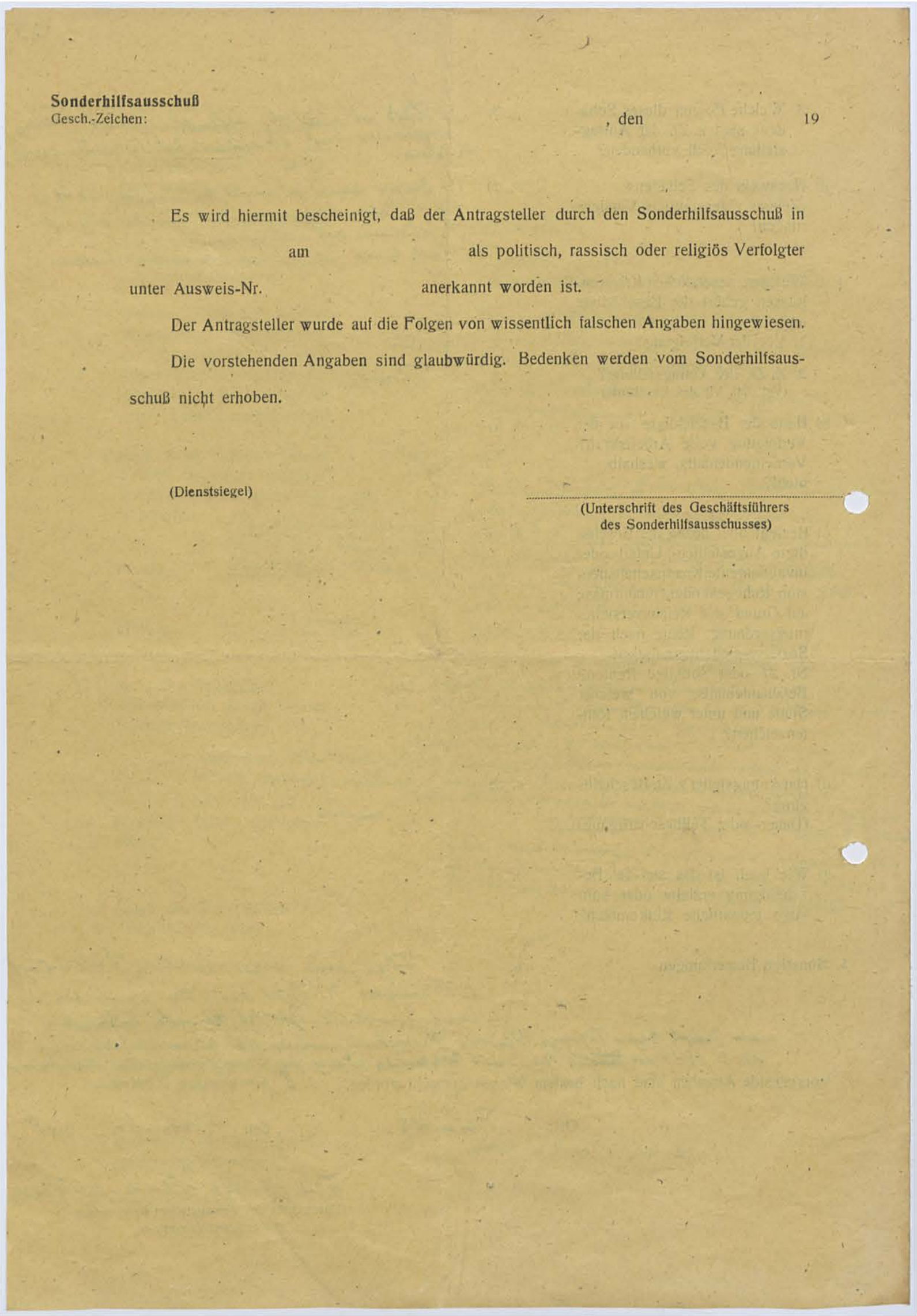
2. Begründung des Antrages: a) Grund der Verfolgung? a) b) Art der Verfolgung? b) c) Dauer der Verfolgung? c)

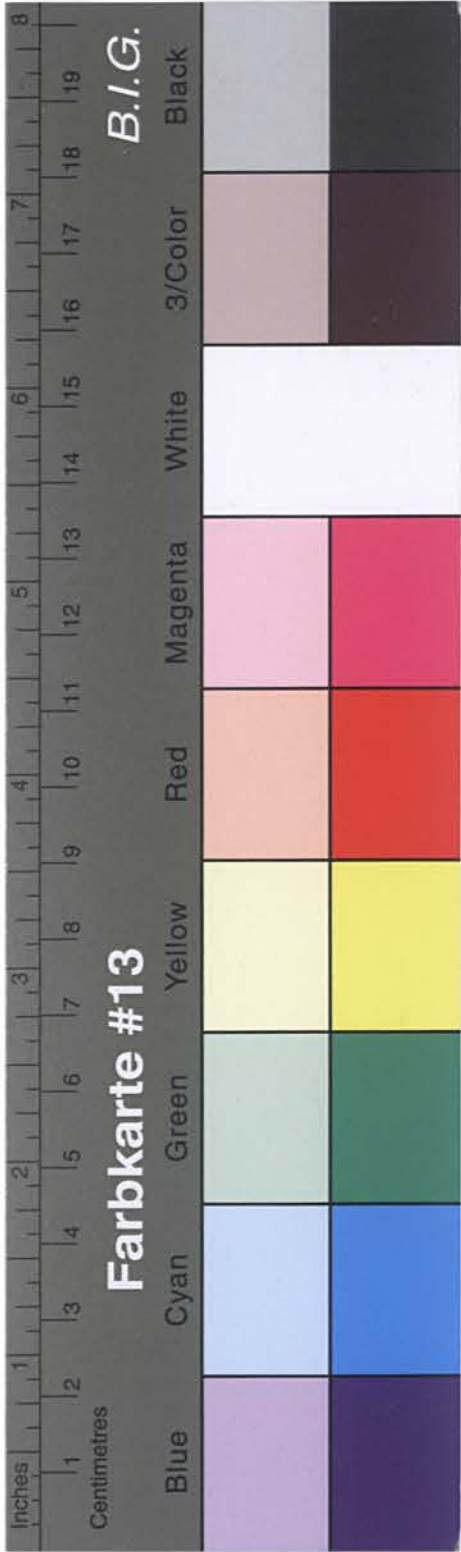
HOWALDSCHER BECHDRUCKEREI KIEL D.F.S. 7324 1000 12 48 KI C

64

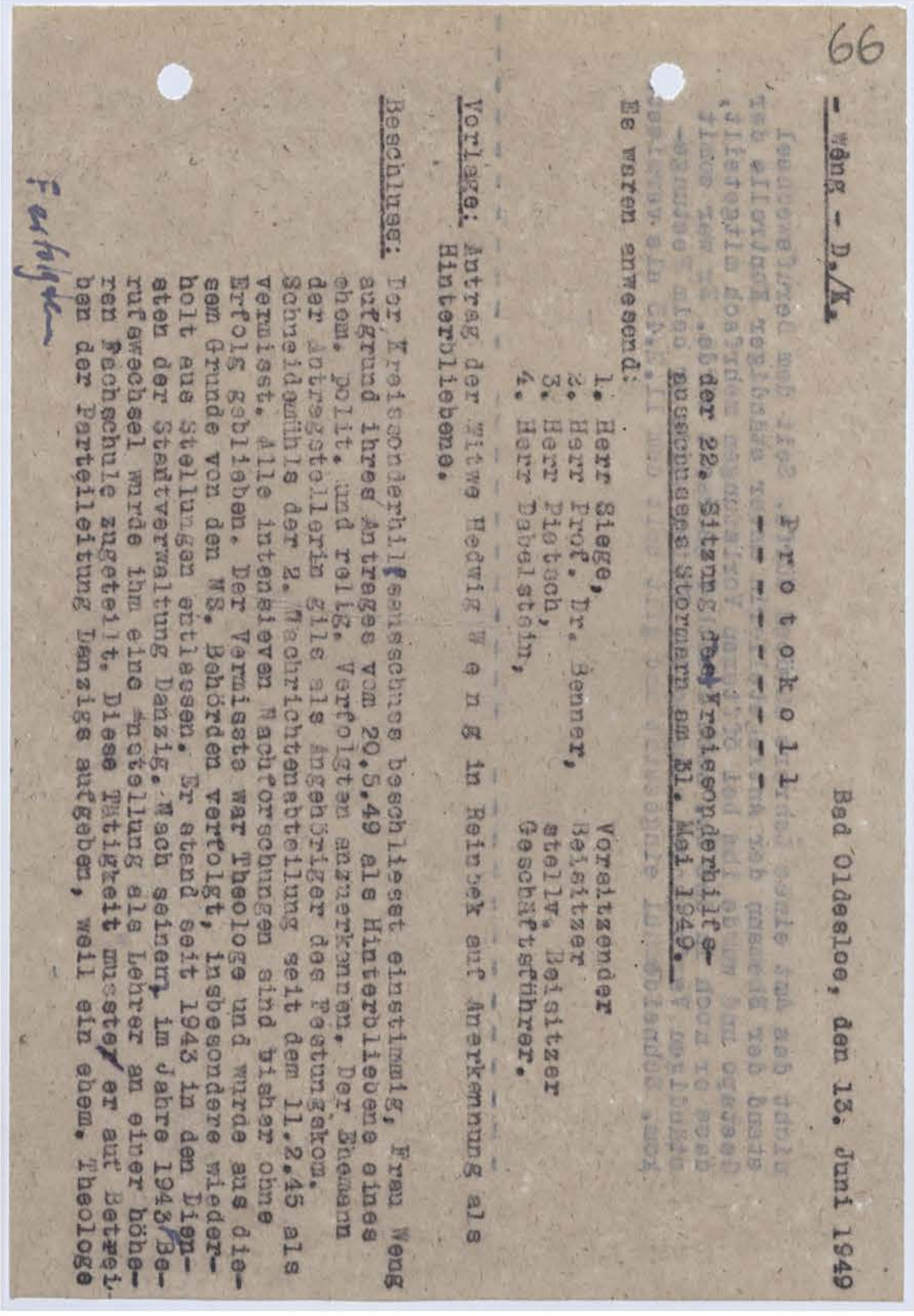
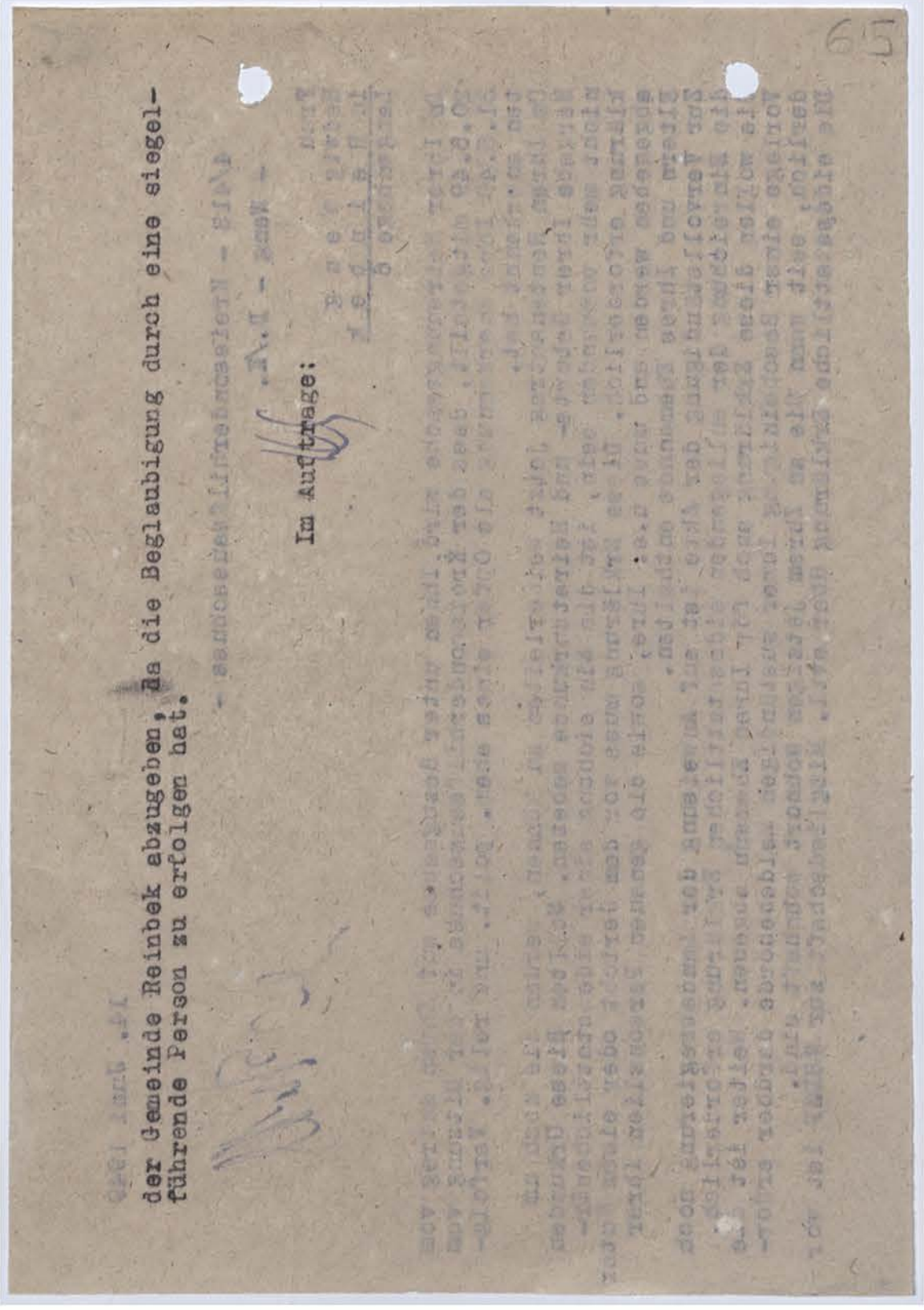


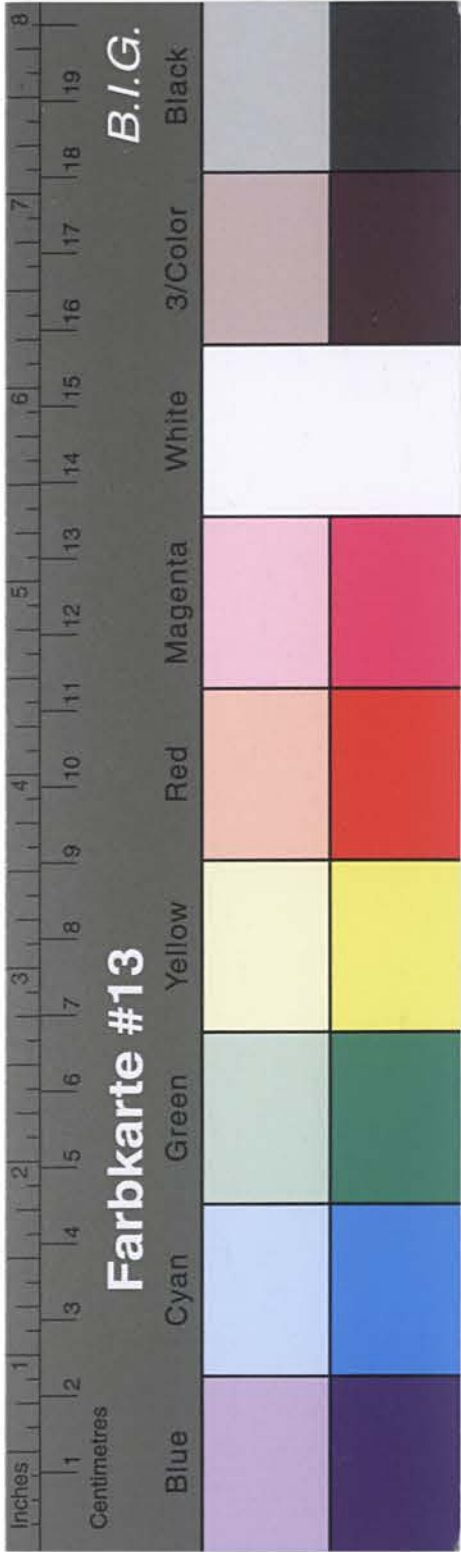
Kreisarchiv Stormarn B2



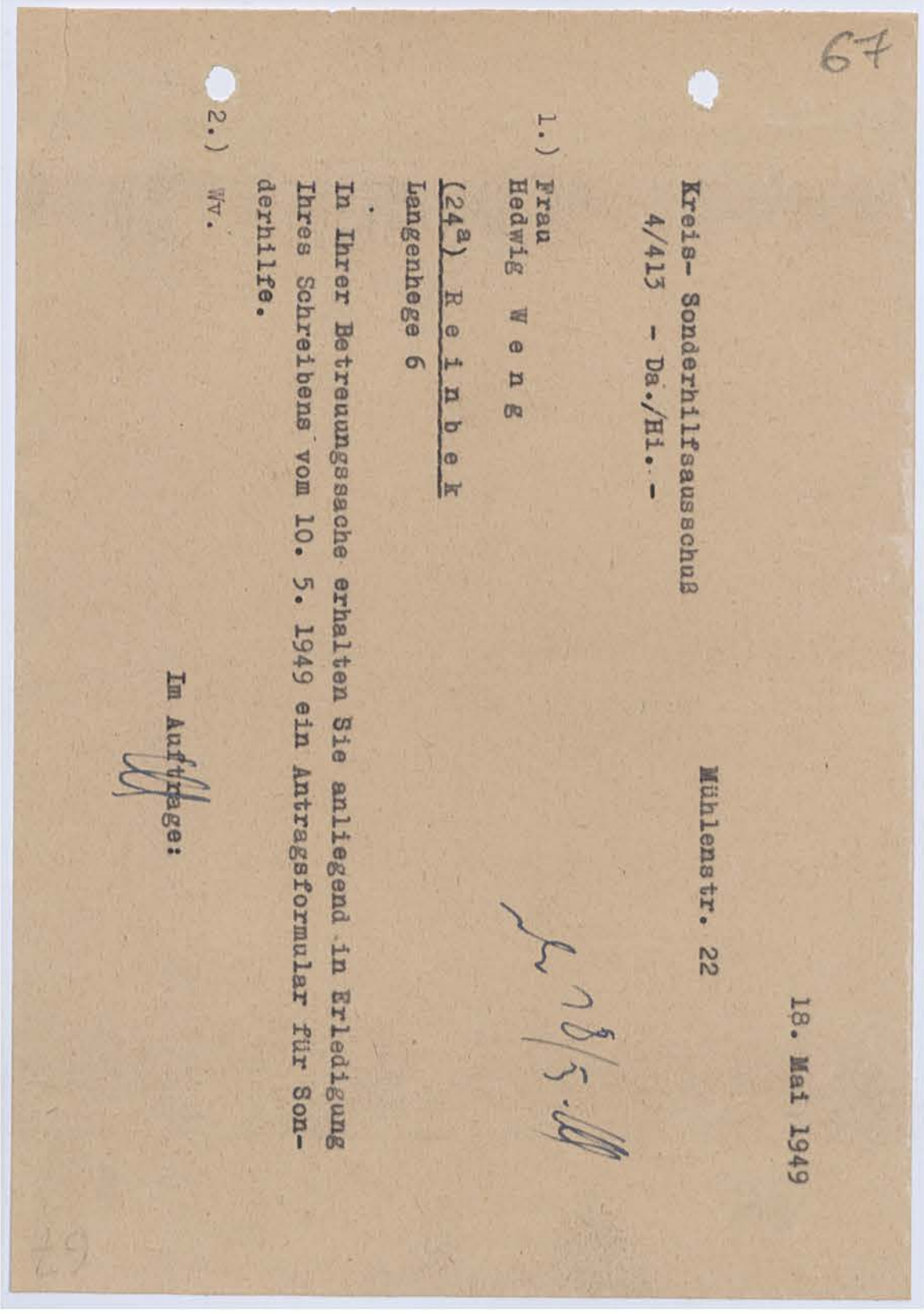
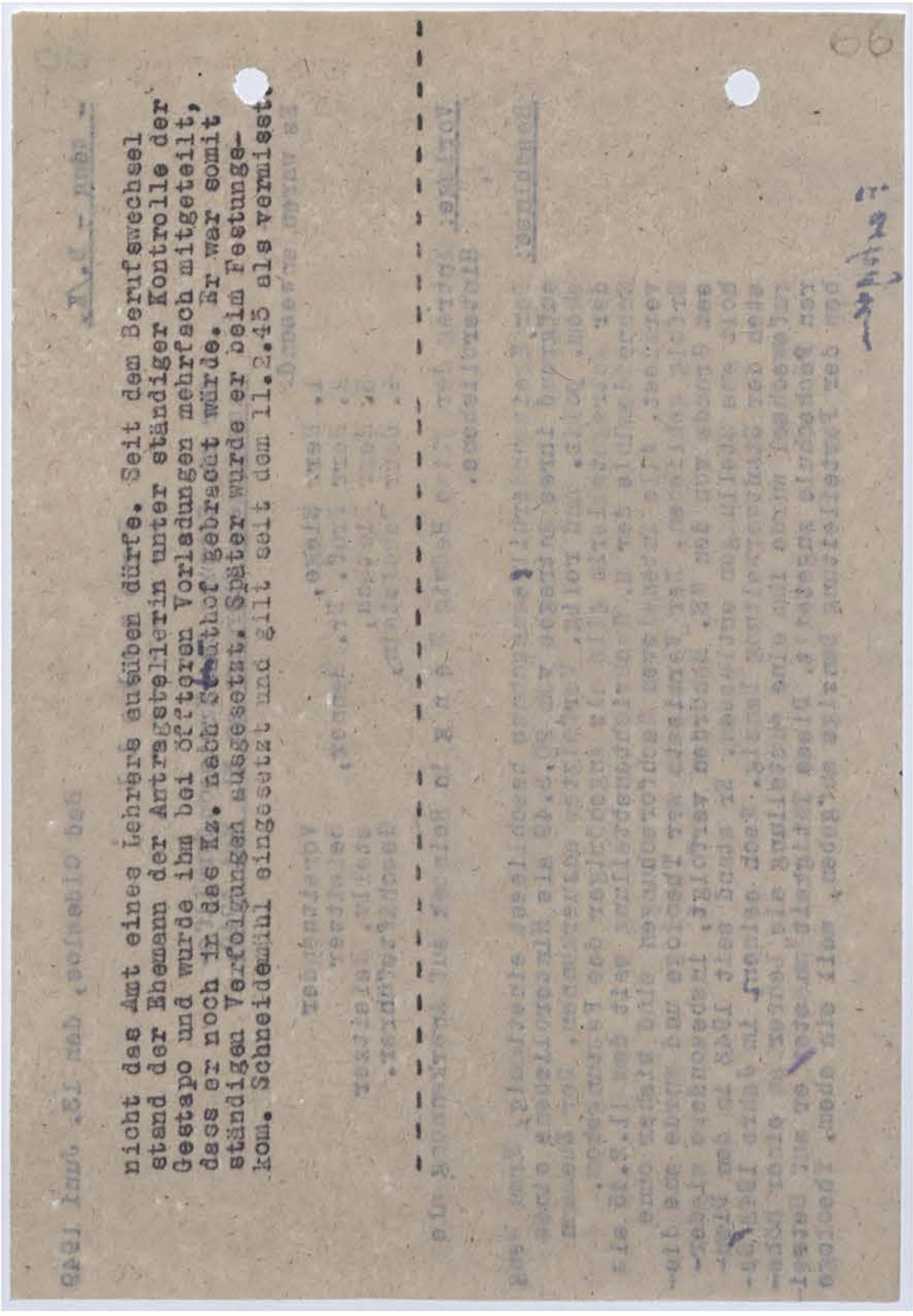


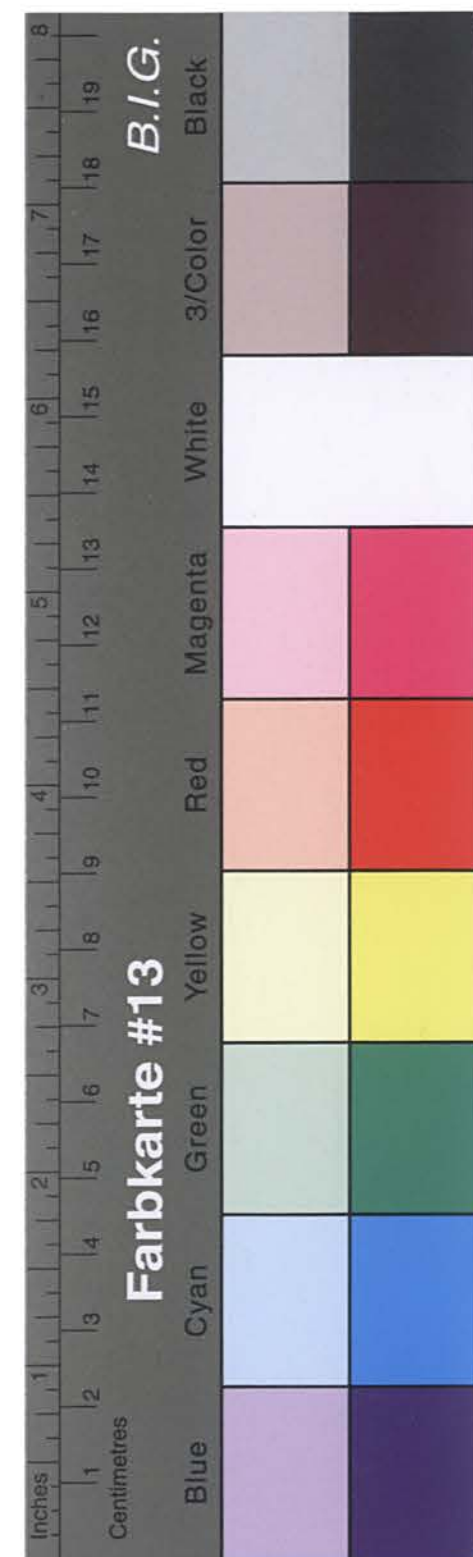
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

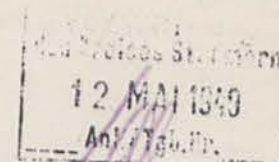




Kreisarchiv Stormarn B2

Zeitspek, d. 10. Mar 1949. 68
Langebuck, G.

An die Kreisverwaltung Gommern
Kreisamt Ostprignitz
- Abt. 4/413 -

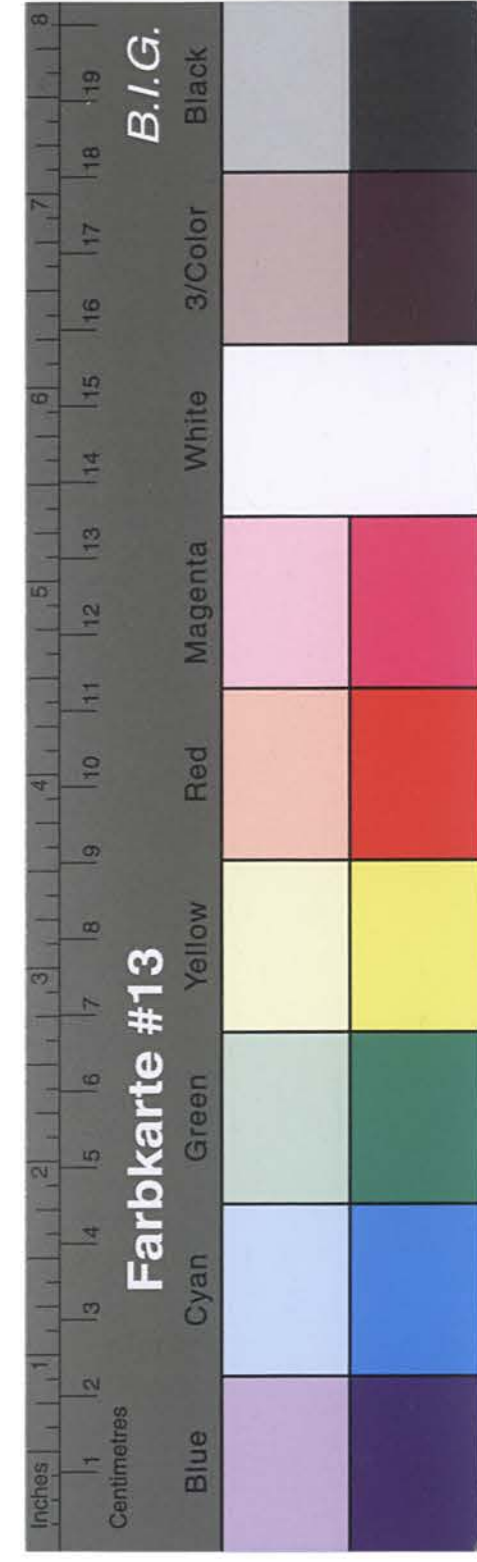


zum Ersten v. 26. d. J. - Weg-O-!

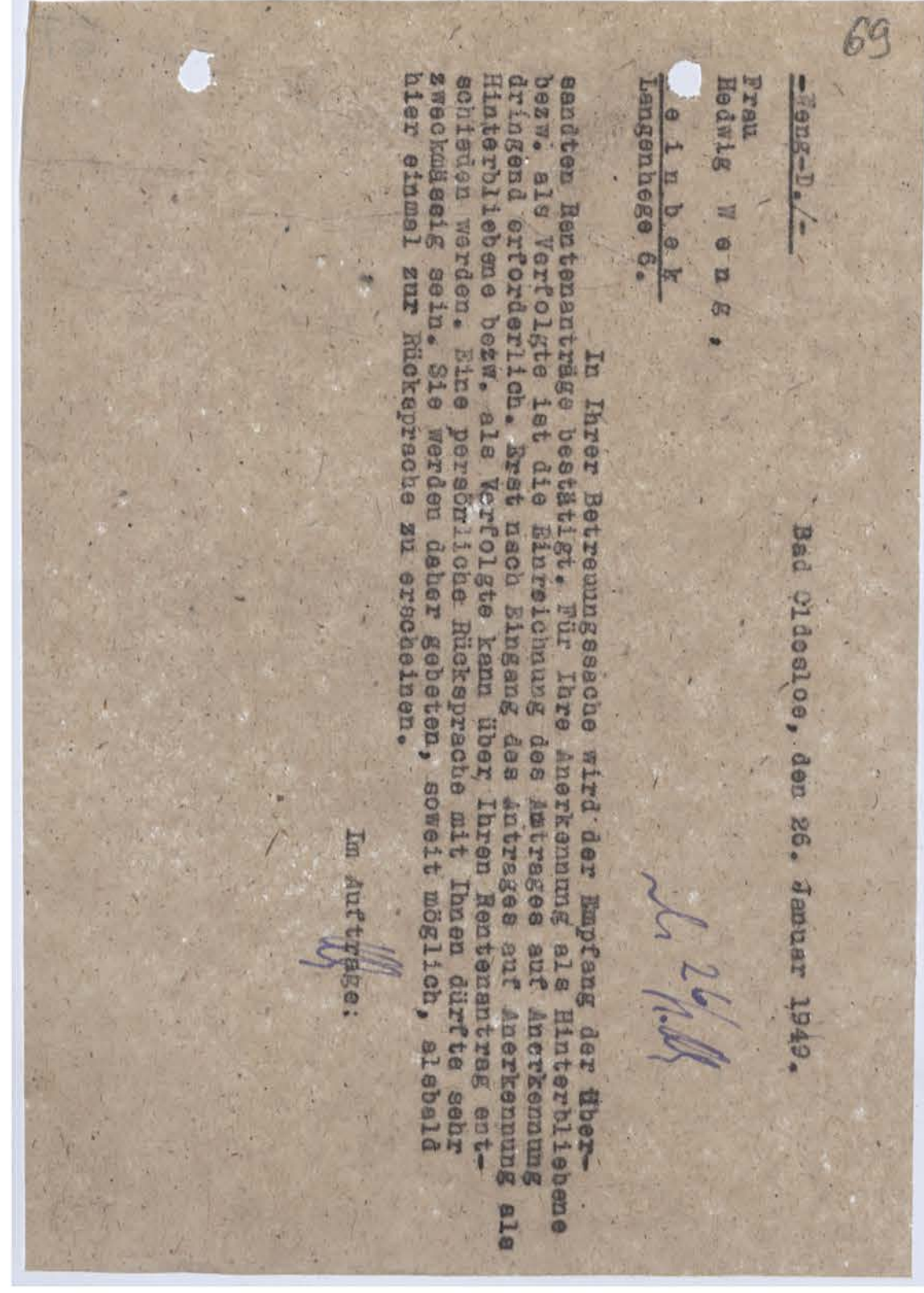
Erst heute ist es mir möglich Ihr Schreiben zu beant-
worten, da ich längere Zeit krank war u. trotzdem meinen
Arbeitspflicht nachgekommen bin. In dieser Zeit ist mir mit
leider der Auftrag auf Anerkennung als Direktionsbezugsw.
als Vorgesetzte abhandelt gekommen. Dafür möchte ich
eine Überzeugung eines solchen Auftrages bitten.
Anfangs Juni beabsichtige ich persönlich bei Ihnen vor-
zutreten. Welchen Wochentag Sie mit mir zusammentreffen
wollen Sie bitte mir dieses gleichzeitig mittheilen.

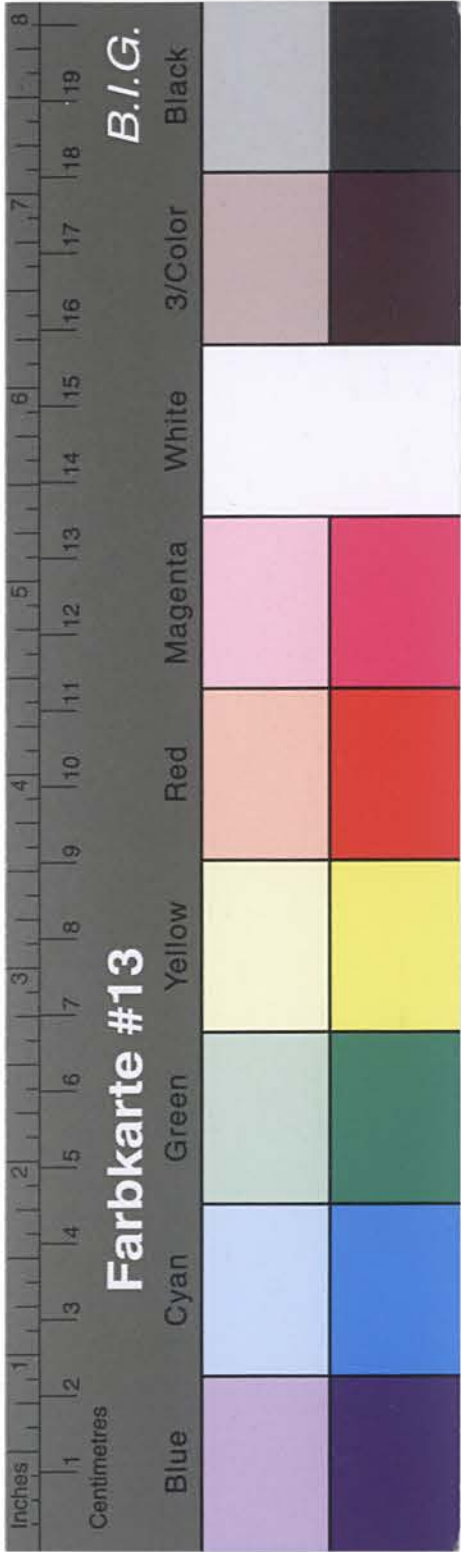
Mit vielen Dank,

For Hedwig Weng, geb. Wulke

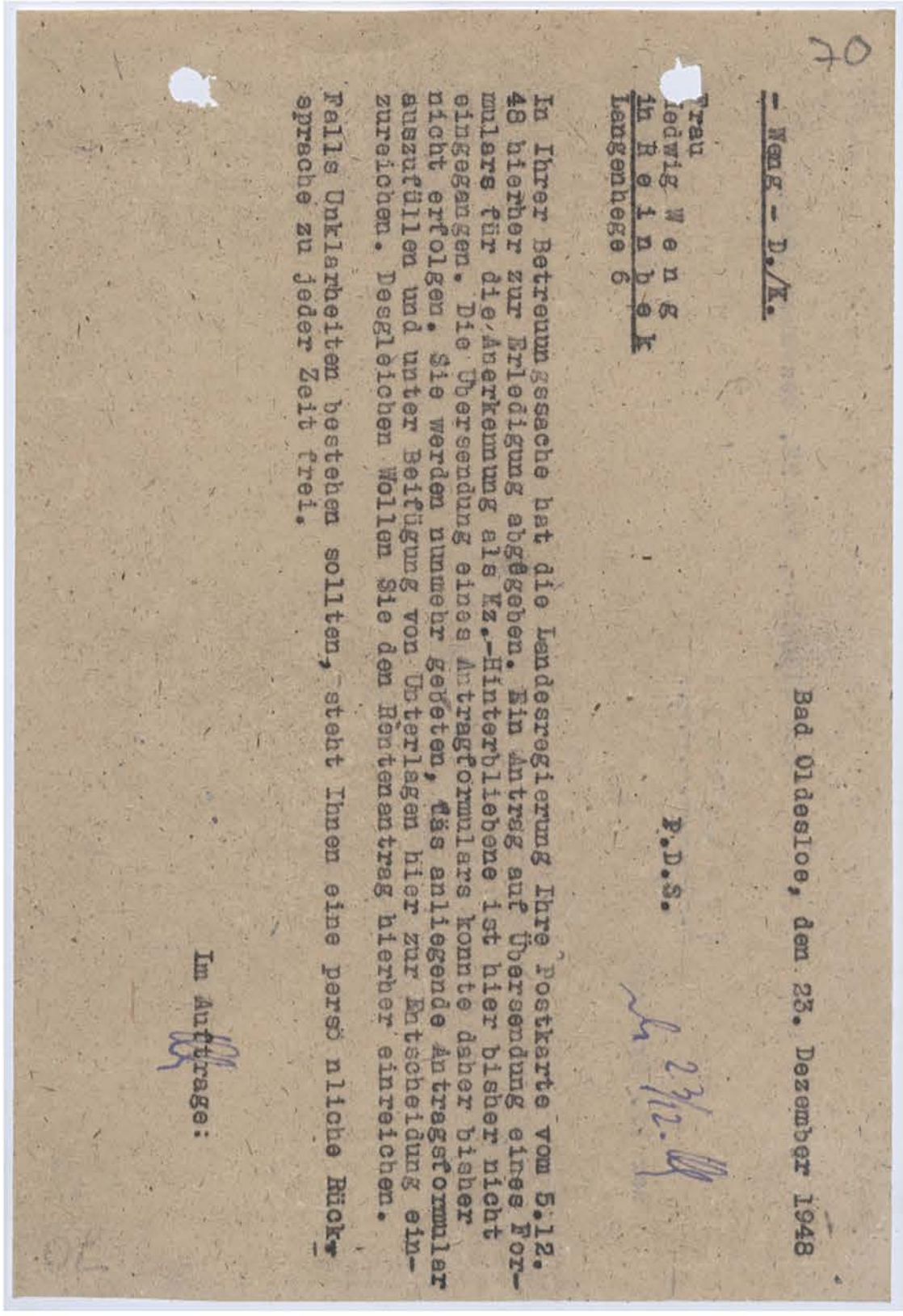
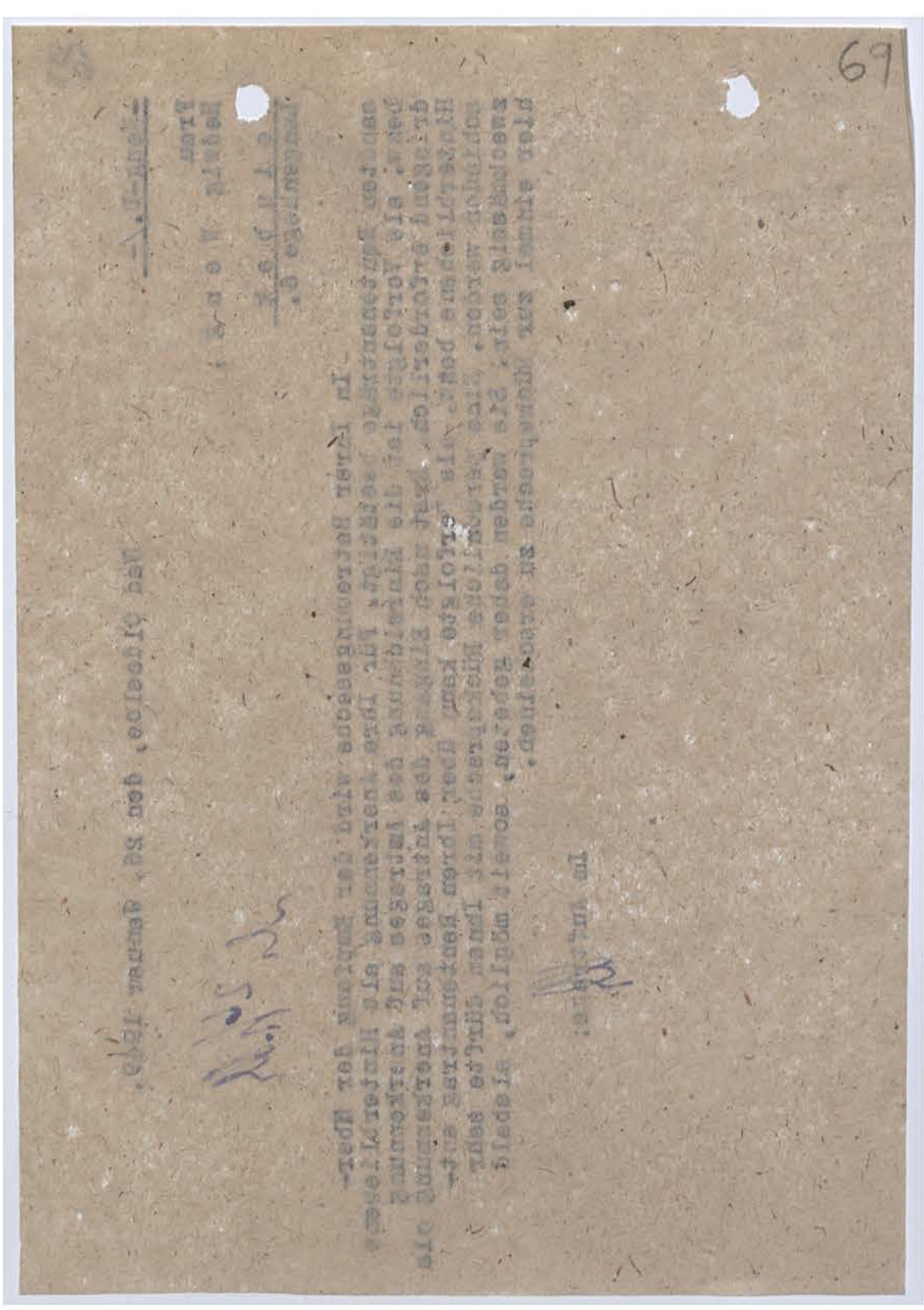


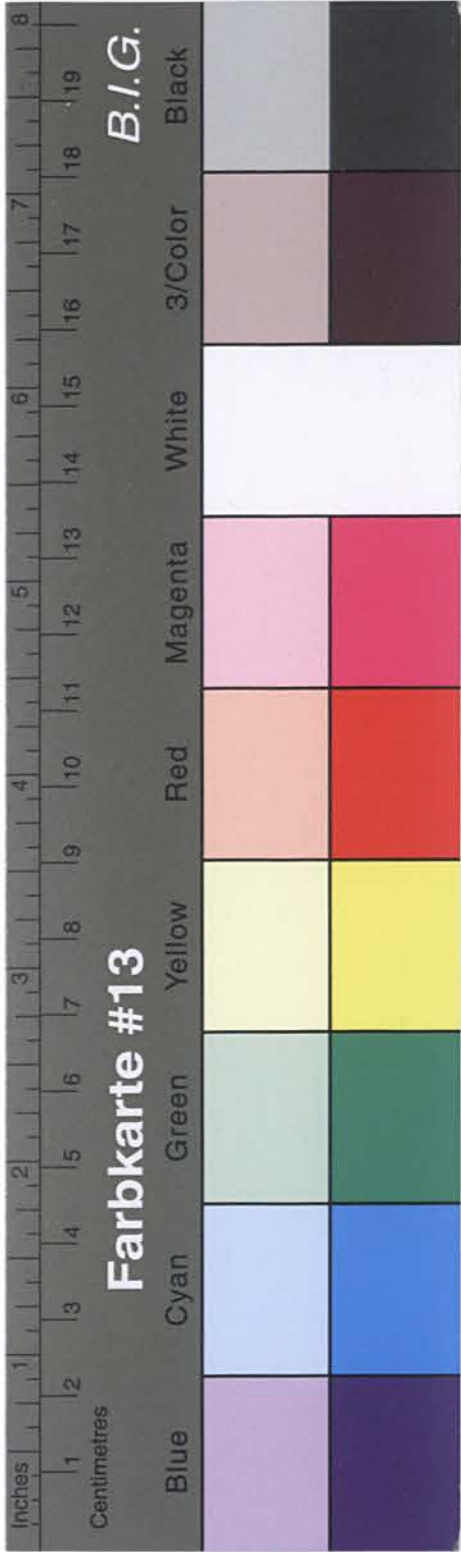
Kreisarchiv Stormarn B2



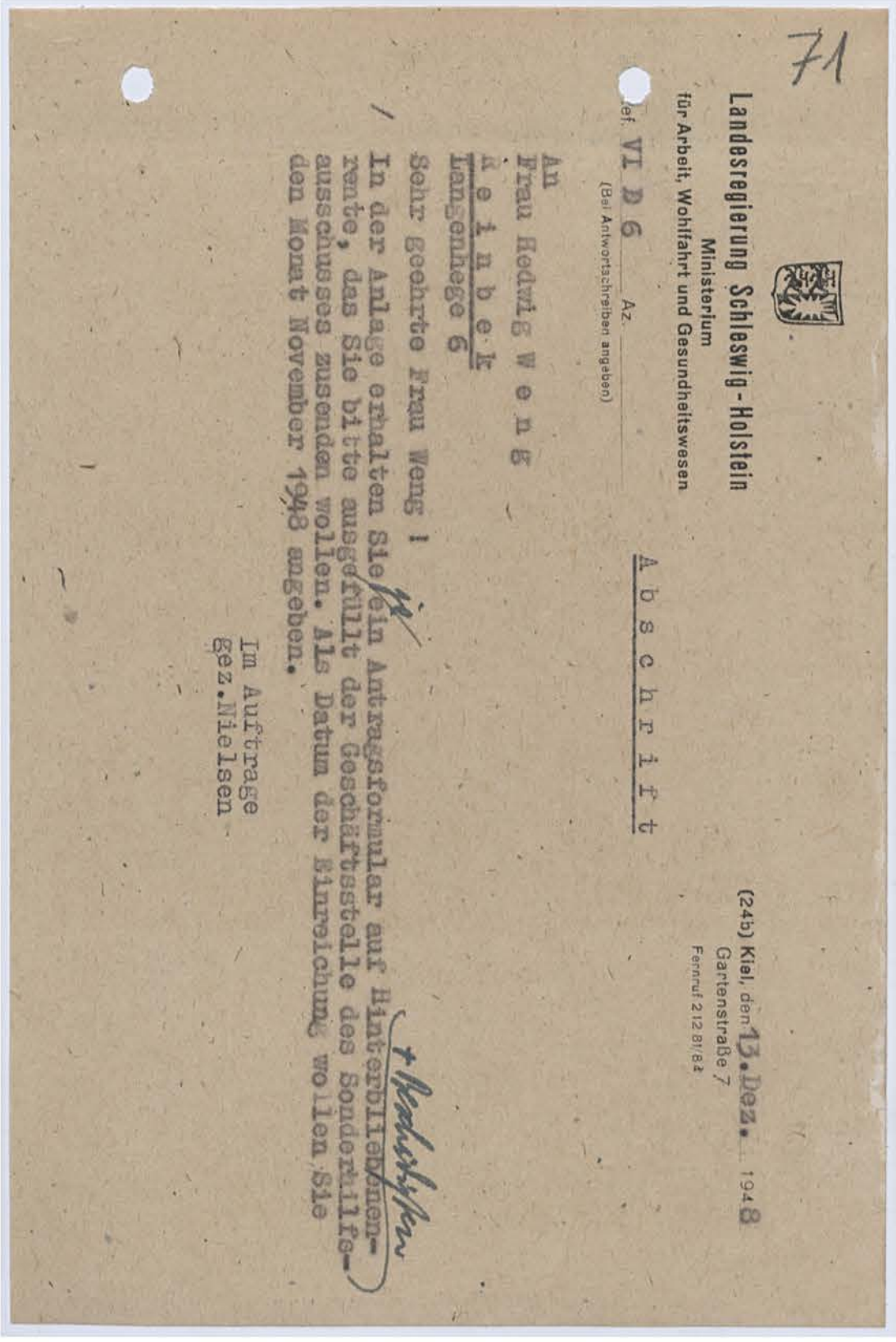
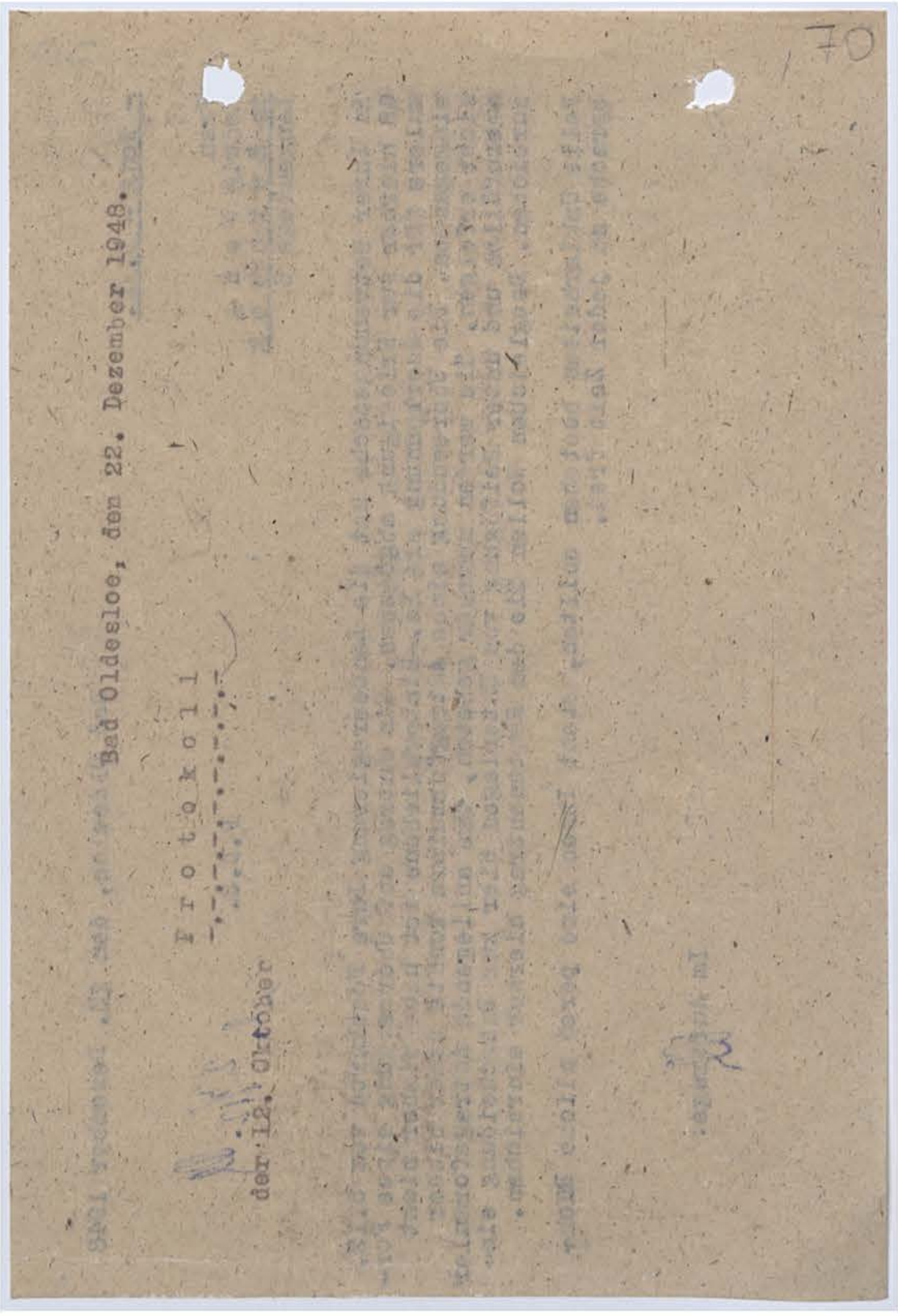


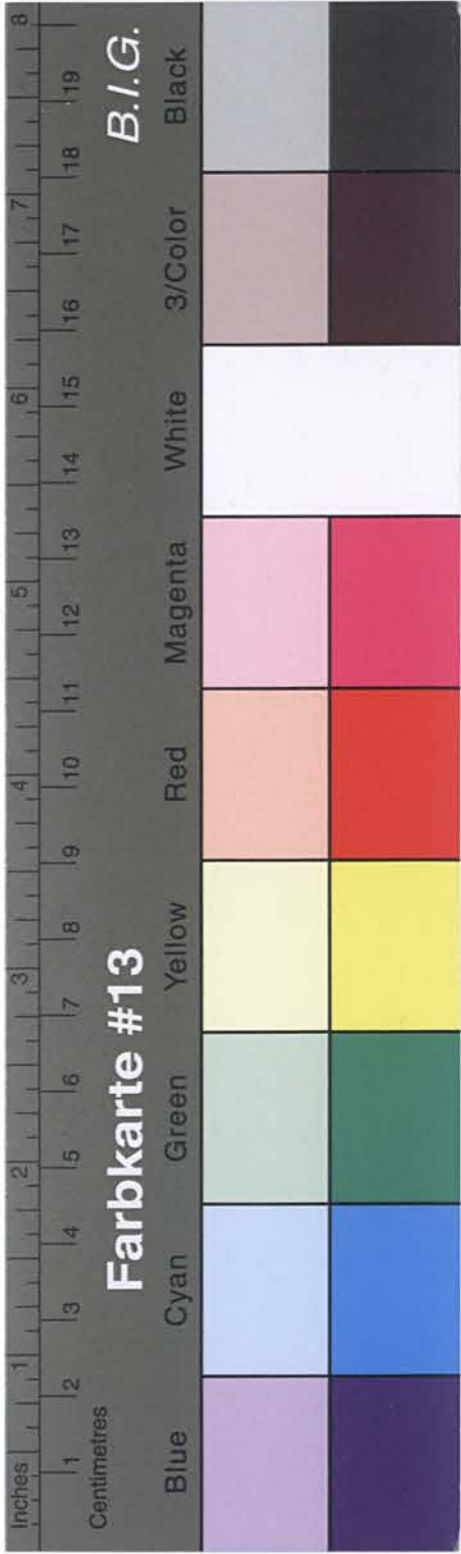
Kreisarchiv Stormarn B2



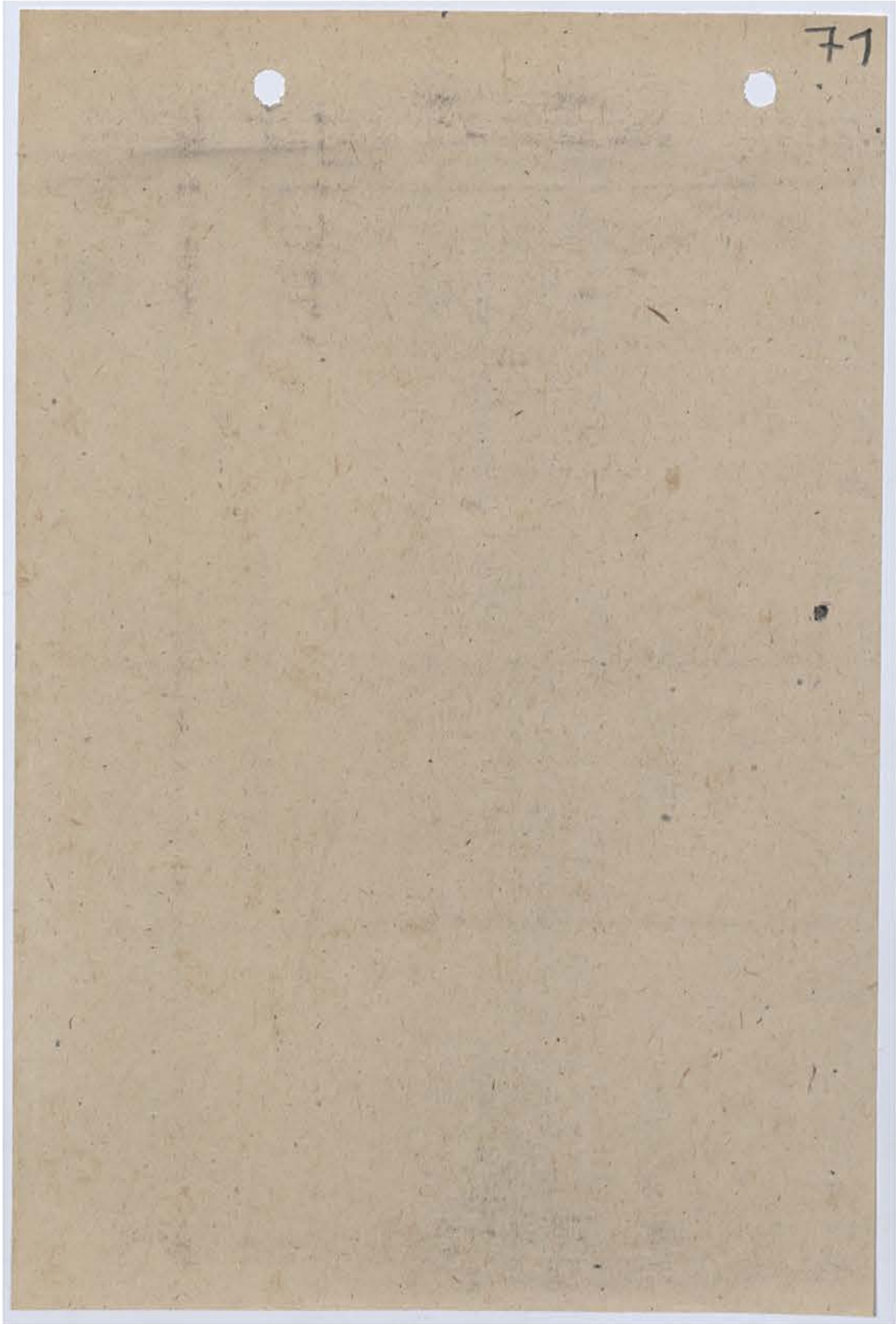


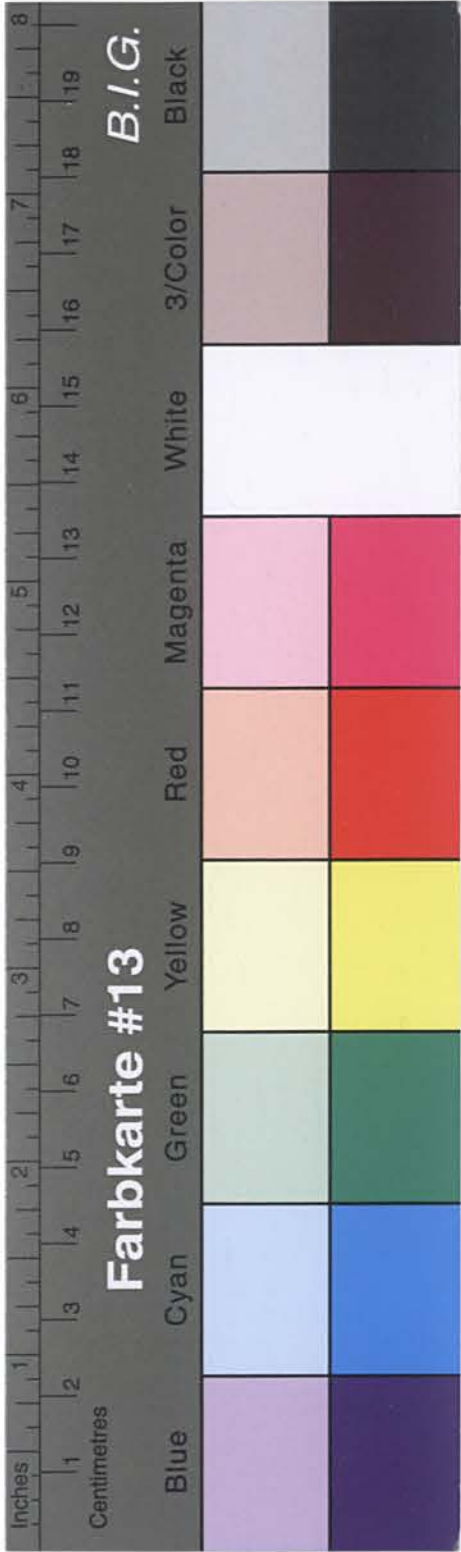
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Reinbek, d. 5. 12. 48.

Da Ministerium für Arbeit, Wohlfahrt u. Gesundheit
weshalb, Abt. Landeswohlfahrt für d. Verrichtung der
Opfer d. NS d. Kinderheile Bittg ist dem folgend
ausgesprochen. Durch d. hierige Fürsorge ist mir das
Merkblatt zum Antrag auf Beschädigtenrente v. 20.
August 1948 bekannt worden. Um einen solchen Antrag
zu stellen, habe ich vom Landeswohlfahrtsrat einen
zuständigen Landesverwaltung in Bad Oldesloe, ein sub-
mittiertes Formular erhalten. Das Blatt ist kein
Bescheid, sondern ein d. formale Formulare mit
Erklärungen. Daher gestatte ich mir die folgende Anfrage
ob ich von Ihnen ein solches Formular erhalten kann,
in dem ich einen Antrag mit Belegen ebenfalls bei
Ihnen einreichen darf.

73

Landesregierung Schleswig-Holstein
Ministerium
für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen

Ref. VI D 6 Az. (für Antwortschreiben angeben)

An die
Kreisverwaltung des Kreises Stormarn
Sonderhilfsausschuss für OGM
Geschäftsstelle
Oldesloe

Betr.: Antrag auf Beschädigtenrente
Frau Hedwig W e n g, Reinbek, Langenhege 6

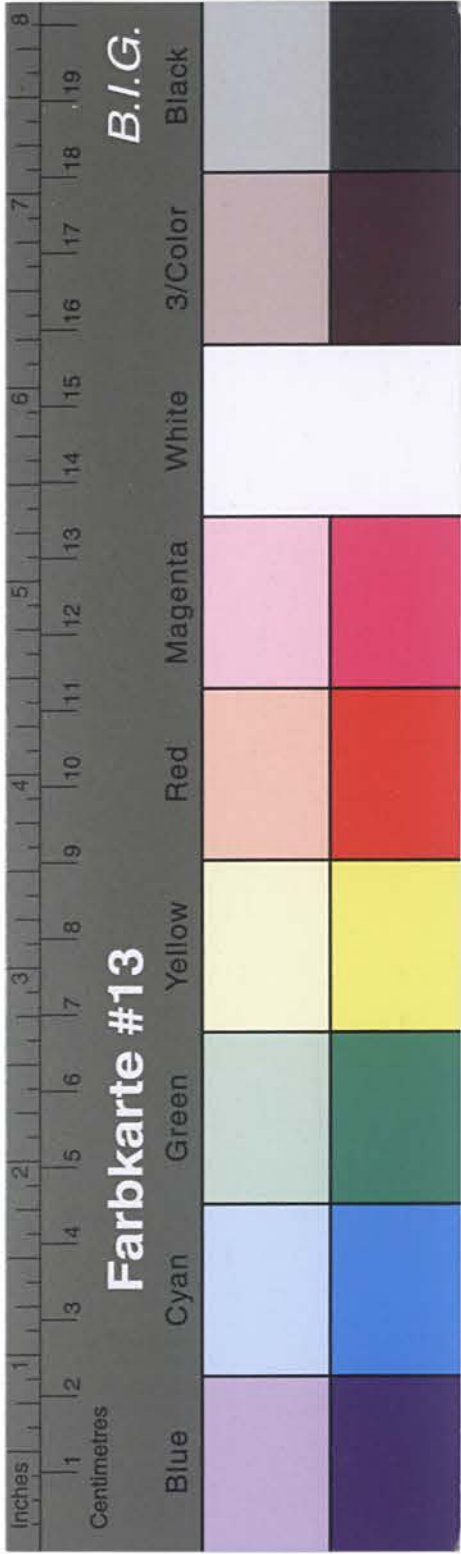
Anliegender Vorgang wird zur sofortigen Erledigung übersandt.
Es empfiehlt sich, nicht nur ein Merkblatt, sondern auch gleich
einen Antrag zu übersenden.

Frau W. ist lt. Anlage geschrieben worden. Sie werden um Mitteilung
gebeten, aus welchem Grunde Frau W. auf ihre Anfrage das Antragsfor-
mular nicht übersandt worden ist.

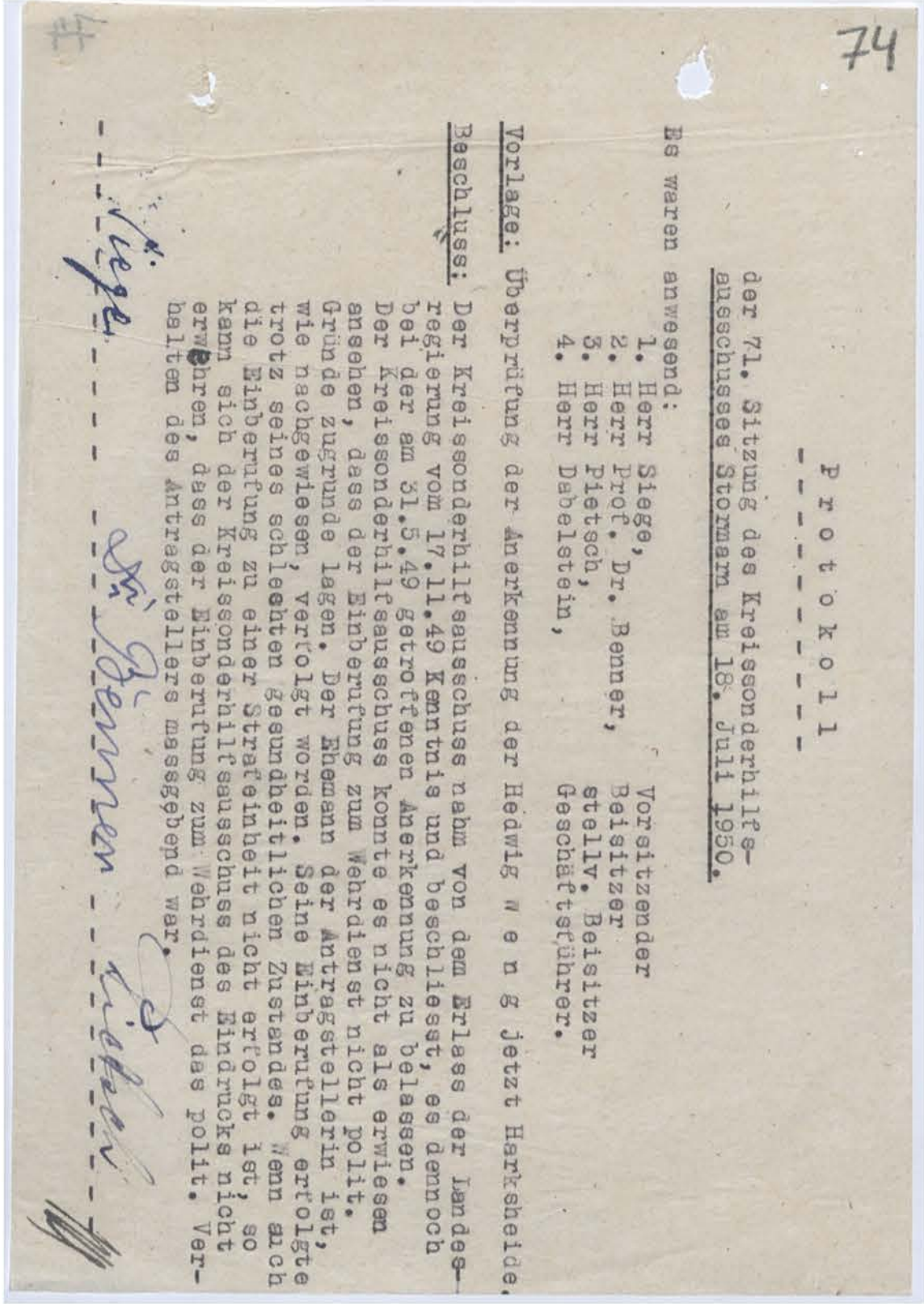
Im Auftrage
H. W. W. W.

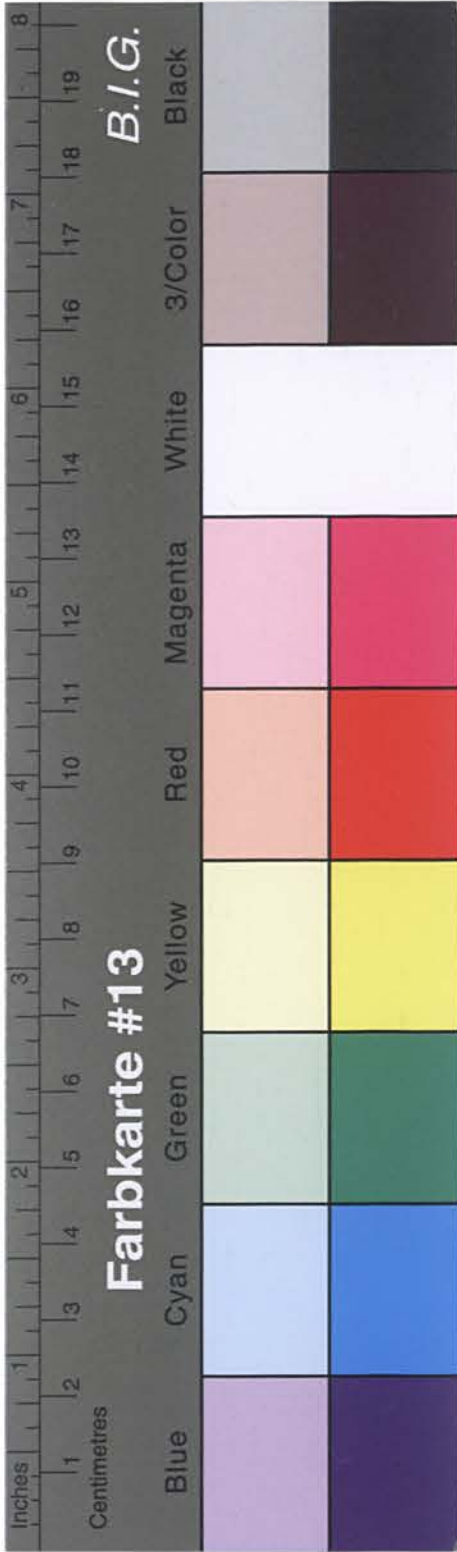
10.12.48
10.12.48

(24b) Kiel, den 13. Dez. 1948
Gartenstraße 7
Fernruf 2123/164

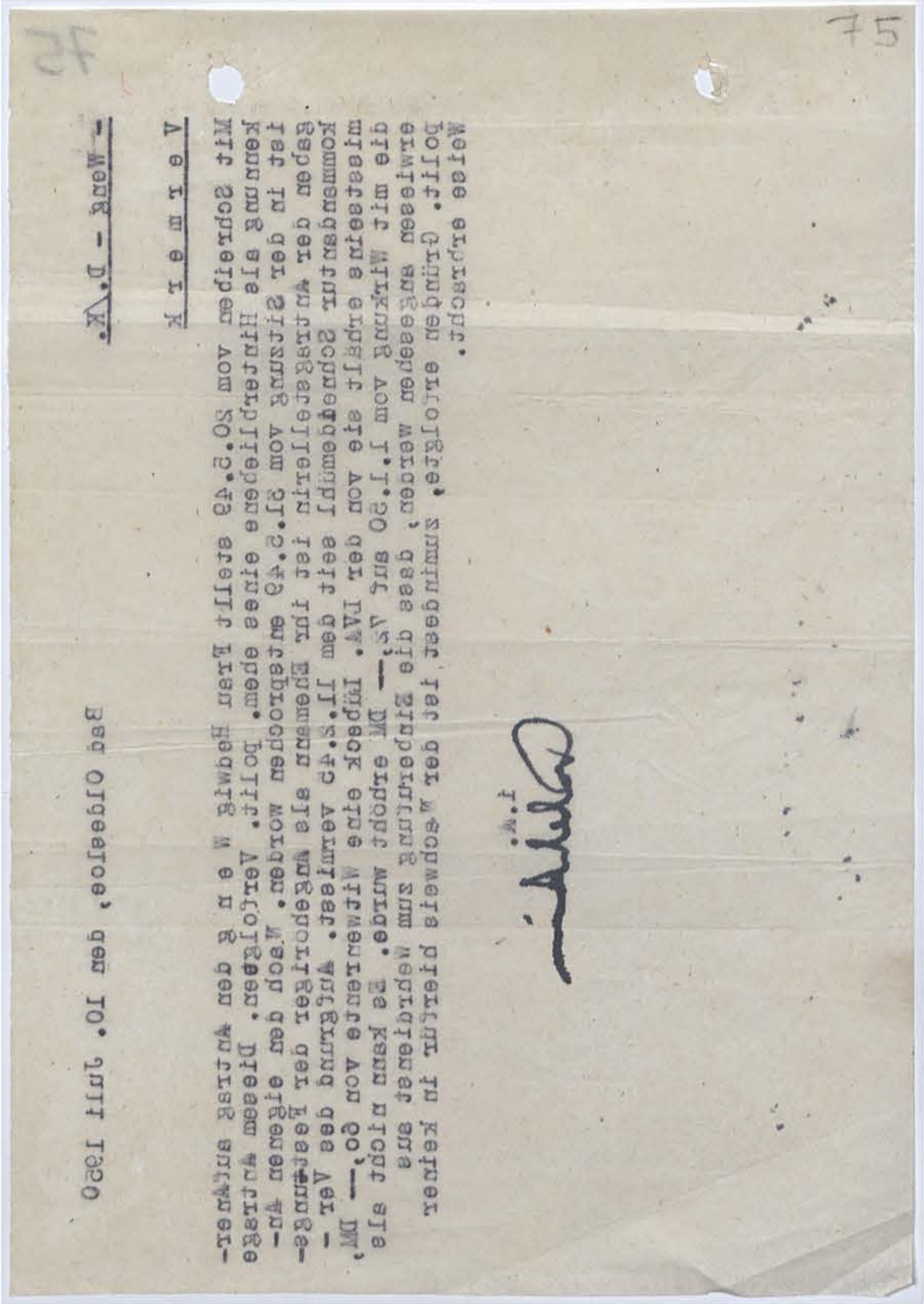


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Reinbek, den 25. Juni 1949 76

Aufenthaltsbescheinigung

zur Vorlage bei Kreisverwaltung Stormarn

Hedwig Weng geb. Walden

geboren am 10.6.08 zu Graudenz

ist im hiesigen Melderegister als ledig verheiratet verwitwet geschieden

Religion r.kath. Staatsangehörigkeit Deutsch

zuletzt vom 12.10.48 bis --

jetzt ununterbrochen

vom -- bis --

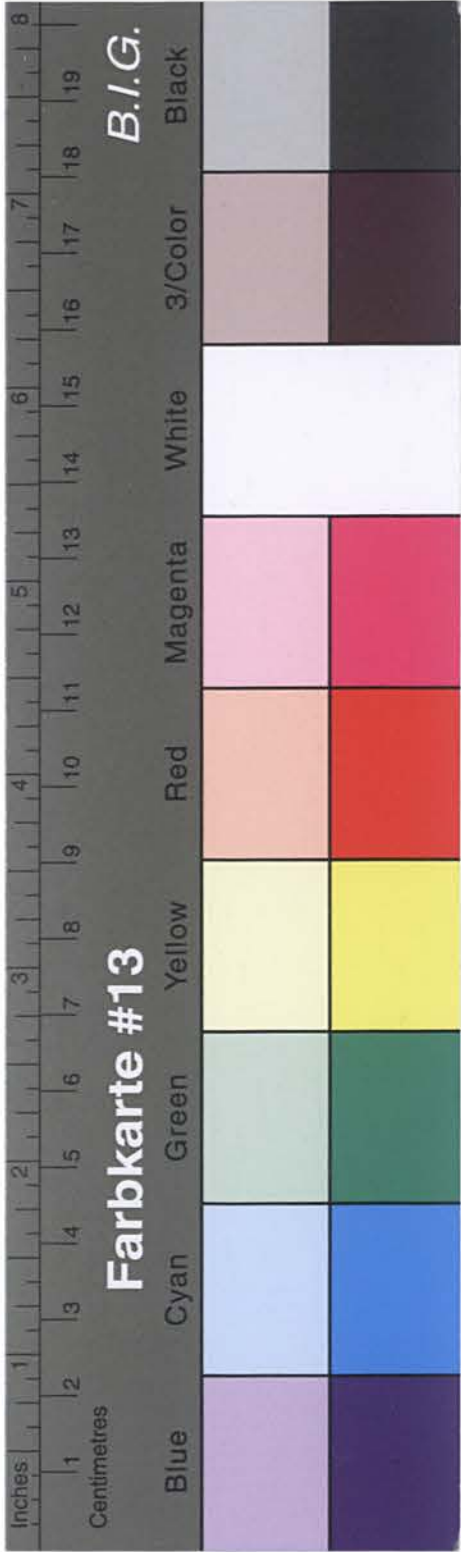
vom -- bis --

gemeldet gewesen

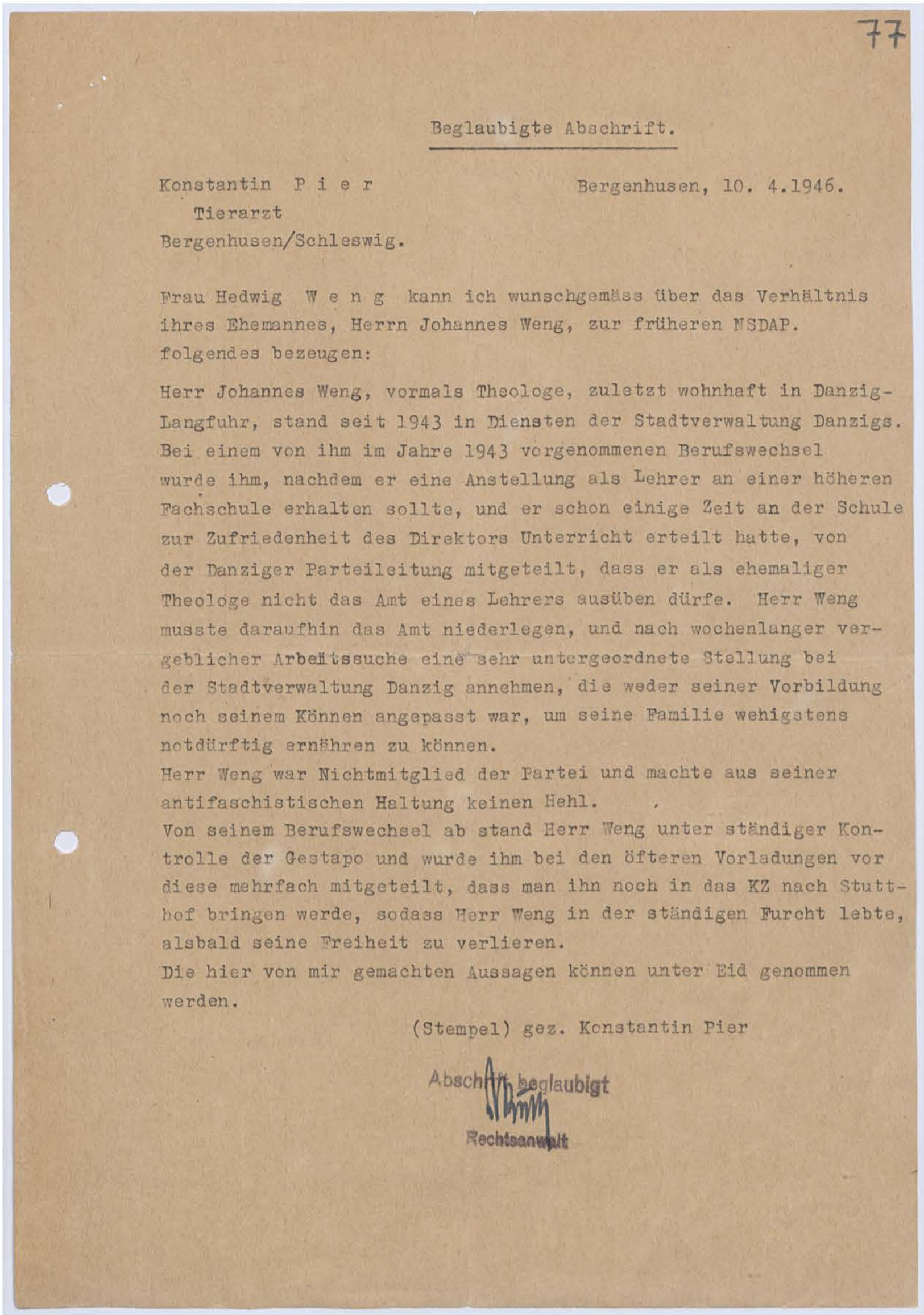
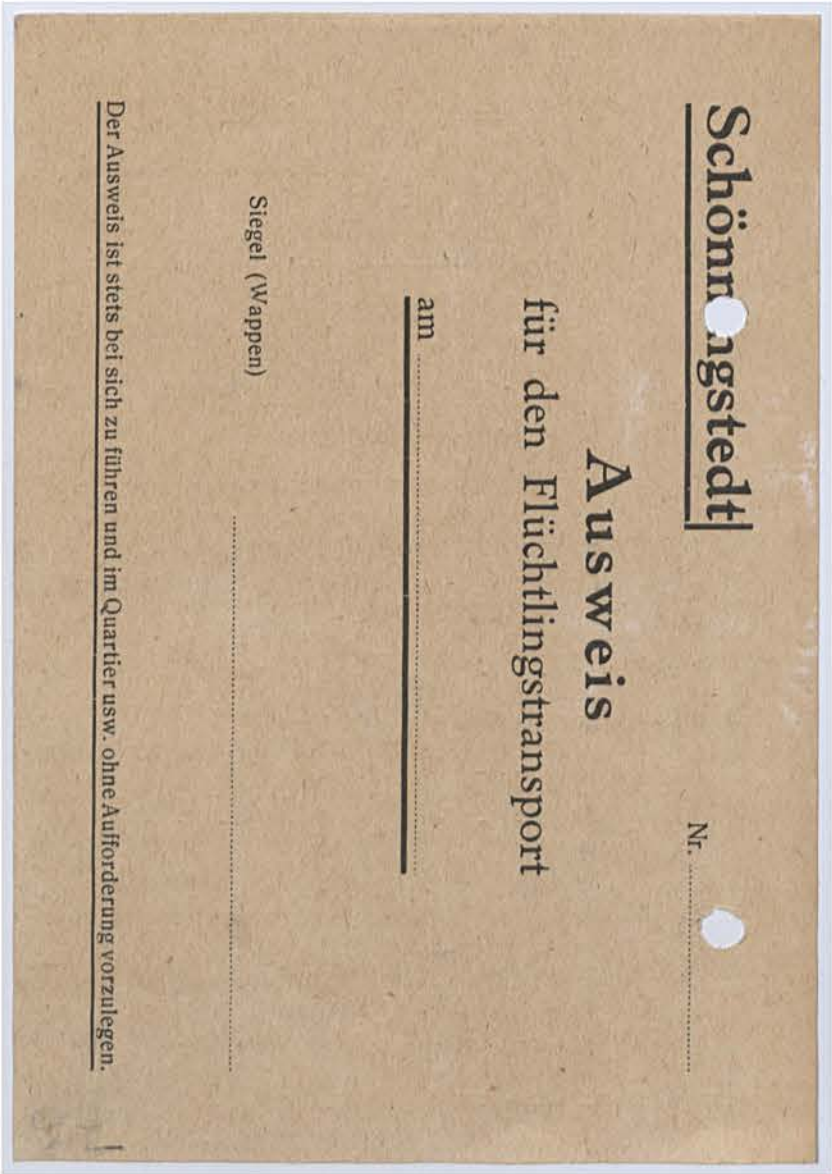
kostenfrei

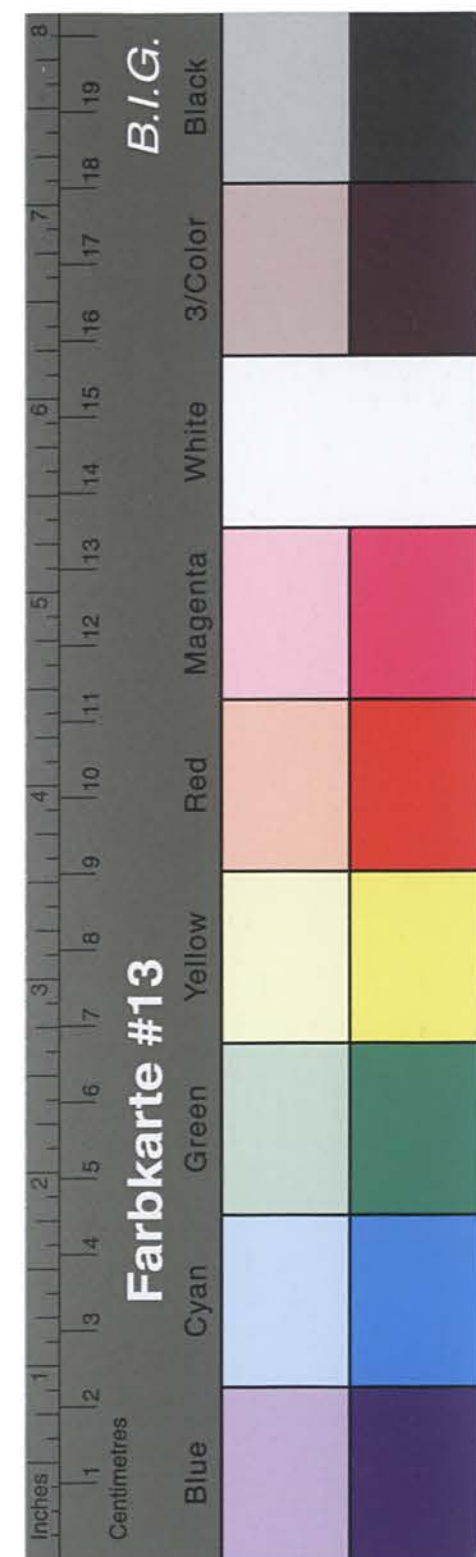
Einwohnermeldeamt Reinbek

Rud. Jürgens, DR 282, Reinbek, 5137500, M. A.

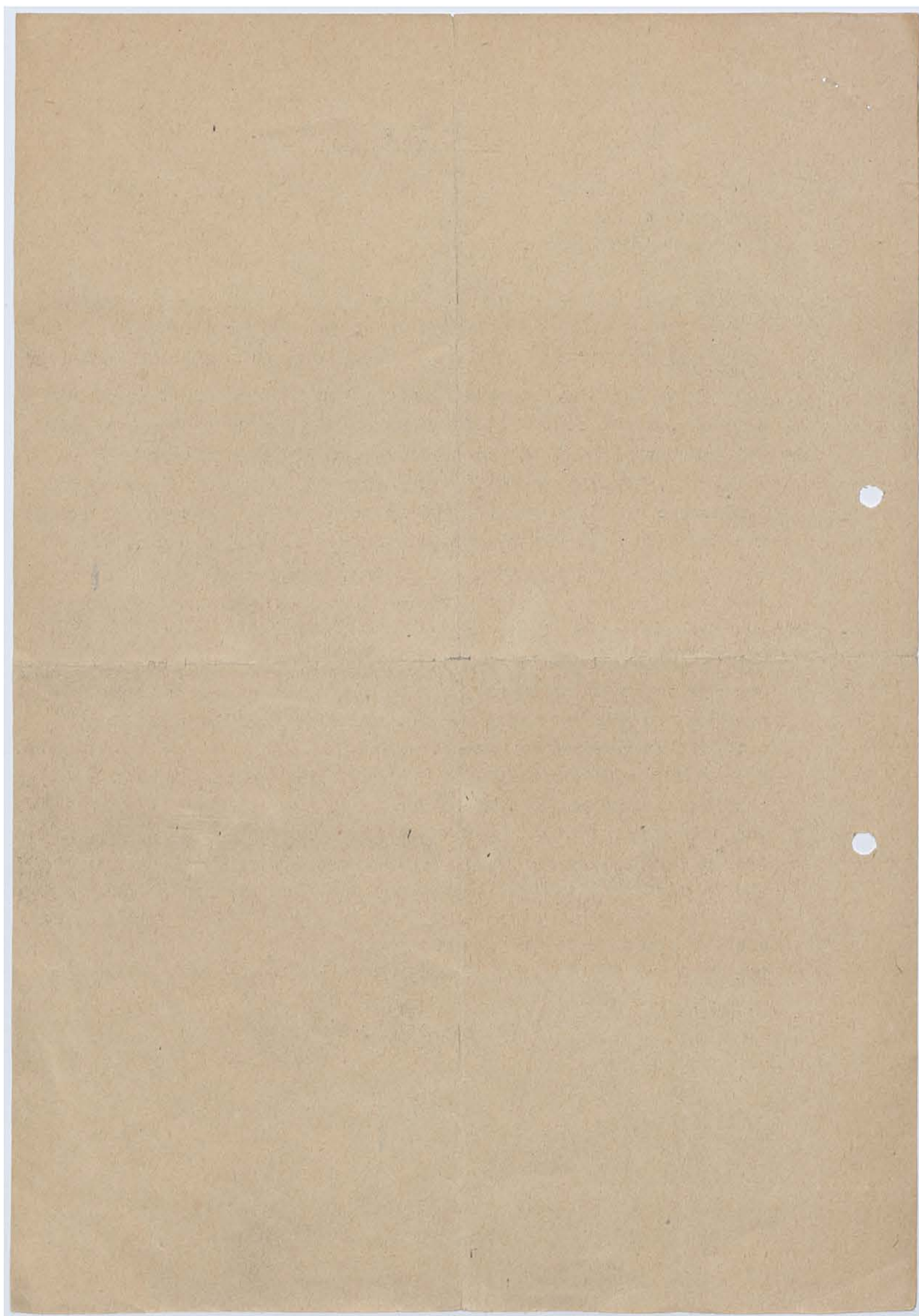


Kreisarchiv Stormarn B2

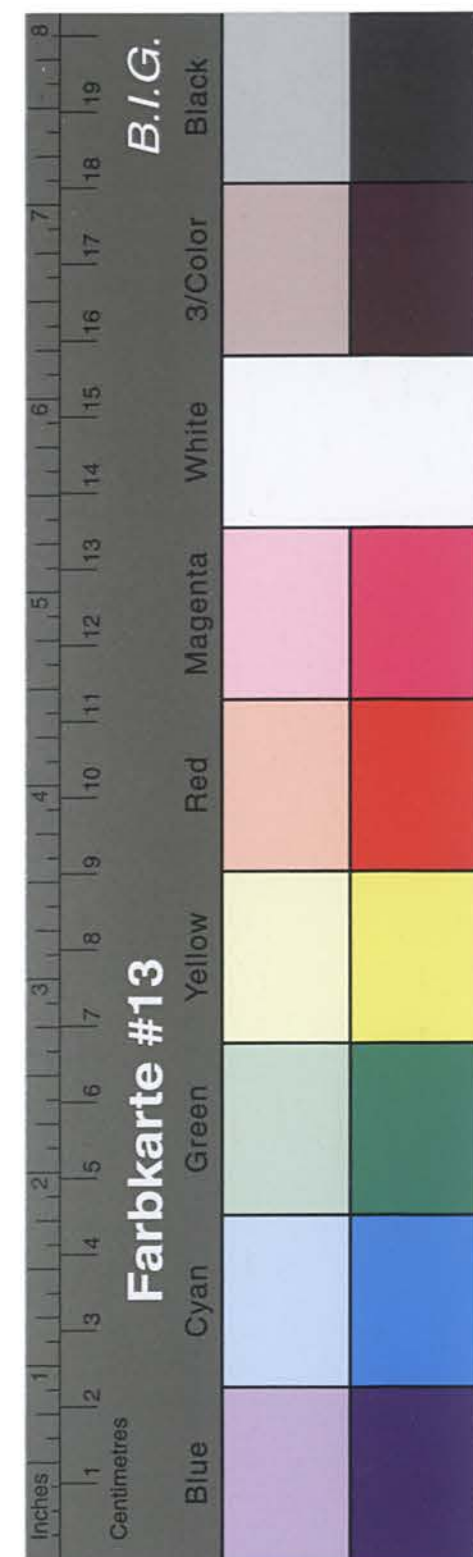




Kreisarchiv Stormarn B2



78
Hilfing bei der NSU, nicht vor dem Kausaligen für einfall
d. wenn man rechtzeitig in Freiheit gebracht werden, obwohl
ist H. aigl. Males von Dr. Uman / D. H. - Langpils (Freiburg)
als dingelicht in Freiheit gebracht werden sollte, da ist keine
Karte. nicht hatte. Dr. Uman (Kampfer selbst an Kämpfer typisch, das
weil es auch als Staatsanwalt seinzeit, jedoch nicht sagt nicht, die
müssen unbedingt heraus, aber ist das Menschheit, das diejenigen
die von d. Partei erwartet werden, je mehr können können,
denn auf illegales noch können sie nicht mehr nach (in einem
Krieg von d. Freiheit aus: 2. Kinos). Dann innerhalb 2 Kinos offen
in. verhängt wird, ist zu Jugendarbeiten von d. Rotten u. Polen
beendet wird, das ist an der Geschichte auf d. Kinos.
Lage bleibt in. mit infolge der ungesunden Ungerwöhnung
in. Kinosarbeiten bei Hängen, die lebensgefährliche
Leiden zugehen habe. Es ist nicht alles wegen u.
weil es gewesen, das ist nicht allem sonst nicht ganz
ganzlich verloren habe? Es ist das Dank immer das
Landes, das Tote in. nicht selbst. wie polit. Hilfen nicht
so beliebt werden? Wohl dann, das nicht der Beste nicht.
Denn Kinosarbeiten in. bei d. Obersten jeder
fall offen ist aber immer Dank aus, denn ist nicht
Vertrauen meine Angelegenheit nicht.
Das ist zum Hilfen von d. Lüge an den K. - Kinos
stellen, wie weit ist man für den neuen Beitrag der Wirtschaft
mehring (auf fünf d. fin. Kinos, das alles) in. Lüge können.
Im politischen Falle nicht ist nicht im Kinos eines selbst
Kinos.
Kinosarbeiten
Kinosarbeiten. geb. werden.



Kreisarchiv Stormarn B2

4-1/9

Reinbek, den 14. Dez. 49
Langehege 6

Kreisarchiv Stormarn
15. 12. 1949
Reg.Nr.

An
den Kreisvorsitzenden
des Kreises Stormarn
in Bad Oldesloe

Ihr Schreiben vom 6. d. Mts. hat mich ungemein
überrascht und mich äußerst niedergestlagen. Denn es ist
mir unverständlich, wie der Bundesvorsitz in Kiel die Aus-
weisung für mich beantragt, die unter dem 31. Mai d. Jts.
von Ihnen, dem Kreisvorsitzenden dochfalls, mir angepro-
schen ist. Denn dürfen derartige Schikanen, Verfolgung, wochen-
lange Arbeitslosigkeit auf Grund der fehlenden Einkommens, mehr
unbegreifliche Zerschmetterung, Zwangsbehandlung zum Notkassendienst,
Abzug des Befähigungszeugnisses vom besagten Hauptamt, als meine Stamm-
anstellung im Kreisarchiv in Langehege (siehe), so später bei d. Arbeits-
gemeinschaft in nicht mehr einseitig, dann nach
Kantons Wiedereinstellung ohne eigtl. Unterweisung dem Stellungsbesitz
z. Unkenntnis schickte, sind als zum letzten Augenblick nicht kon-
trolle des Geschehens stand in. Dieses von S. S. Hauptamt
Langehege hin- und hergeschleppt worden ist und es, wie das
schon zu meinem Namen in. mich sagte: "ist lange dafür, daß
es nicht mehr zur Ruhe kommen!" Bedenkt es heute nicht
mehr, daß ich nicht nur ein Kind, trotz der notwendigen

(24) Reinbek, den 30. Nov. 49 ⁷⁹
Langehege 6

Zehr. Beihilfe
Erpäng. z. Auftrag
v. 18. 7. 49.
Po. Wi. Gü. 7/8 A

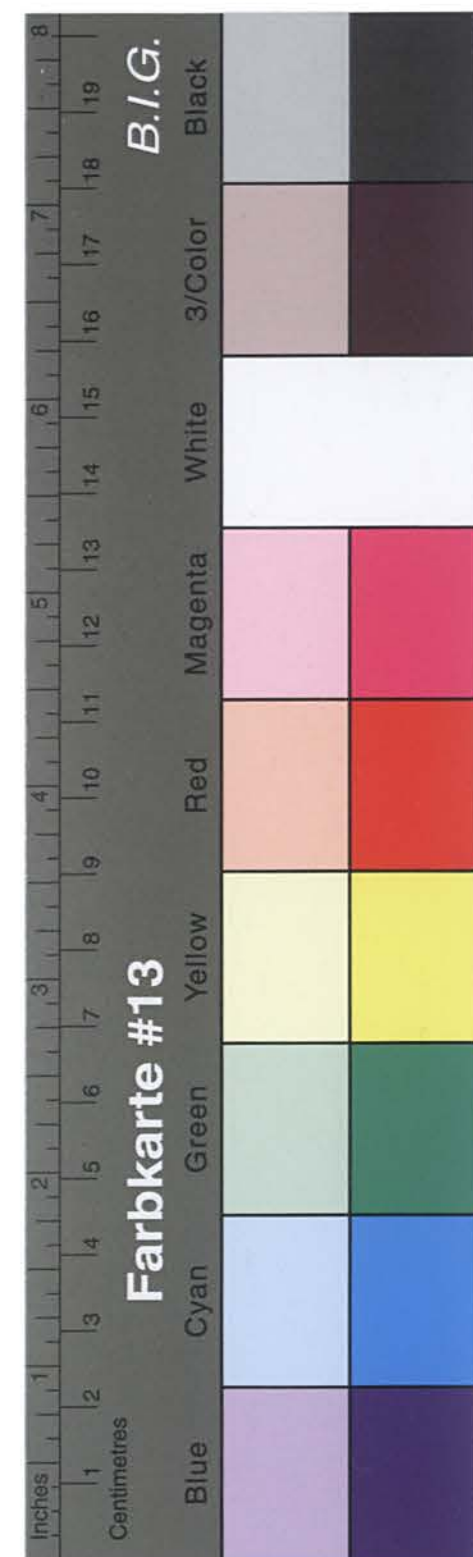
Über den Kreisvorsitzenden
des Kreises Stormarn in Bad Oldesloe
gerichtet ist mir dem Ministerium des
Inneren, Abt. Po. Wi. Gü., nachstehender
Bittentwurf zu unterbreiten:

In Erpängung des Auftrags vom
18. 7. 49, für dessen Bewilligung ich heute dank-
bar beglückwünsche auf m. Schreiben v. 2. 8. d.
Jts. mit Beil. eigtl. Abt. d. h. Dr. Degen zweites
Erpängung m. Beil., die ist am 30. Sept. 49
wegen langer Krankheit v. m. Dienststelle,
den 15. 10. d. Jts. Glück, entlassen.

Am 12. 10. 49. wurde ich vom Amtsdirektor d. Haupt-
amt in Oldesloe für 3 Monate arbeitsunfähig erklärt.
Bis zum 26. Juli d. Jts. bin ich noch fort-
gesetzt in eigtl. Beurlaubung in. schalte mir weiter
Trübsal. - Kündigen Spr. geht ohne Rücksicht
Tagest. in. auf. Weiterkante.

Um meinen äußerst schlechten Gesund-
heit zu stand auf natürl. Abz. Boden,
brauche mein Körper sehr gutes Essen und
völlige Ruhe. So verleihe mir der vorgesetzte
gewählte Lebensstandard für mich ungemein.
Hingegen kommt ein bevorstehender Wohnung
wechsel, da m. Wirtin einen Raum bezieht,
der mir ein alleiniger Wohnen in
1 Holz-Land mit Garten verschafft.
Dank den monatl. Mietpreis von 30.- DM
(Abzahlung) kann ich es somit als eigenheim
erwerben.

An
die Landesregierung
Lk. wip. Holstein
Ministerium d. Inneren
Abt. Po. Wi. Gü.
in Kiel
Landeshaus



Kreisarchiv Stormarn B2

Als von den Polen völlig enteignet u.
mittellos eingewiesener habe ich bezügl. des
Lebensbedarfes im Sept. den Antrag auf Haus-
ratshilfe gestellt, der noch unbeant. auf d. Fenster
in Reimbeck liegt. Mein Wohnungsverlust soll
aber am 15. Dezember erfolgen. So bedarf
ich dringend einer Hilfe, um die nötigen
Möbel (Stuhl od. d. Stuhl), wie auch Hausrat
(Waschkübel, Wannen etc.) anzuschaffen.
Außerdem fehlt es dann an Hausbrand, da ich
bisher kostenlos im Zimmer hatte.

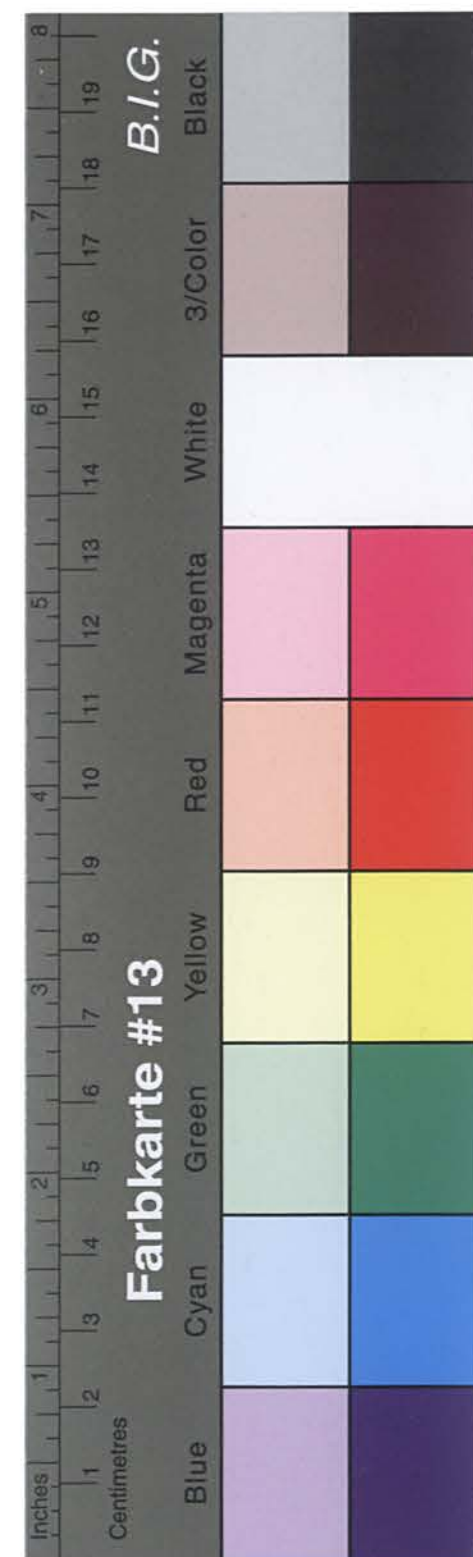
Mit Rücksicht auf meine gesundheitliche
Notlage bitte ich das Ministerium der
Finanzen, Abt. Po. Wi. Sü., sehr herzlichst
meinen Zittgestüt zu unterstützen.

Für Ergebenheit
Frau Hedwig Weng, geb.
Walden.

1. Anlage

Zusatz zu meinem Antrag:

Als Danzig bereits unter Achillensbesatz lag, wurde ich in
der Frauenklinik b. Prof. Franzow in Lauscha eingebunden. Trotz
meines ärztl. Rufes war es mir nicht gelungen, noch vor d. Russen-
einfall aus Danzig herauszukommen. Ich hatte klinische Ausbildung
nötig u. war außerstande, durch die NSV, Lazarettzug bzw. selbst
Militärärzten Unterstützung zu werden. Am 22. 2. 45 gebor ich in einem
2. Zimmer; Frau lag Danzig eingekerkert. Achillensbesatz, Fortwaffenbesatz.
u. Kampftruppen waren gleichzeitig. Auslieferung an die Wehrmacht
hatte ich nicht in Hopfenstellung. Als d. Russen in die Keller-
räume schickten, die Kampftruppen waren sehr grausam, wir waren
mit Säugling u. Kleinkind aus den Armen gerissen u. ich 2 Stun-
den lang meine Schaps (Tasche) von Keller zu Keller getragen
u. 8 mal vergewaltigt. Keine Wunden, keine Lagen wie im Keller
auf gemacht, inmitten von Schmutz u. Leuten. Meinen Säugling
genommen ich aus 2 Stuhlblechen 1 Tag u. gab ihm alleine zu fressen.
Als die Kampftruppen weiterzogen, die Besatzung ~~vergrößert~~, wurden
wir zu Zwangsarbeitern (ohne Essen, ohne Geld) ~~verurteilt~~. Schwer-
ging die polnische Militärvor: jeden Morgen um 4 1/2 Uhr sollten
wir ins Deutsche mit aufgef. Gewehr, Zwangsarbeiter waren
wie tote Pferde vergewaltigt, Trümmerhaufen aufgeräumt, an
den Bahnhöfen gearbeitet. ~~Starb~~ in ~~zusammen~~. Der poln. Arzt
~~beurteilte~~ als "Ruine"! Mäkelbrett der Peitschendecke, Gesinn-
senkung, Vorfälle waren u. sind bis heute noch die Folge.
Ich arbeitete dann bis zur Ausweisung in 1 poln. Haushalt.
So kam ich Ende August 45 mit Transport nach Schweden
in Muckl. Um m. 2 jährl. Sohn u. Tochter u. Frau gehen zu
können, meldete ich mich zu 1 Stuhlhalterkennz. So erhielt
ich polizeil. Schutzbrief, Günstiger u. Lebensmittelskarten
Tageskarte nahm ich am Kirschen teil, nachts schliefte ich mit vor



Kreisarchiv Stormarn B2

in nicht erspürte in. Heute nach bekannten Prüfungen brach ich mit
den Nerven zusammen. Tägliches Nasenbluten drückte mich an den
Ausübung im Büro. Vom Arzt in Arbeitsamt erhielt ich Arbeitsbefreiung.
1946 kam ich in diese Zone, um in. Hier eine bessere Ernährung ge-
geben. Nach 14 Tagen Hierher kam er mir in Hamburg infolge
Übermüdung, Schwäche etc. Obwohl ich jetzt noch bei meinem
schlechten Gesundheitszustand Arbeitsbefreiung habe, aber (die
Überbleibenden in vegetative Nervenzustand), aber von der Furcht
überwältigt mit existieren kann, da ich kein Bett habe in. Es
mir an sämtlichen Dingen fehlt, das ich mit gezwungen
zu arbeiten. Da ich drückung auf den Beinen bin in nach der
Arbeit völlig erschöpft nach Hause komme, weiß ich nicht, wie
lange ich dieses durchstehe. H. Wieg.

81

Bad Oldesloe, den 14. März 1952.

P r o t o k o l l
-.-.-.-.-

der 92. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses Stormarn
am 14. März 1952.

Es waren anwesend:

a) Herr Siege,	Vorsitzender,
b) Herr von Schöning,	Beisitzer,
c) Herr Esser,	stellv. Beisitzer,
d) Herr Dabelstein,	Geschäftsführer.

Vorlage: Überprüfung der Anerkennung der als Hinterbliebenen
anerkannten Hedwig W e n g in Harksheide.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst einstimmig,
die früher ausgesprochene Anerkennung zurückzuziehen.

B e g r ü n d u n g .
-.-.-.-.-

Die Antragstellerin ist von dem Kreissonderhilfsausschuss
Stormarn als Hinterbliebene anerkannt worden aufgrund der Tatsache,
dass ihr Ehemann während der Nazizeit gewissen Anfeindungen ausge-
setzt war. Er ist jedoch zu keiner Zeit seiner Freiheit beraubt
worden, insbesondere nicht in ein Gefängnis, Zuchthaus, Konzentra-
tionslager oder eine Strafeinheit der Wehrmacht eingeliefert worden.
Der Ehemann der Antragstellerin ist als Angehöriger der Festungs-
kommandantur Schneidemühl seit dem 11.2.1945 vermisst. Die Einbe-
rufung zum Wehrdienst bedeutet keine Massnahme im Sinne des § 2 des
Rentengesetzes, da er keiner Strafeinheit, sondern einer normalen
Truppen- oder Garnisonseinheit zugeteilt worden ist. Wenn der
Ehemann der Antragstellerin heute als vermisst gilt, so nicht durch
Verfolgungsmassnahmen im Sinne des ODN.-Rentengesetzes, sondern
höchstwahrscheinlich als Soldat infolge Kriegseinwirkungen.

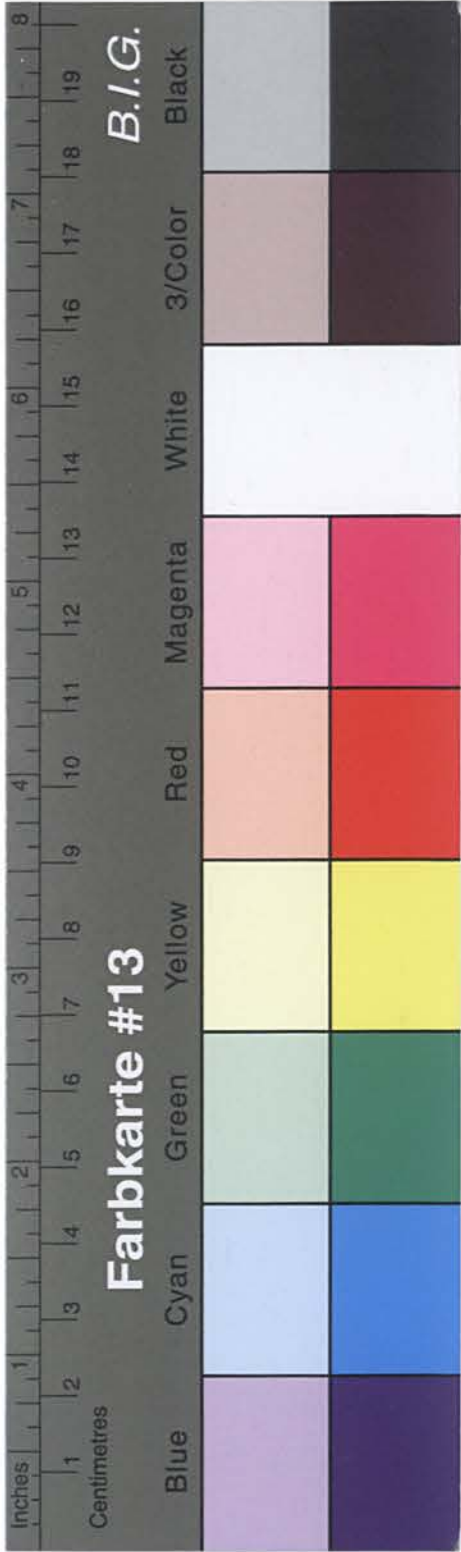
Wie somit festgestellt wurde, sind die Voraussetzungen
nach dem Gesetz vom 4.3.1948 heute nicht mehr gegeben. Die früher
ausgesprochene Anerkennung als Hinterbliebene im Sinne des Gesetzes
vom 3.4.1948 war daher, wie geschehen, zurückzuziehen.

Gegen diesen Beschluss steht der Betroffenen das Recht
der Beschwerde innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung an den
Landessonderhilfsausschuss in Kiel zu. Die Beschwerde wäre zu
begründen und bei dem Kreissonderhilfsausschuss Stormarn einzureichen.

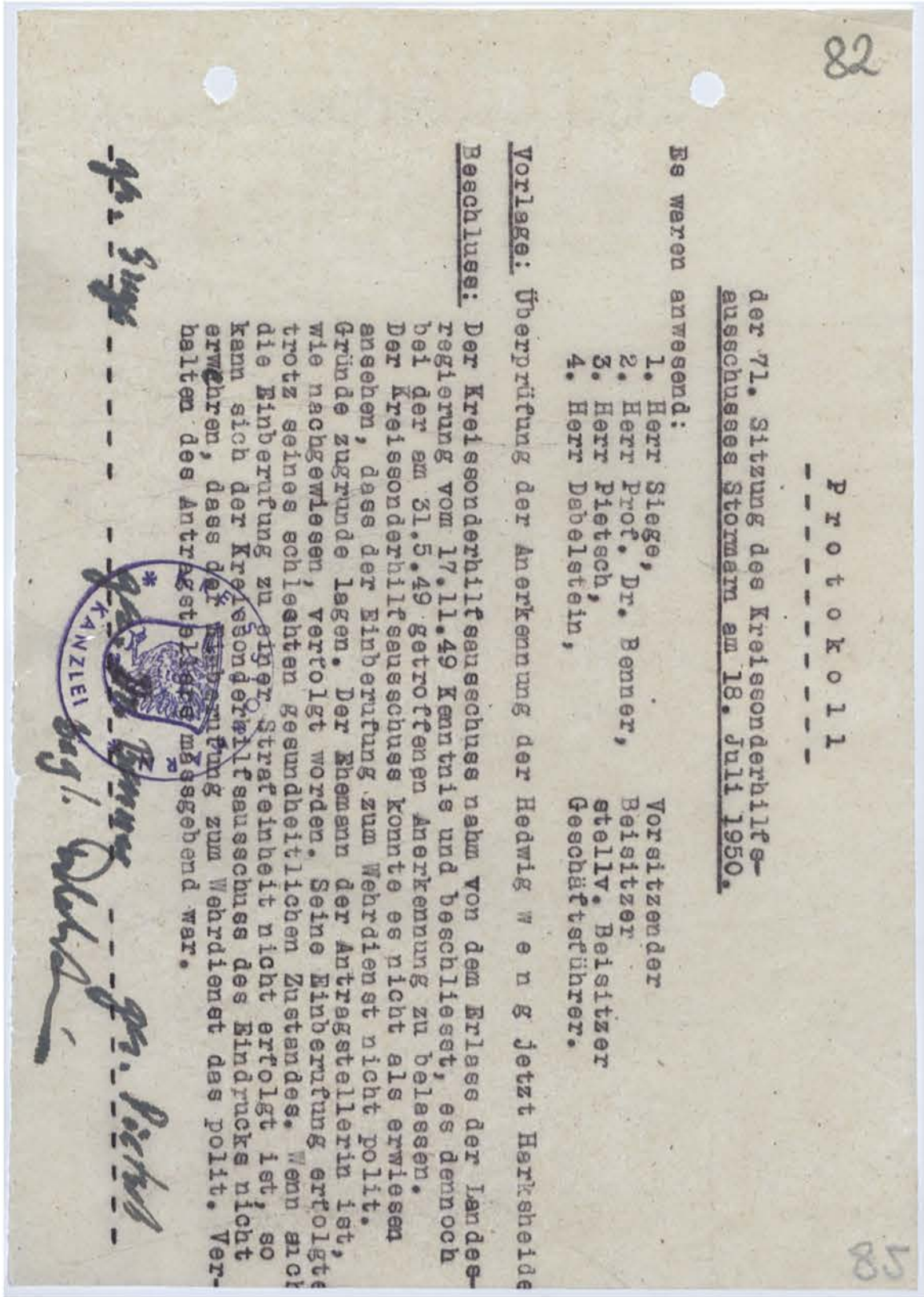
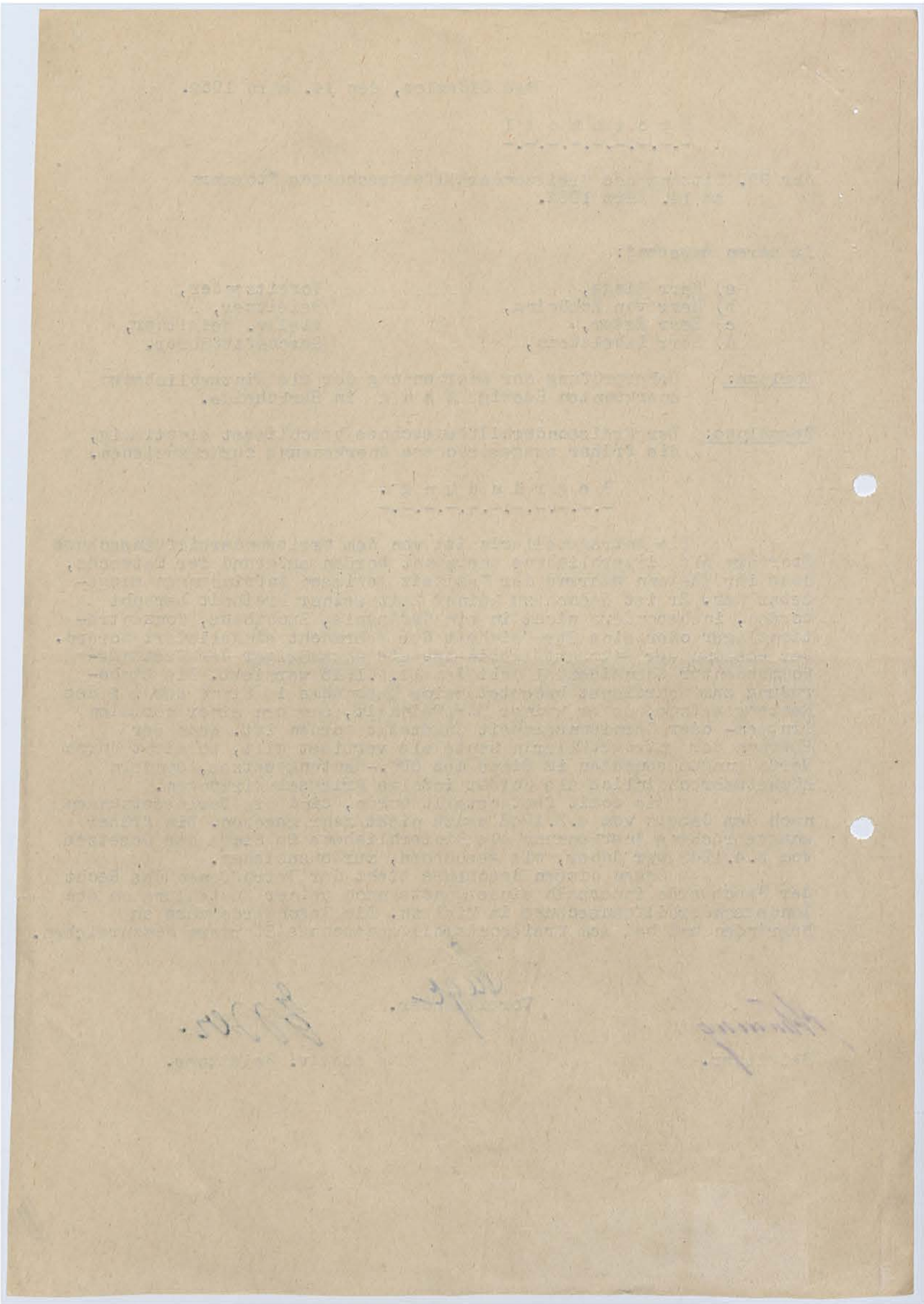
Siege
Vorsitzender.

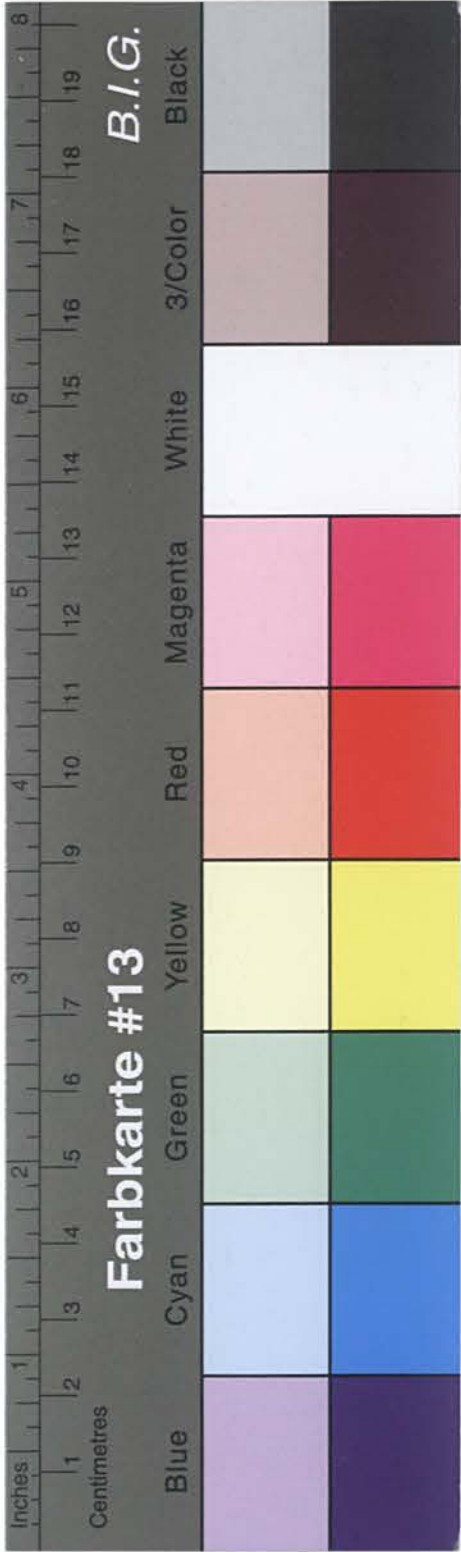
Esser
stellv. Beisitzer.

von Schöning
Beisitzer.

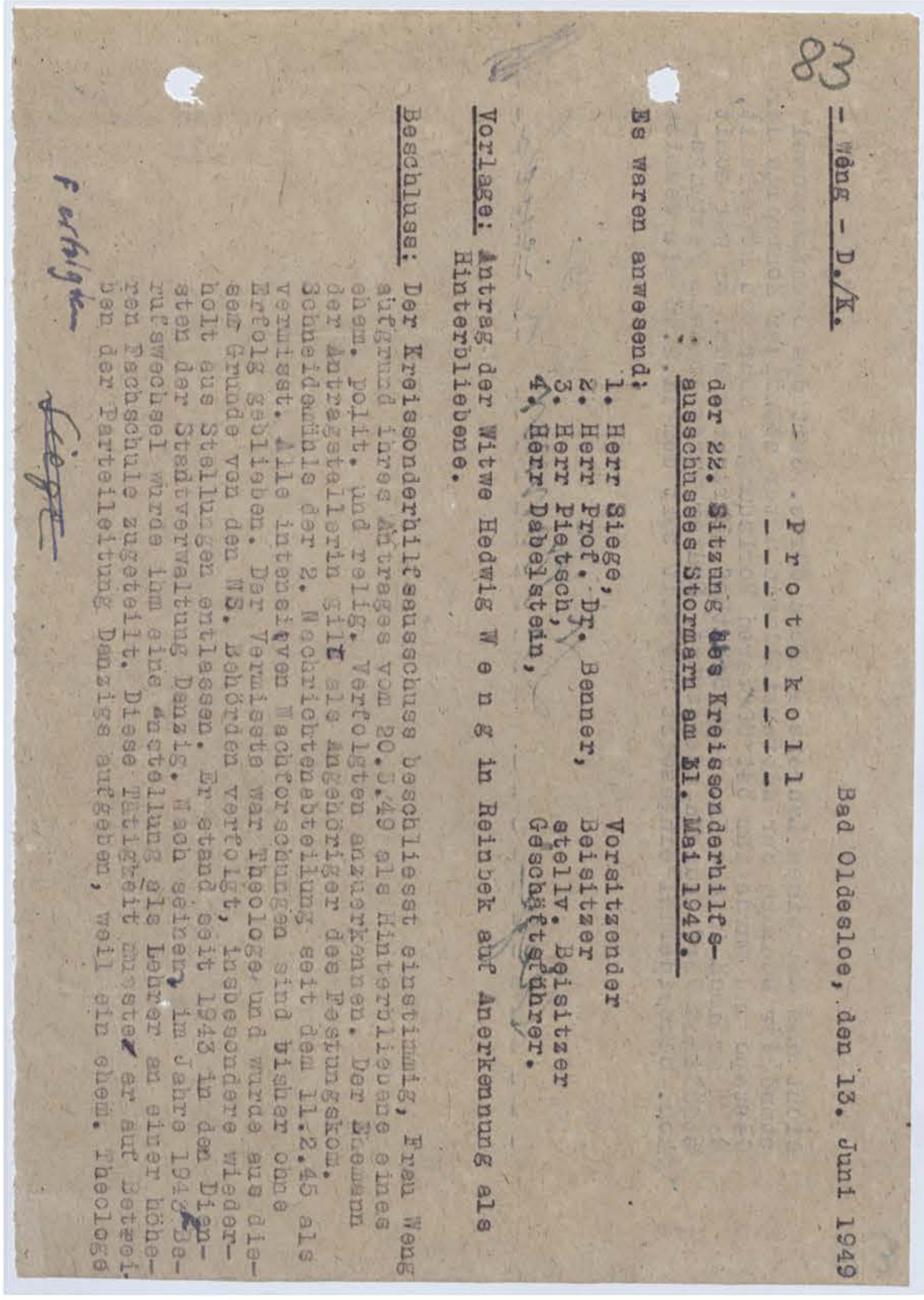
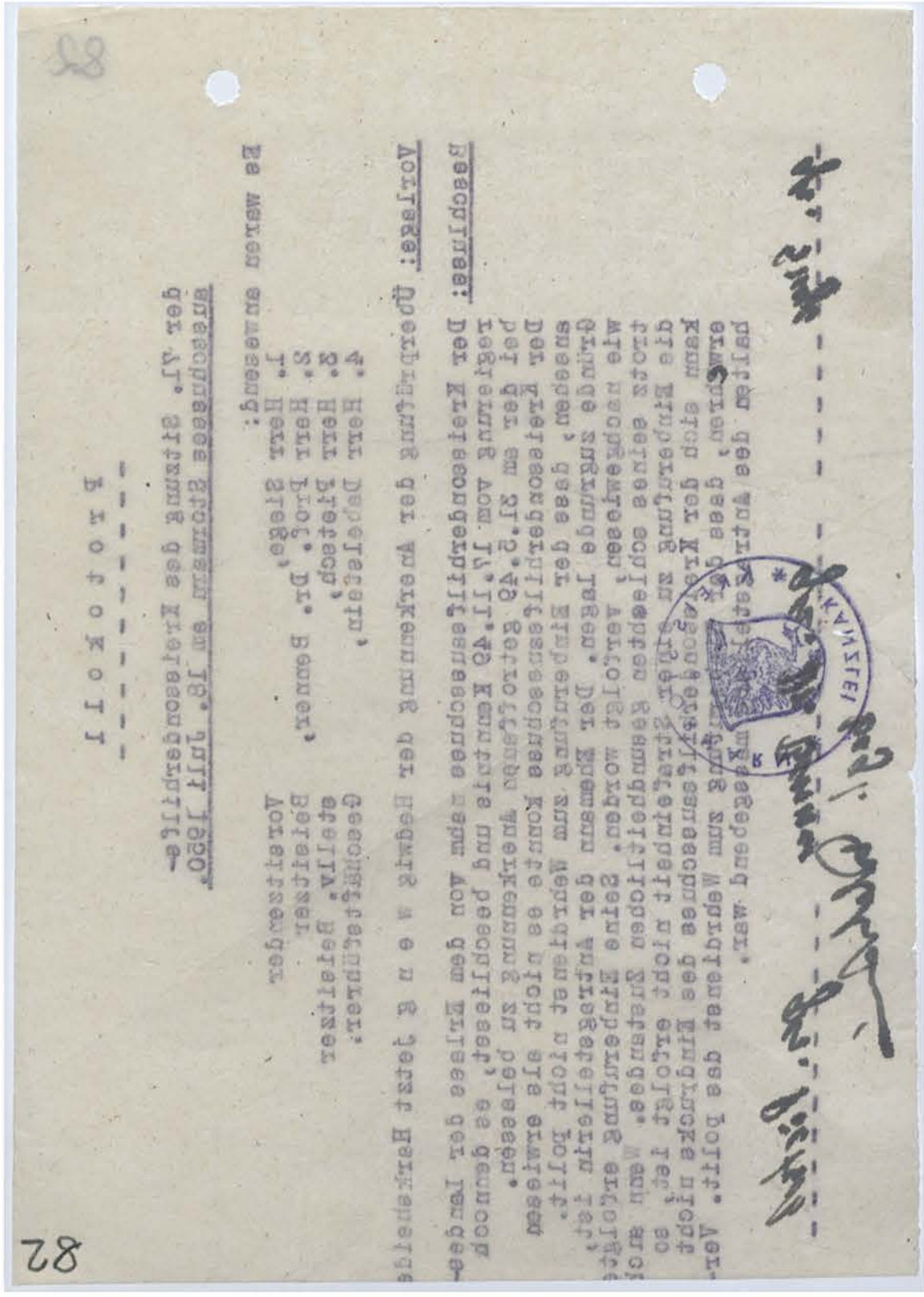


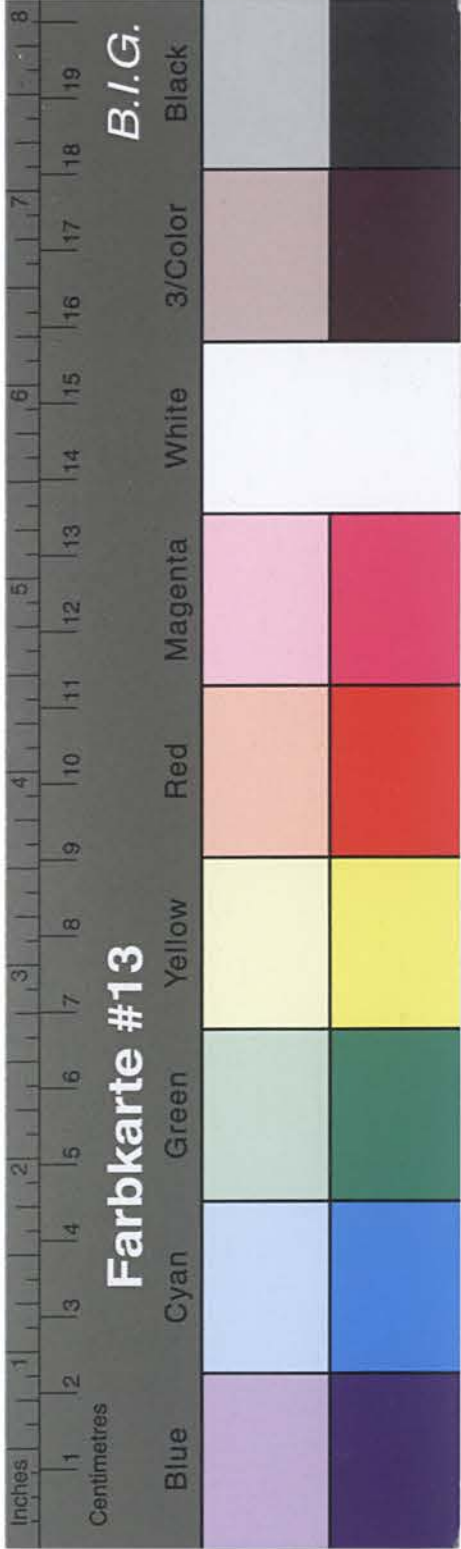
Kreisarchiv Stormarn B2



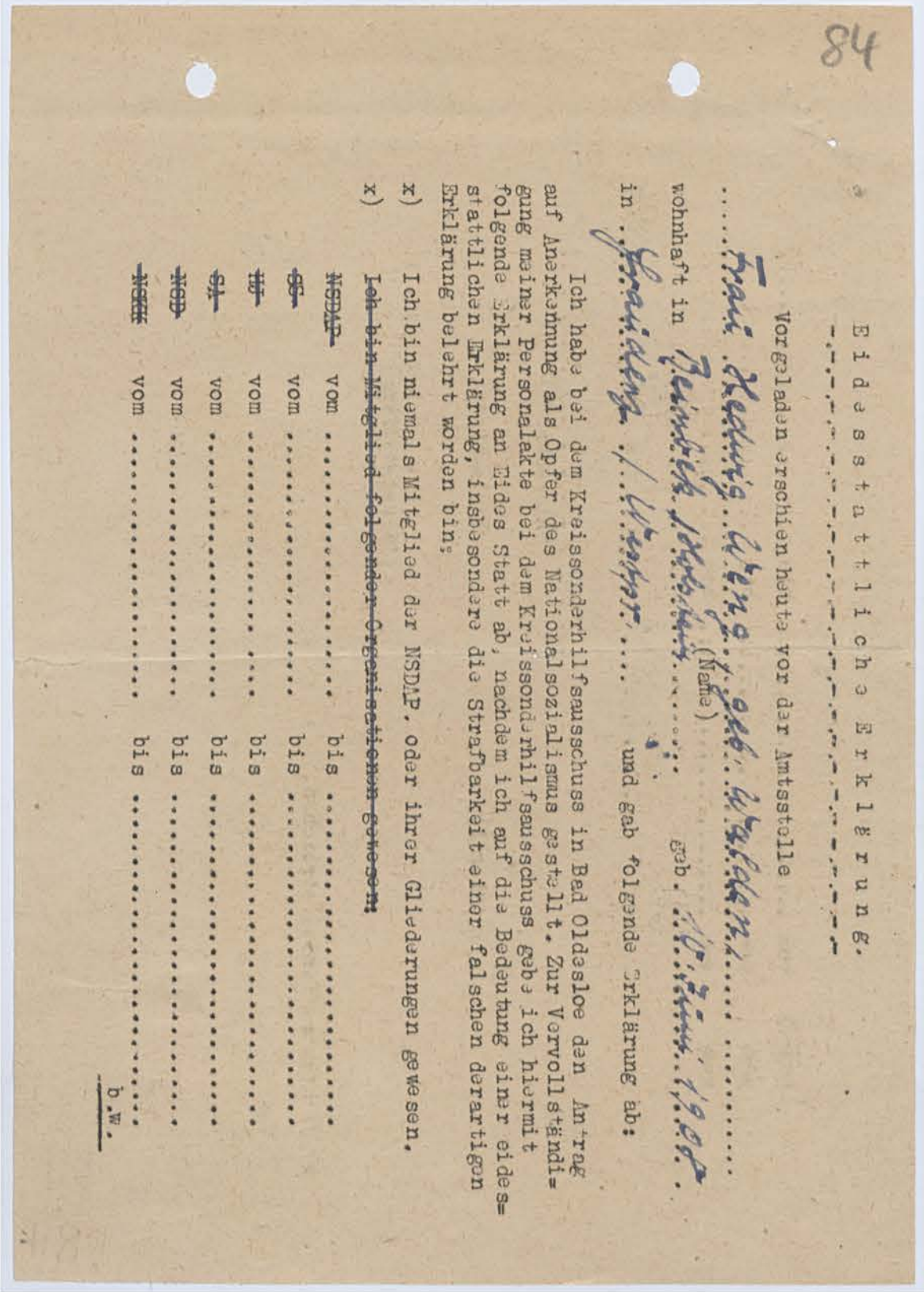
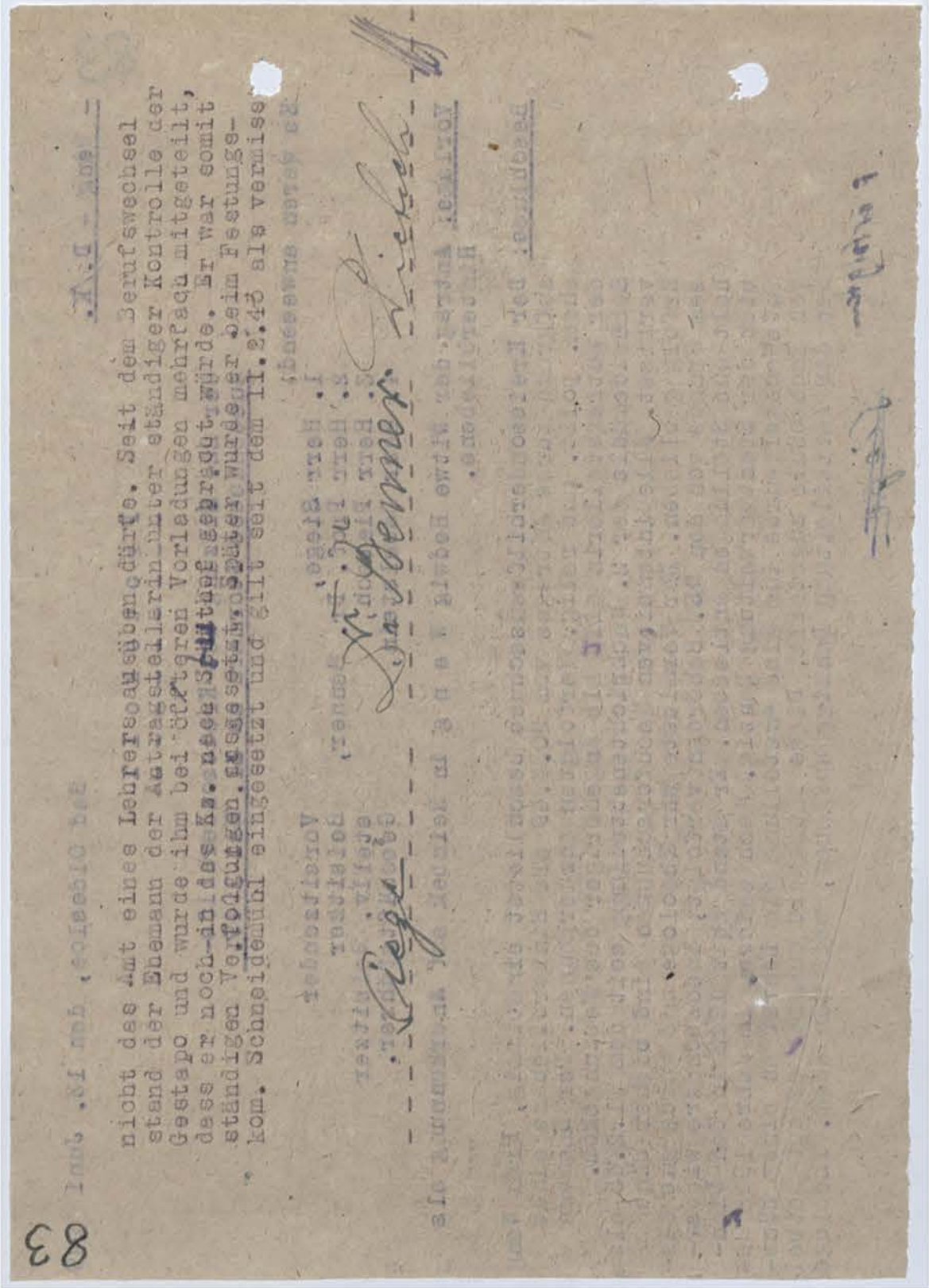


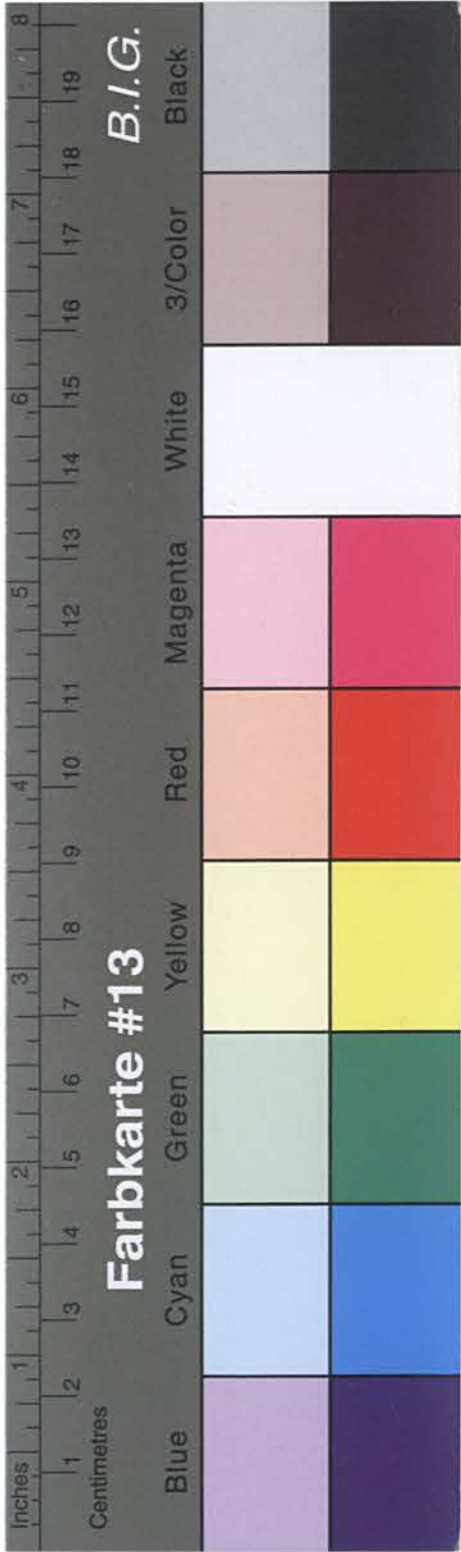
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Ich bin falls ich nicht schon bekannt bin, Hermanns Sohn, 26.10.1908, geb. 30.12.1899 in Langenwade, Ostpre., ehemals Mitglied der NSDAP, oder eines Gliederunges angehören.

... den 25. Juni 1949

Hedwig Wenz, geb. Wolden
(Unterschrift)

Bezeugt: (Siegel)

Dienststellung:

(x) Nichtzutreffendes streichen.

85

Eidstattliche Erklärung.

Vorgeladen erschien heute vor der Amtsstelle

Herrn Hedwig Wenz, geb. Wolden (Name)
wohnhaft in *Reinhold Wolden* geb. 10. Juni 1908
in *Langenwade, Ostpre.* und gab folgende Erklärung ab:

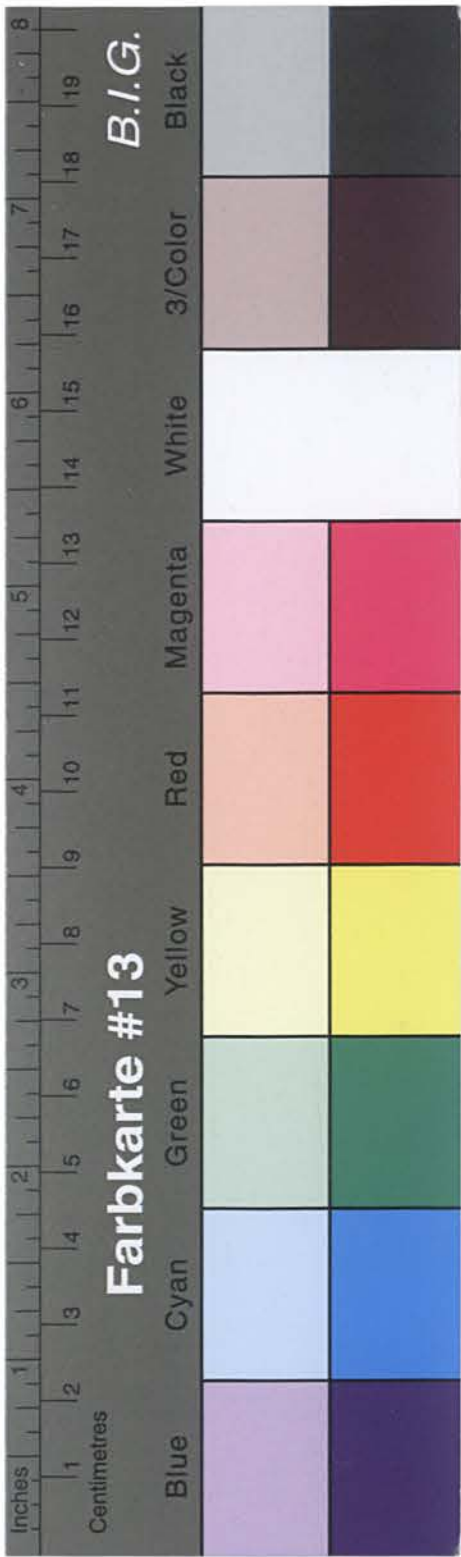
Ich habe bei dem Kreissozialhilfsausschuss in Bad Oldesloe den Antrag auf Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus gestellt. Zur Vervollständigung meiner Personalakte bei dem Kreissozialhilfsausschuss gebe ich hiermit folgende Erklärung an Eides Statt ab, nachdem ich auf die Bedeutung eines eidesstattlichen Erklärung, insbesondere die Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Erklärung belehrt worden bin:

x) Ich bin niemals Mitglied der NSDAP, oder ihrer Gliederungen gewesen.

x) ~~Ich bin Mitglied folgender Organisationen gewesen:~~

NSDAP	VOM	bis
SS	VOM	bis
HA	VOM	bis
GA	VOM	bis
NSD	VOM	bis
NSKK	VOM	bis

b. w.



Kreisarchiv Stormarn B2

Formular N

Sonderhilfs-Ausschuß

für den Kreis Stormarn

23. MAI 1940

12. Hall

Antrags-Formular für frühere Häftlinge der Konzentrationslager.

Familienname: Weng Rufname: Hedwig

(bei Frauen auch Geburtsname) geb. Walden led. verh. verw. gesch. *)
männlich weiblich *)

Geburtstag: 10. 6. 1905 Geburtsort: Graudenz / Wpr.

Gegenwärtige Anschrift: Frau Hedwig Weng, Beimbek 124
Langebrake 6

Beruf und Beschäftigung: als Kistenbinderin in der H. A. Mess 15-300 Glinda

Art des Personalausweises und dessen Nummer: blaues Personal-Identitäts, Typ: AT No: 661221

Anzahl der Kinder (mit Altersangaben) und sonstiger abhängiger Angehöriger:
2 Kinder (1. Wirtin 5. 2. 3. Feld Arb. (Wirtin & Rührer)

Grund der Gefangensetzung:

In Haft in _____ vom _____ bis _____

Name der Person, die Sie angezeigt hat:

Anschrift der Person, die Sie angezeigt hat:

Verurteilt durch:

am: _____ Ihre Konzentrationslager-Häftlings-Nummer: _____

Wurden Sie mißhandelt und in welcher Weise?

welche Weise wurde der Lebensunterhalt Ihrer Familie während Ihrer Haft bestritten?

Volle Einzelheiten über die Art Ihrer Haft unter Angabe von Zeugen und Beifügung von Abschriften von Dokumenten:

Waren Sie Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen? nein

Haben Sie gerichtliche Verurteilungen? nein

Grund der verspäteten Antragstellung? Durch d. damalige Verhältnisse war es unmöglich
schwebende Strafsachen gegen Sie? nein

Ich erkläre, daß ich gemäß Absatz _____ des Sonderhilfsplanes zur Inanspruchnahme der Sonderhilfe berechtigt bin.
Ich versichere, daß ich die obigen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und daß diese voll und ganz
der Wahrheit entsprechen. Ich bin mir dessen bewußt, daß unwahre Angaben meinen Ausschluß von der Inanspruchnahme
des Sonderhilfsplanes und meine strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.

Datum 20. 5. 49 Unterschrift Hedwig Weng geb. Walden

Datum _____ Gegenunterschrift _____

*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

EDU. CCG. 3196 315M 12-45 bitte münden! Eigenschaft der Person, die die Gegenunterschrift vollzieht